

**Ansatz und Wirksamkeit der Agrarpolitik
in Spanien
(1931 - 1960)**

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des
wirtschaftswissenschaftlichen Doktorgrades
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
P. Joachim Fernández
aus Encinas de Esgueva / Spanien

1964

**Ansatz und Wirksamkeit der Agrarpolitik
in Spanien
(1931 - 1960)**

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des
wirtschaftswissenschaftlichen Doktorgrades
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
P. Joachim Fernández
aus Encinas de Esgueva / Spanien

1964

1. Berichterstatter: Prof.Dr.Walter Hoffmann
2. Berichterstatter: Se.Exzellens Hon.Prof.Dr.
Josef Höffner, Bischof
v. Münster

Dekan: Prof. Dr. Wolfgang Fikentscher

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Mai 1964

Ansatz und Wirksamkeit der Agrarpolitik
in Spanien (1931 - 1960)

	<u>Seite</u>
Einleitung	1
A. Bedeutung, Grundlagen und Struktur der Landwirtschaft in Spanien	4
I. <u>Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors</u>	4
1. Der Agrarsektor im Rahmen der Volkswirtschaft	4
2. Die Bedeutung des Agrarsektors für den Außenhandel	6
II. <u>Grundlagen und Struktur der Landwirtschaft</u>	8
1. Die natürlichen Produktionsbedingungen	8
2. Die Landbauzonen und Betriebsformen	10
3. Die Agrarstruktur	20
a) Betriebsgrößenstruktur	21
b) Besitzverhältnisse	25
4. Die Landbevölkerung	28
a) Zahl der Erwerbstätigen und ihre Verteilung nach Wirtschaftsbereichen	29
b) Gruppen der Landbevölkerung	33
c) Aus- und Binnenwanderung der Landbevölkerung	35
d) Qualitative Analyse der Landbevölkerung	39
5. Absatz- und Preisverhältnisse	44
a) Preis- und Kostenrelationen	45
b) Die Nachfrage nach Agrarprodukten	46
c) Die Lagerung	47
Schlußfolgerungen aus dem ersten Teil	48

B. <u>Die Agrarpolitik seit 1931</u>	52
I. <u>Die Agrarpolitik während der Republik</u>	53
1. Die Agrarreform von 1932	55
2. Umfang und Ergebnisse der Agrarreform	59
3. Die Neuregelung des Pachtwesens	63
II. <u>Die Agrarpolitik seit 1936</u>	69
1. Neuordnung der Eigentumsverhältnisse	72
a) Die Bodenreformgesetzgebung	72
aa) Neubildung von Siedlungen	73
bb) Formen der Besiedlung	76
cc) Die Landbeschaffung für die Siedlung	79
dd) Das "Habitat" der neuen Siedlungen	82
ee) Die Finanzierung der Bodenreform	85
ff) Durchführung und Ergebnisse der Bodenreform	86
gg) Agrarreform und regionale Planungen	94
b) Die Regelung des Pachtwesens	106
2. Neuordnung der Betriebsgrößenstruktur	112
a) Das Gesetz zur Erhaltung der Familienbetriebe (patrimonios familiares)	113
b) Das Gesetz über die Mindestgröße von landwirtschaftlichen Betrieben	117
3. Flurbereinigung	123
a) Das Flurbereinigungsgesetz	123
b) Durchführung und Ergebnisse der Flurbereinigung	127
c) Der Flächentausch	133
4. Verbesserung der Produktionsgrundlagen und der Produktion	136
a) Die Verbesserung der Produktionsgrundlagen	137
b) Die Errichtung von Musterbetrieben	142
c) Die Intensivierung von Extensivbetrieben	146
d) Der Bodenschutz	149
e) Die Wiederaufforstung	150
f) Verminderung der Arbeiter-Binnenwanderungen	156
g) Die Förderung bestimmter Kulturen	157

	Seite
5. Institutionelle Einrichtungen	163
a) Das Genossenschaftswesen	164
b) Die Agrarkreditinstitute	168
6. Produktions- und Absatzregulierung	172
a) Brotgetreide	174
b) Reis	177
c) Zucker	178
d) Tabak	178
e) Baumwolle	179
f) Hopfen	180
7. Sicherung des Lebensniveaus	181
a) Arbeitsvertragsregelung	183
b) Soziale Sicherheit	189
c) Ausbildung und Beratung	192
8. Die Agrarpolitik und die wirtschaftliche Entwicklung in Spanien	196
Zusammenfassung	210
Tabellen	213
Literaturverzeichnis	231



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Ansatz und Wirksamkeit der Agrarpolitik in Spanien (1931 - 1960)

Einleitung

Während der letzten Jahrzehnte hat in Spanien kaum ein anderer Wirtschaftssektor einen derartig starken Niederschlag in der wissenschaftlichen Literatur gefunden wie der Agrarsektor. Das bezeugt die Aktualität der Agrarprobleme in Spanien. Dem entspricht auch die Tätigkeit der Legislative auf diesem Gebiet. Zahlreiche Gesetze, Verordnungen, Reglementierungen und Dekrete sind in kurzer Zeit aufeinandergefolgt. Unmittelbare Ursache dafür waren sicherlich die politische Neuorientierung der jetzigen Regierung und der dringliche Charakter vieler Agrarprobleme.

Dieser gesetzgeberische Eifer läßt indessen allmählich nach. Die klaffendsten Lücken in der agrarpolitischen Gesetzgebung sind ausgefüllt; die dringlichsten Probleme sind in Angriff genommen worden; die künftige Gesetzgebung wird ergänzenden Charakter haben. Auch scheint die Zeit der Versuche und Experimente vorbei zu sein, so daß die spanische Agrarpolitik künftighin Formen annehmen wird, denen man definitiven Charakter, zumindest den eines gewissen Reifegrades, wird zusprechen können.

Dennoch gibt es in diesen letzten dreißig Jahren keine umfassende Studie über die Agrarpolitik in Spanien. In dieser Situation scheint es gerechtfertigt zu sein, eine Gesamtdarstellung zu versuchen, die einen umfassenden Überblick über die Agrarpolitik in Spanien gewährt.

Die Schwierigkeit ergibt sich hierbei vor allem im Hinblick auf den Zeitpunkt, an dem die Darstellung einsetzt, und auf die Methode. Eine Einengung auf die Agrarpolitik der gegenwärtigen Regierung würde die Vernachlässigung wichtiger historischer Entwicklungslinien bedeuten. Die Darstellung

zumindest der vorhergehenden Epoche ist für das Verständnis der heutigen Lösungsversuche unumgänglich. Dem jetzigen Staat sind nämlich nicht nur die Agrarprobleme als solche als Erbe zugefallen, er kann darüber hinaus mit seinen Lösungsversuchen auch an Bemühungen der Republik (1931 - 1936) anknüpfen. Dagegen leitete die Spanische Republik eine Agrarpolitik ein, ohne sich auf Vorbilder berufen zu können. Sie erzielte im nationalen Leben Spaniens damit auch eine viel stärkere Resonanz, als die Agrarpolitik der Regierung Primo de Rivera (1923 - 1926). Es darf gesagt werden, daß seit dem berühmten Bericht über das Landwirtschaftsgesetz von Jovellanos, welcher durch die "Cortes von Cadiz" (1808 - 13) die Agrar-Physiognomie Spaniens umwandelte, in einem ganzen Jahrhundert kein Tatbestand gegeben war, der an die gesetzgeberische Aktivität der Republik heranreichte. Dies alles begründet die Notwendigkeit, mit der zusammenfassenden Darstellung der republikanischen Agrarpolitik zu beginnen.

Die Methode der Untersuchung ergibt sich aus dem Thema selbst. Eine Bestandsaufnahme der Landwirtschaft in Spanien ist eine Voraussetzung für das Verständnis der Gesetzgebung. Der erste Teil enthält deshalb diesen Gesamtüberblick. Es werden zunächst die Bedeutung des Agrar-Sektors im Rahmen der Volkswirtschaft Spaniens, danach die Grundlagen und die Struktur der Landwirtschaft im einzelnen dargestellt. Der zweite Teil ist dann den agrarpolitischen Maßnahmen gewidmet. Eine Studie über Agrarpolitik könnte historisch oder systematisch vorgehen. Im vorliegenden Falle hätte jede dieser Methoden bei einseitiger Anwendung große Nachteile mit sich gebracht. Einerseits würde die historische Darstellung eine schnelle Folge von Korrekturen und Variationen in der Gesetzgebung aufweisen, was allenfalls für den Rechtshistoriker von Interesse wäre. Andererseits stellt der Bürgerkrieg (1936 - 39) mehr als nur einen Regierungswechsel dar. Ohne daß ein Werturteil gefällt wird kann die Tatsache festgestellt werden, daß in Spanien neue ideolo-

gische Kategorien die politisch-soziologische Gesetzgebung bestimmen. Dieser Umstand legt folgendes Vorgehen nahe: die beiden Epochen spanischer Agrarpolitik, die Gegenstand dieser Arbeit sind, werden nacheinander und jeweils geschlossen untersucht. Dagegen sollen bei der Behandlung der einzelnen Zeitabschnitte die agrarpolitischen Maßnahmen der jeweiligen Regierung nicht in ihrer chronologischen Reihenfolge aufgezählt, sondern unter sachlichen Aspekten geordnet werden.

Diese systematische Darstellung umfaßt die wichtigsten agrarpolitischen Maßnahmen und ist nach folgenden Gesichtspunkten gegliedert:

erstens die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur mit der Gesetzgebung über das Siedlungswesen

zweitens die Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur mit der Gesetzgebung über Neuordnung der Betriebsgrößen, über die Flurbereinigung, die Verbesserung der Produktionsgrundlage und der Produktion sowie institutionelle Einrichtungen

drittens die Maßnahmen zur Regulierung des Marktes für einige Agrarprodukte

viertens die Maßnahmen zur Sicherung des Lebensniveaus in der Landwirtschaft.

Nach jedem wichtigen Gesetz oder wenigstens nach jedem Kapitel werden die Ergebnisse und auch die Mängel dieser Maßnahmen aufgezeigt. Im letzten Kapitel wird von der Partialbetrachtung abgewichen. Es bringt eine zusammenfassende Beurteilung der spanischen Agrarpolitik unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge.

A. Bedeutung, Grundlagen und Struktur der Landwirtschaft in Spanien

Im Überblick über den Agrarsektor in Spanien sind drei Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Einmal die volkswirtschaftliche Bedeutung der Agrarwirtschaft, die in ihrem Anteil am Volkseinkommen und am Außenhandel evident wird, zum anderen die Grundlagen sowie die Struktur der spanischen Landwirtschaft. Eine scharfe Trennung zwischen den beiden letzten Aspekten wird allerdings nicht immer möglich sein.

I. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors

Der Beitrag des Agrarsektors zum Volkseinkommen und sein Anteil am Außenhandel sollen eine erste grobe Vorstellung von seiner Bedeutung für die spanische Volkswirtschaft vermitteln. Die ausführliche Behandlung einiger damit im Zusammenhang stehender Fragen sind nachfolgenden Abschnitten dieser Arbeit vorbehalten.

1. Der Agrarsektor im Rahmen der Volkswirtschaft

Der Agrarsektor trägt zum Volkseinkommen immer noch in einem Maße bei, das in den europäischen Ländern nur durch Portugal und Griechenland überboten wird. Im Jahre 1950 erreichte der Agrarsektor in Spanien einen Anteil am Volkseinkommen von mehr als einem Drittel. 1951 ging er auf 28,6 v.H. zurück und hielt sich seitdem bei etwa 27 v.H. (1). Das Einkommen des Agrarsektors ist fast so hoch wie das des Industriesektors, was den Unterschied der spanischen Wirtschaft zu den hochentwickelten europäischen Ländern sinnfällig zum Ausdruck bringt.

Daraus ergibt sich, daß die Kaufkraft in Spanien zu einem nicht unwesentlichen Teil aus Einkommen

(1) Vgl. Tabelle I

stammt, die in der Landwirtschaft erworben werden(2). Dabei sind die von der Landwirtschaft mittelbar bewirkten Einkommen noch nicht berücksichtigt (3).

Die Folge ist, daß das gesamte spanische Volkseinkommen auf Mißernten sehr heftig reagiert. Als Beispiel sei die Weizen-Mißernte von 1960 - 1961 angeführt. Nach Schätzungen des Servicio de Estudios des Handelsministeriums (Ministerio de Comercio) erlitten die Getreidebauern - selbst unter Berücksichtigung der Getreidepreiserhöhungen - eine Einkommenseinbuße von 500 Millionen Pesetas; der durch die sektorale Verflechtung der Landwirtschaft eingetretene Verlust soll sich sogar auf mehr als 7.000 Millionen Pesetas belaufen (4). Dem beträchtlichen Anteil der Landwirtschaft am spanischen Volkseinkommen steht allerdings ein noch höherer Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gegenüber. Dieser belief sich 1940 auf rund 50 v.H. Er war seitdem leicht rückläufig, steht aber heute immer noch bei 47,5 v.H. der gesamten Erwerbspersonen. Noch höher ist der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Er beläuft sich auf 41 Millionen ha, das sind 91 v.H. der Bodenfläche Spaniens (5).

-
- (2) Vgl. Tabelle II. E. GOMEZ AYAU: "El momento actual de la economía agraria española", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 11, 1955, S. 140. Im folgenden wird diese Zeitschrift mit REAS zitiert.
- (3) Vgl. den hohen Anteil der Vorleistungen am landwirtschaftlichen Brutto-Produktionswert in Tabelle II.
- (4) Información Comercial Española, núm. 334, 1961, S. 33 ff. Auch der Außenhandel wurde stark betroffen. Die Devisen-Mehrausgaben für Getreideimporte wurden auf 100 Millionen US \$ geschätzt.
- (5) Vgl. das Kapitel über die Landbevölkerung.

Die mittelbare Bedeutung des Agrarsektors für die Gesamtwirtschaft kommt außer in den laufenden Vorleistungen in den von der Landwirtschaft vorgenommenen Investitionen zum Ausdruck.

Infolge der mangelnden Investitionsneigung der Großgrundbesitzer (sie neigen dazu, ihre angesammelten Gewinne in den Städten anzulegen oder zu verzehren) und der wegen des niedrigen Pro-Kopf-Einkommens auch sehr geringen Sparneigung der Kleinbauern müssen die Investitionen in der Landwirtschaft zum großen Teil staatlich finanziert werden. Diese Tatsache bleibt nicht ohne Rückwirkung auf andere Wirtschaftszweige, wie später gezeigt wird (6).

Die Investitionen in der Landwirtschaft zeigen eine abnehmende Tendenz. Sie schwanken zwischen 16,2 v.H. und 12,8 v.H. der Gesamtinvestitionen in der spanischen Volkswirtschaft für die Jahre 1954 - 56. Diese Investitionen machen 8,4 v.H. des Nettosozialproduktes der Landwirtschaft aus (unter Abzug der Investitionen in der Forstwirtschaft).

Immerhin läßt sich zusammenfassend feststellen, daß der Anteil des Agrarsektors am Volkseinkommen in Spanien höher liegt als in den hochindustrialisierten Ländern und niedriger als in den Entwicklungsländern.

2. Die Bedeutung des Agrarsektors für den Außenhandel

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des spanischen Agrarsektors wird außerdem in seinem Anteil am Außenhandel ersichtlich. Das Volumen der Agrarexporte

(6) Vgl. Tabellen III und IV. E. GOMEZ AYAU: "El momento actual de la economía agraria española", in: REAS., num 11, 1955, S. 140 ff. A BARBANCHO: "El binomio Agricultura-Industria ante el desarrollo económico español", in: REAS., num 20, 1957, S. 27 ff.

Spaniens ist dabei weitgehend durch eine spezifische Eigenart der landwirtschaftlichen Exportgüter bestimmt. Man hat nämlich gesagt, der Export spanischer Agrarprodukte sei ein Export von "Vor- und Nachspeisen" (aperitivo y postre) (7). Damit sind die agrarischen Exportgüter als leicht substituierbar gekennzeichnet. Die ausländische Nachfrage wird also auf Preisänderungen verhältnismäßig stark reagieren. Zudem ist die Nachfrage nach Gütern des gehobenen Konsums in aller Regel auch relativ konjunkturrempfindlich. Rezessive Entwicklungen in den Hauptabnehmerländern Spaniens lassen die Nachfrage nach seinen Agrargütern spürbar sinken.

Auf der anderen Seite erschweren das fast starre Angebot und die leichte Verderblichkeit dieser Güter eine strukturelle Anpassung an veränderte Nachfragesituationen.

Das daraus resultierende Produktionsrisiko wird durch mehrere Umstände vergrößert. Einmal fehlt es an einem gut ausgebauten Transportnetz sowie an Kühlanlagen und Vorratsstellen, die es gestatten würden, Angebot und Nachfrage räumlich und zeitlich zu koordinieren. Einen besonders fühlbaren Mangel bedeutet das Fehlen einer hinreichend großen verarbeitenden Industrie für die Agrarprodukte. Denn so besteht keine Möglichkeit, leicht verderbliche landwirtschaftliche Erzeugnisse für längere Zeit lagerfähig zu machen.

Beim Export nehmen Agrarprodukte mit 51,8 v.H. für 1957 bzw. 57,8 v.H. für 1959 die erste Stelle ein. Nur 20 von über tausend verschiedenen Exportgütern machen 70 v.H. des Gesamtwertes der Exporte aus. Davon wiederum sind über die Hälfte Agrargüter (8).

Bedeutsam für eine rechte Orientierung der Agrarpolitik ist die Tatsache, daß ein Gutteil dieser Agrar-

(7) R. TARRADES: "Estructura económica de España". Madrid 1960, S. 509.

(8) Vgl. Tabellen 7 und VI. A. ROBERT: "La economía española y la integración europea". C.E.S.N. Madrid 1958, S. 83.

exporte in künstlich bewässerten Anbauzonen produziert wird. Unter diesen Exporten kommt der Apfelsine eine Sonderstellung zu: Auf das angegebene Datum bezogen, umfaßt der Apfelsinen-Export aus künstlich bewässerten Gebieten 30,3 v.H. der Gesamtausfuhr nach Europa und 26,3 v.H. vom Export überhaupt (9).

II. Grundlagen und Struktur der Landwirtschaft

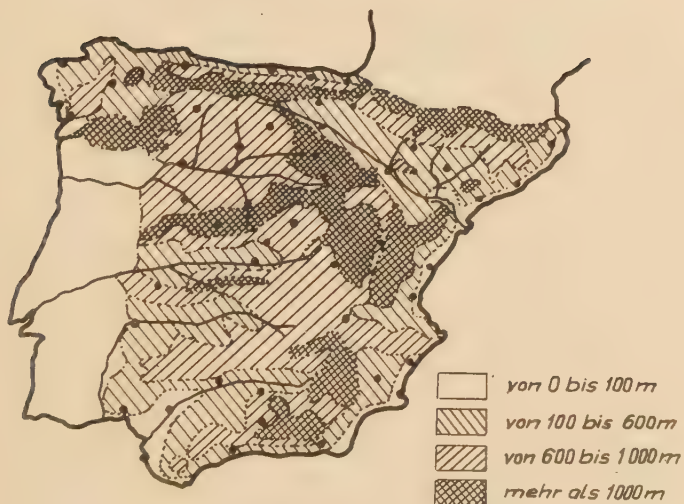
Die spanische Landwirtschaft wird in ihren Grundlagen und ihrer Struktur vor allem durch die örtliche Verschiedenheit des Klimas, der Bodenqualität, der Anbaumethoden, der Betriebsformen und der Besitzverhältnisse gekennzeichnet. Anbaugebiete von hervorragender Qualität wechseln mit wüstenartigem Ödland. Nebeneinander existieren Parzellen-Zersplitterung und große Besitztümer. Pächter, Eigentümer und "aparceros" (9a) sind in ihren verschiedensten Erscheinungsformen mannigfach vertreten. In demographischer Hinsicht sind hervorzuheben die zahlenmäßige Überbesetzung der Landbevölkerung, die Bevölkerungsbewegungen und die starken Unterschiede in den sozialen Gruppen. Und schließlich muß noch die spezifische Marktsituation für Agrargüter erwähnt werden, die z. T. durch staatliche Intervention, zum anderen durch weitgehende Autarkie bestimmt ist.

1. Die natürlichen Produktionsbedingungen

Spanien befindet sich innerhalb der gemäßigten Klimazone Europas. Aber die Hochebenen sowie die südliche

(9a) Vgl. S. 26

HÖHENLAGEN



Quelle: E. Larnode Espinosa
RERS num. 7, 1954 S.9

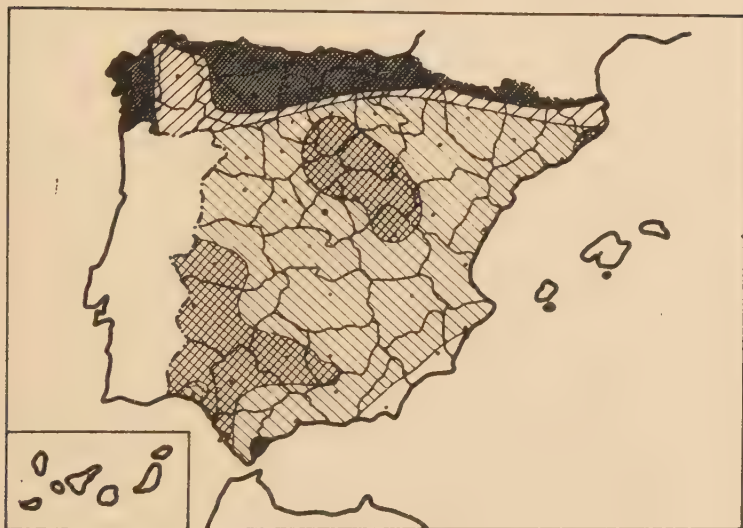
Lage bescheren dem Land sehr kalte Winter und afrikanische Sommer. Seine mittlere Höhe macht Spanien zum zweithöchstgelegenen Land Europas. Nahezu 20 v.H. seines Territoriums befinden sich mehr als 1000 m über NN; 40 v.H. des Territoriums liegen zwischen 500 und 1000 m Höhe, und nur 40 v.H. des Landes weisen weniger als 500 m an Höhe auf. Die einheitlichste und ausgedehnteste Landschaft wird durch die Hochebene beider Kastilien gebildet, die fast die Hälfte der Halbinsel umfaßt. Die von Kordilleren umgebene Hochebene wird durch die Kordillera Carpetovetónica zweigeteilt. Der nördlich gelegene Teil der Meseta weist eine mittlere Höhe von 700 m auf, der südliche Teil 650 m. Die Peripherie dieser Hochebenen wird von den Tertiär-Senken des Ebro und Guardiana gesäumt.

Vom Standpunkte des Agronomen aus betrachtet, ist der spanische Boden nur zu einem kleinen Teil gut; etwa die Hälfte ist von mittlerer Qualität; der Rest ist unterdurchschnittlicher Qualität (10).

Spanien weist drei Klimatypen auf. Atlantisches Klima beherrscht das "feuchte Iberien" (Iberia húmeda), d.h. die nördlichen Provinzen, Galizien und den mittleren Norden Portugals. In dieser Zone fallen mehr als 800 mm Niederschlag jährlich. Das "trockene Iberien" (Iberia seca) mit kontinentalem Klima umfaßt - bis auf die hochgelegenen Gebiete - fast das ganze übrige Land (die wenigen unter dem Einfluß des Mittelmeerklimas stehenden Küstenstriche haben eine nur unbedeutende Ausdehnung); der Niederschlag beträgt selten mehr als 500 mm und übersteigt in manchen Zonen nicht einmal die 300 mm-Marke. Außerdem fallen diese Niederschläge im Frühjahr und Herbst, in Jahreszeiten also,

(10) Vgl. Tabelle VII. Consejo Social de la Organización Sindical Española", Campo I. Madrid 1959, S. 12.
R. TAMAMES: "Estructura económica de España". Madrid 1960, S. 6. E. GOMEZ AYAU: "El momento actual de la economía agraria española", in: REAS., núm 11, 1955, S. 126. E. LAMO DE ESPINOSA: "Aspectos de la agricultura española", in: REAS., núm. 7, 1954, S. 8 ff.

FEUCHTE UND TROCKENE GEBIETE



Klimatische Typen in v.H der Gesamtfläche

	sehr feucht	0.7
	feucht	14.1
	mässig feucht	8.3
	schwach feucht	18.4
	halbtrocken	56.4
	trocken	2.2

die durch ihre niedrige Gesamtsummertemperatur die Landwirtschaft wenig begünstigen.

Ein weiterer Mangel besteht in der ungünstigen Verteilung der Wassermengen. Während die in das Mittelmeer mündenden Flüsse, die die qualitativ besten Böden bewässern, nur 20.900 Millionen m^3 Wasser jährlich transportieren - wovon auf den Ebro mit 17.500 Millionen m^3 der Löwenanteil entfällt - , führen die atlantischen Ströme mehr als 31.000 Millionen m^3 im Jahr. Diese Tatsache sowie die Unregelmäßigkeit und geringe zeitliche Streuung der Niederschläge machen den Bau größer, zugleich sehr schwer zu finanzierender Stauseen erforderlich (11).

2. Die Landbauzonen und Betriebsformen

Einerseits erschwert die Vielgestaltigkeit der spanischen Bodenqualitäten die Unterscheidung nach Regionen, andererseits macht diese Mannigfaltigkeit eine Einteilung unumgänglich. Es gibt verschiedene Klassifizierungen, wie die von Hernández Pacheco, der von geologischen (litológico) Ursprüngen des Bodens ausgeht, die Klassifizierung von Gascón, die die Agrar-Pflanzenwelt zugrundelegt, die weitere von Perpina, die nach den Merkmalen der Bevölkerungsstruktur gliedert, die von Zorrilla Donrrosoro, die nach Klima und den vorherrschenden Anbaumethoden vorgenommen wird, und schließlich die des Ersten Gewerkschaftskongresses, die in generalisierender Weise die vorstehenden zusammenfaßt.

Da die Klassifizierung von Zorrilla Donrrosoro in der staatlichen Agrarpolitik Anwendung findet, übernehmen wir diese in vorliegender Arbeit. Seine Klassifizierung

(11) R. TAMAMES, aaO., S. 7. I Congreso Sindical, Madrid 1961. Cuaderno num. 20, primera parte, S. 6 ff. E. LAMO DE ESPINOSA: "Aspectos de la agricultura española", in: REAS., núm. 7, 1954, S. 10. Vgl. Tabelle VIII.

LANDBAUZONEN

nach

A. Zorrilla Donrrosoro



I Alta Meseta

II Baja Meseta

III Levante Medio

IV Baja Levante

V Ribera del Ebro

VI Grandes Dehesas

VII Campiña andaluza

VIII Alto Duero

IX Pirineo

X Alto Levante

XI Cantábrico

XII Islas

stellt für jede Zone die Hauptmerkmale des Klimas und des Bodens heraus und exponiert die wichtigsten Alternativen in den Anbaumöglichkeiten des bewässerten wie unbewässerten Landes (12).

Diese ausführliche Beschreibung der Landbauzonen hat einen Zweck: die Möglichkeiten und die Grenze der spanischen Landwirtschaft aufzuzeigen. Die Differenziertheit der Bodenqualitäten sowie die günstigen klimatischen Bedingungen ermöglichen es, den verschiedenen Wünschen der Konsumenten im In- und Ausland Rechnung zu tragen. Die Bodenbeschaffenheit und das Klima sollten auch den Anbau und die Betriebsformen bestimmen. Das heißt, daß es ökonomisch unzweckmäßig ist, Böden für Anbauzwecke zu gebrauchen, die der Bodenbeschaffenheit nicht adäquat sind. Die vielseitige Gesetzgebung zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen und der Produktion, die dort eingegriffen hat, wo die geschichtliche Entwicklung oder der Bevölkerungszuwachs diese "natürliche Ordnung" verletzt haben, kann aus dieser Sicht besser verstanden werden.

Zone 1a: Die Hoch-Meseta

Sie umfaßt die Provinzen Valladolid, Zamora, Avila, Segovia, Soria, Guadalajara und Cuenca und hat eine Ausdehnung von 7.054.489 ha. Dieses Gebiet hat ein Klima, das durch Extreme gekennzeichnet ist: starke Temperaturschwankungen, dabei niedrige Gesamtsommertemperaturen; nur ein kurzer Zeitraum ist frei von Frost; geringe Niederschläge (wenn diese im allgemeinen auch nicht so unregelmäßig wie in anderen Regionen niedergehen). Das kultivierte Land stammt fast ausschließlich aus dem Miozän und hat Böden von unter-

- (12) E. HERNANDEZ-PACHECO: "El solar en la historia hispanica", Madrid 1952. R. PERPINA GRAU: "De estructura económica y de economía hispana". Madrid 1952. I Congreso Sindical. Madrid 1961. - A. ZORRILLA DONRROSORO: "Zonas agrícolas de España", in: REAS., núm. 24, 1958, S. 7 - 83. A. GARCIA BARBANCHO setzt eine andere Unterteilung der landwirtschaftlichen Zonen fest, indem er die Bevölkerung, die Oberfläche und die landwirtschaftliche Produktion als Determinanten der Anbauzonen abwandelt. Vgl. "La población, la superficie y la producción agrícola como determinantes de las zonas de cultivo", in: REAS., núm. 9 1954, S. 25 ff.

schiedlicher Qualität, die aber im großen und ganzen für den Getreideanbau geeignet sind. Die Berge sind kahl und ohne landwirtschaftlich nutzbaren Boden. Die Ausbeutungsmöglichkeiten des unbewässerten Landes sind in der Hochebene - vor allem wegen der extremen Zersplitterung der Anbaufläche in Kleinstbetriebe - sehr begrenzt. Zwar könnten - als Alternative - Wiesen und Wälder an die Stelle des Getreideanbaus treten; damit müßte man aber eine geringere Ergiebigkeit des Bodens in Kauf nehmen. Auf nur sehr begrenzten Flächen könnte man Ölbaumpflanzungen kultivieren. Eine erhöhte Produktivität ließe sich nur durch Flurbereinigung und Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe durch Zusammenlegen erreichen.

Die bewässerten Anbauflächen in den Tälern bieten auch nur geringe Variationsmöglichkeiten im Anbau: Getreide - Kartoffeln; Rüben - Klee. Futterpflanzen erlauben, als Ergänzungsprodukt, eine Ausweitung der Viehhaltung. Getreide, Knollenfrüchte und Klee sind Ergänzungsprodukte (*bienes complementarios*), deren Angebot Preisschwankungen gegenüber nicht sehr elastisch ist. Auf sehr begrenzter Anbaufläche, in geringerer Höhe, dort, wo das Klima etwas milder ist, kann man Obst und Mais anbauen und dreimal jährlich ernten. "Die Wirtschaft dieser Zone stützt sich auf Getreide, Kartoffeln, Klee und (Schaf-) Wolle; die bewässerte Anbauzone kann ihre Produktivität durch Klee-Anbau erhöhen, während das unbewässerte Land durch Ölbaumpflanzungen seine Ergiebigkeit steigern kann" (13). Der Getreideanbau nimmt 76 v.H. der kultivierten Fläche ein, der Weinbau 9 v.H., und 15 v.H. entfallen auf verschiedene Produkte; vor allem auf Frühgemüse. Im Obstanbau nehmen Mandelbaumkulturen mit 517.400 Einheiten die erste Stelle ein.

(13) A. ZORRILLA DON ROSARIO: "Zonas agrícolas de España", in: REAS., núm. 24, 1958, S. 8 ff. Für andere Studien über diese Provinzen vgl. J. MUÑOZ PEREZ-J. BENITO ARRAZ: "Guía bibliográfica para una geografía agraria de España" Madrid 1961. Vgl. Tabelle IX.

Zone 2: Die Untere-Meseta (Baja Meseta)

Zu ihr gehören die Provinzen Madrid, Ciudad Real, Toledo y Albacete mit einer Gesamtausdehnung von 5.797.748 ha.

Das Klima ist gemäßigter, trockener, hinsichtlich der Niederschläge unbestimmter. Die mittlere Höhe beträgt 548 m und ist damit geringer als die der vorhergehenden Zone. Die Böden des Tajo und Guadiana stammen aus dem Miozän; beiderseits des Tajo gibt es zumeist kräftige Böden von hervorragender Qualität, wie sie z.B. das Gebiet von Sagra aufweist. Die Mancha hat degradierte Böden, sehr kalkhaltig und von starker rötlicher Färbung. Die wichtigsten unbewässerten Anbaugebiete sind die hügeligen Randzonen dieser Becken mit einem Wechselanbau nach einer Ruhefrist von weniger als einem Jahr; auch Ölbaumzucht wird betrieben; in den weiten Ebenen, die den Guadiana umgeben, herrscht der Weinbau vor. Die wichtigsten bewässerten Anbaugelände liegen beiderseits des Tajo in einem sehr tief gelegenen Becken, in der etwas höher gelegenen Tal-ebene des Guadiana und in den Flußbecken des Júcar und des Segura. Auch auf diesen bewässerten Anbauflächen kennt man nur die oben erwähnte Fruchtwechselfolge, wobei die Anbaumöglichkeit von Baumwolle und Tabak genutzt wird.

Auch dort dienen die Weiden der Schafzucht, wenn auch nicht in dem Maße wie in der Hoch-Meseta. Weiterhin wird der Anbau von Getreide betrieben, wenn auch die Erträge wegen der Unregelmäßigkeit der Niederschläge von jeweils unterschiedlicher Höhe sind. Aber der Weinbau übertrifft bereits - auf unbewässertem Land - den Anbau von Gerste; auch sind hier die Ölbaumpflanzungen viel ausgedehnter als in der vorhergehenden Zone (dank einer höheren Gesamtsummertemperatur und einer kürzeren Frostperiode) (14).

(14) Drs. aaO., S. 17 ff. Vgl. Tabelle X.

Zone 3: Mittlere Levante (Levante Medio)

Sie besteht aus den Provinzen Alicante, Valencia und Castellón, einem Gebiet von 2.330.408 ha Ausdehnung. Die Temperatur weist ein Mittel von $17,3^{\circ}$ auf und ist damit höher als in den bisher beschriebenen Zonen.

Frost ist selten. In Zehn Jahren fiel die niedrigste Temperatur nur viermal auf minus $3,3^{\circ}$; aber die dadurch verursachten Schäden sind unvorstellbar. Für die meisten Kulturpflanzen herrscht die günstigste Temperatur. Die durchschnittliche Niederschlagshöhe beträgt 300 - 390 mm, allerdings mit erheblichen Schwankungen infolge des Mittelmeereinflusses.

Das bewässerte Gebiet ist im Verhältnis zu den vorherrschenden Zonen ausgedehnter und umfaßt nahezu 10 v.H. der bebauten Fläche. Die Obst- und Gemüsegärten werden mit frühreifenden Früchten und Apfelsinenpflanzungen sehr intensiv bebaut. Hinzu kommen technisch perfektionierte Methoden im Anbau und ein ausgeprägt wirtschaftliches Verständnis der Bauern. Das bewirkt, daß das Angebot den Preisen gegenüber ziemlich anpassungsfähig ist. Wo die Qualität des Wassers es erlaubt, wird Reis angebaut; die Erträge sind optimal. Auf bewässertem Gebiet herrschen Weinbau, Ölbaum- und Johannisrautpflanzungen vor. Auf bewässertem Land erlauben die günstigen klimatischen Verhältnisse das ganze Jahr über den Anbau der verschiedensten und mannigfachsten Pflanzen.

Die für diese Region typische Viehwirtschaft ist Mastschweinezucht (als Stallviehzucht), die die Erzeugnisse der Huertas gut nutzen kann. Der anfallende Drang wiederum findet zur Düngung der Huertas Verwendung (15).

Zone 4: Untere Levante (Bajo Levante)

mit den Provinzen Murcia, Almería, Málaga und Granada. Das Gebiet umfaßt insgesamt 3.990.657 ha. Es weist

hohe Gesamtsummertemperaturen und wenig Regen auf; im Durchschnitt beträgt die Niederschlagsmenge 200 mm/Jahr. Das unbewässerte Land geht in tropische Wüsten über; die Erträge des bewässerten Landes übertreffen die jedes anderen in Europa. Diese Zone ist von außerordentlicher geographischer Vielgestaltigkeit und erlaubt der Agrarkultur eine breite Skala in der Bepflanzung.

Auf unbewässertem Land herrscht der Anbau von Gerste, Weizen und Olivenbäumen vor. In der Bestellung des bewässerten Landes sind es vor allem Grüngemüse, nicht-saison-bedingtes Gemüse, Olivenpflanzungen (die beträchtliche Flächen einnehmen), Kartoffeln und Mais. Der Wein-Export der Provinz Almeria ist berühmt. Bemerkenswert ist die Erzeugung von Große-Bohnen, Erbsen oder auch grünen Bohnen (Dezember und Januar), Frühkartoffeln (von April an) bei gleichzeitigem Anbau von Zuckerrohr und einem Zuckerapfel ausgesprochen tropischen Charakters. Die Umwandlung unbewässerten Landes in bewässertes ist in dieser Zone mehr als vorteilhaft (16).

Zone 5: Die Ufer des Ebro (Ribera del Ebro)

Die zugehörigen Provinzen, nämlich Logrono, Zaragoza und Teruel, haben eine Ausdehnung von 3.722.155 ha. Vom Klima und der Höhe der Niederschläge her beurteilt nimmt diese Zone zwischen den bereits beschriebenen eine mittlere Stellung ein. Die Gesamtsummertemperatur ist der der Unteren Meseta ähnlich, während die durchschnittliche Niederschlagsmenge etwas geringer ist. Diese klimatologischen Bedingungen begünstigen den Anbau von Oliven und anderen Früchten. Die Auswirkungen der Erosion auf Abhänge und Anhöhen dieser Zone sind verheerend und stärker als in jeder anderen spanischen Region.

Die Hauptprodukte dieser Region sind Weizen, Wein und Öl auf unbewässertem Land, Rüben und Früchte auf be-

(16) Drs. aaO., S. 34 ff. Vgl. Tabelle XII

wässertem Land wie das Schafffleisch auf den Weiden (17). Die Region um Rioja ist wegen ihrer Weine bekannt. Auf unbewässertem Land ist nur der Wechselanbau mit Ruhefrist von weniger als einem Jahr bei Nutzung von Ölbaumkulturen. Auch auf bewässertem Land bietet sich nur diese einfache Fruchtwechselfolge von Fruchtanbau und Weiden für die Schafzucht an.

Zone 6: Grandes Dehesas

Ihre Provinzen Salamanca, Cáceres, Badajoz und Huelva haben eine Gesamtbodenfläche von 6.402.347 ha. Es herrschen milde Temperaturen mit selten auftretendem Frost (ausgenommen in der nördlichen Region von Salamanca); die Niederschläge sind reichlicher und regelmäßiger als in den vorhergehenden Provinzen; die Gesamtsommertemperatur liegt ziemlich hoch, was den Anbau von Baumwolle, Tabak und frühreifenden Früchten erlaubt.

Die Wirtschaft dieser Region basiert auf dem Anbau von Weizen, Gerste, Wein Olivenbäumen, Korkeichen, Kartoffeln, des weiteren auf der Schaf- und Schweinehaltung.

Auf dem Trockenland vollzieht sich der Turnus im Anbau derart, daß nach der Bestellung das Land nicht länger als nur eine Jahreszeit brach liegt und während dieser Zeit Olivenpflanzungen genutzt werden.

Auf dem bewässerten Land herrscht der Anbau von frühreifenden Früchten, Tabak und Baumwolle, so auch von Weizen und Mais, wobei der Mais gleich nach der Weizen-ernte gesät wird. Die Viehwirtschaft wird in Gehegen betrieben, die ausschließlich Weidegrund sind oder auch in Verbindung mit dem Getreideanbau, wenn gleichzeitig Eichen und Korkeichen zur Nutzung vorhanden sind (18). In dieser Region wurde - in Durchführung der Agrarpolitik - durch das "Nationale Kolonisierungsinstitut" (Instituto Nacional de Colonización) der "Siedlungsplan Badajoz" realisiert (vgl. unten).

(17) Drs. aaO., S. 41 ff. Vgl. Tabelle XIII.

(18) Drs. aaO., S. 47 ff. Vgl. Tabelle XIV.

Zone 7: Die Landschaft Andalusiens (Campina andaluza)

Die Provinzen Cádiz, Sevilla, Jáen mit einer Ausdehnung von 4.860.506 ha bilden ein Areal, das drei untereinander stark differierende Gebiete umfaßt: Die alluvialen Böden in der Flußsenke des Guadalquivir; dort ist - zum großen Teil - der "Siedlungsplan Jaen" (vgl. unten) verwirklicht worden; den Landstrich, der den Anhöhen der Sierra Morena und Sierra Nevada vorgelagert ist und in so ausgeglichener wie übereinstimmender Weise sanftwellige Bodenflächen aufweist. Dieser Landstrich weist für den Anbau von Getreide, Wein und Olivenpflanzungen optimale Bedingungen auf. Der Wechselanbau auf dem unbewässerten Land erfolgt mit einer Brache von weniger als einem Jahr durch Ölbaumkulturen unter günstigen Bedingungen. Diese Zone ist typisch für Getreideanbau, welcher mit Gemüseanbau und - in den regenreicheren Landstrichen - mit Kartoffeln, Rüben und Mais wechselt. Das Weizen-Brachland erlaubt auch die Aussaat von Mais und Baumwolle. Sowohl Boden wie Klima verbürgen gesicherte Ernten wie gute Erträge. Die Alternativen im Anbau erlauben eine gewisse Flexibilität im Angebot; die Auswahl der Saaten und der unumschränkte Einsatz technischer Hilfsmittel können die Erträge leicht steigern. Die Alternativen in der Bestellung des bewässerten Landes sind praktisch denen der vorhergehenden Zonen gleich. Das dritte Gebiet erstreckt sich entlang den Abhängen der Sierra Morena und zeichnet sich durch vorherrschende Rindviehwirtschaft aus(19).

Zone 8: Oberer Duero (Alto Duero)

Die dazu gehörenden Provinzen Burgos, Palencia und León bedecken 3.641.772 ha. Dies ist die Region, die mit 856 m über N.N. die größte mittlere Höhe aufweist; auch die Temperaturen sind niedriger als in den vorhergehenden Zonen; die Niederschläge erreichen Höchstmaß; die Frostperioden sind relativ ausgedehnt.

(19) Drs. aaO., S. 53 ff. Vgl. Tabelle XV

Diese Zone hat einen gebirgigen Landstrich, eine hügelige Übergangszone und eine Flußlandschaft. Letztere hat zahlreiche bewässerte Anbaugebiete; so auch die von den Nebenflüssen durchzogenen Gebiete, wie z.B. das des Orbigo.

Der starke Niederschlag begünstigt den Anbau von Weizen und die vorteilhafte Nutzung saftiger Wiesen. Hingegen ist die niedrige Temperatur für den Gerstenanbau nicht günstig.

Die Möglichkeiten im Anbau und der Fruchtwechselfolge sind - auf bewässertem wie auf unbewässertem Land - gering. Charakteristisch für diese Region ist der Anbau von Kartoffeln auf bewässertem wie auch unbewässertem Land; auch der Anbau von Stangen-Bohnen und Rüben (die mit Weizen abwechseln) ist von großer Bedeutung. Ein anderes Merkmal ist in den zahlreichen Eichen-, Buchen- und Kastanienwäldern zu sehen, ein Charakteristikum, das sich auch von den folgenden Zonen abhebt. Auf den Weiden dieser Region wird Schaf- und Rinderwirtschaft betrieben (20).

Zone 9: Die Pyrenäen

Diese Zone mit den Provinzen Navarra, Huesca und Lérida hat eine Ausdehnung von 3.816.658 ha. Sie weist eine mittlere Höhe von 449 m auf; die durchschnittliche Niederschlagsmenge ist mit 1.112,9 mm relativ groß; die Gesamtsommertemperatur ist bei kurzen Frostperioden ebenfalls sehr hoch. Dies ist eine Zone starker Gegensätze: Flußniederungen mit bewässertem und unbewässertem Land; ausgetrocknete Gebiete und Landstriche, die eine Mittelstellung einnehmen, mit Getreideanbau und Ölbaumpflanzungen. Die Ausdehnung der Nadelwälder nimmt zu. Vorherrschend ist der Anbau von Weizen und Gemüse, der mit steigender Niederschlagsmenge in Klee- und Kartoffelanbau übergeht. Geringer Wechselanbau sowohl auf bewässertem als auf unbewässertem Land.

Ein Charakteristikum der Agrarökonomie dieser Zone sind die günstigen Bedingungen für die Schweinezucht. Die Gemeindeforsten stehen als Futterplätze für die Tiere offen. Der Ferkelverkauf in Nachbargebiete gestaltet sich somit ertragreich (21).

Zone 10: Obere Levante (Alto Levante)

Ihre Provinzen Tarragona, Barcelona, Gerona umfassen ein Gebiet von 1.990.180 ha.

Diese Zone zeichnet sich durch die niedrigste mittlere Höhe, mildes Klima, völlig fehlenden Frost und reichlichen Niederschlag aus. Auch sie bietet ein buntscheckiges Mosaik verschiedenster Landstriche. Diese Landstriche werden durch teils kahle, teils durch mit Pinienpflanzungen bestandene Berge getrennt. Das bewässerte Gebiet ist dem Obst- und Gemüseanbau (für den Konsum in Barcelona) und der Kultivierung frühreifender Früchte für den Export gewidmet; die unbewässerten Böden sind allerdings von minderer Qualität, machen aber aus dieser Region eine der gestaltungsreichsten ganz Spaniens (22).

Zone 11: Kantabrien

Sie umfaßt die Provinzen Coruna, Lugo, Orense, Pontevedra, Asturias, Santander, Vizcaya, Quizpuzcoa und Alava mit einer Ausdehnung von 5.254.638 ha.

Reichliche Niederschläge und ein mildes, frostfreies Klima begünstigen die Rinderweidewirtschaft, den Anbau von Mais und Kartoffeln sowie die Bewirtschaftung großer Waldungen. Das unbewässerte Land in dieser Zone hat die europäische Fruchtwechselfolge, verbunden mit der Kultivierung von Apfelbaumpflanzungen. Das bewässerte Land hat nur geringe Ausdehnung. Die wichtigsten Anbaupflanzen sind hier Roggen, Kartoffeln, Mais und die weiße

(21) Drs. aaO., S. 65 ff. Vgl. Tabelle XVII

(22) Drs. aaO., S. 71 ff. Vgl. Tabelle XVIII

Kohlrübe.

Die Bedeutung der Rinderzucht für diese Zone ist ungewöhnlich groß. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich von allen anderen Zonen Spaniens (23).

Zone 12: Die Inseln

Es handelt sich um die Balearen, die eine Provinz bilden, und die Kanarischen Inseln mit den Provinzen Las Palmas und Santa Cruz de Teneriffa. Die Ausdehnung beträgt 1.228.700 ha. In Wirklichkeit handelt es sich um zwei verschiedene Zonen. Die Kanarischen Inseln haben ein subtropisches Klima, und sind frostfrei. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge schwankt zwischen 100 und 200 mm. Das Klima erlaubt den Anbau aller Pflanzen des Mittelmeergebietes. Die Balearen - mit ihrem milden Mittelmeerklima - gehören eher zur Region "Levante". Auch hier erlaubt das bewässerte Land den Anbau von Getreide, Gemüsen aller Art sowie Obst edelster Sorten. Damit wird dieses Gebiet zum natürlichen Lieferanten agrarischer Exportgüter (24).

3. Die Agrarstruktur

Die Agrarstruktur Spaniens ist gekennzeichnet durch eine große Zahl von kleinen Betrieben, deren Erlös

(23) Drs. aaO., S. 77 ff. Vgl. Tabelle XIX.

(24) Diese Zone ist in sich nicht einheitlich und wurde auch von A. ZORILLA DONROSORO nicht untersucht; aber um die studie zu vervollständigen, schließen wir sie mit ein. Die Angaben wurden entnommen aus dem Anuario Estadístico de la Provincia de las Palmas, Madrid 1956 und der Reseña Estadística de Baleares, Madrid 1956 und dem Anuario Estadístico de la Producción Agrícola, Madrid 1960 - 61. Vgl. Tabelle XX.

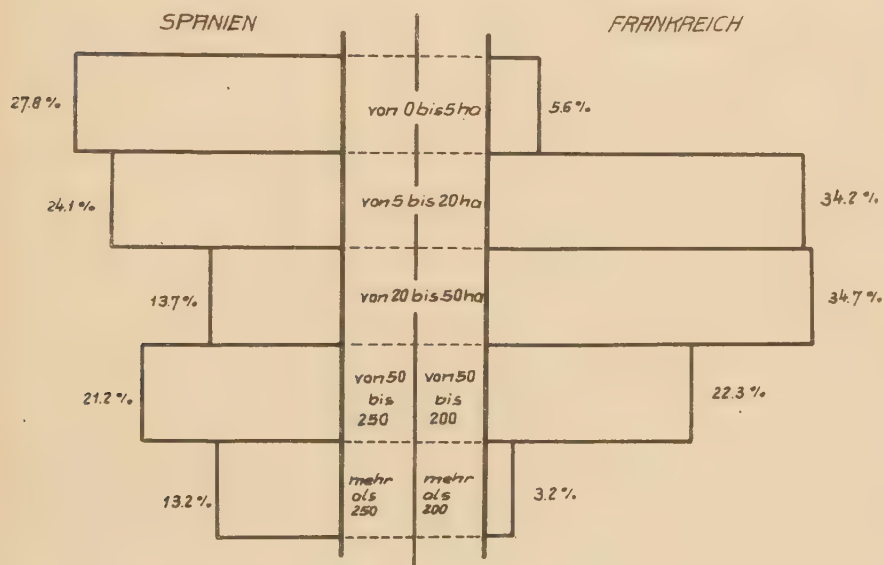
kaum die Kosten deckt, und durch ungesunde Besitzverhältnisse.

a) Betriebsgrößenstruktur

Ob ein landwirtschaftlicher Betrieb rentabel ist oder nicht, hängt unter anderem von seiner Größe ab. Unter einer Mindestgröße ist ein ertragbringender Einsatz der Produktionsfaktoren nicht möglich. Daneben spielen die Streulage der Anbauflächen sowie die Kapitalausstattung eine entscheidende Rolle.

Hinsichtlich der typischen landwirtschaftlichen Betriebe sei auf folgende globalen Angaben hingewiesen. In der aus den beiden Hochebenen gebildeten zentralen Region und in der Zone Aragón herrscht der Familienbetrieb mit zersplittertem Besitz vor (empresa familiar fraccionada). Im allgemeinen sind es Betriebe mit 1 oder 2 Gespannen, mehreren einzelnen Parzellen von unterschiedlicher Größe (zwischen 0,25 und etwa 8 ha). Die empfehlenswerte Betriebsgröße in allen diesen Zonen wäre der "erweiterte Familienbetrieb" (empresa semifamiliar), das heißt ein Familienbetrieb, der durch die Hilfe gelegentlicher oder fester Lohnempfänger leistungsfähiger würde. Aber diese Ordnung würde, wie Zorrilla Donrrosoro sagt, einen Bevölkerungs-Überhang von 30.000 Familien auf dem bewässerten Land und von 100.000 Familien auf unbewässertem Land bedeuten. Eine gewisse Ausweitung des bäuerlichen Besitzes ist im Durchschnitt in der Südlichen Hochebene festzustellen, aber selbst dort müßte man mit einem Überhang von 80.000 Familien rechnen, falls man die landwirt-

VERTEILUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE NACH DER FLÄCHE IN V.H. DER GESAMTFLÄCHE



Quelle: Consejo Social, Campo(1)

schaftlichen Betriebe auf eine Größe bringen wollte, die durch die Entwicklung der Anbaumethoden und Techniken nahegelegt wird. Auch beiderseits des Ebro gibt es diesen Typ des Familienbetriebes mit zersplittertem Besitz; aber die damit verbundenen Nachteile werden dadurch ein wenig gemildert, daß es eine Konservenindustrie gibt, die die Agrarprodukte des bewässerten Landes verarbeitet. Die Pyrenäen-Zone hat eine weniger starke Auffächerung der Familien-Betriebe; typisch ist die gemeinschaftlich-familiäre Bearbeitung; bei einem Gespann beträgt der bäuerliche Besitz 8 bis 10 Parzellen und hat eine Ausdehnung zwischen 1 und 3 ha.

Die kantabrische Zone hebt sich durch eine extreme Aufteilung hervor; hier herrscht der Familienbetrieb von kleinster Ausdehnung, der fast nur Weidewirtschaft zuläßt. Die Mittelmeerküste kennt verschiedene Formen des Familienbetriebes. In Katalonien werden - dank des industriellen Fortschritts - immer mehr "erweiterte Familienbetriebe" gegründet und Kleinstbetriebe aufgegeben. In der mittleren Levante müssen wir unterscheiden:

- 1) zwischen dem Anbau auf unbewässertem Land, wo - durch die klimatischen Voraussetzungen bedingt - die Betriebe mindestens 70 ha groß sein müssen, um noch rentabel wirtschaften zu können;
- 2) dem Anbau auf bewässertem Land, wo der Familienbetrieb vorherrscht, mit Obst- und Gemüsegärten und Apfelsinenpflanzungen.

In der Unteren Levante und in Andalusien ist es schwierig, typische Familienbetriebe zu finden.

VERTEILUNG DER PARZELLEN VON MEHRALS 250 ha.



Am meisten verbreitet ist das andalusische Landgut ("Cortijo"), eine Betriebsform, die sich auf 1,5 Millionen ha insgesamt erstreckt; dabei handelt es sich um "erweiterte Familienbetriebe", die sich in adäquater Weise an die technische Entwicklung anpassen können und eine wirtschaftliche Kapazität aufweisen, die den Unterhalt eines Mähdreschers erlaubt (25).

Ein anderes Bild ergibt sich aus den Eigentumsverhältnissen der registrierten Fläche. Der Kleinbesitz (weniger als 10 ha) umfaßt insgesamt ca. 39 v.H. der registrierten Fläche; die Mittelbetriebe (zwischen 10 - 100 ha) machen ca. 29 v.H. aus, während der Rest, d.h. 32 v.H. der gesamten registrierten Fläche, sich auf den Großgrundbesitz (über 100 ha) verteilt (26). Mit anderen Worten: Das Bild der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenverteilung wird getrübt von zwei gegensätzlichen Mängeln: Bodenzersplitterung und Großgrundbesitz (Latifundien). Über das Ausmaß der Bodenzersplitterung genügen hier allgemeine Angaben: die auf die Gesamtfläche bezogene durchschnittliche Parzellengröße liegt bei 0,79 ha. Die größte Zersplitterung weisen die nördlichen Provinzen mit nur 0,22 ha durchschnittlicher Parzellengröße auf; es folgen die Zentral-Region mit 0,71 ha, die Levante mit 1,4 ha und Andalusien mit 3,1 ha (27).

- (25) A. ZORRILLA DONRROSORO, aaO., 1958, S. 9, 11, 12, 22, 63, 44, 75, 28, 37, 56, 74.
 (26) G. GARCIA-BARDELL, aaO., S. 15. Vgl. auch I Congreso Sindical. Madrid 1961. Documentación Técnica, cuaderno núm. 2, primera parte, S. 62 - 63.
 (27) Vgl. Tabelle XXXIV. Nach der regionalen Verteilung, die vom I Congreso Sindical, Madrid 1961, Documentación Técnica, cuaderno núm. 2, primera parte, S. 64 angenommen wurde, erhält man die folgenden Ergebnisse:

Geographische Aufteilung des Eigentums

Region	Zahl der Parzellen	Durchschnittliche Fläche pro Parzelle	Zahl der Parzellen pro Eigentümer
Norte	16.967.597	0,22 ha	13,4
Centro	28.476.304	0,71 "	11,4
Levante	4.068.380	1,42	3,5
Betica	4.008.606	3,11 "	4,1
Canarias	520.998	0,61	4,3
Gesamt:	54.041.885	0,79	9,0

Daraus wird auch der Standort des Großgrundbesitzes ersichtlich. In den Provinzen mit bemerkenswerten Latifundien ist die durchschnittliche Parzelle viel größer. So hat Sevilla eine durchschnittliche Parzelle von 8 ha. In scharfem Gegensatz dazu steht Pontevedra (Nord-Spanien) mit nur 0,11 ha pro Parzelle (28). Es braucht nicht betont zu werden, daß bei dieser Streulage und der geringen Parzellengröße erhebliche zusätzliche Bearbeitungskosten und ein nicht geringes Risiko entstehen.

Das hier angeschnittene Problem wird durch die durchschnittliche Zahl der Parzellen, die jeder Eigentümer besitzt, noch deutlicher. Jeder Grundbesitzer hat durchschnittlich neun Parzellen. Die höchste durchschnittliche Anzahl haben die Grundbesitzer in Soria mit 26 Parzellen; die der Balearen mit zwei Parzellen weisen das niedrigste Mittel auf (29).

Das Problem ist aber viel ernster als diese Zahlen vermuten lassen, denn sie drücken nicht die Entfernung der Parzellen vom Dorf und die karge Ergiebigkeit der unbewässerten Gebiete aus.

Diese Verhältnisse lassen vermuten, daß die Kapitalausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe durchweg sehr gering ist. Aus Angaben über den Stand der Mechanisierung, aus der Höhe der Investitionen für Bodenverbesserungen, aus dem Düngemittelverbrauch etc. läßt sich schließen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe in Spanien bei weitem arbeitsintensiv sind. Durchschnittliche Zahlen besagen in diesem Zusammenhang nicht viel wegen der regionalen Unterschiede (30).

(28) G. GARCIA-BARDELL, aaO., S. 14. E. LAMO DE ESPINOSA: "Aspectos de la agricultura española", in: REAS, núm 7, 1954, S. 13

(29) Vgl. Consejo Económico Sindical. Madrid 1957. Ponencia "Desarrollo Agrícola". De. L. GARCIA DE OTEYZA, aaO., S. 51. Vgl. Tabellen XXV, XXVI, und XXVII

(30) Consejo Social. Campo I, S. 41 ff. I Congreso Sindical. Madrid 1961. Documentación Técnica, cuaderno núm 2, primera parte, S. 71 ff. Vgl. Anuario Estadístico de la Producción Agrícola. Censo de Maquinaria Agrícola zum 30. 6. 1959. Vgl. Tabelle XXI, XXII, XXIII und XXIV

Wenn man zusammenfaßt, so weist die Betriebsgrößenstruktur sehr kleine Betriebe im größten Teil Spaniens auf, die mit Parzellenzersplitterung und ungenügender Kapitalausstattung belastet sind. Demgegenüber gibt es in Süd- und Süd-West Spanien übermäßigen Großgrundbesitz.

b) Die Besitzverhältnisse
.....

Nicht nur die aufgezeigten betriebsökonomischen Verhältnisse, sondern auch die bestehende soziale Ordnung der Landbevölkerung übt einen unheilvollen Einfluß auf die Ergiebigkeit des Agrarsektors aus. Dieser letztere Mangel findet in den ungesunden Besitzverhältnissen innerhalb der spanischen Landwirtschaft berechneten Ausdruck.

Was die Rechtsformen der Bewirtschaftung betrifft, so kann man drei wichtige Bewirtschaftungsformen unterscheiden: selbsttätige Eigentümer (empresarios directos), Pächter (arrendatarios) und Teil-Pächter (aparceros).

Unter eigenständiger Bewirtschaftung verstehen wir, daß der Eigentümer seinen Boden mit oder ohne Hilfskräfte bewirtschaftet und hinsichtlich der Leitung und Risiken alle Verantwortung übernimmt. Das Pächtertum weist in Spanien eine Besonderheit auf, indem man zwischen "protegiertem" und "nicht-protegiertem" Pachtum unterscheidet. Das erstere umfaßt kleine Betriebe - wie im zweiten Teil dargelegt wird - , die sich eines gesetzlichen Schutzes erfreuen. Bei den Teil-Pächtern (aparceros) handelt es sich um eine Bewirtschaftungsart, bei der die Interessen und Risiken der Produktion gemeinsam von Eigentümer und Bewirtschafter getragen werden. Diese Art der Bewirtschaftung gibt es in Spanien in verschiedenen

Formen je nach dem Ort und Gegenstand des Vertrages (31).

Über den Umfang der verschiedenen Bewirtschaftungsformen geben folgende Angaben des Consejo Económico Sindical Aufschluß: 56, 2 v.H. aller Bewirtschafter sind selbsttätige Eigentümer; ihre Betriebe umfassen etwa zwei Drittel der bebauten Fläche; 31,4 v.H. aller Bewirtschafter sind Pächter; sie bearbeiten weniger als ein Viertel der bebauten Fläche; 12,4 v.H. sind Teil-Pächter (aparceros) mit der übrigen bebauten Fläche (32).

Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß die selbsttätige Bewirtschaftung in allen Regionen vorherrschend ist, aber mit unterschiedlichem Umfang. Den höchste Anteil der eigenständigen Bewirtschaftung an der bebauten Bodenfläche weist Aragón auf, wo drei Viertel der bebauten Fläche auf diese Wirtschaftsform entfallen. Danach kommen die beiden Kastilien, wo 70 v.H. der bebauten Fläche von insgesamt 4 Millionen ha von Eigentümern bewirtschaftet wird.

Das Pächtertum ist vorherrschend in den baskischen Provinzen und Galizien. Auch in Kastilien, Navarra und León ist diese Bewirtschaftungsform sehr verbreitet. Das nicht-protegierte Pächtertum ist vor allem in Extremadura und Andalusien, typische Lati-fundiengebiete, anzutreffen (33).

(31) Die wichtigsten Formen sind: die sog. "mediería", bei der vertragsgemäß Gewinn und Risiko, Unternehmer und Eigentümer in gleicher Weise auf sich nehmen. Sie ist vorherrschend in Catalaunien, La Mancha und Murcia; die sog. "terrazgo" und "mampostería" finden sich vorwiegend in Asturien, weitere Formen wie z.B. "masovería", "cuartería" oder "quintería", "exarico" in anderen Gegenden. Allen ist gemeinsam, daß sie ein Vertrag sind, durch den sich eine Person einer anderen gegenüber verpflichtet, die Nutzung von gewissen Gütern oder Produktionsmitteln gegen einen entsprechenden Teil des Ertrages zu gestatten. Vgl. Consejo Social, Campo I, Madrid 1959. S. 116.

(32) L. GARCIA DE OTEYZA: "Los regímenes de explotación del suelo nacional" in: REAS., núm. 1, 1952, S. 51. Vgl. Tabellen XXVIII und XXIX

(33) Congreso Social, Campo (I), S. 116. Ds. I Congreso Sindical, aaO. S. 68

Das Teil-Pächtertum (aparcería) ist vorherrschend in der Levante mit einem Anteil von 40 v.H. der in diesem Gebiet bebauten Fläche. In einigen Provinzen ist dieser Anteil noch höher, so in der Provinz Alicante mit 60 v.H. und in Murcia mit 70 v.H. der in der Provinz bebauten Fläche (34).

Diese Angaben scheinen die Hypothese zu bestätigen, dass das Pächtertum, das unter den verschiedenen Bewirtschaftungsformen zusätzliche Belastungen verursacht, vornehmlich in jenen Regionen anzutreffen ist, wo die klimatischen Bedingungen für die Ernte einen gewissen Sicherheitsfaktor darstellen; die "aparcería" genannte Bewirtschaftungsform, die Risiken und Nutzen beiderseits verteilt, ist in den Regionen vorherrschend, wo die klimatischen Voraussetzungen weniger günstig sind; die eigenständige Bewirtschaftung hingegen ist in feuchten Zonen vorhanden (35).

Zusammenfassend läßt sich feststellen: beinahe die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe werden von Pächtern und Teil-Pächtern (aparceros) geführt. Daraus kann man einen großen Mangel der spanischen Landwirtschaft erkennen, nämlich den sog. "Absentismus", d.h. viele Eigentümer leben in Städten von den Renten. Gleichfalls ist daraus zu schließen, daß die Kapitalflucht vom Land in die Stadt ein ziemlich großes Ausmaß hat. Die Folge davon ist, daß die privaten Investitionen in der Landwirtschaft sehr beeinträchtigt werden. Für die Agrarpolitik ergibt sich kurzfristig die Aufgabe, die wirtschaftliche Sicherheit der Pächter zu gewährleisten. Langfristig müssen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen darauf gerichtet sein, den Zugang zum Eigentum zu ermöglichen, damit Unternehmer- und Eigentümerschaft in einer Person vereinigt werden.

(34) I Congreso Sindical. Madrid 1961. Documentación Técnica, cuaderno núm 2. Congreso Social, Campo (I), S. 51.
L. GARCIA DE OTEYZA, aaO. S. 52

(35) L. GARCIA DE OTEYZA, aaO. S. 55

4. Die Landbevölkerung

Nach dem Fragenkomplex des Bodens und der damit verbundenen Probleme der Betriebsgröße und der Besitzverhältnisse soll in dieser Studie der Faktor Mensch in der Landwirtschaft behandelt werden. Die spanische Bevölkerung weist ganz spezifische Merkmale auf. Als erstes sei der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahrzehnte erwähnt. Die Einwohnerzahl hat sich von 25,9 Millionen Einwohner im Jahre 1940 auf 30 Millionen im Jahre 1960 erhöht; und wenn man die Tendenz der Geburten- und Sterbeziffern auf das Jahr 1975 bezieht, so ist dann mit einer Einwohnerzahl von über 32 Millionen zu rechnen (36). Bei einer Zuwachsrate von 10/1000 (lt. den letzten Volkszählungen) kann sich Spanien als ein "junges Volk" betrachten. Bei einer relativ hohen Geburtenrate (1950 betrug sie 20,6/1000) ist die Sterbeziffer in den letzten Jahren sehr zurückgegangen (37).

Charakteristisch für die spanische Bevölkerung ist - global betrachtet - die geringe Dichte und - im einzelnen gesehen - die ungleichmäßige Verteilung. Nach der Volkszählung von 1950 kommen 55,41 Einwohner auf 1 km². Die Peripherie weist dabei eine viel größere Dichte als das Landesinnere auf, das zwar 69 v.H. der gesamten Bodenfläche umfaßt, aber nur 48 v.H. der Bevölkerung hat. Dagegen hat die Peripherie bei nur 31 v.H. der Oberfläche 52 v.H. der Bevölkerung (38). Auf die Größe der Gemeinden bezogen, wird deutlich, daß die spanische Bevölkerung größtenteils ländlich ist. Man kann unterscheiden:

(36) Vgl. Tabelle XXX

(37) Vgl. Tabelle XXXI

(38) R. PERPIÑA GRAU: "De estructura económica y de economía hispana". Madrid 1952. S. 285

die Zone der Stadt (mehr als 10.000 Einwohner); die mittlere Zone (Gemeinden zwischen 2.000 und 10.000 Einwohner); die ländliche Zone mit Gemeinden unter 2.000 Einwohner. Die ländliche Zone hat 39 v.H. der Gesamtbevölkerung, die Zwischenzone 24 v.H. und die urbane Zone 37 v.H.⁽³⁹⁾ Dieses Mißverhältnis in der Bevölkerungsstruktur wird um so augenfälliger, wenn man die verschiedenen Sektoren der arbeitenden Bevölkerung betrachtet. Der Agrarsektor übertrifft bei weitem den Industrie- oder Dienstleistungssektor (40).

a) Zahl der Erwerbstätigen und ihre Verteilung nach Wirtschaftsbereichen.....

Für Industrieländer scheint es typisch zu sein, daß die arbeitende Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung einen größeren Anteil aufweist. Für das Jahr 1958 macht dieser Anteil in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 44 v.H. aus. Dieser Anteil scheint im Maße der wirtschaftlichen Entwicklung zu steigen. Die arbeitende Bevölkerung Spaniens stellt lt. Volkszählung von 1950 einen Anteil von 37,38 v.H.; der gleiche Prozentsatz scheint auch für 1960 zu gelten. Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung macht kaum mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus: 10.793.057 arbeitende Menschen im Verhältnis zu 30.128.056 Einwohnern. Es ist schwierig, statistisch den Wert für die Mitarbeit der Frau in der Landwirtschaft zu ermitteln. Dagegen ist dieser Anteil für den Industrie- und Dienstleistungssektor ermittelt worden und beträgt - in den industrialisiertesten Ländern Europas - 29,5 v.H. für die Industrie und

(39) R. TAMAMES: "Estructura económica de España". Madrid 1961. S. 13

(40) Vgl. Tabelle XXXII und XXXIII

61,7 v.H. für den Dienstleistungssektor. In Spanien beträgt der Anteil der arbeitenden Frau im Industriesektor nur 18,4 v.H. und im Dienstleistungssektor 46,07 v.H. (Vergleichszahl: die gesamte arbeitende weibliche Bevölkerung (41)).

Nach den Veröffentlichungen des Ersten Gewerkschaftskongresses ist der Anteil der im primären Sektor Beschäftigten zurückgegangen, und zwar innerhalb eines halben Jahrhunderts von zwei Drittel der gesamten arbeitenden Bevölkerung auf weniger als 50 v.H. Dagegen nimmt der Anteil im Industrie- und Dienstleistungssektor zu und ist im gleichen Zeitraum von etwas mehr als ein Drittel auf über 50 v.H. gestiegen (42).

Die Ausweitung des Arbeitskräftevolumens in der ersten Hälfte des Jahrhunderts hat die Schaffung von 4 Millionen neuer Arbeitsplätze zur Folge gehabt; das ist eine Zunahme um 62 v.H. Aber diese Zunahme war nicht - wie auch kaum zu erwarten ist - proportional in der Verteilung auf die einzelnen Sektoren, sondern entfiel zum großen Teil auf den Industrie- und Dienstleistungssektor. In der Landwirtschaft betrug die Ausweitung 17 v.H., bei der arbeitenden Industriebevölkerung 164 v.H. und im Dienstleistungssektor 135 v.H. Die jährliche Zuwachsrate lag bei nahe 1 v.H. (0,97), auf die Sektoren verteilt: im Agrarsektor 0,31 v.H.; im Industriesektor 1,96 v.H. und bei den Dienstleistungen 1,72 v.H. Das bedeutet die Neueingliederung von ca. 80.000 Personen pro Jahr (43).

(41) Vgl. Tabellen XXXIV und XXXV

(42) I Congreso Sindical. Madrid 1961. Documentación, Técnica, cuaderno núm. 1, S. 3

(43) Ebda. S. 4 ff.

Verteilung der zwischen 1900 und 1950 eingestellten
Arbeitskräfte

Sektor	Einstellung von Personen pro Jahr (in Tausenden)
landwirtschaftlicher	14,7
industrieller	34,8
Dienstleistungen	<u>31,7</u>
Gesamt	81,2

Die Aufteilung der erwerbsfähigen Bevölkerungsschichten spiegelt eine bestimmte wirtschaftliche Situation. Es scheint, daß sich - verallgemeinernd - die These formulieren ließe, daß das Einkommen pro Einwohner im umgekehrten Verhältnis steht zu dem Anteil an landwirtschaftlich Tätigen.

Diese These hat auch für Inner-Spanien Gültigkeit, da in den betreffenden Provinzen - bei zwar niedrigerem Anteil arbeitender Bevölkerung in der Landwirtschaft - auf den einzelnen ein höheres Einkommen entfällt (44). Vom agrarpolitischen Gesichtspunkt aus zwingt das zu einer (Neu)Verteilung der Arbeitskräfte derart, daß der Anteil der arbeitenden Bevölkerung am Agrarsektor sich verringert und die Anteile im Industrie- und Dienstleistungssektor entsprechend steigen.

Zusammenfassend lassen sich folgende Charakteristika für die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens in der 1. Hälfte des Jhds. anführen: "eine merkliche Zunahme der arbeitenden Bevölkerung - in der Gesamtheit; eine Zunahme, die im absoluten Bestand an Arbeitskräften deutlicheren Ausdruck findet; das Anwachsen des landwirtschaftlichen Sektors ist minimal, verglichen mit dem, was sich in den übrigen Sektoren feststellen läßt".

Auch für die arbeitende Bevölkerung wurde vom Ersten Gewerkschaftskongreß die vermutliche zukünftige Entwicklung - auf das Jahr 1975 bezogen - aufgezeigt: auf den Agrarsektor kommen dann 28,13 v.H. der Gesamtbevölkerung; auf den Industriesektor werden 34,7 v.H. und auf den Dienstleistungssektor 37,17 v.H. - von insgesamt ca. 13 Millionen arbeitenden Menschen - entfallen. Das bedeutet, daß bis dann 2,7 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen sind, die sich mit 1,3 Millionen auf den Industrie- und mit 1,4 Millionen auf den Dienstleistungssektor ver-

(44) Vgl. Tabelle XXXVI

teilen werden. Damit wird für 1975 der Anteil der arbeitenden Landbevölkerung 28 v.H. der gesamten arbeitenden Bevölkerung betragen; das entspräche dem Durchschnitt in der Europäischen Gemeinschaft (45).

Dieser statistische "Voranschlag", der auf Grund des in der 1. Hälfte des Jhds. festgestellten säkularen Trends (hinsichtlich des Wachstums und der Verteilung der arbeitenden Bevölkerung) aufgezeigt wurde, vermutet einen Rückgang der arbeitenden Landbevölkerung von 4,5 Millionen auf 3,7 Millionen männliche Beschäftigte - bei Berücksichtigung der Auswanderungen.

Doch dieser Rückgang beträgt nur etwas über 1 v.H. jährlich - ein verständliches Phänomen, wenn man das niedrige Niveau in der Mechanisierung der spanischen Agrarkultur wie die statistischen Daten anderer Länder berücksichtigt (46). Nach Abzug von 300.000 männlichen Beschäftigten in der Fischerei beträgt die Zahl der männlichen Beschäftigten in der Landwirtschaft 4,4 Millionen. Wenn wir als Durchschnittswert annehmen, daß auf 2,5 Personen (die in der Landwirtschaft arbeiten) 1 Traktor komme, des weiteren die gegenwärtige Zahl der Traktoren von 40.000 auf 300.000 innerhalb von 15 Jahren erhöht denken (eine Anzahl, die Frankreich - bei etwa gleicher Oberfläche - aufweist), so würde das eine Verringerung der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 650.000 bedeuten. Darüber hinaus ist die statistisch nicht erfaßte Mitarbeit der Frau zu berücksichtigen, die einen zusätzlichen Arbeitsfaktor darstellt und in einigen Regionen von ausschlaggebender Bedeutung für die Aufgaben in der Landwirtschaft ist. Hierin zeigt sich deutlicher das Phänomen der "versteckten" Arbeitslosigkeit und die Ernsthaftigkeit dieses Problems.

(45) I Congreso Sindical, aaO., S. 16 f.

(46) Ebda., S. 18

Das Problem der Unterbeschäftigung ist statistisch nicht erfaßt; es gibt nur Schätzungen, die für die Landwirtschaft zwischen 1,275 und 0,75 Millionen männlichen Arbeitskräften schwanken (47). Wenn man von dieser Gruppe diejenigen subtrahiert, die infolge der Mechanisierung zusätzliche Arbeit finden würden, wären alles in allem ca. 1,1 Millionen männliche Arbeitskräfte überzählig. Die Verminderung dieses Teils der arbeitenden Bevölkerung um jährlich 1,66 v.H. würde innerhalb von 15 Jahren die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung auf einen Anteil von 28 v.H. an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen bringen, auf den gleichen Prozentatz also, der vom Ersten Gewerkschaftskongreß für 1975 geschätzt wurde (48). Die Agrarpolitik kann in diesem Fall nicht unabhängig von der Wirtschaftspolitik auf den anderen Sektoren operieren, da für die überzähligen Kräfte aus der Landwirtschaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

b) Gruppen der Landbevölkerung

Wenn wir hier von "Gruppen" sprechen, so verstehen wir dieses Wort in seiner allgemeinen Bedeutung. Es ist aufschlußreich, sich einerseits die Struktur der wirtschaftlich-sozialen Niveaus der ländlichen Bevölkerung klarzumachen und andererseits die Gruppierungen und Organisationen wirtschaftlichen Charakters ins Auge zu fassen. In Spanien gibt es nicht mal eine auch nur oberflächliche Studie über die Sozialstrukturen der Agrarbevölkerung. Bis heute hat sich die ganze Aufmerksamkeit auf den Boden als Produktionsfaktor oder auf die juristischen Eigentumsverhältnisse konzentriert, oder auch auf arbeitsspezifische Katalogisierungen (so z.B. bezüglich der Dauer der

(47) Vgl. Tabelle XXXVII

(48) I Congreso Sindical, cuaderno núm. 3, S. 15

Anstellung). Es leuchtet ein, daß diese wenig differenzierten und vagen Strukturanalysen keine ausreichende Basis für Maßnahmen der Agrarpolitik darstellen. Da wir hier unmöglich eine ausführliche Studie über die Einzelheiten geben können, fügen wir einige aufschlußreiche Daten über den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung bei:

Zunächst können wir (für 1958) die arbeitende Landbevölkerung unter dem Gesichtspunkt der juristischen Besitzverhältnisse folgendermaßen einteilen:

33,4 v.H. der in der Landwirtschaft Tätigen stellen die Lohnempfänger; 78,3 v.H. der Lohnempfänger sind Gelegenheitsarbeiter, davon stellen die Frauen 26,15 v.H. Wenn wir diese Daten durch die Resultate vervollständigen, die die abgeschlossene Enquête der "Junta Nacional de Hermandades" erbracht hat, so kann gefolgert werden, daß die Zahl der festangestellten Arbeitskräfte zwischen 1953 - 56 abnahm, während die Zahl der Gelegenheitsarbeiter zunahm und auch letztlich weiter gestiegen ist (49).

Wenn wir den Grad der Berufsausbildung zugrundelegen (gem. den Aufzeichnungen des "Censo Electoral Sindical" von 1957) können wir folgende Kategorien unterscheiden: 0,17 v.H. Techniker; 0,47 v.H. Verwaltungspersonal; 19,54 v.H. Agrarspezialisten; 79,82 v.H. Ungelernte. Der Prozentsatz der ungelernten Arbeiter kann in einigen Gegenden auf 90 v.H. geschätzt werden.

Von den wirtschaftlichen Organisationen seien "Grupos Sindicales de Colonización" und "Cooperativas del Campo" hervorgehoben. Die erste widmet ihre

(49) I Congreso Sindical, aaO., cuaderno núm. 1, S. 13 ff. Congreso Social de la Organización Sindical Española, Campo (2), S. 218 ff. Vgl. X.
FLORES: "El problema agrario español", in: Ibérica, núm. 7 - 8, 1960, S. 5. Weniger überzeugend ist sein politischer Radikalismus. Vgl. auch Tabellen XXXVIII und XXXIX

Tätigkeit den Verbesserungsaufgaben, die von lokalem Interesse sind, und zwar durch Geldeinlagen der Begünstigten selbst, ferner durch die Unterstützungen, Darlehen und Subventionen der staatlichen Investitionsfonds für Agrarkredite, die durch diese Organisationen geleitet werden. Am 31. Dez. 1958 gab es 934 Organisationen dieser Art (grupos), denen 305 agrar-industrielle zuzuzählen sind; 298 genossenschaftliche Organisationen für die Wiederaufforstung; 204 für die familieneigenen Obst- und Gemüsegärten (huertos familiares) und 329 mit anderen agrarpolitischen Zielsetzungen.

Die landwirtschaftlichen Organisationen (cooperativas agrícolas), die sich dadurch auszeichnen, daß sie nicht nach Gewinn streben und das vorhandene Kapital variabel ist, waren im gleichen Zeitpunkt auf 5.596 gestiegen und haben jetzt die 8000-Grenze überschritten (50). Aus diesen Zahlen ersieht man, wie notwendig es ist, den Bauern das Gemeinschaftsdenken anzuerziehen. Doch diesem Ziel widersetzen sich Unwissenheit und der typisch spanische Individualismus.

c) Aus- und Binnenwanderung der Landbevölkerung.
.....

Das Problem der Mobilität ist in der spanischen Statistik eines der am meisten vernachlässigten Kapitel. Man kennt zwar den Ernst und die Komplexität des Problems, aber die Zahlen sind nur Näherungswerte und trotz mancher Wahrscheinlichkeit weit von der Realität entfernt. Zum Berufswechsel gibt es überhaupt keine offiziellen Angaben.

Es gibt eine Mobilität, die übernational ist und eine, die sich auf Spanien beschränkt. Von diesen Bewegungen wiederum sind einige auf die Gemeinde, andere auf die Provinz und wieder andere auf die Region beschränkt. Bezüglich der Dauer gibt es eine zeitge-

(50) I Congreso Sindical, aaO., cuaderno núm. 1, S. 13 ff. Consejo Social, Campo (1), S. 27 ff. R.R.M.: "Las cooperativas del campo", in: REAS., núm. 23, 1958, S. 127 ff.

bundene Mobilität (die hauptsächlich mit Erntearbeiten zusammenhängt) und einendauerhafteren und definitiven Charakter, z.B. beim Umzug in die Stadt. Am besten erfaßt ist die Auswandererfrequenz. Die Wanderbewegung nach Europa wurde offiziell erfaßt, aber viele Arbeiter sind auch mit Reisepässen ausgereist, um Arbeit in anderen Ländern zu finden. Die Zahl der Auswanderer nach Übersee weist einen Jahresdurchschnitt von 50.000 Personen auf, wovon 50 v.H. auf wirtschaftlich Abhängige entfallen (Frauen und Kinder unter 15 Jahren)(51). Die Zahl aller Auswanderer für die fünf Jahre von 1946 - 50 schätzt man auf 371.451 und für 1951 - 55 auf 493.605 Personen. Dieser Rhythmus zeigte sich auch in den letzten Jahren. Bedeutender ist die Einteilung der Auswanderer nach ihrem Alter. Nach 1946 wanderten aus 71.214 Männer zwischen 15 und 25 Jahren und 154.835 Männer im Alter von 25 bis 55 Jahren. Die entsprechenden Zahlen für die Frauen sind 48.116 und 110.198. D.h. 47,85 v.H. aller Auswanderer entfallen auf Männer zwischen 15 und 55 Jahren und 33,51 v.H. auf Frauen gleichen Alters.

Was die innerspanische Mobilität anbelangt, so sind folgende Provinzen für die Jahre 1951 - 55 am aufnahmestärksten: Barcelona mit 203.131 Zuwanderern; Vizcaya mit 34.611; Oviedo mit 20.407 und Quipuzcoa mit 19.641; Madrid mit 124.223 Zuwanderern. Es gibt andere Provinzen mit kleineren Anteilen. Die typischen Auswanderer-Provinzen sind: Albacete, Almería, Avila, Burgos, Badajoz, Cáceres, Ciudad Real etc.(52).

Auf die Größe der Gemeinden bezogen, ließe sich die Regel ableiten, daß die Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern einen doppelten Prozentsatz an Auswanderern stellen. Für die fünf Jahre von 1951 - 55 entfallen 594.060 Auswanderer auf Gemeinden mit mehr

(51) Vgl. Tabelle XL

(52) A. BARBANCHO: "Los movimientos migratorios en España", in: REAS., núm. 33 1960, S. 11 ff.

als 5.000 Einwohnern und auf solche mit weniger als 5.000 Einwohner kamen 572.959 Auswanderer; das sind 3,02 bzw. 6,15 v.H. der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Gemeindegröße. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen, macht die Auswandererquote in den 5 Jahren von 1951 - 55 4,03 v.H. und in den vorangegangenen 5 Jahren 2,92 v.H. aus. Daraus lassen sich zwei klare Folgerungen ziehen:

der Prozentsatz der Auswanderer hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt; die Auswanderung ist eine Erscheinung vor allem in den ländlichen Zonen (53).

Das Problem der mangelnden Sesshaftigkeit der arbeitenden ländlichen Bevölkerung ist mit der saisonbedingten Arbeitslosigkeit eng verknüpft. Die Bestimmungsfaktoren sind äußerst vielschichtig. Die Wanderung innerhalb mehrerer Gemeinden - fast ausschließlich hin- und rückläufig - hängt mit den Erntearbeiten zusammen. Es handelt sich um Wanderbewegungen zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben, die ihre Ursache im Mißverhältnis zwischen Bevölkerungsdichte und dem kultivierbaren Land haben.

Die inter-provinziellen Wanderbewegungen werden zum großen Teil durch die Monokultur wie durch den niedrigen Stand der Mechanisierung hervorgerufen. Typisch dafür ist der Zustrom von Arbeitern aus Galizien nach Kastilien oder in das Tal des Guadalquivir (das mehrere Provinzen umfaßt und - auf Grund gleicher Bedingungen in Bodenaufbau und Klima - ein ähnlicher Anbau vorherrscht), wo in bestimmten Jahreszeiten viele Tagelöhner benötigt werden. Auch hierbei handelt es sich um einen Hin- und Rückstrom. In den Hauptstädten der Provinz, die zu allen Zeiten auf die Landarbeiter der Provinz die größte Anziehungskraft ausübten, macht sich die "Landflucht" am deut-

lichsten bemerkbar. Die Gründe dafür sind die ungünstige Beschäftigungslage, das Mühsame der landwirtschaftlichen Arbeit und der Wunsch, sowohl wirtschaftlich wie wohnungsmäßig eine gewisse Sicherheit zu haben. Die berufliche Ausbildung auf dem Land ist häufig von größerer Bedeutung als die in der Stadt: ein Olivenarbeiter oder Schnitter könnte kaum mit gleichem Arbeitserfolg andere Landarbeitern verrichten, während der Händlanger in der Stadt nur eine geringe technische Vorbildung benötigt (54).

Nicht zuletzt ziehen auch die industriellen Zentren die Landbevölkerung an. Auf die Tagelöhner üben die nördlichsten Provinzen die stärkste Anziehungskraft aus: Katalonien, Vizcaya und Asturien, wo die Industrie heimisch ist.

Die Zonen, aus denen sich dieser Zustrom rekrutiert, haben fast ausschließlich ländlichen Charakter: Extremadura, Andalusien, Galizien. Bis vor kurzem waren diese saison-bedingten Wanderbewegungen am bedeutsamsten. Durch die Erntearbeiten können gewöhnlich 800.000 Arbeiter beschäftigt werden; drei Viertel davon sind Männer über 20 Jahre und ein Drittel der Frauen gleichen Alters. Von diesen kamen jedoch nur 50.000 aus anderen Regionen. Aber selbst dieser geringe Zustrom wäre unnötig, wollte man den Arbeitslosen der Region Beschäftigung geben (55). Es kann gesagt werden, daß die Wanderbewegung der ländlichen Bevölkerung darin ihren Grund hat, daß die Zahl der Tagelöhner abnahm und diese selbst ungleichmäßig verteilt sind.

(54) J. REDONDO GOMEZ: "Las corrientes migratorias de los trabajadores agrícolas", in: REAS., núm. 14, 1956, S. 122 ff.

(55) Ein typisches Beispiel bildet die Provinz von Sevilla, die annähernd 23.000 Arbeiter bei den Erntearbeiten beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande übersteigt die Zahl von 27.000 Landarbeitern, und dennoch wird eine Einwanderung von annähernd 3.000 Arbeitern aus den benachbarten Provinzen registriert. Dasselbe gilt für die Provinz Granada. Vgl. Consejo Social, Campo (2), S. 225

Abgesehen von der "verdeckten" Arbeitslosigkeit gibt es in Spanien eine saison-bedingte Arbeitslosigkeit, die ihren Grund in der Monokultur und in derartig ungünstigen klimatischen Verhältnissen hat, daß im Winter keine Feldarbeit möglich ist. Die Beschäftigungskapazität pflegt in den Monaten von Juni (wenn die Ernte beginnt) bis Januar (wenn in einigen Regionen die Oliven geerntet werden) mehr als voll beansprucht zu sein. In den Monaten Juni - August wird auf dem unbewässerten Land die Ernte eingebracht; September und Oktober ist Wein- und November bis Dezember Olivenernte. In den Monaten Januar, Februar, März und April gibt es die meisten Arbeitslosen. Auch die saisonbedingte Arbeitslosigkeit im Mai ist sehr erheblich. Die Provinz mit der größten Arbeitslosenzahl ist Sevilla mit 27.257; es folgen Jaén mit 24.294, Cáceres mit 19.793, Almeria mit 12.382, Cádiz und Granada mit mehr als 11.000, Badajoz und Albacete mit mehr als 10.000 Arbeitslosen im Jahre 1958 (56).

Damit zeigt sich, daß die Provinzen mit der größten saisonbedingten Arbeitslosigkeit solche sind, wo es große Latifundien gibt und weite Flächen in Monokultur bearbeitet werden. In den Provinzen, wo die Bodenzersplitterung vorherrscht, scheint die saisonbedingte Arbeitslosigkeit nicht so bedeutend zu sein; es steht aber außer Zweifel, daß die "versteckte" Arbeitslosigkeit viel schlimmere Ausmaße annimmt (wenn diese auch bis zum Augenblick durch die Beschäftigungs-Statistiken noch nicht zum Ausdruck gebracht wurde).

d) Qualitative Analyse der Landbevölkerung
.....

Nur wenige Dinge sind in ihrer Darlegung so sehr der Subjektivität unterworfen wie die Psychologie eines Volkes. Hierüber gibt es nur mehr oder weniger

(56) Ebda., aaO., S. 127 ff. Vgl. Tabelle XLII

zutreffende "Mutmaßungen" von Literaten. Bei allem steht jedoch eines fest: die Mannigfaltigkeit der psychologischen Züge in den einzelnen spanischen Regionen, die sich zum großen Teil von der Geographie her bestimmen.

Man hat in fast übertriebenem Maße von rassistischen Einflüssen gesprochen und wollte im spanischen Charakter die psychologischen Züge der eingewanderten Fremdvölker wiedererkennen (57). Speziell die Hervorhebung des Einflusses der Araber ist schon zu einem Gemeinplatz geworden (58).

Ganivet sieht als Grundeigenschaft des spanischen Charakters den Stoizismus an, "den natürlichen und humanitären Stoizismus eines Seneca" (59). Diese Grundeigenschaft, die Seneca philosophisch untermauerte, manifestiert sich - wenn auch versteckt - in allen Regungen des Volkslebens: im religiösen Leben in mystischer Exaltiertheit und im Fanatismus; im sozialen Leben im Individualismus; in der Rechtsordnung durch die Idealisierung der Gerechtigkeit, die dann, wenn sie mit der nur mangelhaften Anwendung durch die Menschen konfrontiert wird, einen

(57) Fernández (de Encinas) J.,: "Principios de política española en Angel Ganivet". Murcia 1955. S. 20 ff

(58) F. KRIESSMANN: "Das Spanische Agrarproblem und die Versuche zu seiner Lösung". Stuttgart 1934. S. 27: "Um solches Dasein zu ertragen, gehört schon ein Erbgut dazu wie der ruhige Gleichmut und der Fatalismus des Orients, der von den Mauren auf die Halbinsel gebracht wurde".

Dr. K. HEINRICH: "Grundlagen, Aufbau und Wandlungen der spanischen Landwirtschaft". Heidelberg 1937, Vgl. Kap. II: Der personale Faktor. I: Qualitative Analyse.

(59) FERNANDEZ (de Encinas) J., aaO. S. 29. Es war Séneca -- "dieser Sohn Spaniens aus Zufall und doch Spanier aus seinem Wesen heraus" --, der die genaue Formel unseres Verhaltens gab: "das Festhalten an einer solch festen und emporgerichteten Gestalt, daß man zumindest immer von dir sagen kann, du seiest ein Mensch". Vgl. A. Ganivet: "Obras completas". Madrid 1943. t.I, S. 91. Wie MAEZTU bemerkt, findet man den zitierten Text nicht buchstabengetreu in den Werken Senecas, aber er enthüllt und sagt uns "etwas Wesentliches von unserem Geiste", was auch die Erfahrung und die Beispiele der Geschichte bestätigt haben. Vgl. "La defensa de la Hispanidad". Valladolid, 1938, S. 89

umstürzlerischen Geist hervorruft; im militärischen Leben im Geist der Guerrilla-Kämpfer; auf der Verwaltungsebene in Überheblichkeit und im künstlerischen und wissenschaftlichen Leben in der Mannigfaltigkeit wie in der Geringschätzung der Naturwissenschaften (60). Dieser offensichtliche Gegensatz zwischen der stoischen Grundhaltung und den psychologischen Manifestationen ist - nach Ganivet - auf den rassistischen Einfluß zurückzuführen, den die Araber während der Okkupation ausübten.

Hier ist die theoretische Darlegung von geringerer Bedeutung als die "Intuition". Wahrscheinlich existieren im spanischen Charakter die Gegensatzpaare Maß-Exaltiertheit, Duldsamkeit und plötzliche Entfesselung nebeneinander. Der Spanier läßt sich nicht durch utilitaristische Erwägungen gefangen nehmen, sondern durch höhergestellte Leitbilder. Das erweist sich darin, daß das spanische Volk, das großer Heldentaten fähig ist, unfähig war, ernsthaft (wie etwa die Engländer) Handel und Gewerbe zu betreiben (61).

Die Schriftsteller der "Generation 98" haben Kastilien und den kastilischen Charakter zum "Studienobjekt" gemacht. Bei der Berührung mit der jetzigen Wirklichkeit wird die historische Erinnerung lebendig. Diese schmerz- und leidgewohnten Bauern, ein wenig resigniert und in sich gekehrt, waren zu ihrer Zeit die "wilden Männer" (hommes de fierro), die Heerschar eines Cid. Azorín beschreibt immer den Ritter von hoher Gestalt, wie er aus dem Tor des Stammhauses tritt (62). Ortega y Gasset läßt sich

(60) A. GANIVET, aaO. T. I, S. 38

(61) Ebda, S. 39 ff.

(62) AZORIN: "Obras completas". Madrid 1947. T. VI, S. 249. Eine ausführliche Beschreibung der Soziologie des kastilischen Bauern auf der Grundlage der Schriften der berühmten "Generation von 98" kann man in meinem Buch (im Druck) "La Sociología rural de Castilla" vorfinden.

durch Landschaft und Erinnerung in heroische Zeiten zurückversetzen und schließt mit der Feststellung, daß es in der Literatur und in der kastilischen Landschaft eine schon krankhafte Affektion zum Mißerfolg und eine ungewöhnliche Bereitschaft zu Verzicht gebe (63). Für Pemán ist diese Rasse immer noch nüchtern, maßvoll und den geheiligten Traditionen sehr zugeneigt (64). Machado hingegen verfinstert die Seele dieser Bauern ..." die fähig sind zu schmutzigen Lastern und bestialischen Verbrechen ... Sklaven der sieben Kapitalsünden" (65). Unamuno hebt des kastilischen Bauern ernsthaften, stillen Frohsinn und sein wohlüberlegtes Handeln gegenüber allem Fortschrittlichen hervor: "Und in diesen Dörfern lebt eine Kaste, die man beständig verleumdet, eine ernste, vorsichtige Kaste, die nicht einen Fuß voransetzt, wenn der andere nicht feststeht; ohne Hast ohne alle Ungeduld, die Schritt für Schritt sich vortastet, ohne von fortschrittlichem Fieber erfaßt zu sein: weil sie keine Schritte nach rückwärts machen will; argwöhnisch, wenn Sie so wollen, aber stetig ... (66).

Alle Literaten, die sich mit Kastilien befassen, bringen zum Ausdruck, daß die Bauern gegenüber der Bürokratie in Madrid Mißtrauen und Vorurteile hegen. Diese Einschätzung Madrids findet Nahrung in der Vielzahl an unangenehmen Vorschriften und Verfügungen, die von Zeit zu Zeit von dort kommen und fast immer dahin tendieren, die Bauern um ihre kleinen Ersparnisse zu erleichtern. Azorín hat diese Mentalität der spanischen Bauern in einer Weise dargelegt, die Spanien sozial in zwei Klassen teilte: das Dorf, d.h. wo der Bauer lebt und arbeitet, und Madrid, d.h. wo alle

(63) ORTEGA Y GASSET: "Obras completas". Bd. I, S. 57; Bd. II, S. 375

(64) J.M. PEMAN: "Obras completas". Madrid 1947 - 49. Bd. I, S. 139

(65) M. y A. MACHADO: "Obras completas". Madrid 1951. S. 735

(66) M. de UNAMUNO: "Andanzas y visiones españoles". Madrid 1953. S. 369. Drs. "Ensayos". Madrid 1945. Bd. I, S. 67

diese "Herren" leben, die nicht arbeiten (67). Die Unkenntnis der Gesetzgebung bringt die Bauern in eine nachteilige Lage; sie leben in dem Bewußtsein, immer den kürzeren zu ziehen. Das Dorf verschanzt sich hinter Ressentiments und bleibt passiv. Die Furcht vor Auflagen (Steuern) gewöhnte sie daran, hinsichtlich der Angaben über ihren Besitz und Ernteertrag die Wahrheit zu verschleiern. Dieser Tatbestand verursachte, daß Beauftragte des Fiskus unbarmherzig eingriffen (in der Zeit, als die Agrarprodukte den Reglementierungen unterlagen), was zur Folge hatte, daß sich das traditionelle Mißtrauen der Bauern gegenüber den "Autoritäten" noch verstärkte. Die instinktive Abwehr jeder Autorität in allem, was mit Agrarpolitik zu tun hat, ist sehr offenkundig.

Eine andere Vorstellung, die in der einfachen Landbevölkerung tief verwurzelt ist, ist die, daß die Gesetzgebung immer die Reichen begünstige. Dieses Vorurteil erklärt sich daraus, daß die Reichen sehr oft die nachteiligen Gesetze dadurch zu umgehen wußten, daß sie ihren Einfluß an höherer Stelle in Madrid geltend machten. Dieses Mißtrauen und dieses Gefühl des "Übergangenwerdens", sei es nun begründet oder nicht, welche die Bauern gegen die Obrigkeit eingenommen sein lassen, beschneidet jede Initiative (ganz abgesehen von anderen, rein ökonomischen Faktoren) (68). Der kastilische Bauer ist leiderprobt, er ist fähig, harte, strenge Arbeit zu tun; er ist mäßig in seinen Ansprüchen und dem Fortschritt gegenüber zurückhaltend, handelt es sich dabei doch um etwas, das von außen herangetragen wird. Mit geringen Abwandlungen könnte von den Bauern der anderen Regionen dasselbe gesagt werden; die psychologisch begründete Verschiedenartigkeit ist eher im sozialen Bereich relevant, als daß sie sich in der Arbeitseinstellung

(67) AZORIN, aaO., Bd. III, S. 170

(68) SENADOR GOMEZ: "Castilla en escombros. Las tierras. El trigo y el hombre". Valladolid 1915. S. 112 ff.
P. BAROJA: "Cesar o nada", "La dama errante", "El árbol de la ciencia". In dieser Trilogie findet man typisch bäuerliche Szenen

manifestierte (69).

Bei der Darstellung der Menschen in der Landwirtschaft sind uns die wichtigsten Probleme der Landbevölkerung begegnet, deren Lösung Gegenstand der Agrarpolitik sein soll.

Erstens: eine stark zunehmende Bevölkerung im Agrarsektor.

Zweitens: Überfluß an Arbeitskräften in der Landwirtschaft (versteckte Arbeitslosigkeit).

Drittens: wirtschaftliche Unsicherheit breiter Gruppen der Landbevölkerung sowie eine mangelhafte Fachausbildung.

Viertens: die damit bedingten intra- und internationalen Wanderungsbewegungen.

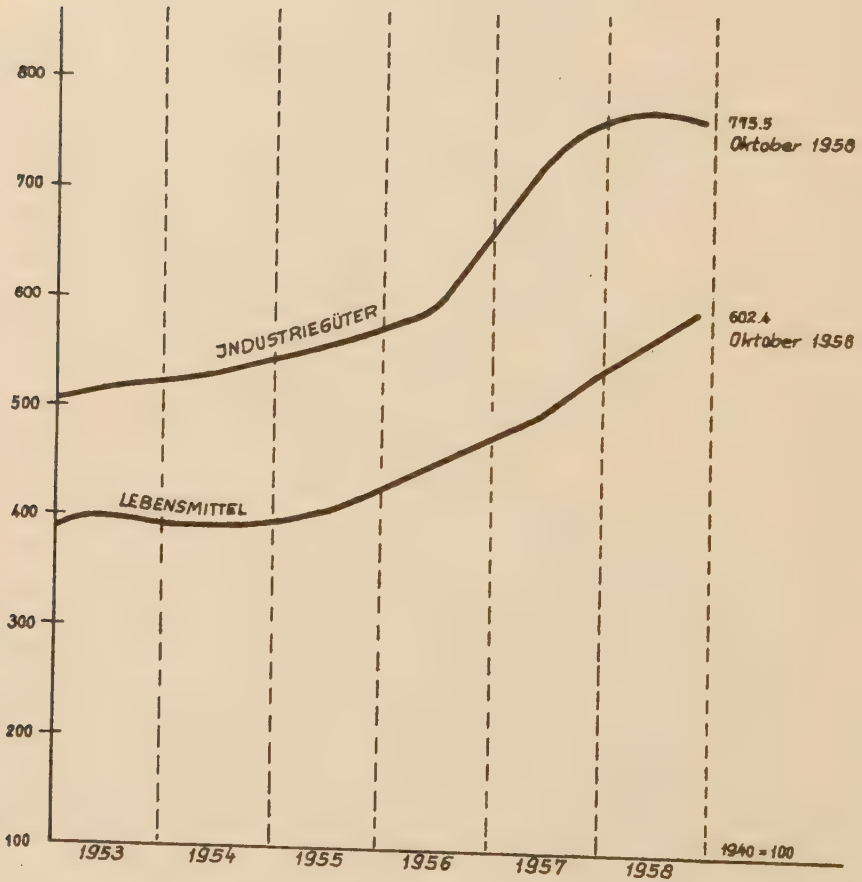
Daraus ergeben sich manche Aufgaben für die Agrarpolitik, wie Maßnahmen zu ständiger Beschäftigung in der Landwirtschaft, Arbeitsvertragsregelung, Sozialversicherung, Bildungswesen usw. Darüber wird im zweiten Teil die Rede sein.

5. Absatz- und Preisverhältnisse

Der vorangegangenen Bestandsaufnahme der spanischen Landwirtschaft soll hier eine Betrachtung über die Besonderheiten des Agrarmarktes angeschlossen werden. Es wird aber nur kurz darauf eingegangen, um Überschneidungen mit dem zweiten Teil zu vermeiden. Denn es ist unverkennbar, daß der Agrarmarkt ein wichtiges Kapitel der Agrarpolitik in allen Ländern ist, und es dürften die wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinsichtlich der Preisgestaltung oder der Absatzregulierung nicht vorweggenommen werden. Auf der anderen Seite hat der Agrarmarkt in Spanien interessante Aspekte aufzuweisen, welche das Verständnis und die Beurteilung der Agrarpolitik erleichtern können. Diese Besonderheiten beziehen sich auf die Preisbildung, auf den Absatz und auf die Lagerung.

(69) Vgl. "Costumbristas españoles". Madrid 1951. Bd. I, II S. 933 und 185.

GEWICHTETER PREIS-INDEX BASIS-JAHR 1940



Quelle: Boletín de Estadística

a) Preis- und Kostenrelationen
.....

Für eine Anzahl von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird der Preis staatlich festgelegt. Es handelt sich um folgende Güter: Weizen, Reis, Rüben und Rohrzucker, Baumwolle und Tabak und andere Erzeugnisse von geringer Bedeutung, wie Zichorie, Hopfen und Textilfasern. Bei anderen Produkten greift der Staat je nach den besonderen Umständen ein, so z.B. beim Wein, der nach der guten Ernte von 1953 einem beträchtlichen Preissturz unterlag. Auch die Kartoffelpreise sind nach jeder Erntelage teilweise geregelt, das gleiche gilt für einige andere Produkte.

Im allgemeinen kann man sagen, daß alle Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Laufe der Jahre gestiegen sind. Die größten Preisänderungen hatten die Produkte der Viehwirtschaft aufzuzeigen. Die Ursache dafür ist in der erhöhten Nachfrage zu suchen, hauptsächlich wohl infolge eines leichten Anstiegens des Pro-Kopf-Einkommens bei breiten Massen der Bevölkerung in den letzten Jahren.

Der Preisindex für Agrarprodukte (Basis-Jahr 1955=100) stieg 1959 auf 153, während der Preisindex für Vieh auf 166 gestiegen ist (70). Trotzdem liegt diese Preissteigerung der Agrarprodukte weit unter der Preissteigerung für Industrieerzeugnisse.

Hinsichtlich der Entwicklung der Produktionskosten muß hervorgehoben werden, daß die Preise für Kunstdünger in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind. Die Preise für Stickstoffdünger stiegen zwar nur um 25 v.H. seit 1953, für Phosphor- und Kalidünger aber um 70 v.H. Die Preise für Brennstoffe sind auf mehr als das Doppelte angehoben. Spürbar sind auch die Preissteigerungen für landwirtschaftliche Maschinen(7).

(70) Vgl. Tabellen XLII, XLIII, XLIV und XLV

(71) Vgl. Tabellen XLVI, XLVII, XLVIII

Die in der Landwirtschaft gezahlten Löhne gingen beträchtlich in die Höhe. 1956 gab es eine allgemeine, autorisierte Erhöhung, um die tatsächlich gezahlten Löhne, die in der Landwirtschaft bereits üblich waren, den "offiziellen" Löhnen anzugleichen (ausgenommen einige Provinzen, in welchen Hilfsarbeiter ausreichend zur Verfügung standen). Seit 1953 sind die in der Landwirtschaft gezahlten Löhne auf etwas mehr als 200 v.H. ihrer ursprünglichen Höhe angestiegen. Nach 1957, d.h. ein Jahr nach der offiziellen Erhöhung, sind die Löhne - wenn auch je verschiedenen in den einzelnen Regionen - im Durchschnitt um 40 v.H. angestiegen (72).

b) Die Nachfrage nach Agrarprodukten
.....

Der Absatz von Agrarprodukten in Spanien ist dadurch bedingt, daß die Kaufkraft je Einwohner verhältnismäßig niedrig ist. Daher nehmen auf dem Speisezettel die pflanzlichen Nahrungsmittel den wichtigsten Platz ein: Getreide und Kartoffeln; der Konsum von Produkten der Viehzucht oder teuren pflanzlichen Nahrungsmitteln ist gering. Die Periode von 1952 - 1960 zeichnet sich dadurch aus, daß der Konsum von Brotgetreide in bemerkenswerter Weise zugunsten einer breiteren Konsumskala relativ zurückging; auch bei Kartoffeln und Hülsenfrüchten war eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen; der Konsum von Erzeugnissen der Viehzucht, frischem Obst, Grünwaren, Zucker und Öl nahm zu (73). Der entsprechenden Nachfrage dieser Güter steht ein hohes Maß an Selbstversorgung gegenüber. Die Nachfrage nach den wichtigsten Produkten - Reis, Kartoffeln, Zucker, Brotgetreide, Hülsenfrüchten, Grünwaren, frischem Obst, Milch und Wein - kann fast gänzlich aus eigener Produktion be-

(72) Vgl. Tabelle XLIX

(73) I Congreso Sindical, aa0., cuaderno núm 3, S. 22. Vgl. Tabelle L

friedigt werden; während Fleisch und Eier in kleinen Mengen importiert werden, handelt es sich bei Speiseölen um größere Importe (74).

Nach der "Erhebung über Familienausgaben", die März 1958 vom Nationalen Statistischen Institut durchgeführt wurde, wandten die Spanier 50,70 v.H. ihrer Gesamtausgaben für Nahrungsmittel auf (Getränke eingeschlossen). Das macht 44,96 v.H. des Volkseinkommens aus. Wenn man berücksichtigt, daß das Einkommen der Landwirtschaft 24,90 v.H. des Nettoproduktes beträgt, so fällt einem die große Handelsspanne auf, d.h. die bestehende Differenz zwischen den Ausgaben der Konsumenten und den Beträgen, die die Bauern erhalten. Diese Differenz von 23,54 v.H. macht ca. 88.340 Millionen Peseten aus. "von 100 Peseten, die ein Konsument für agrar. Nahrungsmittel verausgabt, erhalten die Bauern nur 55,37 Peseten, während auf die Zwischenhändler 44,63 Peseten entfallen; dennoch sind diese Anteile weit davon entfernt, den Reinverdienst in einem der beiden Bereiche zu repräsentieren" (75).

Diese Daten müssen hinsichtlich ihrer Genauigkeit mit Vorsicht aufgenommen werden, aber zweifellos sind sie dafür ein stichhaltiger Beweis, daß die Zwischenstufen für die Verteilung der Agrarprodukte nicht nur schlecht organisiert, sondern auch "überbesetzt" sind, was offenkundig zu Verteuerungen der Produkte führt und den Anteil der Bauern verringert.

c) Die Lagerung

Das Problem der Lagerung in der Landwirtschaft ist so wichtig, daß eine Agrarpolitik es nicht unterschätzen kann. Die leichte Verderblichkeit der Agrarer-

(74) Vgl. Tabelle LI

(75) I Congreso Sindical, aaO., cuaderno núm 2. S. 74 ff.
Vgl. Tabelle LII

zeugnisse, der jährliche Anfall der meisten Agrarprodukte erfordern zweckmäßige Lagerungsanlagen und ein gut funktionierendes Transportwesen. Es braucht hier nur erwähnt zu werden, daß ganz allgemein die Lagermöglichkeiten unzureichend sind. Die Bauern speichern ihre Erzeugnisse weitgehend in ihren Wohnungen. Die Häuser auf dem Lande bieten indes vielfach wenig Schutz vor Kälte und Feuchtigkeit, so daß die gelagerten Waren erhöhtem Verderb ausgesetzt sind. Auch die Transportmöglichkeiten auf dem Lande lassen manche Wünsche offen.

Daraus ergibt sich für die Agrarpolitik eine dreifache Aufgabe:

- 1) Maßnahmen zur Regulierung der Preise infolge der Besonderheiten des Agrarmarktes.
- 2) Maßnahmen zur Neuordnung des Agrarmarktes, besonders durch Förderung der Genossenschaften und durch Unterbindung oder Beschränkung des Zwischenhandels.
- 3) Maßnahmen für eine gleichmäßige zeitliche Streuung des Angebotes mit Hilfe von Lagerhäusern und geeigneten Transportmitteln (76).

Schlußfolgerungen aus dem ersten Teil

Aus dieser Übersicht über die Lage der Landwirtschaft in Spanien ergibt sich eine Reihe von Problemen, deren Behandlung Ziel der Agrarpolitik gewesen ist. Die Mängel in der spanischen Landwirtschaft könnten einmal auf die Mängel in der Bodenstruktur, dann aber auch auf Einengungen durch die bestehenden Institutionen selbst zurückgeführt werden.

Die aus der Bodenstruktur resultierenden Mängel ergeben sich in erster Linie aus geographischen und klimatischen Bedingungen. Frankreich und Spanien weisen - bei ungefähr gleicher Bodenfläche - hinsichtlich der Ergiebigkeit des Bodens markante Unterschiede auf. Die klimatischen Bedingungen sind in Spanien im allgemeinen

(76) L. CASTRO RODRIGUEZ: "Importancia de la comercialización de los productos agrarios", in: REAS., núm 36, 1961, S. 102

für die Landwirtschaft wenig günstig. Die wie ein Amphi-Theater aufgebaute große Zentral-Hochebene hat strenge Winter und Sommer mit hoher Durchschnittstemperatur. Regenfälle sind selten und unregelmäßig; die Flüsse ziehen vornehmlich zum Atlantik hin, so daß die mediterrane Region mit ihren ertragreicheren Böden weniger begünstigt wird. Die Strömungsgeschwindigkeit dieser Flüsse und der gebirgige Bodenaufbau erschweren die Umwandlung von Trockenland in bewässertes. Die durch Erosion hervorgerufenen Erscheinungen sind auf der ganzen Halbinsel sehr deutlich und durch Mangel an Wäldern stark begünstigt.

An zweiter Stelle ist Spanien - im Gegensatz zum übrigen Europa - durch eine Verteilung der Bodennutzung gekennzeichnet, in der Parzellenteilung und -zersplitterung vorherrschen. Daneben gibt es Betriebsgrößen, die 500 und 1000 ha überschreiten. Wenn man berücksichtigt, daß die Bedingungen des Bodens und Klimas nur in den weitflächigen Regionen den extensiven Anbau erlauben, so wird deutlich, daß das schwierigste Problem für die spanische Landwirtschaft die Kleinbetriebe darstellen. Dieses Problem wird durch die spezifische Struktur der spanischen Gemeindeordnungen noch erschwert. In den Gemeinden, die im allgemeinen 2000 ha überschreiten, lebt die Bevölkerung gedrängt beisammen. Die Entfernungen und die auf kleine Flächen begrenzte Bearbeitung schränken die Rentabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung ein. Die Latifundienwirtschaft ist nichtsdestoweniger auch ein Problem, zwar weniger ernst, aber doch sehr dringlich.

An dritter Stelle ergeben sich aus den Eigentumsverhältnissen merkbliche Mängel. Bei den Eigentümern ist der Kleinbesitz vorherrschend; die Rentabilität dieser Unternehmungen ist sehr zweifelhaft, ausgenommen die bewässerten Anbauzonen mit intensiver Bearbeitung. Die große Zahl an Pächtern und "aparceros" weist darauf hin, daß die Eigentümer selbst ihrem Besitz fern sind; diese Tatsache hat ferner zur Folge, daß Betriebsverbesserungen unterbleiben.

An vierter Stelle ist zu erwähnen, daß die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung viel höher ist als im übrigen Europa - wenn man Italien ausnimmt. Wenn man die arbeitende Bevölkerung mit der Oberfläche ins Verhältnis setzt, so scheint in Spanien - auf den ersten Blick - die arbeitende Landbevölkerung eine geringe Dichte aufzuweisen. Aber wenn man die Bodenflächen aller Länder auf vergleichbare Flächen reduziert, zeigt sich wieder das Problem, daß in der spanischen Landwirtschaft zuviele Menschen beschäftigt sind. Als erstes läßt sich aus diesem Tatbestand ableiten, daß einmal - im Verhältnis zu den anderen Wirtschaftssektoren - der Anteil des Agrarsektors zum Volkseinkommen überwiegt und das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft selbst sehr niedrig ist. An zweiter Stelle folgert man aus diesem Tatbestand, daß der Anbau vor allem durch Handarbeit erfolgt und die Kapitalausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe weit unter dem europäischen Niveau liegt. Gleichermaßen wird das ernste Problem der versteckten Arbeitslosigkeit offenkundig.

Von den Beschränkungen institutionellen Charakters sei als erstes hervorgehoben, daß das System der Genossenschaften und Handelsorganisationen im Vergleich zum übrigen Europa sich noch in einem Anfangsstadium befindet. Produktionsgenossenschaften, die für die Agrar-Kreditgewährung (zur Verbesserung der Anbaumethoden) als Vermittler fungieren, sind immer noch gering an Zahl und Umfang; Mechanisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe sind daher gering.

Die Verarbeitung der Agrarprodukte und das vorhandene Netz an Lager- und Kühllhäusern und Transportmöglichkeiten haben in Spanien nicht den Standard, der für die Verteilung der eigenen Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt erforderlich wäre. Viel größer ist der Nachteil im Exporthandel, da es sich im allgemeinen um leicht verderbliche Güter handelt.

Die weitgehende staatliche Intervention, die sich in der Festlegung der Preise und Löhne manifestiert und diese Größen damit ihres Charakters als Indikator für die Angebots- und Nachfrage-

verhältnisse entkleidet hat, hat - wie zum großen Teil auch die wenig günstigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland - den Unternehmergeist erstarren lassen.

Die eingeschlagenen Wege, die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Güter stabil zu halten, um so - auf indirektem Wege - das Einkommen der Bauern wie die Kaufkraft der Konsumenten abzusichern, hat die Beweglichkeit im Binnen- wie im Außenhandel beschnitten und des weiteren zur Folge gehabt, daß auch weniger ertragreiche Böden bestellt werden, die ohne Subventionierungen unrentabel gewesen wären.

Schließlich und letztlich sind die fehlende berufliche Qualifizierung und der niedrige Bildungsstand der Landbevölkerung die hauptsächlichsten Hindernisse, die einer gesteigerten Produktivität entgegenstehen. Hinzu kommt die Knappheit an chemischen Düngemitteln und Maschinen, hauptsächlich als Folge des Devisenmangels, der sich somit für die Landwirtschaft produktivitätshemmend auswirkt.

B. Die Agrarpolitik seit 1931

Die Agrarpolitik des letzten Jahrhunderts in Spanien ließe sich in die folgenden drei Abschnitte einteilen: die Bewässerungspolitik, die Politik der Agrarreform und die Politik der Siedlung und Flurbereinigung.

Die Bewässerungspolitik entsprang dem wissenschaftlich-literarischen Werk von Costa und Macías Picavea. Ihnen gelang es, durch ihre Schriften die Aufmerksamkeit der Nation auf den Umstand zu lenken, daß für eine Produktionssteigerung in der Landwirtschaft eine bessere Wasserversorgung unumgänglich sei.

Diese spezielle Richtung der Agrarpolitik setzt sich Ende des vergangenen Jahrhunderts durch und endet 1931 mit der Verkündung der Republik. Die politische Unsicherheit der ersten Dekaden des Jahrhunderts und das Fehlen einer Koordinierung der Pläne machte diese Bestrebungen zunichte, wenn man von den Erfolgen während der kurzfristigen Diktatur Primo de Riberas absieht.

In dem folgenden Zeitabschnitt bis 1936 setzt sich die Agrarreform in erster Linie mit dem Ziel der Landaufteilung an arme Pachtbauern auseinander. Die Rechtsgrundlage dieser Politik bildete das 23 Punkte umfassende Gesetz über die Agrarreform, in dem die Enteignung und Wiederverteilung des bedeutenden Großgrundbesitzes geregelt sind. Trotz alledem war die Agrarpolitik der Republik, nach den im 47. Artikel der Verfassung erklärten Absichten zu urteilen, bedeutend umfassender. Das Programm war sogar viel zu umfangreich, um wirksam werden zu können. Tatsächlich blieben die Auswirkungen des berühmten Gesetzes über die Agrarreform weit hinter den Erwartungen seiner Schöpfer und Anhänger zurück.

Mit der neuen Regierung (1936) setzt sich eine abweichende Agrarpolitik durch. Sie war wenigstens gesetzgeberisch besrebt, das Hauptproblem der spanischen Landwirtschaft anzupacken; es handelt sich um die Verteilung der agrarischen Nutzfläche auf eine Unzahl von Kleinst- und auf wenige Großgüter, also um das völlige Fehlen eines bäuerischen Mittelstandes. Das Siedlungsproblem findet jetzt eine der landwirtschaftlichen Technik angemessenere Lösung. Indem der Gedanke des Gesetzes von 1907 wiederaufgenommen wird, beabsichtigt man, das Werk der Besiedlung im Innern

mit der Bewässerungspolitik zu verbinden. Die neue Agrarreform ist nicht einfach eine Änderung der Rechtsverhältnisse des Grundeigentums mittels Landverteilung an die Tagelöhner, sondern sie fördert gleichzeitig durch die Parzellierung die Umwandlung von Trockengebieten in bewässerte Gebiete und andere Verbesserungen ländlichen Charakters. Zahlreiche weitere Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und des landwirtschaftlichen Lebensstandards sind ebenfalls Gegenstand der Agrarpolitik seit 1936, die sich die bisherigen Erfahrungen und eine verbesserte Kenntnis der Agrartechnik zunutze macht.

I. Die Agrarpolitik während der Republik

Am 14. April 1931 wird in Spanien die Republik ausgerufen. Die neue Regierung forciert die agrarpolitischen Maßnahmen. Am 15. April verkündet die neue Regierung die Agrarreform. In demselben Monat wird eine technische Kommission ernannt, die die Aufgabe hat, den entsprechenden Gesetzentwurf abzufassen. Alle Ministerien mit Ausnahme des Marineministeriums und des Verkehrsministeriums, werden auf landwirtschaftlichem Gebiet tätig. Von besonderem Interesse ist für unsere Arbeit die Gesetzgebung, die zu der Wiederverteilung des Grundbesitzes und der Regelung der Rechtsverhältnisse des Grundeigentums hinführt.

Die Agrarpolitik steht unter dem Zeichen der politischen Unruhe des Zeitabschnittes und der sozialen Bewegungen revolutionären Charakters. Den politischen Gesichtspunkt der Agrarreform erläuterte der Regierungschef selbst in einer Parlamentssitzung: "Offenbar haben wir einen Entwurf, einen Gesetzestext von augenscheinlich hoher Wichtigkeit, Bedeutung und überaus revolutionärem Charakter vor uns. Es ist notwendig, daß wir eine Anordnung von dieser Wichtigkeit, dieser Bedeutung und dieser Kühnheit erlassen, um immer mehr

den Eindruck und die Tatsache zu bekräftigen, daß die Republik auf dem Wege der Revolution, die sie geboren hat, entschlossen vorrückt." (77)

Der Gesetzentwurf mit 24 Punkten für die Agrarreform wurde am 16. März 1932 veröffentlicht. Es war der dritte zu dem gleichen Problem ausgearbeitete Entwurf. In diesem Entwurf zeichneten sich schon drei Zielsetzungen ab: "Die Unterbindung der Arbeitslosigkeit, die Landverteilung und die Verstaatlichung der Landwirtschaft" (78). Dieser Entwurf, der "einen Zustand chaotischer Verwirrung als Folge von mehr als 200 Erlassen, Anordnungen, Rundschreiben sowie Hunderten oder Tausenden von erläuternden Anmerkungen zu den Jurados Mixtos, Wohnungen, ländlicher Arbeitsverpflichtung, dem Arbeitsverbot außerhalb der Gemeindegrenze beenden sollte", wurde von der Regierungspartei befürwortet (79). Er wurde trotz entschiedenen Widerstandes vieler Abgeordneter mit sehr geringen Verbesserungen von dem Parlament am 15. September 1932 verabschiedet und am 21. September 1932 mit rückwirkender Kraft ab 14. April 1931, dem Tage der Verkündung der Republik, als Gesetz öffentlich bekanntgegeben.

Bei der Agrarreform verdient die Sorgfalt besondere Erwähnung, die die Regierung der Umwandlung von Trockengebieten in bewässerbare Ländereien und der Gesetzgebung zum Pachtwesen widmete, die mit geringen Abweichungen auch von der neuen Regierung gutgeheißen worden ist.

-
- (77) J. ARRARAS: "Historia de la segunda República Española", 2. Aufl. Bd. 1. Madrid 1956, S. 314. Vgl. auch R. TAMAMES: "Estructura económica de España". Madrid 1960, S. 33
- (78) Ebda., S. 365 ff.
- (79) Ebda., S. 364. Das klassische Buch für das Studium der Eigentumsverhältnisse zu dieser Zeit ist das von P. CARRION: "Los latifundios en España". Madrid 1932. Vgl. auch die Arbeiten von K. HEINRICH: "Grundlagen, Aufbau und Wandlungen der spanischen Landwirtschaft". Heidelberg 1937, sowie von F. KRIESSMANN: "Das spanische Agrarproblem und die Versuche zu seiner Lösung". Stuttgart 1934

1. Die Agrarreform von 1932

Die Gültigkeit des Gesetzes erstreckt sich auf den gesamten Landbesitz im Staatsgebiet. Aber die Ansiedlung von Neubauern sollte in erster Linie in den Gebieten von Andalusien, Extremadura und in den Provinzen Toledo und Salamanca, wo vorwiegend Großgrundbesitz vorhanden ist, erfolgen. In zweiter Linie fallen unter die Sofortmaßnahmen des Gesetzes die staatlichen Besitzungen, wo immer sie in den Provinzen vorhanden sind. Die dritte Stelle nehmen jene Grundherrschaftstümer der übrigen Provinzen ein, die die im Gesetz auf Vorschlag der Regierung geforderten Bedingungen in sich vereinigen (80).

1.1 Enteignungsfähige Ländereien mit oder ohne Entschädigung

a) spekulativ erworbenes Grundeigentum:

der Grundbesitz der früheren Granden von Spanien; nicht bewirtschaftete oder offensichtlich schlecht bewirtschaftete Grundstücke, z.B. solche, die nach dem Gesetz hätten bewässert werden sollen, und diejenigen, welche in Zukunft ganz oder teilweise auf Kosten des Staates mit Bewässerungsanlagen versehen werden sollen. Eine Ausnahme bilden Güter, die weniger als 50 Hektar groß sind und von den Eigentümern selbst bewirtschaftet werden.

(80) Grundbesitz des spanischen Adels am 14. April 1931

Herzog von Medinaceli	79.146
Herzog von Penaranda	51.015
Herzog von Vistahermosa	47.203
Herzog von Alba	34.455
Markgraf von Romana	29.096
Markgraf von Comillas	23.719
Graf von Fernán Nuñez	17.732
Graf von Arión	17.666
Graf von Infantado	17.171
Graf von Romanones	15.171
Weitere 89 Eigentümer	<u>248.987</u>
Gesamt	577.359 ha

Quelle: Instituto de la Reforma Agraria,
Zitiert nach Tamames, aaO., S. 33.

- b) Es können auch enteignet werden die Grundstücke, deren Pachtzeit mehr als 12 Jahre betrug.
- c) Es können enteignet werden alle in der Hand eines Eigentümers befindlichen Grundstücke, deren Umfang die vom Gesetz vorgesehene Grenze überschreitet. Diese Grenze liegt zwischen folgenden Größen:

für Wiesen	300 - 600 Hektar
Olivenkulturen	150 - 200 Hektar
Weinbau	100 - 150 Hektar
Hochwald	100 - 200 Hektar
Weide	400 - 750 Hektar
Ackerland	400 - 750 Hektar

Diese Grenze gilt für das Trockengebiet; für Betriebe mit Bewässerungsanlagen oder für solche, die bewässert werden wollen, liegt die Grenze zwischen 10 und 50 Hektar. Wird das Land vom Eigentümer selbst bewirtschaftet, so erhöht sich die Mindestgröße um 35 v.H., die Höchstgrenze um 25 v.H.

- d) Ferner können enteignet werden alle Grundstücke, deren Wert 20 v.H. des Gesamtwertes an Grund und Boden in einem Distrikt übersteigt und deren Fläche größer ist als ein Zehntel der Gesamtfläche dieses Gebietes. Dasselbe gilt für Grundstücke, die weniger als 2 km von Ortschaften entfernt liegen, deren Einwohnerzahl 25.000 nicht erreicht, wenn die Eigentümer sie nicht selbst bewirtschaften oder wenn die Eigentümer außerdem im gleichen Gebiet Liegenschaften besitzen, die mehr als 100 Pts. einbringen.

1.2 Von der Enteignung ausgenommene Grundstücke

Von der Enteignung sind ausgeschlossen: die Gemeindегüter, die nutzbaren Forsten, das Brachland, wenn 75 v.H. davon zum Anbau ungeeignet sind, die Betriebe, welche durch ihre mustergültige Bewirtschaftung als Vorbilder betrachtet werden können.

1.3 Verwendung der enteigneten Grundstücke

- a) "zur Aufteilung unter anzusiedelnden Bauern,
- b) zur Überlassung an Arbeitervereinigungen zu gemeinsamer Bewirtschaftung,
- c) zur Bildung neuer Siedlungsmittelpunkte auf geeigneten Grundstücken durch Schaffung von Familiengütern,
- d) zur Durchführung von Aufforstungen und Bewässerungsarbeiten durch den Staat,
- e) zur Schaffung von Versuchsgütern zum Zwecke des landwirtschaftlichen Unterrichts, ferner zur Errichtung von "Sozialgütern der öffentlichen Fürsorge", d.h. Unternehmungen von Arbeitergenossenschaften, die den Zweck verfolgen, die Mittel zur Errichtung von Sozialversicherungen aufzubringen sowie Maßnahmen zu unterstützen, die der Volkswohlfahrt dienen sollen,
- f) zur zeitlich begrenzten Überlassung von Großgütern an Kommunen oder private Gesellschaften spanischer Nationalität, die die Verpflichtung übernehmen, Umgestaltungs- oder Meliorationsarbeiten gemäß den festgelegten Richtlinien des Institutes für Agrarreform durchzuführen,
- g) zur Überlassung in Erbpacht an die gegenwärtigen Pächter, wenn diese mindestens 6 Jahre ihr Land innehaben und wenn dessen Ausdehnung 20 ha im Trockengebiet und 2 ha im bewässerten Gebiet nicht übersteigt" (81).

1.4 Die Zuteilung der enteigneten Güter erfolgt zugunsten folgender Einzelpersonen und Personengruppen:

- "a) Landwirtschaftliche Arbeiter oder in der Viehzucht beschäftigte Personen, die weder Grundbesitz haben noch bewirtschaften,

(81) K. HEINRICH, aaO., S. 100 ff. F. KRIESSMANN, aaO., S. 102. J. MONTERO y G. de V.: "La expropiación por causa de interés social en la agricultura", in: Anuario de Derecho Civil, Ed. V, 1952, S. 1330.

- b) ländliche Arbeitervereinigungen, welche gesetzlich genehmigt sind und seit zwei Jahren bestehen,
- c) Grundbesitzer, welche bei unmittelbarer Bewirtschaftung ihres Besitzes jährlich weniger als 50 Peseten Steuer bezahlen,
- d) Pächter und Genossen, welche weniger als 10 ha im Trockengebiet oder 1 ha im bewässerten Gebiet bewirtschaften". (82) Es werden vor allem auch Gesellschaften und Arbeitervereinigungen berücksichtigt; unter den Landwirten werden diejenigen bevorzugt, die eine Familie gegründet haben; von diesen haben diejenigen den Vorzug, welche die größte Zahl der für die Arbeit brauchbaren Hilfskräfte haben. Für trockene Gebiete wird denjenigen Organisationen der Vorzug gegeben, die eine kollektive Bewirtschaftung durchführen wollen.

1.5 Für die Entschädigung gelten folgende Maßnahmen:

- a) In der Regel erfolgt die Enteignung gegen Entschädigung. Die Bewertung der Grundstücke erfolgt durch Kapitalisierung des im Kataster oder in den Steuerrollen festgelegten Reinertrages. Der Satz der Kapitalisierung geht in 16 Stufen von 5 v.H. bei einer Rente von weniger als 15.000 Peseten bis 20 v.H. bei einer Rente über 200.000 Peseten. Der Grundstückswert wird teils in barem Geld, teils in Papieren besonderer 5 %iger Schuldverschreibungen vergütet. Diese Schuldverschreibungen sind im Laufe von 50 Jahren zu tilgen. Vor Ablauf dieser Frist steht den Enteigneten die Einlösung ihrer verbrieften Forderungen frei, allerdings mit der Einschränkung, daß jährlich höchstens 10 v.H. ihres Anfangsbestandes an Schuldverschreibungen liquidiert werden können.

(82) F. KRIESSMANN, aaO., S. 103. K. HEINRICH, aaO., S. 101

- b) Für Fideikomisse und für Güter des erloschenen Hochadels wird keine Entschädigung gezahlt. Den bisherigen Inhabern werden lediglich Aufwendungen für durchgeführte Meliorationen vergütet. Der Ministerrat kann auf Vorschlag des Institutes für die Agrarreform Ausnahmen zulassen für Personen, die sich um die Nation besonders verdient gemacht haben. Diejenigen, die durch die Enteignung völlig mittellos geworden sind, können eine Unterhaltsrente beantragen. Keinerlei Vergütung erhalten die am Aufstand vom 9. August 1933 beteiligten Mitglieder des Adels. Darunter fielen etwa 128 Herzöge, 124 Marqueses und 85 Grafen.

1.6 Der Staat tritt als Eigentümer für die enteigneten Güter ein und läßt durch das Institut den Pachtzins festlegen, der von den angesiedelten Bauern zu zahlen ist.

1.7 Die Anzahl der Siedlerstellen wird jedes Jahr von der Regierung festgesetzt. Dafür setzt die Regierung jährlich mindestens 50 Millionen Ptas. in das Budget ein.(83)

2. Umfang und Ergebnisse der Agrarreform

Die verwirklichten Arbeiten in einem Zeitraum von etwas mehr als zwei Jahren, in denen dieses Gesetz wirkliche Gültigkeit hatte (21. September 1932 bis 31. Dezember 1934), sind folgende:

(83) F. KRIESSMANN sagt: "Schwierigkeiten der Finanzierung haben sich schon gezeigt, denn der Finanzminister sagte, daß er keine 50 Millionen Peseten für Siedlungszwecke zur Verfügung stellen könne. Die 50 Millionen sind noch gering im Vergleich zu den Beträgen, die für andere Ministerien zur Verfügung gestellt werden. Im Vergleich zu 1930 wurden die Posten für die Verwaltung und den Unterricht für das Jahr 1933 um 146 bzw. 123 erhöht". AaO., S. 113. Vgl. K. HEINRICH, aaO., S. 98

Zahl an Grundstücken		Ausdehnung in ha	Zahl der Ange- siedelten
Enteignete	468	89.133	8.609
in Besitz ge- nommene (Ent- eignungsverfah- ren noch nicht abgeschlossen)	61	27,704	3.651
Zusammen	529	117.837	12.260

"Das Verwirklichte entspricht nicht im geringsten den Hoffnungen, die die Landwirte auf die Anwendung des Gesetzes gesetzt hatten. Man hatte ein Minimum von 60.000 angesiedelten Landwirten pro Jahr vorausgesagt; es stellte sich heraus, daß in mehr als zwei Jahren zusammen nicht einmal 12.500 erreicht wurden. Die Gründe für dieses Mißverhältnis zwischen Erwartung und Verwirklichung waren verschieden. Erstens war das Gesetz sehr kompliziert, vereinigte zuviel Instanzen in sich, und es fehlte ihm eine klare Grundlinie. Ein sehr einleuchtendes Beispiel für diese Behauptung war die Vorschrift, den Bauerngemeinden die Entscheidung darüber zu überlassen, ob die Reform einen individuellen oder kollektiven Charakter haben sollte. Zweitens wurde die Ausführung des Gesetzes durch die schlechte Organisation des Instituts für Agrarreform noch verlangsamt" (84).

Die Wahlen im November 1933 lähmten das begonnene Reformwerk vollständig. Der Sieg der Koalition von Radikalen und christlichen Demokraten ebenso wie die Revolution vom Oktober 1934 setzten praktisch die Verwirklichung neuer Enteignungen aus. Die neue Agrarpolitik drückt sich in dem Gesetz zur Agrarreform vom 1. August 1935 aus, einem Gesetz, das das vorherige von Grund auf revidierte und ihm alle Möglichkeiten der Ausführung entzog. "Man machte Ausnahmen in Bezug auf den Boden, der enteignet werden kann ... was im wesentlichen eine bedeutende Reduzierung der möglichen Reformfläche bedeutete. Man erkannte das Güter-Kataster, das trotz

seiner Fehler die materielle Grundlage der Arbeit des Instituts war, nicht mehr an. Man unterdrückte die Enteignung ohne Entschädigung von Doränen und Boden der Magnatenschaft und machte die schon erfolgten Enteignungen dieser Art wieder rückgängig. Auch setzte man dem Anwachsen der Staatsschuld für diesen Zweck eine Grenze von 50 Millionen Peseten. Das bewirkte, daß die Mittel für die Reform außerordentlich begrenzt blieben" (85). Der einzige positive Vorstoß dieses Gesetzes waren die Befugnis zur Zwangsenteignung, vorher bezeichnet als "sozialer Gemeinnutzen", und die Schaffung von unverpfändbaren familiären Erbgütern, ein Vorspiel der späteren Gesetzgebung.

Mit dem Sieg der Volksfront in den Wahlen des Jahres 1936 beschleunigte sich die Agrarreform. Durch das Gesetz vom 18. Juni 1936 wurde das Gesetz vom Jahre 1935 abgeschafft und das Gesetz von 1932 wieder eingeführt. In vier Monaten werden 232.199 ha in Beschlag genommen und 71.919 Ackerknechte angesiedelt. 1938 kündigte das Institut für die Agrarreform die Besitzergreifung von 2.432.202 ha Land an, das entweder nicht bestellt oder infolge politischer Strafen enteignet war. Weitere 2.008.202 ha wurden im sozialen Interesse endgültig und 1.252.000 ha vorläufig in Beschlag genommen (86).

In Bezug auf die Agrarreform der Republik können die folgenden kritischen Überlegungen angestellt werden. Man könnte für Spanien die Steigerung der Produktivität, die Bildung von rentablen bäuerlichen Betrieben und die Erhöhung des ländlichen Lebensstandards als erstrebenswerte Ziele der Agrarpolitik herausstellen. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint die Reform einseitig. Man geht vom politischen Ressentiment gegenüber dem Großbesitz aus, man gibt sich der marxistischen Feindschaft gegenüber dem Privateigentum hin, indem man die kollektive

(85) Ebda., S. 35

(86) Ebda., S. 36

Bebauung des Bodens fördert. Soweit Einzelzuteilungen von Flächen erfolgte, wurden notwendige Verbesserungen des Landes und die Ausstattung der neuen Pächter mit dem notwendigen Kapital und Arbeitsgerät versäumt; man wählt für die Ansiedlungen nicht die zur Führung eines Betriebes Fähigsten, sondern die Bedürftigsten; man sucht das soziale Problem durch die Erweiterung der Anbaufläche zu lösen, trägt damit zur Verringerung des Waldbestandes bei und ruft so eine Störung des biologischen Gleichgewichts zwischen Wald- und Landbebauung hervor; das Weideland schließt man von der Reform nicht aus und zerstört so die notwendige innige Verbindung zwischen Land- und Viehwirtschaft und schließlich stellt man für die Verwirklichung der Pächteransiedlung eine offenbar unzureichende Voranschlagssumme bereit.

Vom technischen Standpunkt aus gibt es in dem Gesetz ebenfalls schwere Fehler, an denen man von vornherein seine Undurchführbarkeit voraussagen konnte. Die Liste der für die Enteignung möglichen Grundstücke wäre außerordentlich groß gewesen, wenn man alle Grundstücke, die von dem Gesetz betroffen wurden, eingeschlossen hätte. Viele von ihnen hätten den Zielen der Reform nicht gedient. In dem Gesetz werden die Mindesteinheiten der Bebauung überhaupt nicht erwähnt, und man ahnt auch nicht voraus, daß die aus der Enteignung resultierenden Parzellen ohne Anlagen und festgelegtes Kapital dem Bestreben des Gesetzes entgegengesetzte Wirkungen haben würden. "Alle Mängel des Reformgesetzes drücken die ursprünglich soziale Besorgnis desselben und die Nachlässigkeit gegenüber technischen Fragen aus, die es notwendigerweise hätte beachten müssen." (87). Kurz gesagt: Die einseitige Verwendung der in der Bereitschaft gehaltenen wirtschaftlichen Mittel und die ungeeignete Planung der Reform trugen mehr zu einer

(87) Ebda., S. 35. Die Wirkungen, die die Reform auf die Urbarmachung von Wäldern hatte, ist in gleicher Weise von anderen Autoren aufgezeigt worden. Vgl. J-M. AREILZA: "España, Pais agrario", in: REAS., núm 11, 1955, S. 104 - 111

Verschärfung der Probleme als zu ihrer wahren Lösung bei.

3. Die Neuregelung des Pachtwesens

Das Pachtwesen ist schon im 18. Jahrhundert im Gegensatz zu früheren liberalen Rechtsauffassungen den Normen eines sozial eingestellten Rechtes unterworfen gewesen. Trotz des Liberalismus, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Spanien einen so breiten Widerhall fand, und in Auswirkung der Zustimmung zum Agrarliberalismus von Jovellanos durch die Cortes von Cadix, hat man von jeher Normen gesetzt, die auf den Schutz des Pachtwesens gerichtet waren. Diese Tendenz verstärkte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie manifestierte sich in dem Gesetz vom 30. März 1926, welches die Eintragung eines Pachtverhältnisses in ein eigens dafür geschaffenes Register fordert, um so den Pächter vor willkürlicher und ungerechtfertigter Kündigung seitens des Verpächters zu schützen. Während der Zeit der Republik dehnte sich das Gesetzgebungsfieber auf diesem Gebiet noch aus; man zählte zwischen den Jahren 1931 und 1935 32 erlassene Verordnungen. Man muß jedoch anerkennen, daß dieser Bereich in Spanien eine außerordentliche Aktualität hatte und noch hat, wie aus den zahllosen Kommentaren und gesetzlichen Verordnungen hervorgeht.

Im Gesetz vom 15. März 1935 wurde endlich das gesamte bäuerliche Pachtwesen grundsätzlich geregelt. Im wesentlichen blieb es unter der gegenwärtigen Regierung (ab 1936) in Kraft (88).

Das vornehmlichste Ziel dieses Gesetzes ist es zu verhindern, daß Pächtern nach Ablauf der vertraglich

(88) V. SERVAN MUR: "Los contratos agrarios en la realidad actual de España", in: REAS., núm. 15, 1956, S. 93 f.

vereinbarten Pachtfrist der Besitz des Pachtbetriebes von heute auf morgen entzogen werden kann. Allerdings geht der Schutz nur so weit, wie der Verpächter sich zu eigenständiger Bearbeitung nicht bereitfindet. Folgende Bestimmungen mögen diesen Tatbestand verdeutlichen:

1. Minimalfristen der Verträge und Verlängerungen zu Gunsten der Pächter. In Betrieben, die durch Fruchtfolgen von weniger als vier Jahren geführt werden, beträgt die Minimaldauer des Vertrages zwei vollständige Umläufe, ohne daß jedoch die Frist weniger als vier Jahre ausmachen darf. Wenn der Fruchtwechsel vier Jahre dauert, beträgt die Mindestdauer der Pacht einen Umlauf. Grundstücke, deren Hauptnutzen in Herden bestehen, haben eine Minimalfrist von drei Jahren. Bäuerliche Betriebe von verschiedenen sich ergänzenden Bebauungsarten haben eine Minimalfrist von vier Jahren. Ergänzende Nutzungen (z.B. Schafweide) werden nicht als Pachtungen im Sinne des Gesetzes betrachtet (89).
2. Der Pächter kann die Pachtdauer 12 Monate vor Ablauf durch einseitige Erklärung verlängern. Dieses Recht besteht nicht, wenn der Verpächter das Grundstück selbst bebauen oder anderweitig selbst nutzen will. Kommt die Verlängerung des Pachtvertrages infolge des Hinweises seitens des Verpächters auf eine solche Absicht nicht zustande, so kann der Pächter - falls der Verpächter oder ein etwaiger Käufer innerhalb einer bestimmten Frist das Grundstück nicht in Bearbeitung genommen haben - Wiedereinsetzung als Pächter sowie eine Entschädigung für durch die Unterbrechung des Pachtvertrages entgangenen Gewinn und sonstige Nachteile verlangen.

Wiedereinsetzung kann ein früherer Pächter auch dann verlangen, wenn im Wege der Erbfolge das von

(89) Ley de Arrendamientos rústicos de 15 de marzo de 1935, Art. 9

dem alten Verpächter selbst bearbeitete Grundstück übergangen ist und die Erben sich der eigenständigen Bearbeitung entziehen. Ansprüche auf Schadenersatz sind in diesem Falle ausgeschlossen.

3. Die Dauer von Teilpachtverträgen (aparcería) beträgt mindestens einen Fruchtwechsel. Eine Verlängerung durch einseitige Erklärung des Teilpächters ist unmöglich. In der Regel ist Einigung des Eigentümers mit dem Teilpächter notwendig. Allerdings gesteht das Gesetz dem Eigentümer Status und Rechte des direkten Bebauers zu, wenn sein Anteil am Betriebskapital in jedem Jahre der Vertragsdauer mindestens 20 v.H. der kapitalisierten Jahresreingewinne beträgt (90).
4. Verboten sind Unterpachten der bäuerlichen Grundstücke. Von dem Verbot ausgenommen sind die natürlichen sekundären Nutzungen des Grundstücks (91).
5. Kollektivpächter, z.B. bäuerliche Berufsgenossenschaften, Vereinigungen von Bauern oder kleinen Eigentümern mit dem Ziel, gemeinsame bäuerliche Betriebe oder Herden zu bilden, werden bei der Vergabe von in Gemeindeeigentum stehenden landwirtschaftlichen Nutzflächen Einzelpächtern gegenüber bevorzugt. Einer Ausnahme von dieser Regelung unterliegen solche gemeindeeigenen Grundstücke, die gemeinschaftlicher Nutzung (z.B. in Form von Gemeindegewiesen) offenstehen oder der Verfügung des Finanzministers unterstehen. (92)
6. Neben den Tatbeständen, deren Erfüllung nach dem allgemeinen Vertragsrecht die eine oder andere Seite zur fristlosen Kündigung eines Pachtvertrages

(90) Ley de Arrendamientos rústicos de 15 de marzo de 1935, Art. 11, 43, 49

(91) Ebda., Art. 4. Vgl. Código Civil: Art. 1.551, 1.552

(92) Ley de Arrendamientos rústicos de 15 de marzo de 1935, Art. 32 u. 37

berechtigt, führt das hier behandelte Gesetz noch folgende Umstände an, deren Eintreten die vorzeitige Beendigung des Pachtverhältnisses nach sich ziehen:

- a) Die vollständige oder teilweise Aufgabe der Bebauung sowie mangelhafte Erfüllung der Sorgfaltspflicht, die jedem guten Bauern nach der Verkehrsanschauung obliegt.
- b) Verstöße gegen die Sozialgesetze (Arbeiterschutz) seitens des Pächters sowie die berechnigte Rückforderung des Grundstücks durch den Eigentümer zur eigenen Bebauung. (93)

Als Gründe zur Aufhebung von Kollektivverträgen gelten

- a) die Verwendung von Lohnarbeitern außer bei unaufschiebbaren Erfordernissen des Betriebes,
 - b) die Teilung des gepachteten Grundstückes in Parzellen zur individuellen Nutzung,
 - c) das Versäumnis der Anlage oder ggfs. der Wiederherstellung eines Garantiefonds zur Sicherung der jährlichen Pachtzinszahlungen (94).
7. Die Festsetzung des jährlichen Pachtzinses bleibt dem Ermessen der Vertragschließenden überlassen. Revision vor dem zuständigen Gericht nach dem ersten Jahr der Vertragsdauer wird zugelassen. Dieser jährliche Pachtzins muß auf Gesuch des Pächters erniedrigt oder vollkommen erlassen werden, wenn durch Zufall oder außergewöhnliche Umstände, gegen die eine Versicherung unmöglich ist, die normale Ernte vollständig oder teilweise verloren geht. Er kann bis zu 50 v.H. herabgesetzt werden, wenn durch Zufälle gewöhnlicher Natur wie Dürre oder Frost, die nicht unter die Versicherung fallen,

(93) Ebda., Art. 28

(94) Ebda., Art. 40

der vollständige Verlust aller Jahresernten eintritt. Der versicherungsfähige Verlust der Ernte berechtigt weder zur Streichung noch zur Herabsetzung des Jahreszinses. Beide Seiten können zur Versicherung gegen Risiken gezwungen werden, wobei der Verpächter einen bestimmten Teil des Pachtzinses als Prämie abführen muß (95).

2. Als Mittel zur Eigentumbildung muß das Vorkaufsrecht betrachtet werden, das der Pächter im Fall der entgeltlichen Abtretung über das gepachtete bäuerliche Grundstück ausüben kann. Dieses Vorkaufsrecht muß gemeinsam von allen Pächtern ausgeübt werden, wenn es sich um ein Grundstück handelt, das in Parzellen aufgeteilt ist und von mehreren Pächtern bebaut wird; wenn es sich um Grundstücke mit verschiedenen Nutzarten handelt, betrifft das Vorkaufsrecht in seiner Ausübung nur den Pächter, der die Hauptnutzung gepachtet hat. Im Fall des Verkaufs eines Teiles beschränkt sich das Vorkaufsrecht auf den gepachteten Teil. Das gleiche kann für die Schenkung zwischen Lebenden zu Gunsten von Nicht-Zwangerben beansprucht werden. Ausgenommen sind Schenkungen aus Gründen der Eheschließung und nur für den gepachteten Teil des Grundstückes. Bei der Ausübung dieses Rechtes muß es sich um Pächter handeln, die nicht mehr als 100 ha Geestland oder 10 ha bewässertes Land aus Staatsgebiet besitzen (96).

Das juristische Kriterium mit sozialem Charakter, das das Gesetz über die bäuerlichen Pachtungen durchzieht, hat sich unzweifelhaft durchgesetzt. Die Freiheit der Pachtvertragschließung war schon in der früheren

(95) Ebda., Art. 8. Vgl. Código Civil: Art. 1.575, 1.576.

(96) Ley de Arrendamientos, Art. 18. Der Código Civil gibt dem Pächter das Recht, die Pachtung zu beenden; doch nicht, wenn eine entgegengesetzte Vertragsformel existiert. Arts. 1.571 - 1.572.

Gesetzgebung eingeschränkt worden. Aber in diesem Gesetz wird noch mehr der soziale Charakter des Eigentums betont.

Das wird an dem Schutz sichtbar, den man den Pächtern bei der Festlegung der Vertragsdauer gewährt, wodurch sich die wirtschaftliche Sicherheit der Pächter ohne Zweifel erhöht. Desgleichen ist das Verbot der Unterpacht, die die Rentabilität der persönlich und direkt bewirtschafteten landwirtschaftlichen Betriebe unnötig beschränkt hatte, ein Erfolg.

Aber über diese rein soziale Überlegung wird das agrartechnische Kriterium der direkten und persönlichen Nutzung durch den Eigentümer gestellt. Das Ziel der spanischen Agrarpolitik sollte die Förderung der Produktivität und der Rentabilität des bäuerlichen Betriebes sein. Niemand als der Eigentümer selbst ist als direkter Unternehmer des Betriebes mehr an einer Produktionsausweitung interessiert, die sich schließlich zum Besten der ganzen Volkswirtschaft auswirken muß. Der juristische Vorgang der Pachtung ist aus dem Blickwinkel des bäuerlichen Betriebes eine Übergangssituation, die dem Pächter entweder den Zugang zum Eigentum öffnet oder die Rückgabe an den Eigentümer zu direkter und persönlicher Bebauung bringt. Diese beiden Aspekte sind berücksichtigt worden, und so wird auch dem Pächter im Fall des Übergangs des Eigentums durch Verkauf oder Schenkung das Recht zum Kauf zugestanden, jedoch mit gerechtfertigten Ausnahmen. Es darf auch nicht aus falschem Mitleid heraus erlaubt werden, daß der Pächter den Boden weiterhin bebaut, wenn er nicht fähig ist, die Produktionsmöglichkeiten des Bodens zum Wohle der Gesamtwirtschaft auszunutzen. Nachlässigkeit in der Bebauung des Bodens ist deshalb ein gerechtfertigter Grund zur Kündigung.

Allerdings muß dem Gesetzgeber ein schwerwiegender Vorwurf gemacht werden. Zwar hat er das formale System der Einschreibung von Pachtverträgen in das Pachtregister als Bedingung für ihre Gültigkeit betont; man hat jedoch offensichtlich übersehen, daß eine ungeheuer große Zahl

von Grundstücken auf den Namen von Eigentümern eingetragen sind, über deren Verbleib nichts bekannt ist und daß infolgedessen nach den Bestimmungen des Gesetzes ein Pachtvertrag nicht zustandekommen kam. Außerdem überschreiten in vielen Fällen die Gebühren der Eintragung den jährlichen Pachtzins der Grundstücke (97).

II. Die Agrarpolitik seit 1936

Die an sich schon schwierige Lage der Landwirtschaft wird durch eine ständig wachsende Bevölkerung, die Unterbrechung des Außenhandels während des Bürgerkrieges (1936 bis 1939) und der Jahre danach noch erschwert. Diese Umstände haben im wesentlichen die Agrarpolitik der Nachkriegsjahre bestimmt. Die Ziele dieser neuen Politik entsprechen den Erfordernissen nach dem Wiederaufbau, die durch außerwirtschaftliche Gründe noch dringlicher werden, wie zum Beispiel die Folgeerscheinungen der äußeren Isolierung während der wirtschaftlichen Blockade nach dem Weltkrieg. An erster Stelle der wirtschaftspolitischen Ziele steht die Selbstversorgung mit Agrarprodukten. In Anbetracht der im Vergleich zur Nachfrage geringen Produktion wurden indes in den ersten zwanzig Jahren nach dem Kriege die Rationierung und ein mehr oder weniger straffes System von staatlich fixierten Preisen realisiert. Diese direkten Kontrollen wurden seit 1950 nach und nach durch weniger rigorose Kontrollmaßnahmen und eine weniger direkte Form der Intervention (Subventionspreise, Zuschüsse) zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion abgelöst. Auch die Investitionen werden beeinträchtigt, Eigenproduktion von Investitionsgütern konnte Spanien so gut wie gar nicht aufweisen, das Ausland blieb infolge der Blockade verschlossen. Die Dualität der Zielsetzungen; die sich einerseits in dem Streben nach Selbstversorgung, andererseits in der Hemmung privatwirtschaftlicher Initiative durch das System von Fest-

(97) V. SERVAN LUR, aaO., S. 115.

preisen manifestiert, führt zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen und Verbesserungen, die zuweilen einander entgegengesetzt sind (98).

Die Landwirte sahen sich in ihrer Initiative eingeengt durch das Fehlen von Düngemittelvorräten, landwirtschaftlichen Maschinen und Saatgut, durch die wenig Anreiz bietenden Preise und schließlich durch die nur geringen Kreditaufnahmemöglichkeiten. Zum Schutze des Landwirts gegen Marktspekulationen, vor allem aber zum Schutze des Konsumenten vor einer ungerechten Verteilung der verfügbaren Nahrungsmittel war die Bildung von verschiedenen Institutionen erforderlich. Unter ihnen soll hier die Nationale Weizenbehörde erwähnt werden, die den Alleinankauf von Weizen und die Regulierung der Preise zur Aufgabe hatte; ferner das Generalkommissariat für Versorgung und den Transport als staatliche Institution für die Verteilung und Preisgestaltung für Lebensmittel im allgemeinen, sowie verschiedene andere Institutionen für besondere Erzeugnisse. Die Schwierigkeiten einer solchen Intervention haben den Staat veranlaßt, zahlreiche Maßnahmen durchzuführen, die in vielen Fällen den Versorgungsablauf beeinträchtigt haben und zu unerwünschten Ergebnissen führten.

(98) E. GÓMEZ AYAU hat sagen können: "La política económica, por consiguiente, tuvo que desarrollarse con tres finalidades principales: asegurar al pueblo español los medios indispensables de vida; evitar la completa paralización de la actividad productiva por escasez de materias primas y combustibles, e iniciar las obras de reconstrucción material en los sectores vitales de la actividad económica dañada por la guerra". "El momento actual de la economía agraria española", in: REAS., núm. 11, 1955, S. 128.

Dieser Mangel als Folge der ungünstigen klimatischen Bedingungen zwischen den Jahren 1940 - 1950 und des Bevölkerungszuwachses erforderte erhebliche Anstrengungen, um die Versorgung der Bevölkerung so gut es ging sicherzustellen. Der allgemeine Index der landwirtschaftlichen Produktion lag in fünf von diesen zehn Jahren unter 80, und erst im Jahre 1951 konnte er mit dem Basisjahr 1929 gleichziehen.

Um das Jahr 1950 beginnt eine zweite Epoche, die durch erhöhte Ausfuhren gekennzeichnet ist. Der dadurch verstärkt einsetzende Devisenzustrom erleichtert die Beschaffung von Düngemitteln, Maschinen und Saatgut und ermöglicht somit eine bessere Versorgung auf dem Inlandmarkt. Auf diese Weise können direkte Interventionen auf verschiedenen Teilmärkten unterbleiben, so daß über die steigenden Preise ein erhöhter Anreiz auf die Produzenten ausgeübt wird (99). Auch auf dem Kapitalmarkt macht sich von 1950 an eine erhöhte Aktivität zur Neugliederung und Kapitalversorgung der landwirtschaftlichen Unternehmungen bemerkbar. Die Investitionen der Generaldirektion für Hydraulische Arbeiten und des Nationalinstituts für Besiedelung in Anlagen für die Bewässerung werden erhöht und die Unterstützungen der Privatinitiative zur örtlichen Besiedelung verstärkt. Die Aufforstung wird intensiviert.

Die günstigen Ergebnisse dieser Agrarpolitik haben sich inzwischen erwiesen. Im Anbau der Pflanzen für industrielle Weiterverarbeitung (Zuckerrüben, Baumwolle und Tabak) ist man beinahe zur Deckung des eigenen Bedarfs gelangt. Bei Weizen und Reis ist in normalen Jahren der Eigenbedarf übertroffen worden. Dagegen ist die Selbstversorgung mit Speiseölen, Futtermitteln und Tierprodukten nicht in vollem Maße gelungen. Die Lücken mußten mit Einfuhren geschlossen werden (100).

(99) Im Laufe des Jahres 1952 wurden Handel und Preis für Kleinvieh, Futter, Wolle, Leder, Kühe und Pferde und, unter gewissen Bedingungen, für Öl, Stickstoffdüngemittel und Reis freigegeben. Gleichzeitig fielen viele andere Fesseln. Die wegen ihres Umfangs und ihrer Beliebtheit wichtigste Maßnahme war die Aufhebung der Rationierung für Brot und die zur Brotbereitung geeigneten Getreidesorten. Vgl. E. GOMEZ AYAU, aaO., S. 132. H. PARIS EGUILAZ: "Directrices de la política económica española", in: Arbor, núm 151 - 152, 1958, S. 486

(100) I Congreso Sindical. Madrid 1961. Documentación Técnica, cuaderno núm. 2, primera parte, S. 48 - 52. A. CAMILLERI LAPEYRE: "La producción agrícola española en los últimos años", in: REAS., núm 1, 1952, S. 63

In legislativer Hinsicht hat man von Anfang an die Hauptprobleme der Landwirtschaft berücksichtigt. Aber die bedeutendsten Gesetze wurden erst in den letzten zehn Jahren herausgegeben und sind größtenteils das Ergebnis von Erfahrungen der verschiedenen für landwirtschaftliche Fragen zuständigen Institute. So interessant eine Verfolgung der legislativen Entwicklung auch sein mag, so scheint eine systematische Behandlung der Gesetze dem Ziel dieser Arbeit doch angemessener zu sein; denn sie vermittelt eher die Erkenntnis darüber, welche Relevanz der Gesetzgeber den verschiedenen Agrarproblemen zuordnet. Es darf als selbstverständlich vermerkt werden, daß die politischen Ziele, wie sie sich in den Gesetzen darstellen, nicht allein eine zutreffende Beurteilung der spanischen Agrarpolitik erlauben; wichtig ist auch, inwieweit die Gesetze eine solche Allokation der verfügbaren Mittel beschleunigen bzw. behindern, die die Verwirklichung der gesetzten Ziele in einem optimalen Maße erlaubt. Daraus ergibt sich der Aufbau der nun folgenden Kapitel, nämlich jeweils Darstellung der gesetzlichen Bestimmungen, Ermittlung feststellbarer Ergebnisse und eine kritische Würdigung.

1. Neuordnung der Eigentumsverhältnisse

Die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse schließt zwei Aspekte ein: Die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Neuregelung des Pachtwesens, das wegen seiner weiten Verbreitung in Spanien einen wichtigen ökonomischen Faktor darstellt.

a) Die Bodenreformgesetzgebung

Die Voraussetzungen für eine Neuaufteilung des Grundbesitzes sind: 1) Es dürfen nur diejenigen Grundstücke aufgeteilt werden, die Bildung neuer

unabhängiger und rentabler Einheiten erlauben. 2) Das Land geht in das Eigentum des neuen Besitzers über, sobald die Amortisation der Kaufsumme als gesichert erscheint. 3) Das neue Recht auf Eigentum darf sich nicht auf einen gesetzwidrigen Akt gründen, das heißt, es muß dem Enteigneten eine angemessene Entschädigung gezahlt werden.(101).

aa) Neubildung von Siedlungen

1. Man geht von den allen Siedlungsarten gemeinsamen Merkmalen aus, "indem man auf diese Weise die Realisierung aller möglichen Arbeiten und notwendigen Vorhaben mit einschließt, nämlich die Einrichtung und Aufrechterhaltung der Betriebseinheiten, ... und schließlich technische und ökonomische Hilfe für die neugeschaffenen Betriebseinheiten."(102). Dafür ist ein detaillierter Plan über alle Vorhaben notwendig, die geeignetsten Betriebseinheiten und ihre Anzahl, die Produktionsintensität, die erreicht werden soll, Maximal- und Minimalpreise für die Entschädigung der enteigneten Grundbesitzer.
2. Die durchzuführenden Aufgaben in einer bewässerungsfähigen Zone sind drei verschiedene:

(101) "Respuestas a un cuestionario de la FAO sobre política agraria", in: REAS., 3 Suplemento, 1953, S. 9 ff. A. CEJUDO LLEGUET: "La redistribución de la propiedad rústica en el derecho positivo español", in: Agricultura núm 6, 1947, S. 2 f. E. LAMO DE ESPINOSA: "La expropiación forzosa de fincas rústicas por causa de interés social a través de la jurisprudencia", in: REAS, núm. 10, 1955, S. 19. Drs.: "Aspectos de la agricultura española y su industrialización" in: REAS. núm 7, 1954, S. 21

(102) Ley de Bases de 26 de diciembre de 1939 sobre Colonización de grandes zonas, modificada por Ley de 21 de abril de 1949. Art. 3. Vgl. auch E. GOMEZ AYAU: "El momento actual de la economía agraria española", in: REAS., núm 11, 1955, S. 129 ff.

a) Vorhaben allgemeinen Charakters für die Zone, z.B. der Bau einer oder mehrerer Talsperren, aus der die ganze Zone mit Wasser versorgt werden soll, b) Vorhaben, die im Interesse mehrerer Sektoren einer Zone liegen, das heißt, "diejenigen, die sich auf die Gesamtheit oder einen Teil der Bodenfläche beziehen und den Zweck haben, die Wasserversorgung und die verkehrsmäßige Erschließung sicherzustellen sowie alle sonst notwendigen Bedingungen für die Bebauung des Bodens zu schaffen." c) Vorhaben von spezifischem Interesse der einzelnen Bauern, das heißt, "die Stichpfade von den Landstraßen bis zu den einzelnen Parzellen, der Bau der einzelbetrieblichen Bewässerungsanlagen und Bewässerungsrinnen, der Bau von Gebäuden, die für Wohn- oder sonstige landwirtschaftliche Zwecke bestimmt sind, und im allgemeinen alle übrigen Vorhaben, die zur Besiedelung der Zone notwendig sind und nicht unter die anderen Punkte fallen (103).

- (103) Ley de 21 de abril de 1949, Art. 20. Unter den wichtigsten Kolonisationsaufgaben zitiert L. RIDRUEJO RUIZ-ZORRILLA:
1. Große wasserwirtschaftliche Unternehmungen (Talsperren oder Umleitungsdämme, Kanäle, Wassergräben und Abflußgräben).
 2. Untergeordnete Verteilungsnetze, Entwässerung und Einbebnungen.
 3. Straßen und Feldwege.
 4. Ansiedlungen mit jeder Art von öffentlichen Leistungen (Schule, Kirche, elektrisches Licht, Trinkwasser, usw.).
 5. Ausbildung der mit bewässertem Boden noch unerfahrenen Siedler (Grundproblem).
 6. Kreditgewährung für die Durchführung der Bewässerungsprojekte.
 7. Der ganze industrielle und kaufmännische Komplex.
- "Actualidad de los riegos en España", in: REAS, núm. 31, 1960, S. 13. A. TORREJON MONTERO: "La nueva legislación sobre colonizaciones de interés local", in: Agricultura, núm. 6, 1947, S. 13 ff. A. MARTINEZ BORQUE: "Planes generales de Colonización", in: Colonización, núm. 11, 1950, S. 5 ff.

3. Zuständigkeit der verschiedenen Organisationen.
Die Vorhaben von nationalem und regionalem Interesse werden geplant und durchgeführt von den Ministerien für öffentliche Arbeiten und für Landwirtschaft. Die Zufuhrnetze für die Bewässerung, die Pflanzungen und die Aufforstung, die Schaffung neuer Siedlungen und die Landstraßen sind Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums und werden durchgeführt durch das Nationalinstitut für die Siedlung. Die Kanalarbeiten, die Abgrenzung der Felder, der Bau der allgemeinen Landstraßen der Zone, die Hauptbewässerungs- und Entwässerungsanlagen werden von dem Ministerium für Öffentliche Arbeiten durchgeführt. Die spezifisch einzelbetrieblichen Erschließungsarbeiten können vom Siedlungsinstitut oder von Privatpersonen durchgeführt werden, je nach dem Plan des Instituts (104).
4. Das Vorhaben gilt als abgeschlossen mit der Erklärung "frei zur Bewässerung", die in Kraft tritt, wenn das Wasser den Betriebseinheiten zugeführt werden kann. Innerhalb der fünf Jahre bis zur Erklärung "frei zur Bewässerung" soll das Land, sowohl das der ehemaligen Eigentümer als auch das der neuen Siedler das Mindestmaß der in dem Plan vorgesehenen Nutzungskapazität erreichen (105).

(104) Ley de 21 de abril de 1949, Art. 21, 22, 23. Die Intervention des Staates bei der Durchführung dieser ganzen Art von Arbeiten ist durch die Erfahrung gerechtfertigt. Die Wirklichkeit hat gezeigt, daß die Kosten der sekundären Arbeiten umvieles über denen der Hauptarbeiten liegen und daß der Erfolg der Bewässerung sich nicht sofort einstellt, sondern erst nach mehreren Jahren. Vgl. A. TORREJON MONTERO: "Colonización de las Grandes Zonas Regables" in: REAS., núm. 5, 1953, S. 24 f.

(105) Ley de 21 de abril de 1949, Art. 25, 26. Vgl. L. RUIZ-DE-LOS-RIOS RUIZ-ZORRILLA, aaO. S. 32.

bb) Formen der Besiedlung

Die Normen für die Aufteilung von Landgütern, das Vorgehen bei der Besiedlung und der Modus, nach dem die Neusiedler die Zahlung des Kaufpreises und der Zinsen vornehmen, zeigen je nach der Beschaffenheit der Güter und den Bedingungen, unter denen sie erworben werden, gewisse Eigenarten.

1. Das allgemeine Kriterium ist, "Familienanteile mit ökonomischer Unabhängigkeit zu bilden, das heißt, mit einer so großen Bodenfläche je nach der Bodenbeschaffenheit, daß sie vom Nutznießer direkt und persönlich mit seiner eigenen Kraft bebaut werden kann, und die es gestattet, seine Familie angemessen zu unterhalten" (106).
2. Außer den für die Eigentümer nach dem Siedlungsplan bereitgestellten Landflächen bleiben Gebiete übrig, genannt "überzähliges Land". Auf diesen übrigbleibenden Landflächen können eingerichtet werden: "Familiengärten" (den sog. Siedlerstellen in Deutschland in etwa vergleichbar), "Betriebseinheiten mittleren Typs", mit einer Ausdehnung von höchstens 18 Hektar und "größere Einheiten", deren Fläche auf keinen Fall 125 Hektar überschreiten darf. Die Gesamtfläche dieser parzellenmäßig aufgeteilten Einheiten bildet eine "runde Grenzlinie", damit ist gemeint, daß es sich dabei um ein geschlossenes Areal mit verhältnismäßig glatten Grenzen handelt.

(106) "Respuestas a un cuestionario de la FAO sobre política agraria", in: REAS., 3 Suplemento, 1953, S. 33. E. GOMEZ AYAU, aaO., S. 129.

Dazu kommen sog. "patrimonios comunales" (107).

3. Wenn die agronomischen Gegebenheiten der großen Landgüter die Einrichtung von unabhängigen Betriebseinheiten nicht ratsam oder wenn die sozialen Umstände es zweckmäßig erscheinen lassen und wenn die Bauern es ausdrücklich beantragen, kann ein solches Großgut der Verwaltung einer Gütergemeinschaft unterstellt werden (108).
4. Hinsichtlich des Einsatzes der Siedler gelten folgende Bestimmungen:
Die Betriebe mittlerer Größe sollen von mittelständischen Landwirten oder Pächtern übernommen werden, die über eigene Betriebsmittel verfügen.

(107) Decreto de 5 de julio de 1944. Art. 2. Ley de 21 de abril de 1949: Art. 2 und 3. Nach Artikel 10 des Gesetzes vom 21.4.1949 "wird in erster Linie die Notwendigkeit berücksichtigt, die größtmögliche Zahl von Siedlern einzuweisen". Das hat zwischen verschiedenen Autoren einen Streit herbeigeführt. Theoretisch wäre diese Lösung wünschenswert, aber es zeigen sich nach L. RIDRUEJO RUIZ-ZORRILLA drei Schwierigkeiten: "1. El Estado tiene que comenzar por expropiar la tierra. 2. El Estado es quien tiene que apechar con esas 114.000 pesetas por hectárea, que supone la puesta en riego, las cuales hay que desembolsar por anticipado, pues el colono trae los bolsillos vacíos. 3. El Estado como banquero, tiene que vigilar la explotación de ese colono, a los efectos de las futuras amortizaciones". Deshalb glaubt er, daß der Artikel 10, anstatt darauf abzu zielen, die größtmögliche Anzahl an Siedlern festzusetzen, genau das Gegenteil machen d.h. die Zahl der Siedler auf die unbedingt notwendige beschränken müßte, weil das Ziel, das das Gesetz verfolgt, ideal wäre, wenn die Niederlassung nicht so kostspielig und ihre Verwaltung nicht so lästig wäre. Vgl. "Actualidad de los riegos en España", in: REAS., núm 31, 1960, S. 24. Dagegen scheinen R. TAMAMES und andere eher zur Siedler-Lösung (im Gegensatz zur Eigentümer-Lösung) zu neigen, indem sie eine größere Umverteilung des Volkseinkommens bei den Investitionen des Badajoz-Planes fordern. Vgl. R. TAMAMES: "Estructura económica de España". Madrid 1960, S. 639.

(108) Decreto de 12 de mayo de 1950, Art. 1

Der Betrieb geht in das Eigentum des Siedlers über, wenn 20 v.H. des Kaufpreises gezahlt sind.

Größere Betriebseinheiten sind zahlenmäßig begrenzt. Auf 50 Betriebe mittlerer Größe soll nicht mehr als ein Großbetrieb kommen. Solche Betriebe, die zwar noch als Familienbetriebe geführt werden können, aber doch maschinelle Bearbeitung erfordern, werden hochqualifizierten Landwirten zugesprochen. Der Eigentumsübergang erfolgt hier erst nach Bezahlung von 50 v.H. des Kaufpreises. Der noch nicht gezahlte Teil des Kaufpreises wird mit 3 v.H. p.a. verzinst. In einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren sollen 85 v.H. des festgesetzten Betriebswertes, die gesamten Auslagen für Verbesserungen und alle vom Institut für Steuern und sonstige Abgaben geleistete Vorschüsse bezahlt sein.

Der Übergabe von Gütern an Siedler ohne Eigentum geht eine Vormundschaftsperiode von 5 Jahren voraus. Während dieser Zeit besteht zwischen dem Siedler und dem Institut eine Art Teilpachtverhältnis. Das Institut hilft diesen Betrieben mit Arbeits- und sonstigem Vieh, mit Landmaschinen, Samen, Düngemitteln, Futtermitteln etc. aus; es gibt Kredite für Steuerzahlungen; es überwacht und dirigiert den Betrieb in technischer Hinsicht. Nach Beendigung dieser Probezeit erhalten die befähigten Siedler das Besitzrecht. Damit beginnen die Zahlung der Annuitäten und die Erstattung der übrigen Auslagen, ohne daß - wie in den oben beschriebenen Fällen - eine größere Summe angezahlt werden muß. Allerdings geht das Eigentum erst dann auf den Siedler über, wenn er alle Schulden abgelöst hat (109).

(109) Ley de 21 de abril de 1949, Art. 27, 30. Ds. "Respuesta a un cuestionario de la FAO sobre política agraria", aaO., S. 33 ff. A TORREJON MONTERO: "Colonización de las Grandes Zonas regables", aaO., S. 31 - 34. E. GOMEZ AYAU: "Fases de la Colonización" in: Agricultura, núm. 1, 1944, S. 33. L. RIDRUEJO RUIZ-ZORRILLA, aaO. S. 14.

cc) Die Landbeschaffung für die Siedlung

Zwei Etappen sind hier zu unterscheiden:

- 1) Erwerb eines Grundstücks, das freiwillig zur Aufteilung angeboten wurde. Die erste Verfügung, durch die das Nationale Siedlungsinstitut zum Erwerb von Grundstücken ermächtigt wird, ist das Dekret vom 23. Juli 1942. Es bezieht sich auf solche Grundstücke, die nach dem Gesetz vom 23. Februar 1940 durch das Institut zwangsweise verpachtet worden waren.

Im Vorwort des erwähnten Dekrets heißt es:

"Die Achtung des Eigentums, welche eine Norm des neuen Staates ist, legt es nahe, die Grundstücke auf normalem Vertragswege zu erlangen; aber die Eigenheiten und die besondere Situation der zwangsweise verpachteten Grundstücke führen notwendigerweise dazu ihre Enteignung zu erklären, wenn die Eigentümer nicht freiwillig zu ihrem Verkauf übergehen (110).

Das Institut kann die Grundstücke in zwangsweiser Verpachtung ganz oder zum Teil erwerben, "die sich wirtschaftlich bewährt haben und einen guten Erfolg der Siedlungsarbeit versprechen" (111). Das Institut wird weiterhin ermächtigt, sog. Enklave-Grundstücke - das sind von inzwischen vom Institut übernommenem Land umschlossene private Grundstücke - u. an institutseigene Ländereien angrenzende Grundstücke zu kaufen. Es kann fernerhin Ländereien käuflich erwerben, welche in Gebieten von erklärtem nationalem Interesse liegen

(110) Prologo a la Ley de 23 de julio de 1942

(111) Decreto de 23 de julio de 1942 sobre adquisición de fincas poseídas por el Instituto Nacional de Colonización en arrendamiento forzoso. Arts. 2, 3, 4. Diese Zwangspachtungen sind durch Anweisung vom 30. Dezember 1941 geregelt worden.

bzw. für deren Kauf sich eine Provinz, Gemeinde oder gewerkschaftliche Organisation interessiert, sofern diese Grundstücke freiwillig angeboten werden und den Anforderungen genügen, die im Hinblick auf das Siedlungsvorhaben billigerweise gestellt werden müssen.

Im Dekret vom 5. Juli 1944 wird die Charakterisierung "im nationalen Interesse liegend" auf die Grundstücke erweitert, die entweder einen ganzen Regierungsbezirk darstellen, die erworben werden, um als Folge großer öffentlicher Bauvorhaben, verlegte Dörfer aufzunehmen, die einen Preis von 5 Millionen Peseten überschreiten oder die geeignet sind mehr als 200 Bauernfamilien aufzunehmen (112).

2. Enteignung von Grundstücken mit vorhergehender Erklärung "im sozialen Interesse liegend"

Die erwähnten Verfügungen erlaubten den Erwerb zahlreicher Grundstücke, hauptsächlich Trockenland. Sie erleichterten die Spezialisierung der Planung von Projekten im Hinblick auf die Durchführung von Bewässerungsarbeiten, den Bau von Dörfern und die Festlegung der geeignetsten Anbaueinheiten für die verschiedenen Regionen. Aber man kam zu der Überzeugung, daß man mit den freiwilligen Angeboten von Land die landwirtschaftlich-sozialen Probleme nur in sehr beschränktem Maße erfassen konnte. Als Folge dieser Erkenntnis wurde das Gesetz vom 27. April 1946 über die Zwangsenteignung von landwirtschaftlichen Grundstücken verkündet, welches "in sozialem Interesse liegende" und deshalb enteignungsfähige Grundstücke definiert und gleichzeitig die Entschädigungsansprüche regelt.

- a) Man versteht unter landwirtschaftlichen Grundstücken von sozialem Interesse diejenigen, deren Enteignung und Aufteilung ein soziales Problem dauerhaft lösen. Die Erklärung wird in jedem Fall und für jedes Grundstück durch ein vom Ministerrat be-
willigtes Dekret herausgegeben; denn es beinhaltet gleichzeitig die Enteignungs-
erklärung, gegen die keine gerichtliche Berufung zugelassen ist. Dem Eigentümer wird lediglich eine Frist von acht Tagen für die Vorlage einer Beschwerde zugebilligt.
- b) Neben dem sozialen Interesse ist die Bewässerungsfähigkeit einer Länderei Grund für ihre Enteignung. In diesem Fall kann der Eigentümer die Enteignung vermeiden, wenn er sich verpflichtet, die notwendigen Bewässerungsarbeiten innerhalb von vier Jahren durchzuführen.
Löst er diese Verpflichtung ein, so ist die Enteignung abgewendet. Eine Enteignung ist fernerhin unzulässig, wenn dadurch die Gesamtwirtschaft oder die Landwirtschaft eines bestimmten Gebietes in Mitleiden-
schaft gezogen wird, ferner bei direkter und persönlicher Bewirtschaftung durch den Eigentümer; gleicherweise kann sich eine Enteignung nicht auf Musterbetriebe der Tier-, Forst- oder Feldwirtschaft richten (113).

(113) Ley de 27 de abril de 1946. Arts. 4,9. Vgl. A. TORREJON MONTERO, aaO., S. 29. J. MONTERO Y GARCIA DE VALDIVIA: "La expropiación por causa de interés social", in: Anuario de Derecho Civil, Bd. V, 1952, S. 1334. Die Begründung "im sozialen Interesse" als bestimmender Faktor der Enteignung kommt zum ersten Mal im spanischen Recht im Artikel 32 des Fuero de los Españoles (1939) vor. Vgl. E. LAMO DE ESPINOSA: "La expropiación forzosa de fincas rústicas por causa de interés social, a través de la jurisprudencia", in: REAS., núm. 10, 1955, S. 9.

c) Die Schätzung des Grundstückwertes wird durch zwei Sachverständige vorgenommen, von denen je einer vom Eigentümer und vom Institut bestellt werden. Im Falle einer Diskrepanz der Schätzungen von über 5 v.H. wird vom Friedensrichter ein dritter Sachverständiger ernannt. Für die Bewertung des Grundstückes sind ausschlaggebend: der Ertrag des Grundstückes in den letzten 5 Jahren, der Grundbuchwert und der Verkaufspreis von entsprechenden Grundstücken in demselben Landstrich, aber ohne Berücksichtigung der Verbesserungen, die der Eigentümer nach der Erklärung des sozialen Interesses vorgenommen hat. Die Bezahlung des Grundstückes erfolgt durch gesetzmäßiges Geld.

Wenn zwischen Enteignungserklärung und faktischer Enteignung die landwirtschaftlichen Grundstücke einer erheblichen Preisänderung unterliegen sollten, die unabhängig von der Publizität des Verbesserungsplanes ist, so kann eine neue Schätzung vorgenommen werden (114).

dd) Das "Habitat" der neuen Siedlungen

Schon von Anfang an wurde man vor das Problem der Siedlungsform gestellt.

Sollte man sich für den Bau von auf die jeweiligen Parzellen verstreuten Wohnhäuser oder für zusammenhängende Wohnsiedlungen entscheiden? Für den Fall, daß die zweite Alternative gewählt würde, mußte die Frage gelöst werden, ob durch die Neubesiedelung die alten Verwaltungsbezirke

(114) Ley de 27 de abril de 1946, Art. 5, 6, 7. Vgl. E. LAMO DE ESPINOSA, aaO., S. 52 ff.

unangetastet bleiben, oder ob deren Grenzen zum Teil verändert bzw. ob ganz neue Verwaltungsbezirke gebildet werden sollten (115).

Mit dem Dekret vom 23. Juni 1953 wird die stellvertretende Direktion für die Landnutzung des I.N.C. (Nationales Siedlungsinstitut) zuständig für die Bildung von Zusammenschlüssen der Siedler in Gewerkschaften, in Bewässerungsgemeinschaften sowie in Genossenschaften und anderen Institutionen, die den Zweck verfolgen, den Siedlern bei der Erfüllung ihrer Pflichten und der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, ihnen Hilfe auf geistigem, religiösem und sanitärem Gebiet zu gewähren und die landwirtschaftliche Schulung zu verstärken. Für die Durchführung dieser Ziele hält man die zusammenliegende Siedlung für geeigneter, und zwar umso mehr, als die Siedler im allgemeinen in dünn besiedelten Gegenden eingesetzt wurden, in denen die einzelnen Siedlungen häufig weit voneinander entfernt waren. Die neuen Dörfer in der Gegend von Jerez de la Frontera sind mindestens 17 Kilometer von dieser Ortschaft entfernt; ähnlich verhält es sich mit den neuen Siedlungen um Badajoz.

Auf der anderen Seite soll die Ansiedlung der neuen Ortschaften unter dem Gesichtspunkt der rationellen Bodennutzung erfolgen. Man hat berechnet, daß die Anbauflächen, die mehr als zweieinhalb Kilometer von der Ortschaft entfernt sind, nicht in zufriedenstellender Weise bewirtschaftet werden können oder eine solche Erhöhung von Betriebskosten erfordern, die von den Vorteilen des zusammenliegenden "habitat" nicht ausgeglichen werden. So hat man Siedlungen innerhalb eines Bereiches von 2,5 Kilometern gegründet,

(115) A. LEAL: "Régimen administrativo de los nuevos pueblos del I.N.C.", in: REAS., núm 10, 1955, S. 90

wobei die Entfernung zwischen den einzelnen Dörfern 5 Kilometer beträgt (116).

Bei der Gründung wurden demographische Gesichtspunkte und städtebauliche Aspekte in Bezug auf Klima, architektonische Tradition und sogar in ästhetischer Hinsicht in Betracht gezogen. Die Ortschaften können aus Häuserblöcken bestehen oder aus Häusern, die voneinander durch Gärten getrennt sind. Das I.N.C. baut ebenfalls auf Kosten des Staates die Kirche, die Unterrichtszentren, die Wohnräume für die Lehrer und die Gebäude für die lokale Verwaltung.

Interessant ist auch ein fiskalischer Aspekt. Das Dekret vom 28. Oktober 1955 regelt die vorübergehende Lokalverwaltung für die neuen vom I.N.C. gegründeten Ortschaften. Während der Zeit der Einführung der Siedler in ihr Eigentum übt das Institut eine Art von Vormundschaft über die Führung der lokalen Verwaltung aus. Dafür fließen ihm 20 v.H. der steuerlichen Gemeindeeinnahmen zu. Das Institut behält sich auch das Eigentum sowohl an den erworbenen Land als auch an den Gebäuden und Betriebsanlagen vor, bis die Einführungsperiode beendet ist (117).

Die Gründe, die diese spezielle Gesetzgebung der neuen Ortschaften rechtfertigen, sind:

1. die Tatsache, daß die Siedlung nicht nur einen ökonomischen Zweck verfolgt, sondern auch einen staatsbürgerlichen. Die Siedler sollen zu ihren sozialen Funktionen erzogen werden.
2. die neuen Siedlungen sind nach den klarsten Regeln, sowohl in technisch-landwirtschaftlicher als auch in städtebaulicher Hinsicht

(116) Ebda., S. 93

(117) Decreto de 28 de octubre de 1955 por el que se regula el régimen local transitorio de los nuevos pueblos construidos por el I.N.C. Art. 4,5 und 6

geplant. Dafür sind erhebliche Aufwendungen aus staatlichen Mitteln vorgesehen. Die sozialen Erträge der Infrastruktur sollen wieder der Siedlungsarbeit zugute kommen bzw. dem Institut als dem ausführenden Organ.

3. Durch die Neuregelung der Lokalverwaltung wird vermieden, daß bestehende Verwaltungen, in deren Gebiet neue Ortschaften angesiedelt werden kraft ihrer ihnen durch das Gesetz für die lokale Verwaltung vom 16. 12. 1950 verliehenen Vollmacht, Gemeindeabgaben festsetzen, übermäßigen Nutzen aus der Neusiedlung ziehen, zu deren Erträge sie nichts beigetragen haben (118).

ee) Die Finanzierung der Bodenreform

Die Finanzierung wird hauptsächlich auf Staatskosten durch das Nationale Siedlungsinstitut vorgenommen. Das ergibt sich schon daraus, daß die Besiedlung als großes nationales Anliegen angesehen wird. Dafür spricht auch die tiefgehende Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen weiter Landstriche, deren Herbeiführung weitgreifende Vorhaben und Arbeiten erforderlich machen, welche über das private Leistungsvermögen hinausgehen und deshalb technischen, finanziellen und juristischen Beistand des Staates bedingen. Aber dieser Beistand ist je nach Vorhaben unterschiedlich.

1. Die Finanzierung von Vorhaben von allgemeinem oder gemeinschaftlichem Interesse wird nach den Voranschlägen der staatlichen Einrichtungen durchgeführt, denen diese Aufgaben übertragen sind. Der Staat trägt die ganze Last der Finanzierung, wenn es sich um Vorhaben

von allgemeinem Interesse handelt. Er kann Subventionen bis zu 40 v.H. für Vorhaben von Gemeinschafts-Interesse eines Distriktes und bis zu 30 v.H. für Vorhaben von privatem landwirtschaftlichem Interesse gewähren. Die Subventionen gelangen zur Auszahlung, wenn die Betroffenen die vom Institut geleisteten Ausgaben bis auf den Subventionsbetrag zurückerstattet haben oder, sofern die Finanzierung durch den Eigentümer erfolgt, wenn die Vorhaben nach dem Urteil des Instituts als beendet angesehen werden können.

2. Die Vorhaben und Einrichtungen, die nach den Plänen des Instituts notwendig für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebietes angesehen werden, können durch dieses bis zu 20 v.H. subventioniert werden. Dazu gehören z.B. Baugrundstücke, Weinkeller und andere Einrichtungen (119).

ff) Durchführung und Ergebnisse der Bodenreform

Die Durchführung dieser Siedlungsaufgabe obliegt dem Nationalen Siedlungsinstitut, und zwar gemäß Dekret vom 18. Oktober 1939, das durch die Dekrete vom 2. März 1942 und vom 21. November 1947 modifiziert wurde und schließlich eine letzte Änderung durch das Dekret vom 23. Juli 1953 erfuhr. Damit erhält das Institut eine neue Struktur, die seinen Zielen besser angeglichen ist.

Es handelt sich um eine Institution des Öffentlichen Rechts in Abhängigkeit und unter Verwaltung des Landwirtschaftsministeriums; es ist eine juristische Person, besitzt autonome Autorität und die Möglichkeit, alle Arten von

(119) Ley de 21 de abril de 1949, cap. III, Art. 24

Gütern zu erwerben, zu besitzen, zu belasten oder zu veräußern, mit den Einschränkungen, die in besonderen Verfügungen aufgestellt sind. In der Buchhaltung und im Finanzierungswesen ist es der Beaufsichtigung des Finanzministeriums unterstellt.

Das Ziel dieses Instituts ist die landwirtschaftlich-soziale Neuordnung sowie die Anregung oder Verstärkung der Privatinitiative. Außerdem übernimmt es die Funktionen der abgeschafften Zentralkommission für die Siedlung und Aufforstung.(120)

Das Institut steht unter Leitung eines Nationalrates, dessen Vorsitz der Generaldirektor für das Siedlungswesen ist. Die einzelnen Aufgaben sind auf verschiedene Abteilungen delegiert (121).

Das Kapital des Institutes setzt sich zusammen aus: a) der Erstausrüstung durch den Staat in Höhe von 100 Millionen Peseten, b) der Übernahme des liquiden Aktiv-Vermögens des aufgelösten Instituts für die Agrarreform, c) dem Beitrag des nicht mehr existierenden landwirtschaftlichen Aufbaudienstes, d) den Beträgen, die der Staat im Budget für einen erhöhten Anfangsbeitrag ausweisen kann, e) den Beiträgen

(120) Decreto de 23 de junio de 1953 por el que se modifica el de 21 de noviembre de 1947, Art. 1, 2

(121) Ebda., Art. 4° - 23. Die Abteilungen des Instituts sind die folgenden: Wissenschaftliche Abteilung, Erwerb von Grundstücken, Verbesserungen von örtlichem Interesse, Entwürfe, Arbeiten, Siedler, Betriebe (Art. 19). Die wichtigsten Vorzüge dieses Dekretes sind die vollständige Erfassung der kolonisatorischen Aufgaben und die Koordination der verschiedenen Tätigkeiten und Behörden, die dem Vorsitz der Regierung (Presidencia del Gobierno) unterstellt sind. Vgl. L. RIDRUEJO RUIZ-ZORRILLA: "Actualidad de los riegos en España", in: REAS., núm. 31, 1960, S. 57

in bar oder beweglichen Werten durch den Staat, f) den Gütern und Rechten aller Art, die durch Schenkung, Erbschaft, Vermächtnis oder auf andere unentgeltliche Weise erworben werden.

Außerdem fließen ihm andere Mittel zu als Folge von Darlehen oder anderen Gläubigerpositionen (122).

Die bis 1961 hauptsächlich durchgeführten Arbeiten des Nationalen Siedlungsinstituts lassen sich in folgenden Zahlen feststellen. Es wurden im Laufe von 10 Jahren ausgegeben: Investitionen in vom Institut durchgeführte Vorhaben 8.576 Millionen Peseten, für den Erwerb von Grundstücken 1.689 Millionen Peseten, für den Erwerb von mechanischer Ausrüstung und für Bohrungen 1.264 Millionen Peseten. Außerdem 1.527 Millionen Peseten für Hausgerät und sonstige Mobilien, die den Siedlern zur Verfügung gestellt wurden.

Die neu bewässerte Fläche beträgt 204.770 Hektar; auf 102.733 Hektar wurden Bodennivellierung mit oder ohne Grabungen durchgeführt. Für die Neusiedler wurden 17.719 Wohnungen neu gebaut. Das Institut hat bis jetzt eine Fläche von 402.921 Hektar übernommen, von denen 215.298 freiwillig angeboten wurden, 89.381 Hektar wurden enteignet wegen sozialen Interesses und 98.242 Hektar aus dem "überzähligen Land", nachdem der Siedlungsplan durchgeführt wurde.

Die Gesamtzahl der in Siedlungsgebieten untergebrachten Siedler beläuft sich auf 43.917. Von diesen sind 27.524 auf Trockenland angesiedelt worden und 16.393 auf bewässertem Land. Die Zahl der Siedler, die zu Eigentümern auf den gerichtlich zuerkannten Anteilen wurden, beläuft sich

auf 6.888. Die Zahl der Siedler, die als Pächter auf Großgrundbesitzern noch belassenes Land kamen, beträgt 19.941. Insgesamt beläuft sich die Zahl angesiedelter Familien auf 78.964. Die Zahl kleinerer Eigentümer als Nutzniesser der Umwandlung von Trockenland in bewässertes Land nach den durchgeführten Siedlungsplänen beläuft sich auf 15.106 (123).

Mangels neuerer Statistiken seien hier einige bis zum 31. Dezember 1954 vollendete bzw. begonnene Arbeiten des Instituts angeführt, die die Errichtung neuer Ortschaften betreffen.

Fertiggestellte Dörfer	44 mit 3.183 Wohnungen
Im Bau befindliche Dörfer	43 mit 5.495 Wohnungen
Dörfer mit genehmigtem Plan ...	19 mit 2.070 Wohnungen
Dörfer in Überprüfung	2 mit 406 Wohnungen.

Wenn im folgenden dieses "Gesetz über die bewässerungsfähigen Gebiete" beurteilt werden soll, so sei am Anfang E. TAMAMES zitiert, der es mit den Worten charakterisiert hat: "Objektiv gesehen kann man es als ein Gesetz betrachten, das juristisch und sozial konservativ und technisch modern ist." Eine genaue Untersuchung der hauptsächlichsten Probleme, denen das Gesetz gegenüberstand, könnte in der Tat zu diesem Schluß

(123) Vgl. Tabellen I - XII. K.H. BARTH hat schreiben können: "Alle Regime, die sich mit dem Problem auseinandersetzen, stießen dabei immer auf die gleichen Schwierigkeiten ... Es ist kein Ausweg, die Latifundien zu zerschlagen, weil Trockenheit und Wasserarmut hier keinen rentablen landwirtschaftlichen Klein- oder Mittelbetrieb zulassen. Eine rationelle Bearbeitung des Bodens ist nur auf extensiver Grundlage möglich, solange es nicht gelingt, durch intensive Bewässerung in den dafür in Betracht kommenden Zonen die Voraussetzungen für die Landreform zu schaffen. Genau das ist, was heute vom Franco-Regime durch das bald nach dem Bürgerkrieg gegründete Institut für innere Kolonisation angestrebt wird". Vgl. "Eine Steppe erwacht zu neuem Leben: Francos Bodenreform in Südspanien. Enteignung des Großgrundbesitzes 'im sozialen Interesse', in: Der Tagesspiegel, 15. 3. 61.

führen, wenn auch mit einigen Modifikationen. Die sehr differenzierten Probleme könnten unter drei Aspekten untersucht werden: unter dem juristischen, dem sozial-ökonomischen und dem verfahrensmäßigen Aspekt.

Unter dem juristischen Aspekt scheinen die Begriffe "soziale Verpflichtung des Eigentums" sowie "angemessene Entschädigung" und im Zusammenhang mit dem letzteren die Methode der Schätzung bedeutungsvoll zu sein.

Das Gesetz begründet das Recht zur Enteignung mit der "sozialen Nützlichkeit". Wenn auch dieser Begriff vielfältige Deutungen zuläßt - sein Inhalt wird nicht näher definiert -, so scheint hier doch die Vorstellung von dem sozialen Charakter des Privateigentums eine wichtige Rolle zu spielen. Der Staat soll die individuellen Interessen mit den Forderungen des allgemeinen Interesses koordinieren. Daher gehört es zu den Aufgaben der zivilen Obrigkeit, das individuelle Recht zu beschränken, wenn dieses dem Gemeinwohl entgegensteht, umso mehr als das Gesetz von 1939, das die Privatinitiative für das Angebot von Land anregen sollte, kein zufriedenstellendes Ergebnis zeitigte. Andererseits ist die Enteignung nicht die Unterdrückung eines Rechts, sondern die Beschränkung desselben zum Wohl der Allgemeinheit. Die Enteignung verlangt einen "angemessenen" Ausgleich. Als Wertmaßstab für die "Schätzung" der Grundstücke gelten drei obligatorische Methoden, ohne damit irgendeinen anderen Wertmaßstab auszuschließen.

Bei all dem finden die Bezeichnungen "konservativ" oder "modern" keine Anwendung. Alles hängt von der jeweiligen Auffassung vom Staat und von den Funktionen, die man ihm zuschreibt, ab. Der Staat andererseits kann eine authentische Erläuterung des Gesetzes geben, aber es ist empfehlenswert, die Gesetzesdeutung der Rechtswissenschaft zu überlassen,

um eine erhöhte Einmischung des Staates zu vermeiden. Sowohl die "Schätzung" als auch die Bezahlung und die Übernahme des Eigentums sind im Falle eines Rechtsstreits einer speziellen Revision unterworfen, für die die fünfte Kammer des Obersten Gerichtes zuständig ist. Diese Rechtsprechung fußt bis jetzt auf drei Prinzipien: 1. die Schätzung soll so hoch sein, daß der Enteignete andere entsprechende Grundstücke erwerben kann; 2. gleichzeitig gilt der Rechtsgrundsatz "tantum valet res quantum vendere potest"; 3. es muß der Ertragswert berücksichtigt werden wie auch die Schäden und Nachteile, die durch die Enteignung entstehen. Praktisch hat sich aus der Anwendung dieser Prinzipien ergeben, daß das Oberste Gericht bis 1955 für insgesamt 22.547 ha Land Korrektur der von den Institutsexperten durchgeführten Schätzungen in Höhe von 52.124.713 Peseten nach oben vornahm. Diese Praxis der Rechtsprechung könnte man als "konservativ" bezeichnen, insofern nämlich, als die soziale Verpflichtung des Eigentums nicht gesehen wurde.

Unter dem ökonomisch-sozialen Aspekt muß der besondere Charakter des Siedlungs-Unternehmens hervorgehoben werden. Wie in jedem Unternehmen muß man sich auch hier nach dem Rentabilitätsprinzip richten, umso mehr als der spanische Staat nur über sehr beschränkte Mittel verfügt. Wenn man das Problem von der wirtschaftlichen Seite her sieht, dann handelt es sich darum, das ökonomische Optimum zu erreichen, d.h. die Differenz zwischen dem erzielten social benefit und den social costs im weitesten Sinne des Wortes zu maximieren. Die Lösung dieses Problems wäre einfach, wenn die Vorstellungen über die soziale Wohlfahrt quantifizierbar wäre und ihre Abhängigkeit von Umfang und Art der Ausgaben sowie den damit erzielten Erträgen numerisch dargestellt werden könnte.

werden könnte. So bleibt im Grunde nichts übrig, als - allerdings ziemlich pragmatisch - ein Ziel oder mehrere Ziele als absolut vorrangig vor den anderen zu definieren. Hier handelt es sich um zwei Alternativen: eine vorzugsweise ökonomische und eine vorrangig soziale Zielsetzung. Soll die Siedlungs-Lösung oder die Eigentums-Lösung den Vorzug erhalten? Man hat beide Positionen vertreten. Die erstere möchte erreichen, daß die Staatsinvestitionen zu einer besseren Verteilung des Nationaleinkommens beitragen, und vertritt die Meinung, daß man eine größtmögliche Anzahl neuer Siedler einsetzen sollte. Die letztere, mehr bedacht auf Sparsamkeit und eine größere Wirksamkeit der Siedlungsvorhaben, neigt dazu, den Eigentümern den Vorzug zu geben. Das Einsetzen von Siedlern ist teurer. Man hat errechnet, daß die Siedlungskosten pro Hektar für den Eigentümer sich auf 104.000 Peseten belaufen. Die Kosten für Siedlungsvorhaben werden auf 114.000 Peseten je ha veranschlagt; denn der Siedler muß im Gegensatz zum Eigentümer mit Hausgerät und beweglichem Kapital versehen werden. Der Erfolg des Siedlungs-Unternehmens ist im ersteren Falle sicherer; denn hier hat es der Staat nicht nötig, zumindest einen Teil des unternehmerischen Risikos zu tragen, wie es bei der Neubesiedelung, wenigstens bis zum Ende der Vormundschaftszeit, der Fall ist.

Das Gesetz hat theoretisch die Siedlungs-Lösung angenommen, indem es bestimmt, daß soviel Siedler wie möglich eingesetzt werden sollen. Aber in der Praxis hat sich die Lösung mit den bisherigen Eigentümern durchgesetzt. 56 v.H. des bewässerten Landes befindet sich in ihren Händen, während der Rest für die Siedler bestimmt ist.

Wenn auch die Argumente beider Positionen stichhaltig sind, so spricht für die Siedlungslösung, daß damit eine breitere Verteilung des National Einkommens und des Vermögens erreicht wird. Die Siedlungslösung ist auf kurze Sicht mit größerem Risiko verbunden und weniger rentabel. Die Tatsache, daß bisher arme Bevölkerungssteile in die Lage versetzt werden, eine größere Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln und nicht zuletzt nach Gebrauchs- und Verbrauchsgütern zu entfalten, rechtfertigt jedoch die Vermutung einer in the long run größeren Effizienz der Siedlungslösung für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft.

Das zweite Problem ist die Reihenfolge der Zielsetzungen für das Siedlungsvorhaben. Soll die maximale Verzinsung des investierten Kapitals, die größtmögliche Erhöhung der Produktion oder die sofortige Vollbeschäftigung der Landbevölkerung in der Landwirtschaft angestrebt werden? Das Gesetz hat sich für die Erhöhung der Produktivität entschlossen. Es räumt den Bewässerungsvorhaben den Vorrang ein und stellt an zweite Stelle soziale Probleme von dauerndem Charakter. Im Prinzip scheint dieses Kriterium richtig zu sein, da ja das Siedlungsvorhaben in erster Linie den Lebensstandard heben will. Die scheinbare Vernachlässigung des Beschäftigungsproblems ist damit zu begründen, daß einer langfristigen effizienteren Unterteilung des Faktors Arbeit auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren nicht von vornherein Fesseln angelegt werden sollen. Auf lange Sicht wird die Rentabilität der Investitionen damit ebenfalls gesichert.

Die Frage nach dem optimalen Verfahren stellt uns ebenfalls vor eine Menge von Alternativen. Greifen wir aus dem Gesamtkomplex der damit zu-

sammenhängenden Probleme nur die Frage nach Art und Umfang der staatlichen Hilfe heraus. Diese könnte sich darauf beschränken, die Bewässerungsvorhaben zu subventionieren; sie könnte sich darauf ausdehnen, den neuen Siedlern beim Erwerb von Land Erleichterungen zu verschaffen, wie es bei den neuen Bewässerungsanlagen im amerikanischen Westen der Fall gewesen ist; einen noch höheren Umfang staatlicher Hilfe weist Italien auf, wo der Staat den Erwerb von Land, die Umbau- und Verbesserungsarbeiten sowie das Betriebskapital subventioniert. In Spanien hat der Staat auf Grund seiner Erfahrungen großzügige ökonomische Hilfe eingesetzt; so hat er beispielsweise in mehreren Fällen Geld für bewegliches Kapital zinslos vorgestreckt. Das Siedlungsvorhaben hat die Lösung anderer wichtiger Fragen ebenfalls nicht vernachlässigt, wie die berufliche Ausbildung der neuen Siedler, die technische Überwachung der Betriebe während der Vormundschaftsperiode, den Verleih von mechanischem Arbeitsmaterial, von Ausrüstung für die Nivellierung und für Tiefbauarbeiten, die Auswahl von für die verschiedenen Verwendungszwecke qualifiziertem Vieh.

Schließlich dürfen die Bestimmungen nicht unerwähnt bleiben, die auf den dauernden Bestand der neu geschaffenen Siedlungseinheiten gerichtet sind, wie etwa die Gesetze über die Erhaltung der Familiengüter und die Festlegung der Mindestgrößen, die in einem späteren Teil der Arbeit behandelt werden.

gg) Agrarreform und regionale Planung

Nachdem das Siedlungsprojekt aus kleinsten Anfängen heraus einen so großen Umfang angenommen hat, ist es zu einem echten Problem regionaler

Planung geworden. Darüber hinaus sieht man - allerdings erst seit kurzem - die Notwendigkeit, die regionalen Teilpläne in den Gesamt-Entwicklungsplan für die spanische Wirtschaft einzubetten, eine Notwendigkeit, die sich zwangsläufig aus der Interdependenz einmal der landwirtschaftlichen Aktivitäten in den verschiedenen Regionen untereinander und zum anderen zwischen der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftssektoren ergibt, wenn man realistischen und anhaltenden Lösungen die Wege bereiten will.

M. MARTIN LOBO konnte behaupten, "daß die regionale Entwicklung, d.h. die gesamte ökonomische und soziale Entwicklung einer Region, im Hinblick auf die vollkommene Integration in die Volkswirtschaft ein großes Thema unserer Zeit von gerechtfertigter und großer Aktualität darstellt, besonders in jenen Ländern, die, wie Spanien, krasse regionale Unterschiede aufweisen, welche für die Entwicklung und die Stabilität sozialen Wohlstandes ein wichtiges Hemmnis bilden" (124).

Eines der grundlegenden Probleme in Spanien ist die wirtschaftliche Unausgeglichenheit zwischen den industrialisierten und den unterentwickelten Regionen. Es gibt in Spanien weite Gebiete mit außerordentlich geringer landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung (mittlerer Ebro, Zentral-Region und Extremadura), in deren Umkreis sich die übrigen Gebiete befinden: Andalusien, Galizien und Duero mit mittelmäßiger Landwirtschaft und etwas Industrie, Oberer Ebro und Levante mit ausgewogener wirtschaftlicher und industrieller Entwicklung, schließlich die Nordost-Region und

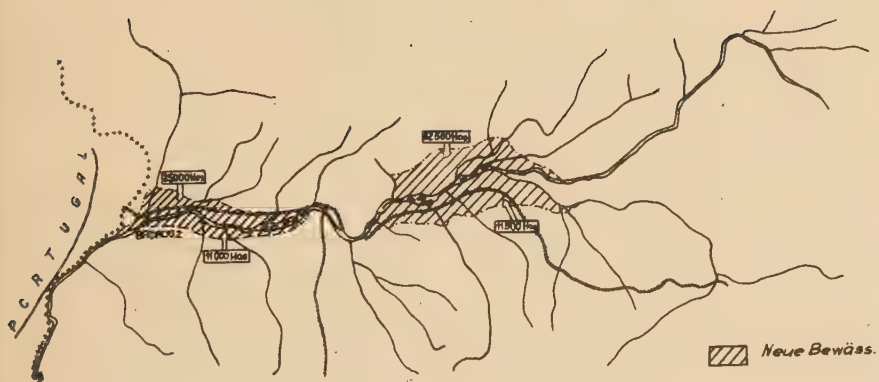
(124) M. MARTIN LOBO: "Realidad y perspectiva de la planificación regional en España", in: REAS., núm. 33, 1960, S. 85

Kantabrien mit stärkster landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung (125). Diese regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur sind von erheblichen Unterschieden im Versorgungsniveau der Bevölkerung begleitet, die man beseitigen möchte.

Durch das Dekret vom 21. Januar 1946, das am 18. Dezember desselben Jahres zum Gesetz wurde, wird eine Institution ins Leben gerufen, das General-Sekretariat für die wirtschaftlich-soziale Ordnung, mit dem Ziel, auf geordnete und elastische Weise "die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen zu verwirklichen, die die soziale Revolution der Bewegung in sich birgt" (126). Diese Ordnung sieht neben dem selbstverständlich direkten Eingreifen des Staates in seinem eigentlichen Wirkungsbereich auch indirekte Eingriffe in den privaten Bereich durch Beihilfen und Anregungen vor. Die Hauptaufgabe dieses General-Sekretariats war es, in Zusammenarbeit mit den provinziellen Ordnungskommissionen Pläne über die Bedürfnisse und Möglichkeiten der einzelnen Provinzen anzufertigen. Mehr als tausend Personen, Politiker und Techniker, erarbeiteten zusammen hundert umfangreiche Bände von Entwürfen und Plänen, und sie hatten fast alle die Erhöhung des Lebensstandards und des Volkseinkommens pro Kopf zum Ziel. Aus diesen Arbeiten ergaben sich die Pläne von Badajoz (1948), Lérida (1949), der Inseln Hierro und Fuerteventura (1951), von Almería (1953) der Touristen-Ordnung der Costa des Sol (1955) und von Cáceres (1957). Diese veröffentlichten Pläne hatten zunächst den Charakter von vorläufigen Arbeiten. Sie waren mit allen Vor- und Nachteilen behaftet, die sich aus ihrer Bezugnahme auf die politisch-verwaltungsmäßige Einteilung der Provinzen im Gegensatz zu einer Ausrichtung auf wirtschaftlich zusammengehörende Regimen ergaben.

(125) E. GOMEZ AYAU: "Ensayo sobre la estructura social agraria de Andalucía", in: REAS., núm. 31, 1960, S. 111. E. LAMO DE ESPINOSA: "Aspectos de la agricultura española y su industrialización;" in: REAS., núm. 7, 1954, S. 22.

(126) M. MARTIN LOBO, aa., S. 101 f.



Plan Badajoz Neue Bewässerungsanlagen

Eine Beschreibung aller Pläne zu bringen, dürfte angesichts ihrer großen Zahl ein wenig aussichtsreiches Unterfangen sein, dessen Erkenntniswert in keinem vernünftigen Verhältnis zu der aufgewendeten Mühe stehen würde.

Ein Plan verdient es jedoch, vor allen anderen hervorgehoben zu werden; denn auf ihn stützen sich weitgehend die späteren Vorhaben. Es handelt sich um den Plan Badajoz.

Der Plan von Badajoz. Zwei Charakteristika stechen in diesem Plan hervor: Einmal bezieht er sich auf eine Provinz, die wirtschaftlich ein ziemlich homogenes Gebilde darstellt, zum anderen wird diese von einer nach Einkommen und wirtschaftlicher Tätigkeit gleichfalls homogenen Bevölkerung bewohnt. Es handelt sich also um eine Planung regionalen Charakters.

Die wirtschaftliche Problematik von Badajoz könnte man mit R. CAMPOS NORDMANN folgendermaßen kennzeichnen:

1. Es besteht eine überzählige Bevölkerung im Vergleich zur Beschäftigungsmöglichkeit, die die Landwirtschaft bietet (127).
2. Mehr als 45 v.H. dieser Bevölkerung befindet sich in einer unsicheren und unstabilen wirt-

(127) Die Provinz von Badajoz mit 844.000 Einwohnern hat eine mittlere Bevölkerungsdichte, die etwas unterhalb der nationalen liegt. Der Index ihres Bevölkerungszuwachses liegt dagegen etwas über dem nationalen Durchschnitt. Man prognostiziert ein jährliches Wachstum von mehr als 10000 Einwohnern. Die gegenwärtige Bevölkerung teilt sich auf:

a) Erwerbstätige:	304.000
b) Nicht-Erwerbstätige:	540.000

Die nicht-erwerbstätige Bevölkerung gehört zum größten Teil zum Agrarsektor; zu ihr zählen 259.000 erwerbsfähige Frauen und 100.000 erwerbsfähige Männer. Von den letzteren sind 40.000 Kleinstbauern ohne genügenden Bearbeitungsboden. Die versteckte Arbeitslosigkeit erlangt größere Ausmaße. Vgl. R. CAMPOS NORDMANN: "Planificación económica-social de la Provincia Badajoz", in: REAS., num. 14, 1956, S. 70 f. Vgl. Tabelle XIII.

schaftlichen Lage.

3. Beinahe 80 v.H. seiner Agrarbevölkerung erhalten jährliche Einkünfte, die unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Unter ihnen haben 260.000 Personen ein äußerst niedriges Einkommen, das sich am Existenzminimum bewegt (128).

4. Das kulturelle Niveau ist niedrig: 30 v.H. der Agrarbevölkerung über 10 Jahre bestehen aus Analphabeten. Dieser Prozentsatz erhöht sich bei den Frauen, wo das Analphabetentum die Zahl von 35 v.H. erreicht, vielleicht die höchste Spaniens (129).

5. Es existiert ein spürbarer Mangel an Wohnungen. Der vorhandene Wohnraum ist zu einem großen Teil ungesund und in schlechtem Zustand (130).

-
- (128) Die Klassifizierung der Bevölkerung in Bezug auf die Einkommenshöhen (1949) ist aus Tabelle XIV ersichtlich. Vgl. F. LOPEZ SANTAMARIA: "El Plan Badajoz: antecedentes, contenido y ensayo sobre sus efectos", in: REAS., núm.6, 1954, S. 45 ff.

91 v.H. der Bevölkerung erhalten nur 60 v.H. und 9 v.H. der Einwohner 40 v.H. des Einkommens der Provinz; 0,94 v.H. der Bevölkerung erhalten 11,5 v.H. des Provinzeinkommens. Die jährliche Gesamtsumme des Einkommens ist 2.683.303.250 Peseten; der jährliche Gesamtverbrauch beläuft sich auf 2.569.499 Peseten, die gesamten jährlichen Ersparnisse auf 113.806.625 Peseten. Vgl. R. TAMAMES: "Estructura económica de España". Madrid 1960, S. 635. Ds. R. CAMPOS NORDMANN, aaO., S. 75.

- (129) R. CAMPOS NORDMANN, aaO., S. 78.

- (130) Ein sehr hoher Prozentsatz der Wohnungen wird als ungesund betrachtet. Die durchschnittliche Einwohnerzahl pro Wohnung schwankt zwischen 4,8 und 6,8 Personen. Das Wohnungsdefizit wird auf 15.000 geschätzt. Weitere 22.500 Wohnungen werden als ungesund oder baufällig betrachtet.

6. Das Land gehört vorwiegend zu Latifundien. Es wird extensiv bebaut und bringt unterdurchschnittliche Erträge (131).
7. Der Grad der Mechanisierung auf dem Land ist äußerst niedrig. 43 v.H. der Pflüge sind aus Holz.
8. Selbst die geringste Spartätigkeit fehlt.
9. Die Güter werden von Pächtern oder Dienstpersonal bewirtschaftet. Die Eigentümer halten sich in aller Regel nicht in Badajoz auf. Die Folge davon ist, daß ein beträchtlicher Teil der Erträge außerhalb der Provinz ausgegeben bzw. angelegt wird.
10. Die Kapitalanlage in Badajoz erreicht bei weitem nicht den Durchschnitt der übrigen spanischen Provinzen (132).

Das Leitbild für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme enthielt im wesentlichen folgende Züge: Übergang von extensiver zu intensiver Bebauung und Erschließung von Ansiedlungsmöglichkeiten für die Industrie, die Aktivierung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zum Nutzen der Provinz, die Lösung der sozialen Frage durch eine sozial gerechtere Verteilung des Bodens, Schulung

-
- (131) 60 v.H. der Gesamtfläche gehören den Großgrundbesitzern. Die Folge dieser Latifundien ist das niedrige Pro-Kopf-Einkommen. Angaben, die im Jahre 1950 für die landwirtschaftlich-viehwirtschaftliche Kartei gemacht wurden, zeigen uns, daß in diesem Jahr 257.661 Gehöfte mit einer Gesamtfläche von 2.151.962 ha bestanden, und daß von allen Gehöften nur 1.482, das heißt 0,57 v.H. mit einheitlichen Flächen von 250 bis zu 5.000 ha, 51 v.H. der Gesamtfläche der Provinz (1.102.487 ha) umfaßten. Die im Jahr 1950 gebaute Fläche betrug 42 v.H. auf nationaler Ebene. Die Hektarerträge sind die niedrigsten des ganzen Landes. Vgl. Tabelle XV.
- (132) Die durchschnittliche Sparneigung liegt in der Provinz von Badajoz bei 0,03, während die nationale 0,08 beträgt. Das Kapital in dieser Provinz ist im wesentlichen und fast ausschließlich land- und viehwirtschaftlicher Art. Es zeichnet sich außerdem durch seine Konzentration in wenigen Händen und - als Folge des hohen Grades an Absentismus - durch seine Flucht in andere Provinzen aus. Diese Kapitalflucht kann mit 500 Millionen Peseten jährlich gegenüber 2.700 Millionen Einkommen veranschlagt werden, was 18,5 v.H. ausmacht, ein Prozentsatz, der für sich allein einen bemerkenswerten Mangel an Investitionsbereitschaft zeigt. Vgl. R. CAMPOS NORDMANN, aaO., S. 76 - 77.

der Bevölkerung und Besserung ihrer Lebensbedingungen, insbesondere im Hinblick auf Wohnung und Nahrung (133).

Das grundlegende Ziel der Planung in dieser Zone ist die Stabilität der Wirtschaft im Sinne dauernder Vollbeschäftigung, "mit anderen Worten: Bedingungen oder das notwendige Klima zu schaffen, die eine Stabilisierung der Preise und Gehälter begünstigen, und zwar in einer Situation, in der jeder, der arbeiten will, Beschäftigung findet."

Um dieses Ziel zu erreichen, setzte man durch das Gesetz vom 7. April 1952, die hauptsächlich vom Staat zu erbringenden Leistungen für fünf hauptsächlich Vorhaben fest:

1. Hydraulische Vorhaben. Bau von sechs Staudämmen (Cijara, Puerto Peña, Orellana, Zújar, Montijo und Alenza) zur Errichtung von Talsperren mit

(133) Man kann sagen: Der Plan von Badajoz ist eine Aufzählung von materiellen Arbeiten, verbunden mit einer Beschreibung der produktiven Prozesse, die mit der Zeit zu entwickeln sind, und der notwendigen Koordination zwischen den verschiedenen Tätigkeiten, die einen ausgeglichenen und vollständigen Gebrauch an Hilfsmitteln sichern sollen. Die vier Stützen des Planes sind:

1. Bestandsaufnahme sowohl der wirklichen als auch der potentiellen Ressourcen. Die einzuplanenden Größen erhält man durch Abschätzen des erwarteten Bodens, der abbaufähigen Minerallager und der Arbeitskräfte und Ausrüstung die verfügbar sind.
2. Materielle Planung, bei der die Arbeiten bestimmt werden, die technisch für die Erreichung der aufgestellten Ziele notwendig sind, wobei die zu mobilisierenden Hilfsmittel berücksichtigt werden.
3. Fortschreitende Förderung der Produktivität im Laufe der Zeit.
4. Abstimmung des Planzieles mit dem regionalen, nationalen und in gewissen Fällen internationalen Verbrauchsplan. Vgl. R. CAMPOS NORDMANN, aaO., S. 82 f.

einer Stau-Kapazität von insgesamt 3.245.000.000 Kubikmetern. Dies macht die Bewässerung von 105.000 Hektar in drei Zonen möglich: Vegas Bajas (36.000 ha), Vegas Altas (64.000) und Alenza (5.000). In normalen Jahren nimmt man im Durchschnitt eine Erzeugung von 250 Millionen Kilowattstunden elektrischer Energie an.

2. Siedlungsvorhaben. Man plant die Errichtung von 21 neuen Dörfern und die Verteilung von "überzähligen Land" zu Gunsten von 9.000 Siedlern. Die Ausdehnung von "überzähligen Land" beträgt etwas weniger als 50 v.H. der gesamten Anbaufläche. Jeder Siedler erhält einen Anteil von 4 bis 5 ha und außerdem ein Gespann, Ackergeräte und Saatgut. Der Übergang von extensiver zu intensiver Bodenkultur sichert einer Zahl von 30.000 Arbeitern feste Arbeitsplätze.

3. Aufforstung von 50.000 ha, besonders in den Sumpfböden der Talsperren und in dem Gebiet, das als "extremadurisches Sibirien" bezeichnet wird.

4. Verbindungswege: Fertigstellung der Eisenbahnlinie von Villanueva de la Serna nach Talavera de la Reina, Instandsetzung der Linien von Zafra nach Huelva und Ausbau des Hafens Huelva.

5. Schaffung von Industrien zur Weiterverarbeitung der in der Zone anfallenden Erzeugnisse. Dafür sieht man den Bau von 96 neuen Fabriken vor für verschiedenartige Produktionen: Büchsen-Obst und -Gemüse, Nahrungsmittel, Stoffe, chemische Dünger, Zement und Bau-Keramik.

Der erste Planentwurf sah öffentliche und private Investitionen von insgesamt 7,2 Mrd. Peseten

vor (134).

Von der Realisierung der Pläne verspricht man sich nachhaltige Wirkungen im Hinblick auf eine erhebliche Ertragssteigerung in allen drei Wirtschaftssektoren, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Sektoren	Im Jahre 1950 realisierter Ertrag	Geplanter Ertrag	Geplanter Zuwachs
I. Primärer Sektor:			
a) Ackerbau	1.202	2.249	1.047
b) Viehzucht	648	948	300
c) Forstwesen	165	175	10
II. Sekundärer Sektor:			
a) Bergbau u. Metallurgie	27	62	35
b) Elektrische Industrie	1	83	82
c) Bau-Industrie	9	10	1
d) Manufaktur	186	886	700
III. Tertiärer Sektor:	674	742	68
Gesamtertrag	2.912	5.155	2.243

Diese Angaben sind in Millionen Peseten und in konstanten Preisen von 1950 berechnet. Auf der gleichen Basis ist ein Einkommenszuwachs von 76,8 v.H. geplant.

(134) Zusammensetzung der Investitionen im Plan Badajoz

1. Öffentliche Investitionen nach dem Voranschlag:

5.374.620 Pts.

Wasserwirtschaftl. Arbeiten	2.412.795
Kolonisation	1.800.000
Wiederaufforstung	163.500
Straßen	113.925
Eisenbahnen	842.400
Häfen	42.000

2. Investitionen des I.N.C. 275.000 "
(in 7 neuen Fabriken)

3. Private Investitionen 1.550.000 "

In 89 neuen Fabriken	570.000
In Hydroelektrischen	380.000
Einrichtungen	
In sekundären Bewässerungs-	
netzen	600.000

Zu Beginn vorgesehene Gesamtinvestition 7.199.620 Pts.

Vgl. R. TAMAMES, aaO., S. 637. Ds. R. CAMPOS NORDMANN, aaO., S. 85 ff.

Bis 1955 haben sich die Staatsinvestitionen wie folgt entwickelt (in Mill. Pts.):

	1952	1953	1954	1955
Bewässerung	31,7	61,3	174,9	236,0
Siedlung	20,5	61,4	147,3	195,0
Eisenbahn	-	3,0	50,7	56,0
Straßen	-	1,4	11,8	5,0
Aufforstung	2,8	10,9	13,2	17,0
Gesamtinvestitionen	55,0	138,0	397,9	509,0
Index	100,0	250,0	723,0	925,0
Index	-	100,0	288,0	369,0
Index	-	-	100,0	127,0

Wenn auch in den ersten Jahren die Investitionen geringer waren als vorgesehen, so werden doch von 1954 an die vorgesehenen Summen erreicht, und man hoffte, in den darauffolgenden Jahren die Investitionslücken aufzufüllen. Für 1957 sah man vor, den gesamten Rückstand einzuholen und damit 85 v.H. des Planes zu realisieren. Aber diese Voraussagen sind nicht verwirklicht worden. Im April 1959 war man gegenüber dem Plan zwei bis drei Jahre im Rückstand. Diese Verzögerungen haben eine Reform des Planes erforderlich gemacht. Die Summe der Staatsinvestitionen, die anfangs mit 5.374,62 Millionen Peseten veranschlagt wurde, ist nach den neuen Berechnungen auf 14.109 Millionen Peseten gestiegen, d.h. um 162 v.H. Dieser Unterschied zwischen dem ursprünglichen und dem neuen Plan ist zu 31,8 v.H. die Folge von erhöhten Löhnen, zu 19,7 v.H. von Änderungen auf Grund zu niedriger Veranschlagung im ursprünglichen Plan und zu 48,5 v.H. Folge der Neuaufnahme zusätzlicher Arbeiten in den revidierten Plan.

Was die Privat-Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen betrifft, so können sie für 1955 mit 15 Millionen Peseten angesetzt werden. Die Gesamtinvestitionen von 1955 erreichen somit eine Ziffer von 544 Millionen Peseten. Wenn man bedenkt, daß 46,6 v.H. der Investitionen, d.h. 253 Millionen Peseten, für die Entlohnung von Hilfsarbeitern ausgegeben wurden, so läßt sich - wenn man unterstellt, daß die offiziellen Lohnsätze berechnet wurden - daraus ableiten, daß im Jahre 1955 15.600 Personen auf diese Weise Beschäftigung fanden. Dazu kommen 4.950 Arbeiter und Siedler, die in den neu bewässerten Ländereien einer Dauerbeschäftigung zugeführt werden konnten. 1955 ergab sich also die Zahl von 20.550 neuen Arbeitsplätzen, ohne daß hierbei die Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige in Betracht gezogen werden (135).

Wenn man auch die günstigen Resultate des Planes anerkennt, so sind doch einige Einwände in Bezug auf seine Durchführung und seinen Erfolg laut geworden. Man kann gegen ihn vorbringen, daß es sich nicht um eine echte Planung handelt, sondern mehr "um einen Koordinierungsplan von öffentlichen Arbeiten", wie es J. MOULIAS getan hat. Die Berücksichtigung der verschiedenen Wirtschaftszweige im Plan ist ungenügend; man beschränkt sich auf eine die Landwirtschaft ergänzende Industrie; die Sozial-Aktion (Wohnungs- und Städtebau, Schul- und kulturelle Ausstattung) hat man den traditionellen Organisationen anvertraut, was die Möglichkeiten der Kontrolle und ihre Wirksamkeit verringert; außerdem hat man keinen konkreten Plan für die Berufsbildung gefaßt, obwohl Organisationen bestehen, die diese Aufgaben übernehmen könnten. Was die Kontrollintensität betrifft, so gibt es

(135) Ebda., S. 638. R. CAMPOS NORDENFELD, aaO., S. 97 ff.

ein Aufsichts-Sekretariat, "das die Urzelle einer Planungs-Organisation darstellen könnte", aber mit einer mittelbaren Verbindung, durch vereinzelte Verzögerungen in der Ausführung der Arbeiten bringen kann. Und drittens bezieht sich der Plan mehr auf eine verwaltungsmäßige Fläche "als auf die eines wirtschaftlichen Raumes" (136). Bei allem muß anerkannt werden, daß eine gewisse Homogenität in dieser Zone besteht, und daß der Plan in erster Linie "ein wirtschaftlich-soziales Wiederauferstehen von Badajoz" anstrebt. Man erstrebt im Augenblick noch nicht, alle Probleme in Angriff zu nehmen, sondern eine "äußerst wirk-same Grundlage für die spätere Vervollständigung der Infrastruktur zu schaffen, die ohne den Plan nie möglich gewesen wäre" (137). Diese Absicht leuchtet ein, denn es ist vorauszusehen, daß die Berücksichtigung aller Probleme in der Praxis Unübersichtlichkeiten und Mangel an Wirksamkeit mit sich bringt, da der Plan schon als solcher sehr kompliziert ist. Vielleicht wäre es angebracht, das technisch-verantwortliche Personal besser zu beaufsichtigen und so eine unmittelbare Verbindung des Aufsichts-Sekretariats mit den Ausführenden des Planes herbeizuführen. Die Bildung eines "zusammenhängenden Verwaltungszentrums", welches auf direkte Weise die Ausführungen der Richtlinien des Aufsichtssekretariats beaufsichtigt, könnte vorteilhaft sein. Aber im Prinzip sollte die Tendenz, neue Organisationen zu schaffen, vermieden werden, da sie zwar in konkreten Fällen eine größere Wirksamkeit für die Durchführung entfalten können, aber sehr häufig dem

(136) J. MOULIAS: "Un exemple étranger de planification régionale", zitiert von R. CAMPOS NORDMANN, aaO., S. 112 f

(137) Ebda., S. 117.

bürokratischen Mechanismus zum Opfer fallen.

Größere Mängel weisen andere Ergebnisse des Planes auf. TAMAMES bemerkt, "das überzählige Land, das unter die Siedler verteilt wird, kommt nicht auf 50 v.H. der gesamten Bewässerungsfläche, und die Zahl der neuen Eigentümer wird sich nur auf 9.000 belaufen, so daß die Neuverteilung des Einkommens sehr begrenzt ist, gemessen an den 14.000 Millionen Peseten, die der Staat investieren muß ... An zweiter Stelle scheint sich in den neuen Bewässerungsgebieten von Badajoz die Nachfrage nach so wichtigen Gütern wie Baumwolle, Fleisch, Milch und Tabak zu monopolisieren. Das könnte leicht durch die Errichtung von Genossenschaften zum Vorteil für den Bauern und den Verbraucher vermieden werden." (138)

b) Die Regelung des Pachtwesens

Den zweiten Aspekt der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse bildet die Gesetzgebung über das Pachtwesen. "Der Wunsch des Staates, die zweckentsprechenden Mittel zu bewilligen, damit der Boden unter gerechten Bedingungen allmählich in das Eigentum derer übergeht, die ihn direkt bebauen", ausgesprochen in einer Erklärung der Charta (Fuero) der Spanier, stieß mit der harten Nachkriegswirklichkeit zusammen. Die wahre Sachlage war so, daß sich eine ungeheure Menge an kleinen Pächtern einer gewissen wirtschaftlichen Unsicherheit ausgesetzt fand. Diese Tatsache und der Vorschlag, den Boden in ein Instru-

(138) Die Nutzung dieser Produkte wurde ganz oder zu einem großen Teil der "CEPANSA", bzw. der "Industrias Frigoríficas Extremeñas", der "Central Lechera von Badajoz" und dem "Servicio Nacional de Cultivo y Fermentación del Tabaco" zugesprochen. Vgl. R. TAMAMES, aaO., S. 639, Fußnote 16.

ment der Arbeit und nicht des Zinses (139) umzuwandeln, riefen eine neue Form des Pachtwesens hervor: das sogenannte Schutzpachtwesen. Das war deutlich eine Übergangslösung in der Hoffnung auf eine bessere Wirtschaftskonjunktur. Endlich wird durch das Gesetz vom 14. Juli 1954 versucht, den Weg zu einer Lösung zu ebnen, die keine andere sein kann als die Eigentumsbildung des Bebauers (140).

Nach dem Gesetz vom 23. Juli 1942 wird die Unterscheidung zwischen Pachtungen, die der allgemeinen Gesetzgebung unterworfen sind, und den Schutzpachtungen eingeführt. Diejenigen Pachtungen, deren Pachtzins 40 Doppelzentner Weizen je Pachtstelle übersteigt, unterliegen mit gewissen Änderungen dem Gesetz vom 15. März 1935, das das Gesetz vom 28. Juni 1940 wieder in Kraft setzt. Die Minimalfristen der Pachtverträge und deren Zwangsverlängerungen wurden jedoch in folgender Weise geändert:

- a) Ackerbaugrundstücke mit einem Pachtzins von mehr als 5000 Peseten haben eine Minimalfrist von sechs Jahren und können für weitere sechs Jahre verlängert werden. Bei einem Pachtzins von weniger als 5000 Peseten beträgt die Minimalfrist 3 Jahre; sie kann bis zu 15 Jahren verlängert werden.

(139) R. CAVESTANY, damaliger Landwirtschaftsminister, sagt in seiner Rede zur Begründung des Gesetzes, indem er sich auf den "Fuero del Trabajo" bezieht: "Y quiero dejar bien clare que, al referirme al trabajo, no lo hago con el concepto estrecho y raquitico de trabajo manual exclusivamente, sino que, de acuerdo con lo que dice el Fuero al hablar de los que "direktamente explotan la tierra", me refiero de una manera especial al noble trabajo empresario, con sus alegrías y dolores". Vgl. "Una política agraria". Madrid 1958, S. 208.

(140) Die geltende Gesetzgebung über das Pachtwesen ist nicht weniger umfangreich als zu Zeiten der Republik. V. SERVAN MUR führt 34 Gesetze, Dekrete, Regelungen und Anweisungen an, die in der Gegenwart das Pachtwesen regeln. Vgl. "Los contratos agrarios en la realidad actual de España", in: REAS., núm 15, 1956, S. 98 ff.

- b) Für Weidegrundstücke mit einem Pachtzins von mehr als 5000 Peseten beträgt die Minimalfrist 3 Jahre ohne Recht auf Verlängerung. Die Grundstücke mit 5000 Peseten oder weniger Pachtzins haben eine Minimalfrist von 3 Jahren, die bis zu 15 Jahren verlängert werden kann.

Diejenigen Pachtungen, deren jährlicher Pachtzins 40 Doppelzentner Weizen nicht übersteigt und die durch den Pächter unmittelbar und persönlich bebaut werden, werden gemäß dem Gesetz vom 23. Juli 1942 als "Schutzpachtungen" angesehen. Der Pächter hat in diesem Fall das Recht, den Vertrag um 3 Jahre bis zu einem Maximum von vier Fruchtwechselperioden zu verlängern, es sei denn, der Eigentümer will das gepachtete Grundstück unmittelbar persönlich bebauen (141).

Das Gesetz vom 14. Juli 1954 versucht, das Problem, das mit der Einführung des Schutzpachtwesens auftauchte, nach 15 Jahren legalem Bestehen zu beenden.

Es handelt sich darum, daß einestails die Verlängerung der Pachtverträge, die durch das Gesetz vom 4. Mai 1948 geschaffen wurde, eine Übergangslösung darstellte. Diese Lösung schwankt zwischen der Alternative der Kündigung des Pachtverhältnisses und der der Eigentumsbildung des Pächters. Die erstere würde schätzungsweise 800.000 Familien aus der Klasse von Pächtern in wirtschaftliche Unsicherheit bringen und dem Elend aussetzen. Andererseits würde die Eigentumsbildung bei 1.200.000 ha gepachtetem Land eine Summe von schätzungsweise 20 bis 30 Milliarden Peseten erfordern.

"Nachdem die Lösung einer einfachen Verlängerung als rechtswidrig ausscheidet, die fristlose Kündigung der Pächter sich wegen Störung der Sozialord-

(141) Ley de 28 de junio de 1940, Art. 2. Disposiciones transitorias de la Ley de 23 de julio de 1942. Vgl. "Respuestas a un cuestionario de la FAO sobre política agraria", in: REAS., 3 Suplemento, S. 23 ff. Ds. V. SERVAN MUR, aaO., S. 100 ff.

nung und die unmittelbare Eigentumsbildung sich als undurchführbar erweisen, bleiben keine anderen Wege als jene, daß man, indem man die augenblickliche Lage allmählich abändert, die extremen Positionen annähert, die gegenwärtig ungerechten Situationen vermeidet und die Richtung weist, damit die eigentlich Interessierten eine vernünftige Lösung suchen können" (142).

Das Gesetz strebt an, durch die Entwicklung des Pachtzinses einen Lösungsweg anzubieten, und zwar mit dem Ziel, das Mißverhältnis zwischen dem Bodenzins und dem Zins, der in Weizen festgesetzt und in Geld zahlbar ist, zu überwinden. Der Zins konnte, beginnend mit der Verkündung des Gesetzes, bis zu 50 v.H. ansteigen, allerdings in einer graduellen Steigerung von 10 v.H. im Laufe von fünf aufeinanderfolgenden Jahren. Als Grundlage für die Berechnung gilt der Weizenpreis, der eigens für diesen Zweck staatlicherseits festgesetzt ist (143).

Der zweite Lösungsweg wird durch das Mittel der Vertragsverlängerung angedeutet, indem man eine erste Zwangsverlängerung und eine weitere freiwillige einrichtet. Die Zwangsverlängerung ist nach dem 1. Oktober 1954 in sieben Gruppen abgestuft worden:

(142) E. LAMO DE ESPINOSA: "Discurso pronunciado ...". Madrid 1954 S. 14.

(143) Unter den politischen Preisen ist der Bodenzins alles andere, nur nicht der, der die geringste Erhöhung erfahren hat. Der Jahreszins ist als vom Weizenpreis abhängig festgesetzt. Der Weizenpreis versteht sich hier als Verkaufspreis, abzüglich Prämien und Subventionen. Er ist von 50 Peseten im Jahr 1939 auf 200 Peseten im letzten landwirtschaftlichen Jahr gestiegen, was für den Jahreszins eine vierfache, zum Teil noch höhere Steigerung voraussetzt, wenn man berücksichtigt, daß bestimmte Steuererhöhungen auf den Pächter abgewälzt werden können. Vgl. E. LAMO DE ESPINOSA, aaO., S. 15. V. SERVAN MUR, aaO., S. 151 ff.

Verlängerungen von 6, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 Jahren, je nachdem ob es sich um einen Pachtsatz von 30, 25, 20, 15 oder 5 Doppelzentner Weizen je Pachtstelle handelt. Damit will man vermeiden, daß im ungünstigsten Falle alle Vertragskündigungen in die gleiche Zeit fallen, so daß die Zahl der dann arbeitslosen Pächter für die Wirtschaft ein unlösbares Problem darstellen würde. Dies umso mehr, als die freiwillige Verlängerung in allen Fällen gleich lang ist (144).

Das Gesetz bezieht sich nur auf die Schutzpachtungen, die vor dem 1. August 1942 vollzogen wurden und die sich deshalb als besonders schutzwürdig erwiesen haben.

Während der Zeit der Zwangsverlängerung hat der Pächter das Recht, Eigentümer des gepachteten Grundes und Bodens zu werden. Die Eigentumsbildung führt man durch die Auszahlung des Kapitalwertes durch, auf der Basis des jeweils festgesetzten Zinssatzes in Weizen und bei einem Zinsfuß von 2 v.H. Der Eigentümer kann dagegen die Eigentumsbildung des Pächters erschweren, indem er den Vertrag löst und eine Entschädigung bezahlt, die zwischen 25 und 50 v.H. der bisher erhaltenen Pachtzahlungen zuzüglich Verzinsung schwankt. Während der dreijährigen freiwilligen Verlängerung kann der Eigentümer den Boden zur direkten Bebauung zurückverlangen, während der Pächter diesen Rechtsanspruch entkräften kann, indem er den Boden durch den oben beschriebenen Prozeß der Kapitalisierung erwirbt (145). Die Berechtigung dieser Art von Kapitalisierung hat E. Lamo de Espinosa in seiner Verteidigung des Gesetzes so dargestellt: "Der Weizenpreis ohne Frachtzuschlag und Gewinn, das heißt der Preis, der den Pachtzins

(144) Ley de 15 de julio de 1954, sobre regulación de los arrendamientos rústicos protegidos por la Ley de 4 de mayo de 1948, Art. 1.

(145) Ebda. Arts. 3, 4.

bestimmt, liegt annähernd bei 50 v.H. des Verkaufspreises für Weizen, da ja ersterer 200 Peseten, letzterer 402 Peseten beträgt. Da der gesetzliche Zinsfuß 4 v.H. ausmacht, erhält man durch die Annahme der 2.v.H. als Zinsfuß für die Kapitalisierung folglich einen Wert für den Boden, der dem Ergebnis der Kapitalisierung des Bodenzinses, berechnet zum festgesetzten Verkaufspreis für Weizen, bei gesetzlichem Zinsfuß gleich ist. Damit ist der einmütigen Hoffnung Genüge getan, daß der Bodenwert sich durch den Weizenverkaufspreis bestimmt und nicht durch den zum alleinigen Zweck der Pachtzinsberechnung offiziell festgesetzten Weizenpreis (146).

Wie man sehen kann, wird der soziale Charakter des Pachtrechtes betont, allerdings unter Wahrung von berechtigten Ansprüchen der Besitzenden, die man aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller herleiten zu müssen glaubt. Auf jeden Fall werden sich die Probleme der Schutzpachtungen nur in dem Maße beseitigen lassen, wie es den Pächtern möglich ist, Ersparnisse für einen zukünftigen käuflichen Erwerb des Pachtstückes zu bilden. Das hängt indes weitgehend von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft ab.

Auf der anderen Seite stimmt bedenklich, daß die Gesetzgebung so vielfältig, veränderbar und komplex ist, so daß möglicherweise ihre Auswirkung auf dem Land gering ist. Bisher ist noch nicht systematisch untersucht worden, wie weit die Kenntnis der von dem Gesetz eröffneten Möglichkeiten bei dem Landvolk vorgedrungen ist, das ja die Neigung hat, den Umgang mit Funktionsträgern der öffentlichen Gewalt möglichst zu vermeiden und im übrigen vom Althergebrachten nicht abzuweichen.

(146) E. LAMO DE ESPINOSA, aaO., S. 22. V. SERVÁN MUR, aaO., S. 151 ff.

2. Neuordnung der Betriebsgrößenstruktur

Die Agrargesetzgebung in Spanien, die sich auf die Größe des bäuerlichen Unternehmens bezieht, macht den Eindruck, als habe man Furcht, das Übel konsequent zu beseitigen. Aber man kann schon die zwei wesentlichen Kriterien erkennen, die für eine umfassende gesetzliche Regelung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen maßgebend sein werden, wenn sie eines Tages in Angriff genommen wird. Von diesen zwei Kriterien hat das eine einen agrartechnischen, das andere einen wirtschaftlich-sozialen Charakter.

Ein landwirtschaftlicher Betrieb, der rentabel sein will, darf nicht die Wandelbarkeit der Produktionsfaktoren außer Acht lassen: Boden, Arbeitskraft und Kapital. Es gibt Minimalgrenzen des bäuerlichen Betriebes, unterhalb derer eine rentable Verbindung der Produktionsfaktoren nicht mehr möglich ist (147). Von dorthin besteht die Notwendigkeit, die Mindesteinheiten der Bebauung festzulegen.

Auf der anderen Seite scheint der zweckmäßigste bäuerliche Betrieb unter vielen Gesichtspunkten das bäuerliche Familienunternehmen zu sein, das heißt jene bäuerliche Unternehmung, in der die Familie die Funktionen des Eigentümers und Unternehmers in sich vereinigt. Alles scheint dafür zu sprechen, daß sich das Agrarrecht in Zukunft in diesem Sinne orientiert.

(147) A. LEAL hat sagen können: "Es interesante acusar en este momento la influencia de la técnica sobre el Derecho en un triple sentido: en cuanto a la materia de las normas, en cuanto al fin del Derecho y en cuanto al sentido del tiempo en la reglamentación jurídica ... La extensión de la parcela mínima, según la Ley, será determinada en función de tres factores: las labores fundamentales, los medios normales de producción y el rendimiento de la finca, o sea tres puntos influidos decididamente por las técnicas agronómica y económica". Vgl. "La Ley de las Unidades Mínimas de Cultivo", in: REAS., núm 11, 1955, S. 32 f.

Der landwirtschaftliche Betrieb stellt spezifische Anforderungen an den Bauern, wesentlich verschieden von denen, denen sich ein anderer Unternehmer unterziehen muß. Man denke z.B. an die Häufung der Arbeit während der Erntezeit. Gerade die bäuerliche Familiengemeinschaft dürfte aber geeignet sein, solchen Anforderungen zu genügen, besser jedenfalls als ein Unternehmer, der - ohne auf die Hilfe der Familienmitglieder bauen zu können - mit solchen Schwierigkeiten allein fertig werden muß. Die statistischen Daten scheinen auch die wirtschaftliche Kraft des bäuerlichen Familienbetriebes zu bestätigen, ganz abgesehen von der sozialen Stabilität, die er der Gesellschaft verleiht (148).

- a) Das Gesetz zur Erhaltung der Familienbetriebe
(patrimonios familiares)

Im Unterschied zur Agrarreform der Republik, die nur einfach die Verteilung des Bodens im Auge hatte, beabsichtigt die Agrarpolitik des Neuen Regimes, sich an zwei Zielen zu orientieren: Die Landmenge, die eine Familie besitzen muß, um mit ihren Produkten für den Unterhalt der Familie, für die Erziehung der Kinder und für Ersparnisse zu sorgen,

-
- (148) E. LAMO DE ESPINOSA: "Fomento y defensa de la propiedad agrícola familiar", in: REAS., núm 5, 1953, S. 11.
C.A. ALUMNI schreibt: "La propiedad agraria debe ser siempre considerada como base de sustento de la familia, que es la verdadera función que le corresponde de acuerdo con su propia naturaleza. En esa forma, familia y propiedad, las dos instituciones fundamentales de toda sociedad humana, se complementaran mutuamente. La propiedad sobre la tierra no tiene sentido sino está esencialmente vinculada a la familia, si no constituye el sustento de esa otra institución". Vgl. "La propiedad agraria y familiar y la estabilidad social", in: Boletín de la Facultad de Derecho y Ciencias Sociales de Córdoba, núms. 3 - 4, 1953, S. 17

und die Landmenge, die diese Familie besitzen muß, damit das Unternehmen wirtschaftlich wird (149). Es geht hierbei um die familiären Erbgüter, geschaffen durch das Instituto Nacional de Colonización (Nationales Siedlungsinstitut). Man strebt an, "die Erbgüter nur in dem Maß zu erhalten, wie soziale Stabilität und das Interesse der Landwirtschaft es erfordern". Deshalb verleiht man ihnen zwei Eigenschaften: Die Unteilbarkeit und die Unverpfändbarkeit. Mit der Unteilbarkeit will man verhindern, daß die den Eigentümern durch das Institut zugeordneten Betriebe im Erbwege und auf Kosten eines finanziellen Opfers der ganzen Nation sich wieder in kleine Parzellen zerstreuen. Die Unverpfändbarkeit war ein altes Versprechen, das der Fuero del Trabajo (Charta der Arbeit) enthält. Aber man hat verhindert, daß durch ein starres Festhalten an diesem Rechtsinstitut praktische Schwierigkeiten entstehen. So kann der Eigentümer - wenn die Umstände es erfordern - Kredite aufnehmen und sie hypothekarisch sichern. Auch die öffentliche Hand wie auch die Nebenerben sind nicht gehindert, ihre Ansprüche geltend zu machen (150).

1. Definition

Das familiäre Erbgut besteht aus "einer vollständigen wirtschaftlichen Einheit aus Boden, zugeteiltem Bauernhaus, Arbeitsgerät, Vieh, Stallungen und im allgemeinen den zum Unternehmen gehörenden Gütern und Rechten". Der Eigentümer muß eine natürliche Person sein (151).

(149) E. LAMO DE ESPINOSA: "Discurso pronunciado ante las Cortes sobre la Ley de Patrimonios Familiares y explotaciones agrarias", in: REAS., núm. 1, 1952, S. 77. Drs. "Fomento y defensa de la propiedad agrícola familiar", in: REAS., núm. 5, 1953, S. 9.

(150) Ebda., aaO., S. 80. Drs. "Fomento y defensa...", aaO., S. 19. C.A. ALUMNI, aaO., S. 18 f.

(151) Ley de 15 de julio de 1952, sobre Patrimonios Familiares. Art. 1, 2.

2. Anforderungen:

- a) Der Betrieb soll in der Lage sein, eine bäuerliche Familie angemessen zu unterhalten,
- b) zweckentsprechend parzelliert sein,
- c) die Arbeitskraft einer ländlichen Familie absorbieren. Unmittelbare und persönliche Bebauung ist Bedingung, zumindest aber im Fall der Behinderung durch Alter, Geschlecht, Krankheit, Abwesenheit muß die Betriebsleitung durch den Eigentümer selbst wahrgenommen werden (152).

3. Eigenschaften des familiären Erbgutes:

Sowohl das Erbgut als auch die unbeweglichen Güter, die der Eigentümer zubringt, bilden eine unteilbare juristische Einheit. Nur vom Landwirtschaftsministerium kann seine Auflösung erbeten werden, wenn die sich ergebenden Teile die genannten Anforderungen erfüllen. Die Auswechslung von ganzen Bauernhöfen oder von Teilen wird als gültig erachtet, wenn sie sich für die bessere wirtschaftliche Entwicklung des familiären Erb-

(152) Ebda., Art. 3,5 C. ALUMNI drückt in seinem zitierten Artikel denselben Gedanken aus: "Para que la propiedad agraria familiar puede cumplir eficazmente con tan importante función es necesario: 1., que la propiedad sobre la tierra debe constituir en su mínima expresión, de acuerdo con las características de las diversas regiones, una unidad económica básica, cuya extensión será variable, pero que forzosamente tendrá que ser indivisible en su mínima expresión, ya que con una superficie menor no podría tener vida ... 2., que debe ser inembargable por ser una propiedad familiar que tiene que continuar siempre perteneciendo a la familia campesina ... 3., que debe ser enajenable en cierto casos. La inalienabilidad no es aconsejable porque significaría tanto como imponer una especie de servidumbre y ello no es justo". AaO., S. 18

gutes als nützlich erweist.

Die unbeweglichen Güter des Erbgutes sind unpfändbar und haften nicht für die Verpflichtungen des Trägers. Sie können mit keinem realen Recht belastet werden, außer mit Hypotheken und anderen realen Rechten mit Zwangscharakter. Pfändungen können sich niemals gegen einen Teil eines Erbhofes richten. Es werden an sie die gleichen Anforderungen gestellt wie an Übertragungen "inter vivos"; das bedeutet, die Vollstreckung erfolgt in der Weise, daß das ganze Gut zwangsweise an eine Person verkauft wird, die sich zu unmittelbarer und persönlicher Bebauung verpflichtet. Aus dem Verkaufserlös wird die notleidende Forderung gegen den ehemaligen Eigentümer befriedigt (153).

4. Übertragung des familiären Erbgutes

Im Todesfall geht das Erbgut an die im Testament bezeichnete Person über. Wenn mehrere Erben eingesetzt werden, ist die Auflösung des Gutes möglich, sofern die Teile die Bedingungen eines Erbgutes erfüllen. Fehlt die testamentarische Verfügung und haben mehrere Personen die gleichen erbrechtlichen Ansprüche, so geht das Erbgut an den über, der bereits vor dem Erbfall die Hauptlast der Betriebsführung getragen hat. Der Erbe ist zur Zahlung des Erbteils an die Miterben verpflichtet, allerdings nur in einer maximalen Höhe von insgesamt einem Drittel des Wertes, auf den das Erbgut veranschlagt wird. Die Zahlung des Erbteils muß innerhalb von sechs Jahren unter Berücksichtigung des gesetzlichen Zinsfußes abgewickelt sein. Die jüngeren Söhne und die Frauen haben bis zur Eheschließung das Recht

(153) Ley de 15 de julio de 1952, Art. 8, 9, 10. Vgl. E. LAMO de ESPINOSA: "Discurso pronunciado ... ", in: REAS., núm. 1, 1953, S. 80 f.

der freien Unterkunft und Versorgung auf dem Erbgut (154).

- b) Das Gesetz über die Mindestgröße von landwirtschaftlichen Betrieben
.....

Um zu verhindern, daß die Zersplitterung der Parzellen bis unter eine Mindestgröße geht, die man gerade noch als zulässig betrachtet, hat man für die verschiedenen Zonen Mindesteinheiten der Bebauung festgelegt. Diese sind unteilbar. Zugleich achtet man auf die Erhaltung der Familiengüter, indem man das Recht, Parzellen eines Familiengutes durch Ersteigerung zu erwerben, auf Familienmitglieder beschränkt (155).

1. Definition sowie Maximal- und Minimalgrenzen der Mindesteinheiten der Bebauung

Man versteht unter der Mindesteinheit der Bebauung die Fläche Trockenlandes, die genügt, um bei normaler Anstrengung und bei Benutzung normaler Produktionsmittel einen zufriedenstellenden Ertrag zu sichern. Für die Bewässerungszonen und die Zonen, die letzteren wegen ihrer Niederschlagsmenge vergleichbar sind, entspricht die Ausdehnung der Mindesteinheit dem Familiengarten, d.h. 0,2 bis 1 ha (156).

(154) Ebda., Art. 12. Vgl. C.A. ALUMNI, aaO., S. 19.

(155) In der Einleitung zum Gesetz wird der Ernst des Problems, das in der gegenwärtigen Bodenzersplitterung gegeben ist, hervorgehoben. Vgl. auch: A. LEAL: "La Ley de las Unidades Minimas de Cultivo", in: REAS., núm 11, 1955, S.32.

(156) Ley de 15 de julio de 1954, Art. 1. Decreto de 25 de marzo de 1955 por el que se desarrolla el art. 1 de la Ley de 15 de julio de 1954 sobre Unidades Minimas de Cultivo.

Für Trockenland sind die Parzellenflächen wie folgt festgesetzt worden (157):

Provinz	Mindestgrenze	Höchstgrenze
Alava, Navarra, Logrono	1,0	2,5
Zaragoza, Huesca, Teruel ...	1,5	3,0
Barcelona, Tarragona, Lérida	1,0	2,0
Castellón, Valencia, Alicante, Murcia, Balearen-Inseln	2,0	3,0
Madrid, Toledo, Ciudad Real		
Albacete, Cuenca,		
Guadalajara	2,0	3,5
León, Zamora, Salamanca		
Valladolid, Palencia Burgos,		
Soria, Segovia, Avila	1,5	3,0
Cáceres und Badajoz	2,0	4,0
Córdoba, Jaén, Granada,		
Almería, Málaga, Sevilla,		
Cádiz, Huelva	2,5	4,0
Santa Cruz de Tenerife und las Palmas	0,5	2,5

2. Juristische Auswirkungen

Wegen der Unteilbarkeit von Parzellen, deren Fläche nicht größer als die Mindesteinheit der Bebauung ist und wegen der Ungültigkeit

- (157) E. FOSAR BENLLOCH erkennt an, daß das Problem der Mindestgröße in der Landwirtschaft "besser durch Agrar-Ingenieure als durch Juristen gelöst würde". Trotzdem waren es Juristen, die sich am häufigsten über diese Frage geäußert haben; wahrscheinlich waren sie es auch, die die Festlegung dieser Mindestgröße am meisten beeinflußt haben. Der Kongreß für ländliche Ingenieurwissenschaften (Congreso de Ingeniería Rural) aus dem Jahre 1950 hat die Empfehlung ausgesprochen, daß die Teilung von Grundstücken des Trockenlandes unter 10 ha verhindert werden sollte; es wurde auch die Schaffung eines Gesetzes befürwortet, das den Flächenumtausch von Enklaven oder den Kauf von angrenzenden Parzellen ermöglichte, um so auf eine Fläche von 30 ha zu kommen. Vgl. "Juicio crítico de la legislación de Mínimas Unidades de Cultivo", in: REAS., núm 21, 1957, S. 45. A. LEAL: "La Ley de las Unidades...", aaO., S. 32f.

der Teilung von Grundstücken mit größerer Fläche, wenn dadurch Besitzungen mit Flächen unterhalb der Mindesteinheit entstehen, verpflichtet man die Notare und Grundbuchhalter (Katasterämter), in amtlichen Eintragungen, Urkunden, Kaufverträgen o.ä. auf den unteilbaren Charakter der Parzellen hinzuweisen, wenn sie oben erwähnte Ausdehnung erreichen. Falsche Angaben der Eigentümer über die Parzellengröße ziehen Strafe nach sich; die Anlieger bekommen das Recht, die zu kleine Parzelle zum üblichen Preis zu erwerben. Dieses Recht reicht bis fünf Jahre nach der gesetzwidrigen Abtrennung. Gleiches Recht gilt im Fall der Schenkung zugunsten von Zwangserben oder aus Erbschaftsgründen, immer unter der Voraussetzung, daß innerhalb von 30 Tagen nach der Antragsanmeldung des Anliegers die vorgenommene Teilung nicht rückgängig gemacht wird (158).

3. Ausnahmen der Unteilbarkeit von Mindesteinheiten der Bebauung

Die Mindestgröße darf unterschritten werden bei Abtrennung von Parzellen für irgendeine Art von Gebäude oder wenn es um die Teilung von Parzellen mit dem Ziel geht, die Teile zu neuen Mindesteinheiten zusammenzufassen; schließlich sind die Parzellen mit Baum-, Stauden- oder Pflanzenbestand wegen ihres hohen Wertes von dieser Vorschrift ganz ausgenommen (159).

Diese beiden Gesetze dürfen nicht so sehr für sich allein betrachtet werden wie Gesetze von absolutem Wert, sondern als Teil eines Ganzen

(158) Ley de 15 de julio de 1954, Art. 5. Vgl. E. FOSAR BENLLOCH, aaO., S. 36.

(159) Ebda., Art. 3. Decreto de 22 de septiembre de 1955: Art. 1.

von gesetzlichen Bestimmungen zur Agrarpolitik. In dieser Agrarpolitik bahnt sich die Idee der sozialen Funktion des Eigentums und die Anwendung wirtschaftlicher Erkenntnisse immer mehr den Weg. Aber, wie wir erwähnt haben, ist sie von gewissen Hemmungen nicht frei.

Das Gesetz über die familiären Erbgüter, von allen Kritikern wohlwollend aufgenommen, stellt gegenüber dem Erbrecht der Realteilung unbestreitbar einen Fortschritt dar. Aber die Gültigkeit erstreckt sich nur auf die Erbgüter, die durch das Instituto Nacional de Colonización geschaffen wurden und in diesem Sinn ist das Gesetz notwendige Folge der Besiedelung gewesen. Denn unter dem alten Erbrecht wären die unter erheblichen Opfern der ganzen Wirtschaft gebildeten neuen Güter schnell der Zersplitterung und ihre Inhaber neuem Elend anheimgefallen. Der moderne Grundzug des Gesetzes zeigt sich besonders deutlich im abschließenden Vorschlag: "Die Erbgüter nur in dem Maß zu erhalten, wie soziale Stabilität und das Interesse der Landwirtschaft es erfordern". Deshalb wird ein sicherer Schutz gefordert, jedoch ohne daß ein Bauer so an die Kette gelegt wird, daß er wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht Rechnung tragen kann. Das ist das Rechtsinstitut der Unverpfändbarkeit, das jedoch den Hypothekenkredit möglich macht, von dem die Existenz des bäuerlichen Unternehmens in gewissen Augenblicken abhängen kann. Aber gerade das heißt fordern, daß das bäuerliche Unternehmen auf die Dauer rentabel sein muß, um fortbestehen zu können. Ein Schutz, der das Unternehmen von jedem Risiko befreit, würde auch die unternehmerische Initiative verstümmeln. Die Unteilbarkeit verhindert

auf der anderen Seite die Zersplitterung. Sie sichert der bäuerlichen Familie die Existenz über Generationen hinweg und gibt ihr so die Möglichkeit, ihre spezifischen Funktionen als politisch-soziale Institution auszuüben.

Dagegen ist das Gesetz über die Mindesteinheiten der Bebauung weitgehend auf Ablehnung gestoßen. Die prinzipiellen Einwände leiten sich aus bestimmten juristischen, sozialen und agrartechnischen Vorstellungen ab. Im Grunde trifft das Gesetz nicht den Kern des Problems; denn weder die Betriebsgröße noch die für eine bestimmte Bebauungsart günstigste Flächeneinheit wird zu seinem Objekt erhoben, sondern die Größe der Parzelle, also der landwirtschaftlich genutzten Einzelgrundstücke, wobei deren Verwendung für Mono- oder Polykultur völlig dem Ermessen des Bebauers überlassen bleibt (160). Zum Zweiten sollen zwar Kaufverträge über Grundstücke gerichtlich bzw. notariell beurkundet und ins Grundbuch eingetragen werden. Aber dieser Wunsch ist keine bindende rechtliche Vorschrift. So kamen und kommen auch heute noch viele Grundstücksverkäufe nur durch Einigung und Inbesitznahme zustande. Und das Gesetz enthält keine Klausel, die die Nichtigkeit derartiger Geschäfte bestimmt. Sozialpolitiker werfen dem Gesetz dagegen vor, daß es die Vermögensbildung der armen Landbevölkerung erschwert, die z.T. nicht in der Lage sei, Parzellen von der vorgesehenen Mindestgröße zu kaufen. Agronomen sehen eine besondere Schwierigkeit in der Festsetzung der den verschiedenen Boden- und Klimabedingungen adäquaten Mindestgröße.

(160) Vgl. A.LEAL: "La Ley de las Unidades Minimas de Cultivo", in: REAS., núm. 11, 1955, S. 11.

Trotz dieser nur zum Teil wesentlichen Einwände muß man die Zweckmäßigkeit anerkennen, mit der der Gesetzgeber vor dem Panorama "dieses schachbrettartigen Teppichs von hundert verschiedenen Schattierungen" den Prozeß der Parzellenzersplitterung im Bereich des Möglichen rückgängig macht. Andererseits muß man zugeben, daß der Gegenstand des Gesetzes ein ziemlich vager Begriff ist. Die Definition der "Mindesteinheit der bebauung" ist so allgemein, daß sie nichts definiert. Was versteht man unter grundlegenden Arbeiten, unter normalen Produktionsmitteln und unter zufriedenstellendem Ertrag? Und darüber hinaus, wie groß ist das für alle Teile der so verschiedenartigen spanischen Landschaft "typische" Grundstück, das die zufriedenstellende Kombination dieser Elemente erlaubt? Es wundert nicht, daß die Meinungen über die Minimalfläche für Trockenland zwischen einem und dreißig Hektar schwanken. Das Dekret hat entschieden, das Mindestausmaß mit 1 ha, das Höchstausmaß mit 4 ha festzusetzen, um so diese flüchtige Wirklichkeit der "Mindesteinheit" zu umschreiben.

Was die Unfähigkeit des Gesetzes angeht, die tatsächliche weitere Parzellenzersplitterung aufzuhalten, so würde eine weitere gesetzliche Reglementierung kaum von Vorteil sein. Mehr als alle Verbote gegen eine sinnlose Aufteilung der Parzellen würden Anreize für die Landwirte nützen, ihre Höfe zu vergrößern - z.B. durch Bereitstellung von zinsgünstigen staatlichen Darlehen. Immerhin darf man auch eine in diesem Sinne gemachte Interpretation des Gesetzes nicht ganz von der Hand weisen: "Immer ist es für uns unzweifelhaft, daß diese Möglichkeiten dem Gesetzgeber nicht verborgen geblieben sind (Bestrafung

für die Übertretung des Gesetzes), und deswegen muß man es der Klugheit zuschreiben, wenn man sie versäumte, indem man zweifellos zugleich auf die künftige Vervollkommnung des staatsbürgerlichen Bewußtseins unserer Mitbürger, zu der die juristischen Beamten soviel beitragen können, und auf das richtige Verständnis für ihr wirkliches Wohl seitens der betroffenen Personen vertraut" (161). Zweifellos ändert sich auf dem spanischen Land sehr viel, zum Teil als Folge eines höheren kulturellen Niveaus, vor allem aber durch den greifbaren Mangel an Arbeitskräften für die Arbeiten auf dem Feld. Das Interesse für die Mechanisierung und die Verwendung von Düngemitteln und Saatgut öffnet auch das Verständnis für die Probleme der Flurbereinigung.

3. Flurbereinigung

Neben den agrarpolitischen Schritten, die auf die Bildung von selbständigen und lebensfähigen Familienbetrieben sowie auf ihre Erhaltung gerichtet sind, dürfen die nicht vergessen werden, die eine Steigerung ihrer Rentabilität bewirken sollen. Bei den letzteren handelt es sich vor allem um die Maßnahme zur Flurbereinigung.

a) Das Flurbereinigungsgesetz

Das Ziel der Flurbereinigung ist es, den Bodenbesitz, der durch die Streulage der Parzellen bei z.T. äußerst geringen Parzellengrößen zersplittert ist, wieder zusammenzufassen. Dabei wird das Prinzip verfolgt, die Rechtsformen der Bewirtschaftung unverändert zu lassen - der selbst bewirtschaftende

(161) E. FOSAR BENLLOCH, aaO., S. 39 f. A. LEAL, aaO., S. 36.

Eigentümer bleibt Eigentümer, der Pächter oder aparcero bleibt Pächter oder aparcero. Das gleiche gilt von dem Prinzip der Unantastbarkeit des Eigentümers; es sollen also Flurbereinigungsgewinne auf der einen bzw. -verluste auf der anderen Seite nicht entstehen (162).

1. Die Flurbereinigung kann auf Wunsch der interessierten Landwirte, wenn diese mindestens 60 v.H. der betroffenen Eigentümer und der betroffenen Fläche vertreten, bzw. auf Wunsch der Gemeinderäte, der Bauernzünfte oder der entsprechenden Cámaras Oficiales Sindicales Agrarias (Landarbeitergewerkschaft) durchgeführt werden. Die Entscheidung des Ministerrates für Flurbereinigung ist für alle betroffenen Eigentümer, Pächter und aparceros verpflichtend (163).
2. Das Gesetz hat sich zur Aufgabe gemacht,
 - a) jedem Eigentümer einen arrondierten Raum oder, wenn dies nicht möglich sein sollte, in einer beschränkten Zahl von Grundstücken eine Fläche zuzuweisen, die nach Bodenqualitäten seinen bisherigen Parzellen gleichwertig ist,
 - b) von einem Landwirt bebauten Parzellen zu vereinigen, auch dann, wenn diese verschiedenen Eigentümern gehören,
 - c) kleine Parzellen, deren Bearbeitung unwirtschaftlich erscheint, zu vergrößern,
 - d) den neuen Besitzungen Zugang zu Verkehrswegen zu verschaffen, indem alte Wege verlegt oder neue angelegt werden,

(162) Vgl. J.J. SAN JARQUE: "Maturaleza y fines de la concentración parcelaria", in: REAS., núm. 34, 1961, S. 75 f. Drs.: "Concentración parcelaria, Registro y Catastro", Madrid 1961, S. 24 ff. Bezüglich der geltenden Gesetzgebung über die Flurbereinigung vgl. I. MARTINEZ DE BEDOYA y M. GRANDE: "Algo sobre las medidas conservatorias de la concentración parcelaria", in: REAS., núm. 16, 1956, S. 82 ff.

(163) Decreto de 10 de agosto de 1955, aprobando el texto refundido de las Leyes de Concentración Parcelaria, Art. 1.

e) die neuen Besitzungen so anzulegen, daß ihre Bearbeitung vom Bauernhaus aus gut überwacht werden kann (164).

3. Wenn in einem Dorf oder einem Besitz die Flurbereinigung in Angriff genommen wird, wird der Boden ohne feststellbaren Eigentümer zum Zweck der Flurbereinigung als Staatsboden betrachtet; ebenso können die infolge unbezahlter Schulden dem Staatshaushalt zugesprochenen Besitzungen, der durch das Instituto Nacional de Colonización erworbene Boden und die kleinen Bebauungseinheiten, die freiwillig angeboten werden, durch den Flurbereinigungsdienst zum gleichen Zweck erworben werden (165).
4. Mit diesem Boden kann man familiäre Erbgüter und Gärten anlegen, den Besitz derjenigen, die nicht die Mindesteinheit der Bebauung erreichen, ergänzen oder die Nutzung anderer Parzellen verbessern (166).

-
- (164) Ebda. Art. 2. Vgl. P. VIDAL FRANCES: "La Concentración Parcelaria en el Régimen Jurídico español", in: REAS., núm. 17, 1959, S. 57 ff. J.J. SANZ JARQUE: "Concentración Parcelaria ...". Madrid 1961, S. 31 ff. E. LAMO DE ESPINOSA: "Fomento y defensa de la propiedad agrícola familiar", in: REAS., núm. 5, 1953, S. 18. V. MANUEL PENA: "Sobre la Ley de Concentración parcelaria", in: Revista Anuario de Derecho Civil, Bd. IV, 1953.
- (165) Decreto de 10 de agosto de 1955, Art. 16, 44. Über den Flurbereinigungsverlauf vgl. J.J. SANZ JARQUE: "Concentración Parcelaria ...". Madrid 1961, S. 59 ff. P. VIDAL FRANCES, aaO., S. 42 ff.
- (166) Decreto de 10 de agosto de 1955, Art. 32. Das Gesetz hat einen zweckbetont sozialen Charakter, wie aus folgenden Artikeln ersichtlich ist: Art. 2, 60, 38, 16, 44, 12, 17, 20, 39, 38. Vgl. J.J. SANZ JARQUE: "Naturaleza y fines..." in: REAS., núm. 34, 1961, S. 78 ff. J. LOPEZ MEDEL: "La concentración parcelaria como empresa política". Madrid 1961, S. 47 ff.

5. Die Enteignung des Bodens zum Zwecke der Flurbereinigung ist in zwei Fällen zulässig. Einmal handelt es sich um die Fälle, in denen das soziale Problem besonders gravierend ist und eine Unterteilung des Bodens angezeigt erscheinen läßt. Zum anderen kann die Enteignung auch zugunsten der geschützten Pächter durchgeführt werden (167).
6. Die Arbeiten der Flurbereinigung teilen sich in drei Gruppen auf:
 - a) Notwendige und zur Flurbereinigung gehörende Arbeiten: Straßennetz erster und zweiter Ordnung, Arbeiten zur Eindeichung von Gewässern und zur Uferbefestigung, Entwässerung und Wassergewinnung.
 - b) Landwirtschaftliche Verbesserungen, die durch die Flurbereinigung bedingt sind: Umwandlungen des Bodens in bewässertes Land, Bau von Ställen und Schuppen für Vieh und Landwirtschaftsmaschinen, von Lagerräumen für landwirtschaftliche Produkte, von Lagerkellern und anderen Bauten zur gemeinschaftlichen Nutzung usw.
 - c) Arbeiten von privatem bäuerlichen Interesse, das sind alle Arbeiten, die als Ziel

(167) Decreto de 10 de agosto de 1955, Art. 38, 39. Die festgestellte und die zu verteilende Fläche sollten übereinstimmen. Es ist aber vor der Verteilung die Fläche abzuziehen, die man für neue Wege und für Verbesserungen von generellem Interesse vorsieht, wie sich aus dem Art. 18 ergibt. Hinzuzuzählen ist der Betrag für die "gemeinschaftliche Fläche" (masa común). Die Erfahrung hat gezeigt, daß es ratsam war, für unvorhergesehene Fälle eine bestimmte Fläche zu reservieren, so daß es später nicht notwendig wird, wiederholt den ganzen Plan zu korrigieren (Orden de 2 de julio 1953). Dieser Abzug wird mit ca. 0,6 v.H. veranschlagt, als Höchstsatz des Anteils an der Fläche der Zone. Vgl. P. VIDAL FRANCES, aaO., S. 56.

die Errichtung oder den Ausbau von bäuerlichen Wohnungen bzw. die Verwirklichung dauernder Verbesserungen auf den neuen Grundstücken haben, die bei der Flurbereinigung gebildet sind (168).

7. Die Finanzierung der unter a) genannten Arbeiten wird vom Staat durch den Flurbereinigungsdienst geleistet. Die Kosten der landwirtschaftlichen Verbesserungen (Gruppe b) können bis zu 40 v.H. ihrer Höhe mit staatlichen Darlehen finanziert werden, welche nach höchstens 20 Jahren mit 4 v.H. Zins zurückgezahlt werden müssen. Und die Arbeiten von privatem Interesse werden gemäß den für die Kolonisation von Ortsinteresse festgesetzten Normen unterstützt werden. Diese Normen werden weiter unten behandelt (169).

b) Durchführung und Ergebnisse der Flurbereinigung

Die Organe, die mit der Flurbereinigung betraut sind, sind die Comisión Central de Concentración Parcelaria (Zentralkommission für Flurbereinigung), der Flurbereinigungsdienst und die örtlichen Kommissionen. Der ersteren steht zu, sich über die Verfügungen allgemeinen Charakters in Bezug auf Flurbereinigung, über die Anordnung der Pläne und über das, was die Verwaltungsprozesse betrifft, zu informieren. Der Flurbereinigungsdienst ist eine Abteilung des Landwirtschaftsministeriums mit dem Status einer juristischen Person und ist damit beauftragt, die Flurbereinigung auf jeder Art von Boden auszuführen. Und die örtlichen Kommissionen

(168) Decreto-Ley de 25 de febrero de 1960, adaptando la legislación de obras al texto regulador. Art. 1. Vgl. P. VIDAL FRANCES, aaO., S. 43.

(169) Decreto-Ley de 25 de febrero de 1960, Art. 2, 3. Ley de 21 de abril de 1949: Art. 24.

sind beauftragt, die Grundlagen festzulegen, auf denen in jeder Zone die Flurbereinigung verwirklicht werden muß (170).

Die Arbeit an der Flurbereinigung begann gegen Ende 1953, hat jedoch bis zur Gegenwart nur einen freiwilligen Charakter; außerdem ist die Schnelligkeit der Durchführung durch Voranschlagsbestimmungen und von dem Eingang amerikanischer Hilfsgelder, die die Kasse des Flurbereinigungsdienstes finanzieren, bestimmt. Die Ausführung hat sich zwar beschleunigt, aber die Anträge überschreiten bei weitem die jährlichen Bereinigungen. Der jährliche Durchschnitt der Bereinigung lag in den Jahren 1953 - 1954 bei 9.770 Hektar; in den Jahren 1955 - 1956 lag er bei 36.183 Hektar, und im Jahr 1959 wurden 68.966 Hektar bereinigt.

Vorliegende Anträge zur Flurbereinigung am
31. Dezember 1959

a) aus Gebieten in denen die Flurbereinigung beantragt worden ist, obgleich das Dekret, in dem man ihre allgemeine Nützlichkeit publiziert, noch nicht veröffentlicht war:	875.912 Hektar
b) aus Gebieten in denen man die Flurbereinigung verordnet hat, in denen aber noch keine Pläne konzipiert wurden	146.448 Hektar
c) aus Gebieten mit gebilligtem vorläufigen Plänen, aber ohne Voranschlag	101.498 Hektar
d) aus Gebieten mit gebilligtem Voranschlag	171.188 Hektar
Zusammen:	1.295.046 Hektar

Die Fläche, die in Spanien bereinigt werden muß, beläuft sich auf etwas mehr als 8 Millionen Hektar, die Gebiete des Nordens und Nordwestens, in denen

(170) Ley de 20 de diciembre de 1952, Art. 4. Decreto de 10 de agosto de 1955, Art. 5, 6, 7.

die Parzellierung besonders stark ist, nicht eingeschlossen. Wenn man in Rechnung stellt, daß sich die Ausgaben der eigentlichen Flurbereinigung auf 400 Peseten pro Hektar durchschnittlich und auf 1600 Pts./ha für Verbesserungsarbeiten belaufen, wird man die Notwendigkeit verstehen, daß die Haushaltsmittel erweitert werden, um so einen jährlichen Durchschnitt von etwa 250.000 Hektar zu erreichen, den die Dringlichkeit der Sache fordert (171).

Die in den bereinigten Zonen gemachten Studien haben auch die Vorteile der Flurbereinigung bestätigt, indem man beträchtliche Steigerungen der Bruttoproduktion und der Nettoproduktion an landwirtschaftlichen Gütern und Vieh feststellen konnte. Die landwirtschaftlichen Produktionssteigerungen schwanken in beiden Kastilien zwischen 2 und 13 v.H. Der Zuwachs an landwirtschaftlichem Nettoprodukt als Folge der entstandenen externen Ersparnisse an laufenden Kosten, Futter, Samen usw. liegt zwischen 150 und 620 Peseten pro Hektar. Das gleiche Phänomen zeigt sich in noch stärkerem Maße in den Gebieten von Guadalajara und Alava, wo sich der Anstieg der Nettoproduktion zwischen 7.586 und 1.322 Peseten pro Hektar bewegt, das sind Steigerungen bis zu 66 v.H. gegenüber der Ausgangssituation. Der Anstieg in Guadalajara ist durch die Bewässerung einiger Zonen und die Einführung einer intensiveren Bebauung höher. In Alava hat sich der Ackerbau zur Viehproduktion hin verändert, und das produzierte Lebendgewicht pro Hektar stieg von 146 auf 170 Kilo, das heißt um 16 v.H. Dieser Viehzuwachs ist in den Gebieten von Guadalajara noch sichtbarer.

Auch hat man einen ansehnlichen Zuwachs der Arbeitsproduktivität festgestellt; denn bei gestiegener

(171) R. TAMAMES: "Estructura económica de España". Madrid 1960, S. 43

Nettoproduktion ist der Einsatz an manueller Arbeit gesunken. Im Gebiet um Soria ist der Index der Arbeitsproduktivität von 100 (1953) auf 253 (1959) gestiegen, in Salamanca von 100 auf 183, in Valladolid von 100 auf 134 und in Alava von 100 auf 162. Als Folge der Flurbereinigung hat sich ergeben, daß sich das landwirtschaftliche Nettoprodukt in den Getreidezonen von 15 v.H. auf 30 v.H. der jeweiligen Gesamtproduktion, in den Weideviehzonen von 22 v.H. auf 78 v.H. gesteigert hat. Und die Arbeitsproduktivität verbesserte sich um 34 v.H. bis 135 v.H. gegenüber der Zeit vor der Flurbereinigung.

Die neue Strukturierung der Bebauungsflächen hat sich ebenfalls verändert: Die Zahl der Parzellen in dem Gebiet um Soria betrug vor der Flurbereinigung etwa 1.970, nach der Flurbereinigung nur 208; im Gebiet von Salamanca sank sie von 5.581 auf 474, in Valladolid von 1.674 auf 139, in Alava von 376 auf 85, in Guadalajara von 1.840 auf nur 196. Die durchschnittliche Fläche der Parzellen hat sich dementsprechend beträchtlich geändert. Es genügt, Soria mit einer durchschnittlichen Fläche von 0,51 Hektar pro Parzelle vor der Flurbereinigung und mit 4,81 Hektar danach sowie Valladolid mit vorher 0,99 Hektar und 11,97 Hektar danach anzuführen. Die Enklaven in den Grundstücken sind vollkommen verschwunden, und die Zahl der zusammenhängenden Grundstücke, die von einem Besitzer bebaut werden, ist auf ein Minimum reduziert (172).

In allen Ländern zeigen die agrartechnischen Arbeiten eine sehr starke Verschiedenheit. In der Schweiz schließt die Flurbereinigung Arbeiten wie den Straßenbau, Entwässerung, Bewässerung, den Bau von Staudämmen usw. ein. Ähnlich ist es in Frank-

(172) J.J. SAN JARQUE: "Naturaleza y fines de la concentración parcelaria" in: REAS., núm 34, 1961, S. 84 f.

reich, wo die Flurbereinigung auch das Abstreichen von Böschungen, das Anlegen von Gräben, die Regulierung und Reinigung von Wasserläufen, den Bau von Kanälen und Arbeiten zur Bewässerung, Trockenlegung von Sumpfboden usw. einschließt. In Spanien sind die Arbeiten zur Bodenverbesserung, die mit der Flurbereinigung parallel gehen, gleichfalls sehr vielfältig und reichen bis zur Versorgung der Dörfer mit Strom und Wasser. Man könnte von einer Art Siedlungswerk sprechen, nur ist es so, daß man bei einem Siedlungswerk im üblichen Sinne eine Neuverteilung des Eigentums durch das Mittel der Aufteilung der Latifundien anstrebt, während hier eine Neustrukturierung des Eigentums durch das Mittel der Flurbereinigung das Ziel ist. Jedoch werden in beiden Fällen die Probleme mit sehr unterschiedlicher Gründlichkeit angegangen. Es ist ein unverständlicher Mangel des Flurbereinigungsgesetzes, daß keinerlei Vorkehrungen für die berufliche und kulturelle Aus- und Weiterbildung der Landbevölkerung sowie für eine anfängliche Hilfe und Anleitung zur optimalen Nutzung der neu gebildeten Güter vorgesehen ist. Die besten äußeren Bedingungen nützen nur wenig, wenn der Mensch mit ihnen nichts anzufangen weiß, weil er sie seit Generationen nicht gewohnt ist. Bei jedem Veränderungsvorhaben auf dem Land muß man mit dem Ackerbau treibenden Menschen anfangen und aufhören. Das Vergessen dieser Notwendigkeit könnte schmerzliche Enttäuschungen verursachen.

Die Nützlichkeit der Ziele, die sich das Gesetz gestellt hat, ist unbestritten. Die Verkürzung der Entfernungen zwischen Hof und Feld erleichtert den Gebrauch von Maschinen und die Anwendung besserer Bebauungsmethoden; das Tiergespann kann durch die Maschine ersetzt werden; damit kann die Anbaufläche für Futter verringert und die für Weizen vergrößert werden; der Wegfall vieler Grenzwege sowie die Be-

seitigung von Wegerechten (die Zerstreuung des Besitzes machte die Unterhaltung von Zugangswegen z.T. auch auf fremden Grundstücken notwendig) vergrößert die landwirtschaftliche Nutzfläche ohnehin.

Das gleiche gilt im Hinblick auf die Absicht, durch Förderung von Familien-Erbgütern und die Festlegung von Mindesteinheiten der Bebauung rentable landwirtschaftliche Betriebe zu schaffen.

Aber hier gelten auch die gleichen Einwände, wie gegen das Gesetz über die Mindestgröße von landwirtschaftlichen Betrieben.

Dazu kommt die mangelnde Übereinstimmung der Grundbucheintragungen mit den wirklichen Eigentumsverhältnissen (173). Zwar gelten die Grundbucheintragungen den Hypothekenbanken als Grundlage für die Erteilung von Kreditzusagen. Da aber die verworrenen Verhältnisse bekannt sind, lassen sich die Banken verständlicherweise nur sehr zögernd herbei, Darlehen zu gewähren. Diesem Umstand hätte das Gesetz durch eine Erklärung, daß die Grundbucheintragungen verbindlich seien, abhelfen können, was indes nicht geschehen ist (174).

Damit wird zugleich der schwächste Punkt des Gesetzes berührt. Denn die Tatsache, daß Transaktionen von

(173) A. BALLARIN MARCIAL: "Introducción al estudio de la Ley de Concentración parcelaria", in: REAS., núm 4, 1953, S. 89 ff. Vgl. J.J. SANZ JARQUE: "Concentración parcelaria, Registro y Catastro". Madrid 1961. M. PINEL MIGUEL: "La concentración parcelaria y el Registro de la Propiedad". Madrid 1961. P. VIDAL FRANCES, aaO., S. 74 ff. M. MORENO TORRES: "La concentración parcelaria y el Registro Civil", in: REAS., núm. 16, 1956, S. 107.

(174) P. VIDAL FRANCES, aaO., S. 77.

Grundstücken ohne Eintragung ins Grundbuch vorgenommen werden können, gefährdet den Bestand des ganzen Flurbereinigungswerkes.

Zwar sind Kaufverträge, die gegen die Bestimmungen über die Mindestgröße verstoßen, nach dem Gesetz ex tunc nichtig. Aber die mangelnde Unterrichtung der Landbevölkerung sowie die seit Generationen geübte Gewohnheit spricht für die Vermutung, daß derartige Verträge geschlossen werden und daß sich die Beteiligten danach richten (175).

c) Der Flächentausch

Die Existenz von Enklaven zwingt den Besitzern angrenzender Grundstücke Abhängigkeiten auf und bringt häufig Unfrieden. Das Gesetz hat letztlich einen Notbehelfscharakter; darauf deutet auch eine Bemerkung der Präambel hin: "Je weniger es angewendet wird, um so besser erfüllt es seine Aufgabe, da man ja weder erwartet noch wünscht, daß eine bedeutende Anzahl von Zwangsaustauschen sich ergibt, sondern nur die Möglichkeit, das Gesetz anzuwenden, und die darin enthaltenen Vorschriften als Anreiz für freiwillig getroffene Vereinbarungen dienen, worin man immer die beste Lösung des Problems sieht." (176).

1. Das Ziel des Gesetzes ist die Abschaffung von Enklaven oder Grenzwegen. Eine Parzelle wird als "Enklave" betrachtet, wenn sie von einem anderen Grundstück umgeben ist oder zumindest mit ihm einen Grenzweg von mehr als 60 v.H. ihres Umfangs teilt, ferner wenn sie zwei Grundstücke des

(175) Ebda., S. 102. M. MORENO TORRES, aaO., S. 103.

(176) Prólogo a la Ley de 10 de mayo de 1959 sobre permuta de fincas rústicas. Vgl. J. POVEDA MURCIA: "Discurso defendiendo el dictámen ..." Madrid 1959, S. 8.

gleichen Eigentümers trennt, mit denen sie Grenzwege von mehr als 30 v.H. des vollständigen Umfangs dieser beiden Grundstücke gemeinsam hat, schließlich wenn eine Parzelle, obwohl sie dem Eigentümer des sie umgebenden Grundstückes gehört, einem Pächter oder einem aparcerero zur Bebauung überlassen ist (177).

2. Diese Legaldefinition umschließt nicht die Enklavengrundstücke mit einer Fläche, die sechsmal so groß ist wie die Mindesteinheit der Bebauung in diesem Gebiet sowie die Bewässerungsgrundstücke mit ordentlicher Obstbaum- oder Weinbepflanzung und mit einer mehr als doppelt so großen Fläche wie die Mindesteinheit der Bebauung, ferner die Grundstücke mit ständig bewohntem Bauernhaus, die Grundstücke, die durch das Vorhandensein von industriellen oder Bergbaueinrichtungen ergänzender Ausbeutung dienen können, und die Grundstücke, die wegen ihrer Lage in Stadtkernen oder aus anderen Gründen einen Verkaufswert haben, der dreimal so hoch ist wie der vergleichbarer Grundstücke ohne diese Eigenschaft (178).

3. Die Ausübung des Rechtes zum Zwangsaustausch erfordert

- a) die Abgabe einer Ersatzparzelle mit einer Ausdehnung von mindestens der Größe der Enklave bis höchstens ihrer doppelten Größe und einem

(177). Ley de 11 de mayo de 1959, S. 1. Dieses Gesetz bezweckt auch die Schaffung rentabler landwirtschaftlicher Betriebe. Voraussetzung dafür ist das Vorhandensein von genügend Arbeitskräften, genügend Kapital und die Realisierung des technischen Fortschritts. Ebenso muß juristische Sicherheit gegeben sein. Vgl. CANOVAS GARCIA: "Discurso ...", aaO., S. 20.

(178) Ebda. Das Landwirtschaftsministerium ist durch Verfügung dazu berechtigt, das Gesetz auf jene Enklaven anzuwenden, die weniger als zehnmal so groß sind, wie die Mindestanbaugröße. Vgl. A. LEAL: "Lineas generales de la Ley sobre permuta forzosa de fincas", in: REAS., núm. 27, 1959, S. 14 ff.

Verkaufswert von höchstens 150 v. H. des Wertes der Enklave,

- b) gleichartige Bodenqualitäten der Enklave und der Ersatzparzelle sowie eine solche Lage der letzteren, daß ihre Abgabe die Bearbeitung des Grundstückes nicht nachteilig beeinflusst,
- c) eine Verbindung zwischen Ersatzparzelle und öffentlichen Wegen,
- d) gleichartige Rechtsbeziehungen zwischen Eigentümer und Betriebsleitung der am Zwangstausch beteiligten Betriebe (179).

4. In Übereinstimmung mit dem Gesetz kann die Ausübung dieses Rechtes auf juristischem Weg oder auf dem Weg der Schlichtung vor der Hermandad de Labradores y Ganaderos (Land- und Weidearbeitergenossenschaft) des Ortes erfolgen, auf dessen Gemarkung das Grundstück liegt (180).

Das Gesetz hat einmal mehr angestrebt, die Interessen der Landwirtschaft mit denen der Gerechtigkeit zu verbinden. Mit dem Ziel, den rationalen Anbau des Bodens zu ermöglichen, gewährt es dem Eigentümer eines Grundstückes, auf dem eine Enklave liegt, das Recht, den Zwangstausch zu verlangen. Gleichzeitig sollen aber die Interessen des Eigentümers der Enklave gewahrt bleiben. Das macht eine Entschädigung notwendig, die nicht nur den Wert des Bodens, sondern auch das Opfer, das mit dem Verzicht des bisherigen Eigentümers verbunden ist, aufwiegt. Es handelt sich nämlich nicht einfach um einen Zwangstausch, bei dem man die Grenzlinien ändert, um rationelle Bebauung zu ermöglichen; der Zwangstausch

(179) Ebda. Art. 3. Vgl. A. LEAL, aaO., S. 16 ff.

(180) Ebda. Art. 5 ff. Vgl. A. LEAL, aaO., S. 19 ff.

stiftet dem neuen Inhaber der Enklave einen Nutzen und darf deswegen auch etwas kosten. Diese Überlegung erklärt auch, daß man den Zwangsverkauf nicht vorgesehen hat. Man glaubt, auf die vielen Familien Rücksicht nehmen zu müssen, die des einzigen Ackerstückes, das sie haben, beraubt würden. Allerdings dürfte die Vorstellung zu optimistisch sein, daß der Bodenaustausch der Privatinitiative überlassen bleiben könnte. Man kennt zwar keine Angaben über die Wirksamkeit dieses Gesetzes, aber eine flüchtige Kenntnis der bäuerlichen Mentalität läßt vermuten, daß es praktisch nicht beachtet wird.

4. Verbesserung der Produktionsgrundlagen und der Produktion -.-.-.-.-

Die eingeleiteten Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität sind sehr verschieden und reichen in den wirtschaftlichen und kulturellen Bereich hinein. Die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Maßnahmen bestehen in wirtschaftlichen Hilfen und in der Gewährung von Krediten für die Kolonisationsvorhaben von örtlichem Interesse, in Prämien und sonstigen Vorteilen, die man Musterbetrieben gewährt, in der Verpflichtung, die man den Inhabern offensichtlich verbesserungsfähiger Grundstücke auferlegt, in der Gesetzgebung über die Erhaltung und Verbesserung des Bodens und über die Wiederaufforstung, in der Förderung bestimmter Produkte, an denen in Spanien Mangel herrscht oder welche wirtschaftliche Bedeutung für die industrielle Nutzung haben, und in der Förderung des bäuerlichen Genossenschaftswesens. Auf kulturellem Gebiet muß man den Aufschwung der Bildung und Ausbildung anführen, der durch die Schaffung von Universidades Laborales, die in ihrem Unterrichtsprogramm etwa den landwirtschaft-

lichen Winterschulen in Deutschland entsprechen, und von landwirtschaftlichen Berufsschulen einge-
leitet wurde.

a) Die Verbesserung der Produktionsgrundlagen

Zum Unterschied zu der Kolonisation mit allgemeinem Charakter dienen die Kolonisationsvorhaben von örtlichem Interesse privaten Belangen. Die technischen und wirtschaftlichen Hilfen bereiten den Weg vor, die Privatinitiative bei allen ständigen Arbeiten zu unterstützen, die dazu beitragen, den sozialen Stand der Landbevölkerung zu heben, Wohlstand zu schaffen oder die Verschönerung der ländlichen Umgebung zu fördern. Über diese Hilfsverbesserungen hinaus übernimmt der Staat durch das Instituto Nacional de Colonización Kontrolle, Beaufsichtigung und Leitung der Arbeiten, wobei die Konzeption der Projekte innerhalb gewisser Voranschlagsgrenzen zu seinen Lasten geht (181).

1. Allgemeines Prinzip: Der Staat unterstützt die Arbeiten und Verbesserungen von ständigem Charakter, die unabhängig vom allgemeinen Kolonisationsvorhaben auf sowohl ländlichen als auch städtischen Grundstücken ausgeführt werden, die in ländlichen Zentren eingeschlossen sind und die Eigentum von Privatpersonen, Gemeinden oder den oben angeführten Körperschaften sein können, unter der einen Bedingung, daß sie dazu beitragen, den Lebensstandard der Landbevölkerung zu heben (182).

(181) G. NEYRA GOVANTES: "Régimen de las colonizaciones de interés local", in: REAS., núm 12, 1955, S. 81 ff. E.GOMEZ AYAÚ: "El momento actual de la economía agraria española", in: REAS., núm 11, 1955, S. 135.

(182) Ley de 27 de abril de 1946 sobre auxilios a obras de mejora local. Art. 1. Reglamento para su aplicación de 27 de enero de 1947. Ley de 30 de marzo de 1954 concediendo préstamos con interés. Decreto de 16 de junio de 1954. Orden de 28 de julio de 1954 determinando las obras y mejoras para los dinstintos beneficiarios.

2. Vorhaben, die von der Hilfe betroffen sind:

Dazu gehören jedes Vorhaben mit privatem Charakter, das zu einer umfassenden geistigen und kulturellen Ausbildung der Landbevölkerung beiträgt, Arbeiten und Einrichtungen zur Wassergewinnung und -weiterleitung, Bewässerungsvorhaben, die Einrichtung von Familiengärten als privates, gemeindliches oder gewerkschaftliches Eigentum, Bereitstellung von vieh- oder forstwirtschaftlichem Zubehör, die Errichtung von ländlichen Wohnungen, die nicht durch das Instituto Nacional de la Vivienda (Nationales Wohnungsbauinstitut) subventioniert werden, Arbeiten zur Gewinnung, zum Transport oder zur Verteilung des elektrischen Stromes, Einrichtungsvorhaben für landwirtschaftliche Industrien oder die Konservierung von landwirtschaftlichen Produkten, baum- oder strauchartige Anpflanzungen für den Schutz, die Befestigung oder die Sanierung des Bodens, Vorhaben zur Aufbereitung von Gelände für den Anbau, wie Terrassierungen, Einebnungen, Verbesserungen und alles, was zur Vergrößerung oder Verbesserung des bebaubaren Bodens beiträgt oder den Transport der landwirtschaftlichen Produkte erleichtert, Arbeiten zur Verschönerung und Verbesserung der ländlichen Umgebung und jede beliebige andere Arbeit ähnlicher Natur, die den gleichen Zielen dient (183).

3. Die möglichen Begünstigungen gliedern sich in drei Klassen: zurückzuzahlende Vorschüsse, Subventionen und technische Hilfen, immer unter der Voraussetzung, daß die Verwirklichung der Kontrolle des Instituts unterliegt und daß die Nutznießer sich verpflichten, die Arbeit gemäß dem Plan auszuführen. Die zurückzuzahlenden Vor-

(183) Ley de 27 de abril de 1946, Art. 2, 3. Decreto de 10 de enero de 1947, Art. 7.

schüsse können mit Zins, ohne Zins oder gleichzeitig mit und ohne Zins gewährt werden.

3.1 Zurückzuzahlende Vorschüsse ohne Zinsen
können innerhalb der folgenden Grenzen bewilligt werden: der Voranschlag darf 30.000 Peseten bei alleinstehenden Privatpersonen oder 30.000 Peseten bei jedem Mitglied einer privaten Vereinigung oder 300.000 Peseten bei öffentlichen Organisationen nicht überschreiten. Die Hauptarbeiten, die zu diesem Bereich gehören, sind Arbeiten zur Verwertung von geeigneten Abfällen für die Düngung, zur Errichtung von Trockenräumen für Tabak, zur Gewinnung und Weiterleitung von Wasser oder jede beliebige andere Arbeit zur Neubewässerung von Geländen, ferner Bauarbeiten für mechanische Trockenräume, Scheunen, Lagerräume oder Silos für Reis, J1 und Mais, einschließlich des Erwerbs von Lokalen zum Zwecke des Umbaus in Lagerräume und Scheunen, außerdem die Arbeiten, die mit dem Maschinenpark des Instituto Nacional de Colonización ausgeführt werden, schließlich die Arbeiten, die auf verbesserungsfähigen Grundstücken durchgeführt wurden (184).

Die Höhe der zinslosen Vorschüsse reicht mit wenigen Ausnahmen bis zu höchstens 40 v.H. des vom Institut angenommenen Voranschlags (185).

3.2. Nur zum Teil verzinsbar sind Vorschüsse, die über die oben genannten Grenzen hinausgehen, die aber angesichts der guten Ergebnisse gewährt werden, um die Produktivität noch zu steigern.

(184) Ley de 27 de abril de 1946. Art. 4 ff. Decreto de 10 de enero de 1947, Art. 8 und ff. Vgl. G. NEYRA GOVANTES, aaO., S. 80.

(185) Ley de 30 de marzo de 1954. Decreto de 16 de junio de 1954. Art. 2. Vgl. G. NEYRA GOVANTES, aaO., S. 86

Die unterstützungswürdigen Hauptarbeiten sind Arbeiten zur Urbarmachung, Rodung, Entsteinung und Einebnung von Gelände, Bohrungen zur Erschließung von Quellen und zur Erweiterung des bewässerten Geländes sowie fast alle im vorherigen Abschnitt erwähnten Arbeiten.

Die Voranschlagsgrenze für diese Unterstützungen liegt bei 120.000 Peseten für Privatpersonen oder jeden einzelnen der Teilhaber und bei 600.000 Peseten für Arbeiten von öffentlichen Organisationen. Soweit die Arbeiten vom Ministerrat bzw. vom Landwirtschaftsministerium angeordnet worden sind, gelten für sie diese Grenzen nicht.

Das Ausmaß der Unterstützung richtet sich nach dem Voranschlag. Das Darlehn kann für Arbeiten öffentlicher Organisationen 90 v.H., für Vorhaben Privater 80 v.H. des Voranschlages nicht überschreiten. Von dem Darlehn können bis zu 20 v.H. (bei Privaten) bzw. bis zu 30 v.H. (bei öffentlichen Organisationen) zinslos gewährt werden (186).

3.3 Vorschüsse nur mit Zinsen. Diese Vorschüsse werden innerhalb der für die zum Teil verzinsbaren Vorschüsse angeführten Grenzen bewilligt. Die Summe des Vorschusses darf 60 v.H. des Voranschlages nicht überschreiten. Der Zinsfuß beträgt 4 v.H. (187).

4. Subventionen

Das Landwirtschaftsministerium kann den öffentlichen Organisationen Subventionen zubilligen, die jedoch 30 v.H. des Voranschlags der unter-

(186) Ebda., aaO., S. 87 f.

(187) Ley de 30 de marzo de 1954, Art. 3. Vgl. G. NEYRA GOVANTES, aaO., S. 92.

stützungswürdigen Arbeit oder Verbesserung nicht übersteigen dürfen. Auch die anderen Empfänger von Vorschüssen können in Fällen von außerordentlichem Interesse auf Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums und nach vorheriger Zustimmung des Ministerrates diese Subventionen erhalten. Die Subventionen und die Vorschüsse können gleichzeitig gewährt werden. Um sich die Kontrolle über die subventionierten Vorhaben zu sichern, zahlt das Institut die Beihilfen in Raten und bauabschnittsweise aus (188).

5. Technische Hilfen:

Die Pläne für unterstützungswürdige Verbesserungen werden auf Staatskosten angefertigt, sofern der Voranschlag bei einzelnen Privatpersonen 30.000 Peseten, bei privaten Vereinigungen 30.000 Peseten je Mitglied und bei öffentlichen Organisationen 80.000 Peseten nicht übersteigt (189).

6. Bürgschaften

Die Bürgschaften für die einzelnen Privatpersonen sind verschieden, je nach der Voranschlagssumme. Eine persönliche Bürgschaft ist nur für zinslose oder verzinsbare Vorschüsse unter 20.000 Peseten ausreichend. Eine Bürgschaft von zwei Bürgen oder einer Bank ist für zinslose oder verzinsbare Vorschüsse zwischen 20.000 und 100.000 Peseten erforderlich. Vorschüsse von mehr als 100.000 Peseten müssen hypothekarisch gesichert werden; allenfalls begnügt man sich mit einer Bankbürgschaft. Bei Vorschüssen an gewerkschaftliche Gruppen

(188) Ley de 30 de marzo de 1954.

(189) Ebda., Art. 19.

verzichtet man auf eine Bürgschaft, sofern die betreffende allgemein Vertrauen genießt und der Kredit 5.000 Peseten je Mitglied nicht übersteigt. Im übrigen gelten für Vereinigungen ähnliche Bestimmungen, wie für einzelne Privatpersonen. Für Vorschüsse an Gebietskörperschaften bürgt das Finanzministerium (190).

7. Das Darlehn verfällt, wenn nach Zahlung der ersten Rate die Arbeiten unbegründet nicht innerhalb von zwei Monaten begonnen werden, wenn die Fertigstellung offensichtlich hinausgezögert wird, wenn ohne Billigung des Instituts vom Plan abgewichen wird, schließlich wenn der Darlehnsvertrag in irgendeinem Punkt nicht eingehalten wird (191).

Die wichtigsten Ergebnisse des Gesetzes sind folgende: bis zum Jahr 1961 einschließlich wurden 116.506 Hilfen gewährt mit einer Summe von insgesamt 3.614 Millionen Peseten. Diese Summen wurden für Bewässerungsarbeiten ausgegeben, die einer Fläche von 270.423 Hektar entsprechen, weiter für Anpflanzungen, Sanierungen usw. auf einer Fläche von 119.499 Hektar und schließlich für den Bau von ländlichen Gebäuden, die eine Fläche von 370 Hektar bedecken.

b) Die Errichtung von Musterbetrieben

Eine andere Maßnahme zur Steigerung der Produktivität ist die Erklärung zu Musterbetrieben, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt

(190) Ebda., Art. 22, 27.

(191) Ebda., Art. 40

werden (192).

1. Ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb befindet sich im Eigentum einer Person, die ihn direkt bebaut. Gemeinsames Eigentum von mehreren Personen ist zulässig, wenn die Eigentümer untereinander Verwandte höchstens vom 3. Grad in der Seitenlinie sind. Weitere Voraussetzung ist, daß der Betrieb in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht beispielhaft ist und allen auf ihm arbeitenden Personen ein angemessenes Auskommen sichert (193).
2. Im einzelnen sind folgende Bedingungen zu erfüllen:
 - a) Es muß die Kapazität mindestens einer Landarbeiterfamilie ausgelastet sein. Der Ertrag muß so hoch sein, daß er der ganzen Familie ein gutes Versorgungsniveau sichert.
 - b) Der Betrieb hat eine abgerundete Grenzlinie mit einem fortlaufenden Grenzweg.

(192) Der ehemalige Landwirtschaftsminister R.R. CAVESTANY Y DE ANDAGUA sagte in einer Rede: "Las pruebas necesarias para alcanzar este grado son enormemente rigurosas ... Hasta qué punto es riguroso el camino para llegar a este grado, da idea el hecho de que hasta el presente en toda España se han concedido únicamente 16 títulos (marzo 1955). Otras doscientas cincuenta fincas, aproximadamente, han solicitado la distinción y sus expedientes están en estudio avanzado, terminado o resuelto. Entre los últimos, de 32 fincas examinadas últimamente por la Comisión Central Calificadora, 14 han sido desestimadas y 18, por reunir ya importantes características de ejemplaridad, se les ha permitido entrar en lo que pudieramos llamar noviciado de prueba con el título de "calificadas". "Una política agraria" (Discursos). Madrid 1958, S. 247.

(193) Ley de 15 de julio de 1952, Art. 1.

Allenfalls darf der Betrieb von einer begrenzten Anzahl von Parzellen gebildet werden, jedoch darf aus der Entfernung zwischen den Parzellen kein bemerkenswerter Nachteil für die Bebauung entstehen.

- c) Die notwendigen Bodenverbesserungen müssen ausgeführt sein, und zwar in einem Umfang, der die optimale Nutzung der natürlichen Gegebenheiten gestattet.
- d) Die benutzten Produktionsmittel sollen hinsichtlich Quantität und Qualität den Erfordernissen der modernen Agrartechnik entsprechen.
- e) Diese Anforderungen gelten im einzelnen für alle Zweige landwirtschaftlicher Betätigung, d.h. für Viehhaltung, Pflanzenkulturen wie auch für betriebseigene Einrichtungen zur Weiterverarbeitung und Lagerung (Keltereien, Ölmühlen, Lagerräume). Raubbau am Boden muß allerdings ausgeschlossen sein.
- f) Die Arbeiter, die der Betrieb beschäftigt, sollen in gerechter Weise an den Erfolgen des Betriebes beteiligt werden. Wer auf dem Hofe wohnt, muß über eine gesunde und genügend große Wohnung verfügen.
- g) Alle Verpflichtungen, die sich aus der Sozialgesetzgebung und den verwaltungsmäßigen Verfügungen herleiten, müssen erfüllt werden.
- h) Die Buchhaltung muß so ausgebaut sein, daß eine Kontrolle durch die dafür vorgesehenen Organe jederzeit möglich ist (194).

3. Die Bezeichnung des „qualifizierten Landwirtschaftsbetriebes“ wird den Betrieben zu-

erkannt, von denen man annehmen kann, daß sie in absehbarer Zeit sich zum Musterbetrieb entwickeln. Diese Betriebe müssen mindestens die Bedingungen a), b), d) und g) erfüllen (195).

4. Die Musterbetriebe erhalten außer den technischen und wirtschaftlichen Hilfen, die die Kolonisationsvorhaben von örtlichem Interesse genießen, noch folgende Vergünstigungen:
 - a) Prämien, die das Landwirtschaftsministerium jährlich für die besten Leistungen verleiht,
 - b) die Möglichkeit, Anleihen beim Crédito Agrícola (Landwirtschaftliche Kreditbank) zu besonders günstigen Bedingungen aufzunehmen,
 - c) ausreichende persönliche Bürgschaft für die zurückzuzahlenden Vorschüsse, die für die Arbeiten und Verbesserungen von örtlichem Interesse gewährt werden sowie eine Subvention von 30 v.H. der Voranschlagssumme bei genehmigtem Arbeitsvorhaben,
 - d) Bevorzugung beim Einkauf von Rohstoffen, die für die Ausführung und Erhaltung der Verbesserungen notwendig sind,
 - e) Bevorzugung bei der Verteilung von Traktoren, Landwirtschaftsmaschinen, Düngemitteln, Saatgut, Vieh und allen anderen Kaufobjekten; soweit die Verteilung öffentlichen Organen obliegt oder von ihnen beaufsichtigt werden,
 - f) Stipendien für die Ausbildungskurse, die vom Landwirtschaftsministerium selbst

oder von Zentren, die mit dem Landwirtschaftsministerium zusammenarbeiten, ausgeführt werden.

Die "qualifizierten Landwirtschaftsbetriebe" genießen die gleichen Vergünstigungen mit Ausnahme der jährlichen Prämien (196).

5. Die Bezeichnung "Musterbetrieb" kann bei Nichterfüllung der Bedingungen aberkannt werden. Deshalb ist alle fünf Jahre eine Zwangsinspektion und die Befugnis zur Inspektion in jedem Augenblick vorgesehen. Die Aberkennung der Eigenschaft als Musterbetrieb bedingt den Verlust aller Vergünstigungen. Bereits in Anspruch genommene Vorteile werden rückgängig gemacht, soweit sie noch nicht verwertet sind (197).

c) Die Intensivierung von Extensivbetrieben
.....

In der Präambel des Gesetzes wird sein Anlaß festgestellt, nämlich die Existenz von ausgedehnten Bodenflächen, deren Bearbeitung manchmal wegen des geringen Nutzungsgrades, manchmal wegen ihrer mangelnden Qualität, ihrer weiten Entfernung von den Verbrauchszentren und wegen der Schwierigkeiten in den Verkehrsverbindungen praktisch aufgegeben ist und die keinen anderen Ertrag bringen, als das, was die Natur allein anbietet. Das Gesetz sieht deshalb einen Plan vor, nach dem diese Besitzungen einer rentablen Bewirtschaftung zugeführt werden sollen. Daneben strebt man das Ziel an, die Produktion von bestimmten Grundnahrungsmitteln zu fördern, an denen in Spanien Mangel herrscht, wie

(196) Ebda., Art. 4, 5, 7, 8, 9, 10.

(197) Ebda., Art. 5, 11.

Weizen, Pflanzenfette und Viehprodukte (198)

1. Man versteht unter einem "offensichtlich verbesserungsfähigen Grundstück" jedes Stück Land, das Privatpersonen gehört und Gelände umfaßt, das technisch und wirtschaftlich für den landwirtschaftlichen Anbau, für eine Steigerung der Waldnutzung oder für Weiden brauchbar ist. Die Feststellung dieser Eigenschaft erfolgt durch Dekret des Ministerrates auf Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums (199).
2. Der Plan, der zur Verbesserung der Grundstücke aufgestellt wird, soll Angaben über Art, Umfang, Durchführbarkeit und Zeitaufwand der notwendigen Verbesserungsarbeiten sowie über die Eigentumsverhältnisse und die rechtlichen Beziehungen zwischen Eigentümer und Bebauer enthalten (200).
3. Die Verpflichtung zur Vornahme der Verbesserungsarbeiten trifft in erster Linie den Eigentümer. Innerhalb von drei Monaten nach der Erklärung zum verbesserungsfähigen Grundstück muß er sich verpflichten, die vorgeschlagenen Veränderungen gemäß dem gebilligten Plan auf dem ganzen Landbesitz oder auf einem seiner Teile auszuführen. Dadurch erwirbt er den Anspruch auf Zuschüsse und Subventionen, die für Kolonisationsvorhaben von örtlichem Interesse gewährt werden. Unterbleibt diese Erklärung, so kann das Landwirtschaftsministerium sein Grundstück in den Katalog der "enteignungsfähigen Grundstücke" einreihen. Die Enteignung kann nach einer Frist von fünf Jahren ausgesprochen werden. Dann besteht die Möglichkeit, einen Dritten, der sich zur Verwirklichung des Planes verpflichtet als Eigen-

-
- (198) Preámbulo de la Ley de 3 de diciembre de 1953. Vgl. A. LEAL: "Mejora forzosa de fincas rústicas", in: REAS., núm. 7, 1954, S. 45 f. S. PARDÓ CANALIS: "Fincas manifiestamente mejorables: Discurso...". Madrid 1954, S. 11.
- (199) Ley de 3 de diciembre de 1953. Arts. 1, 2. Vgl. A. LEAL, aaO., S. 47 ff.
- (200) Ley de 3 de diciembre de 1953, Art. 3. Vgl. S. PARDÓ CANALIS, aaO., S. 13.

tümer einzusetzen (201). Die Entschädigung des Enteigneten erfolgt nicht nach den herrschenden Trockenlandpreisen der Gegend, sondern nach dem durchschnittlichen Reinertrag der letzten fünf Jahre. Das Grundstück wird dem Meistbietenden zugeschlagen. Aus dem Erlös wird der Entschädigungsanspruch des Enteigneten befriedigt. Wenn der neue Eigentümer es versäumt, innerhalb von drei Monaten sein Einverständnis mit dem Verbesserungsvorhaben zu erklären, kann das Landwirtschaftsministerium das Grundstück von neuem einziehen, und zwar zum Zuschlagpreis abzüglich der Strafsumme, die zwischen 10.000 und 100.000 Peseten schwankt.

Im Fall, daß sich bei der Versteigerung kein Bieter meldet, kann das Landwirtschaftsministerium innerhalb einer Frist von zwei Monaten beschließen, das Grundstück dem Nationalen Kolonisationsinstitut oder dem Waldbesitz des Staates zu überlassen (202).

4. Die Hilfen für die Ausführung der Verbesserung sind die gleichen wie bei den Kolonisationsvorhaben von örtlichem Interesse, jedoch ohne Begrenzung in Bezug auf die Höhe des Voranschlags. Die Summe der Hilfen wird um 50 v.H. reduziert, wenn der Eigentümer die Ausführung der Verbesserung erbittet, nachdem das Grundstück in den Katalog der enteignungsfähigen Grundstücke eingeschrieben worden ist (203).

-
- (201) A. LEAL hebt hervor: "el principio de subsidiaridad de la actuación del Estado en la vida económica, que está consagrada en el fuero del Trabajo y en el Fuero de los Españoles". Andererseits wird die private Initiative angeregt: "1., estimulando al propietario no empresario a convertirse en empresario, 2., sustituyendo al propietario que no quiere convertirse en empresario o no está dispuesto a ejecutar el plan, por otro propietario empresario; 3., suprimiendo o modificando empresas no propietarias, suprimiendo arrendamientos". Ebda., aa0., S. 73 f.
- (202) Ley de 3 de diciembre de 1953, Art. 7,8,9,10. Vgl. A. LEAL, aa0., S. 64.
- (203) Ley de 3 de diciembre de 1953, Art. 3,8,9. Vgl. A. LEAL, aa0., S. 67 - 68. Ley de 5 de noviembre de 1940, sobre intensificación de cultivos, Art. 8.

d) Der Bodenschutz

In der Begründungsrede für das Gesetz, die vom Landwirtschaftsminister vor den Cortes gehalten wurde, wird die Notwendigkeit dieses Gesetzes durch die Einreihung Spaniens "in die erste Gruppe der Nationen, die schleunigst einen umfassenden Plan zur Verhinderung der Erosion brauchen", gerechtfertigt. Spanien erleidet nicht nur eine Erosion von besonderer Stärke als Konsequenz der widrigen klimatologischen Bedingungen, es werden darüber hinaus die natürlichen Kräfte verstärkt durch das Verbrennen von Stoppelfeldern und widerrechtliches Hüten. "Diese weißen Töne, die von dem Gips, der auf der Oberfläche zutage tritt, herrühren, ist die Blässe der unrettbaren Natur, die uns von ihren Mißgeschicken erzählt" (204).

1. Alle Arbeiten mit dem Zweck, den Boden auf bebauten Agrarflächen zu erhalten, werden als gemeinnützige Arbeiten angesehen und als "im nationalen Interesse liegend" erklärt. Man macht es den direkten Bebauern zur Pflicht, ihre Arbeiten innerhalb der vom Landwirtschaftsministerium vorgezeichneten Normen zu systematisieren (205).
2. Diese Normen können allgemeiner Natur sein; sie beziehen sich dann auf die großen Entwicklungslinien, in deren Rahmen sich die vorzunehmenden Arbeiten bewegen sollen. Daneben gibt es eine Unzahl von speziellen Normen (206).
3. Die Verfahrensfrage ist wie folgt gelöst. Die Dirección General de Agricultura (Generaldirektion für Landwirtschaft) fertigt auf Vorschlag irgend-

(204) R. CAVESTANY Y DE ANDAGUA: "Una política agraria" (Discursos). Madrid 1958, S. 280 ff.

(205) Ley de 20 de julio de 1955 sobre conservación y mejora del suelo agrícola. Art. 1. Vgl. R. CAVESTANY Y DE ANDAGUA, aaO., S. 286. Weitere Verfügungen sind: Orden de 5 de julio de 1949, Orden de 30 de julio de 1954. Hinzu kommt das Gesetz über Wiederaufforstung.

(206) Ley de 20 de julio de 1955, Art. 2.

eines offiziellen oder genossenschaftlichen Organs der Landwirtschaft oder auf Gesuch der interessierten Privatpersonen einen "Konservierungsplan des landwirtschaftlichen Bodens" an. Der Plan muß sich auf ein oder mehrere Grundstücke beziehen, und die von dem Plan betroffene Fläche darf, außer in besonderen Fällen, nicht unter 1000 Hektar Trockenland liegen. Der Plan wird vom Landwirtschaftsministerium oder vom Ministerrat gebilligt. Sofern er Vorhaben zur Gründung von Fabriken oder zur Wiederaufforstung enthält, ist jedes Rechtsmittel gegen ihn ausgeschlossen (207).

4. Über die Finanzierung sowie technische und wirtschaftliche Hilfen ist folgende Regelung getroffen worden. Die Kosten für kleine Felder mit geringer Produktivität und für Spezialarbeiten, deren Kosten von dem Grundstück nicht getragen werden können, gehen teilweise oder ganz zu Lasten des Landwirtschaftsministeriums oder davon abhängiger Organe. Die technischen Hilfen sind gratis. Außerdem erfreuen sie sich der wirtschaftlichen Hilfen, die für die Kolonisationsvorhaben von örtlichem Interesse vorgesehen sind. Wenn die Anwendung des Plans die landwirtschaftliche Bebauungsfläche wesentlich reduziert, genießen sie die maximal vorgesehenen Subventionen. Die Arbeiten, die von Privatpersonen kraft dieses Gesetzes ständig ausgeführt werden, um den Verlust des landwirtschaftlichen Bodens zu vermeiden, haben den Charakter von Zwangsmaßnahmen, deren Kosten den Eigentümern angelastet werden. Die Nichterfüllung dieser Vorschriften wird mit einer Strafe belegt, die jedoch niemals die doppelte Kostensumme der Arbeiten überschreiten darf (208).

e) Die Wiederaufforstung

Die brachliegenden, trockenen, staubigen Ödländereien, die Azorin beim Anblick Kastiliens beschreibt, sind

(207) Ebda., Art. 4. Vgl. R. CAVESTANA Y DE ANDAGUA, aaO., S.287 f.

(208) Ley de 20 de julio de 1955, Art. 5, 6, 7, 8.

fast ein symbolischer Ausdruck für einen großen Teil der Topographie der Halbinsel. Zuerst das Fehlen einer Ordnung des Forstwesens, dann die Säkularisationsgesetze und das beständige Anwachsen der Bevölkerung haben zu diesem Zustand geführt. Nach 1936 wurde die Ernährung der Spanier aus der eigenen Bodenproduktion bestritten, und die Bedürfnisse an Waldprodukten mußten mit den eigenen Beständen gedeckt werden. Kurz: der niedere Lebensstandard, der zur Bebauung von Bodenrandstreifen und zur mißbräuchlichen Ausnutzung des Waldes zwang, und eine Nachfrage nach Waldprodukten, die die wirklichen Möglichkeiten überschritt, machen die starke Inanspruchnahme der Wälder verständlich (209). Angesichts dieser Umstände hatte die spanische Forstpolitik drei Ziele anzustreben: "erstens die Erhaltung der bestehenden Wälder sowohl der öffentlichen Hand als auch derer, die Privatpersonen gehören; zweitens die unmittelbare Verbesserung der Staatsforsten durch die Verwaltung und zugleich die Verleihung der erforderlichen Hilfe an Privatpersonen für die Verbesserung ihrer Forsten; schließlich die Verwirklichung eines ausgedehnten Wiederaufforstungsplanes, der im Verlauf von nur zehn Jahren gestatten muß, die Agrarphysiognomie des Landes in grundlegender Weise zu ändern" (210). Die Zweckmäßigkeit dieser Forstpolitik hat eine Reihe von Voraussetzungen. Dazu gehören vor allem "ein genügend hoher Lebensstandard der Bevölkerung, der durch eine Wirtschaftspolitik erreicht wird, die die gleichmäßige Entwicklung der verschiedenen Produktionssektoren garantiert, Fortdauer und Stabilität außer im wirtschaftlichen auch im politischen Bereich, die dem Eigentümer

(209) J.M. AREILZA: "España, pais agrario", in: REAS., núm. 11, 1955, S. 110.

(210) P. MARTINEZ HERMOSILLA: "La repoblación forestal en España y su importancia para la agricultura y la economía pública", in: REAS., núm. 5, 1953, S. 40. Drs.: "Discurso ... en la sesión plenaria de las Cortes". Madrid 1957, S. 16 f.

von Forstgütern die Ruhe und den Genuß seines Besitzes innerhalb der Normen, die das Gemeinwohl festlegt, garantiert" (211). Deshalb befaßt sich das Waldgesetz vom 8. Juli 1957 sowohl mit dem Gesichtspunkt des Eigentums und der Nutzung als auch der Wiederaufforstung. Hier beschränken wir uns auf diesen letzten Aspekt (212).

Die Wiederaufforstung kann freiwillig oder obligatorisch sein.

1. In folgenden Fällen gewährt der Staat durch das Patrimonio Forestal technische Hilfen, Subventionen und Vorschüsse an Privatpersonen, die, einzeln oder in Genossenschaftsgruppen zusammengeschlossen, die Verbesserung der Wälder, die ihnen gehören, beabsichtigen:

- a) Teilaufforstungen, Wiederaufforstungen von Lichtungen sowie Durchforstungen bestehender Wälder,
- b) Maschinen und andere Einrichtungen zur Abholzung und zur Abfuhr des Holzes.

Im wesentlichen gelten die gleichen Bestimmungen für die Waldgebiete der öffentlichen Hand (213).

2. Durch ein auf Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums vom Ministerrat angenommenes Dekret kann die allgemeine Nützlichkeit der Wiederaufforstung einer bestimmten Zone oder eines bestimmten Waldgebietes erklärt werden. Das bedeutet Zwangswiederaufforstung, d.h. die betroffenen Wälder müssen entweder auf Kosten des Eigentümers oder mittels der vorgesehenen Hilfen oder in freiwilliger Gemeinschaft mit dem Patrimonio Forestal del Estado (Staatlich-Forstliches Eigentumsamt) aufgeforstet werden. Ein privater Eigentümer kann sich für die Ge-

(211) Drs.: "Discurso... ", aaO., S. 16 f.

(212) Ley de Montes de 8 de julio de 1957, Art. 32. Vgl. P. MARTINEZ HERMOSILLA: "La repoblación forestal...", in: REAS., núm. 5, 1953, S. 41.

(213) Ley de Montes de 8 de julio de 1957, Art. 41, 43.

meinschaftsarbeit oder die Enteignung entscheiden, es sei denn, daß es sich um Grundstücke handelt, bei denen die Waldfläche die Ackerbaufläche nicht übersteigt, oder um Wälder, deren Ausdehnung weniger als zehn Hektar beträgt und die mehr als 500 Meter von einem eingetragenen Berg entfernt liegen (214).

3. Der wasserwirtschaftlich-forstliche Dienst sorgt für das Studium, die Planung und Ausführung von Projekten zur wasserbaulich-forstlichen Regulierung und Restaurierung von Hochland, zur Erhaltung von Waldböden, zum Ausbau von Wildwassern und sandigen Ufern, zur Beseitigung der Erosion, zur Befestigung von Dünen und lockeren Böden mit dem Ziel, die Wasserwirtschaft zu regulieren und auf die Sicherung von Talsperren, Verbindungswegen, Ansiedlungen usw. zu achten. Deshalb können die für die Erfüllung dieser Ziele notwendigen Böden zum Zweck der Zwangsenteignung als "nützlich für das öffentliche Wohl" erklärt werden. Das gleiche kann geschehen, um die Privateigentümer zu Arbeiten für die Bodenerhaltung und -verbesserung zu zwingen (215).
4. Daneben werden Maßnahmen zur Regulierung des Weidewesens, zur Bekämpfung von Waldschädlingen und zur Verminderung der Waldbrandgefahr vorgesehen. Im Hinblick auf das letztere Ziel ist an die Aufstellung von technischen Einheiten gedacht, die mit vorbeugenden Arbeiten betraut sind und die in akuten Fällen auch als Feuerwehren operieren sollen.

(214) Ebda., Art. 50, 51, 54. Vgl. P. MARTINEZ HERMOSILLA, aaO., S. 46.

(215) Ley de Montes de 8 de julio de 1957, Art. 57, 58, 60. Zum Schutz der Talsperren und Stauseen gegen Versandung ist die Befestigung der Ufer nötig. Das erfordert eine Wiederaufforstung von wenigstens 1,75 Mill. ha. Ähnliches gilt für die Befestigung der Flußufer, hier allerdings um Überschwemmungen zu vermeiden. Dafür ist eine Wiederaufforstung von weiteren 560.000 ha notwendig.

Außerdem sollen in vom Landwirtschaftsministerium zu "Gefahrenzonen" erklärten Gebieten von den Inhabern der Wälder Brandmauern gebaut und erhalten werden (216).

5. Die Finanzierung ist sehr verschieden, je nach der Art der Arbeiten und den Personen oder Gruppen, die dazu verpflichtet sind. Subventioniert werden die Verbesserungen in Staatswäldern durch den Haushalt des Patrimonio Forestal; Inhaber von Privatwäldern können für Verbesserungsarbeiten bis zu 50 v.H. der geplanten Kosten Subventionen und bis zu 50 v.H. Vorschüsse erhalten; jedoch darf die Summe aus beiden Finanzierungshilfsquellen 75 v.H. des Voranschlags nicht übersteigen. Das gleiche gilt für Wiederaufforstungen, allerdings mit dem Unterschied, daß kollektiven Zusammenschlüssen die finanzielle Last von der Staatskasse vollständig abgenommen werden kann.

Die Zurückzahlung der Vorschüsse ist innerhalb des ersten Schlagturnus des Baumbestandes, der gepflanzt wurde, fällig. Bei Krediten von über 500.000 Peseten ist hypothekarische Sicherung erforderlich. Sie haben im Fall der Aufforstung und Verbesserung eine Laufzeit bis zu 20 Jahren.

(216) Ebda., Art. 70, 71. Schon 1953 bemerkte P. MARTINEZ HERMOSILLA: "No podemos desligarnos de la realidad incuestionable de que una política forestal nacional ha de estar en todo caso intimamente condicionada por la política pastoral que en el país se siga; principio que en España cobra una especial significación, dada su tradicional significación ganadera...". "La repoblación forestal ...", aaO., S. 42. Die Mehrzahl der spanischen Forste leidet unter Insektenplagen, Pilzen etc. Besonders große Verluste erlitten im Jahre 1952 die Eichenwälder; man schätzt sie auf mehr als 1.000 Mill. Peseten. Hinzu kommen die Verluste durch Waldbrände. In den letzten Jahren entstanden dadurch durchschnittliche jährliche Verluste in Höhe von ca. 14.500 ha. Die Organisation zur Verhütung von Waldbränden (Servicio de Defensa de los Montes contra Incendios) ist in fast allen Provinzen entstanden, wo der Forstbestand der Wälder oder die klimatischen Bedingungen zu großen Verlusten führen könnte. Vgl. I. Congreso Sindical, aaO., S. 76 ff.

Die gleichen Vergünstigungen genießen die Boden-
erhaltungsarbeiten, sowohl bei Privat- als auch
bei Staatswäldern. Die Laufzeit beträgt hier
40 Jahre (217).

6. Schließlich organisiert das Landwirtschafts-
ministerium durch den Servicio Nacional de
Crédito Agrícola (Nationaldienst für Landwirt-
schaftskredite) die Gewährung von Krediten auf
forstliche Grundstücke für folgende Zwecke:

6.1 Vermeidung von übermäßigen oder unzweck-
mäßigen Schlägen. Dabei wird die Nutzung des
Waldes einem Ordnungs- und Verbesserungsplan
unterstellt, der die Schlaghäufigkeit und den
Umfang der Abholzung regelt;

6.2 Ausstattung des Waldes mit Transportwegen,
um seine wirtschaftliche Ausbeutung zu erleich-
tern;

6.3 Saaten, Anpflanzungen und Säuberungen zur
natürlichen Waldvermehrung, der Schlag von Wald-
brandschneisen, Arbeiten zur Schädlingsvertil-
gung; ganz allgemein alle Verbesserungen, die
die Produktionskapazität des Waldbodens erhalten
und vermehren.

Die obere Grenze solcher Kredite liegt bei
75 v.H. eines Jahres-Reinertrages; die Laufzeit
beträgt maximal 30 Jahre (218).

7. Was die Ergebnisse anbelangt, so können wir
H. Barth zitieren: "Man sieht jetzt bereits die
ersten Resultate des gigantischen Unterfangens.
Ganz Spanien ist in Forst-Divisionen und Forst-
Brigaden aufgeteilt, die das Gesicht der Halb-
insel allmählich verwandeln. Das ist ein ideali-
stisches und zugleich ein streng realistisches
Werk, das unter anderem auch die saisonbedingte

(217) Ley de Montes de 8 de julio de 1957, Art. 33, 34 - 38, 59,
63.

(218) Ebda., Art. 76, 77.

Arbeitslosigkeit auf dem Lande auffängt. So lyrisch das Thema auch sein mag, so nüchtern und zweckbedingt ist die Atmosphäre, in der hier gearbeitet wird. Der Rechenstift hat das letzte Wort. Doch hinter den trockenen Zahlen erscheint die Poesie einer neuen und starken Wirklichkeit über den kahlen Steppen und karstigen Felsenbergen Spaniens, das sich in den grünen Mantel einer jungen Hoffnung hüllt"(219).

f) Verminderung der Arbeiter-Binnenwanderungen

Es soll auch eine Maßnahme nicht unerwähnt bleiben, die darauf abzielte, die nicht-selbständige Landbevölkerung seßhaft zu machen. Die mangelnde Arbeiterschutzesetzgebung ließ es zu, daß viele Landarbeiter "den Ernten nachwanderten" und auf diese Weise nirgendwo recht heimisch wurden.

Das Dekret vom 25. März 1955 über die ständige Beschäftigung von Arbeitern auf bäuerlichen Grundstücken verpflichtet die Grundbesitzer zu langfristigen Arbeitsverträgen. Begründet wird dieses Dekret damit, daß zur weiteren Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft noch umfangreiche Sanierungs- und Erhaltungsarbeiten nötig seien, bei denen man auf eingessene und mit den örtlichen Bodenverhältnissen vertrauten Arbeiter zurückgreifen müsse (220). Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß für dieses Dekret auch ein massives soziales Anliegen maßgebend gewesen ist, nämlich die Beseitigung der versteckten Arbeitslosigkeit und die Lebenssicherung der armen Landbevölkerung.

Dafür spricht einmal, daß der Geltungsbereich des Dekretes gerade die Provinzen umfaßt, in denen Lati-

(219) H.F. BARTH: "Spaniens kahle Berge werden wieder grün", in: Der Tagesspiegel, 22.1.1961. E. GOMEZ AYAU: "El momento actual de la economía agraria española", in: REAS., núm.11, 1955, S. 137. Vgl. Tabellen XXII, XXIII.

(220) A. ESPINOSA PEVEDA: "Notas sobre la ocupación permanente de trabajadores en fincas rústicas", in: REAS., núm.11, 1955, S. 68.

fundien vorherrschten, und daß er auf weitere Provinzen ausgedehnt werden kann, wenn die "sozialen Umstände" es erfordern (221). Zum anderen sind von dem Dekret gerade die Großgrundbesitzer betroffen (222).

Im übrigen hat das Dekret keine große Bedeutung erlangt, da - abgesehen von einer Reihe von Verfahrensschwierigkeiten - die Lage in Spanien sich so geändert hat, daß selbst in seinem Geltungsbereich Mangel an Arbeitern herrscht.

g) Die Förderung bestimmter Kulturen

Als Folge der autarkischen Agrarpolitik, die durch die politischen Umstände aufgezwungen wurde, förderte man jene Agrarprodukte, die für die Ernährung unbedingt notwendig sind oder an denen in Spanien Mangel herrscht. Kraft des Gesetzes vom 5. November 1940 wurde eine Vorzugsordnung eingerichtet, je nach dem größeren oder geringeren nationalen Interesse an den Erzeugnissen. Die bevorzugten Produkte waren Weizen, Hülsenfrüchte und verschiedene Getreidearten (223). Nach dem Rundschreiben vom 5. Mai 1959 wird die Erzeugung von Weizen, Reis, Zuckerrüben und Baumwolle prämiert. Die Empfänger dieser Prämien sind die direkten Bebauer.

1. Die Vergünstigungen für Weizen gelten für alle Arten außer der fünften Klasse. Wenn der Weizen auf Gelände angebaut wird, auf dem vorher Wein angepflanzt wurde, entfallen auf den Doppelzentner 70 Peseten Prämie; das gleiche gilt in Gebieten, die der Flurbereinigung unterworfen sind oder die durch Entwässerung von Sümpfen und Mooren gewonnen wurden; die Weizenkulturen auf Trockenland

(221) Decreto de 25 de marzo de 1955.

(222) A. ESPINOSA PEVEDA, aaO., S. 74. Drs. Consejo Social de la Organización Sindical Española. Madrid 1959, Campo (2), S. 221.

(223) Ley de 5 de noviembre de 1940 sobre intensificación de cultivos. Art. 1, 3, 4. Resolución 1. und 2. Circular de 5 de mayo de 1959 sobre concesión a cultivos de trigo, arroz y remolacha.

- und bewässerten Feldern werden mit 50 Peseten je Doppelzentner prämiert.
2. Der Reis hat eine Prämie von 24 Peseten pro Doppelzentner, die Zuckerrübe von 130 Peseten pro Tonne. Die Prämien für Baumwolle werden fallweise von der Dirección General de Agricultura (Generaldirektion für Landwirtschaft) festgesetzt.
 3. Die Geltungsdauer dieser Sätze beläuft sich im allgemeinen auf eine Ernte. Sie werden jedes Jahr erneuert oder verändert (224). Diese Anreize und die Gewährung bestimmter Erleichterungen bei dem Kauf von Saatgut und Düngemitteln führten dazu, daß die Bedürfnisse des Landes nach Industriepflanzen, Zuckerrübe und Baumwolle befriedigt und daß die Binnennachfrage nach Weizen und Reis übertroffen wurde.

Verschiedene Dekrete und Anordnungen haben sich mit dem Problem einer ausreichenden Versorgung mit Saatgut beschäftigt. Das Instituto Nacional de Investigaciones agronómicas (Nationalinstitut für Landwirtschaftliche Forschung), das hierfür zuständig ist, kann den Titel "Mitarbeiter" an jene Landwirte oder Vereinigungen verleihen, die unter seiner Aufsicht und Leitung zum Anbau und zur Vermehrung von Saatgut beitragen. Saatweizen wird mit 20 v.H. über dem Preis von Brotgetreide der entsprechenden Klasse entlohnt. Die Vereinigungen, die die Konzession für die Züchtung neuer Arten oder die Einführung ausländischer Arten haben, erhalten außer Vorteilen beim Kauf von Düngemitteln und Maschinen anfangs eine Vergütung von mindestens 15 v.H. über dem Preis der bis dahin in Spanien üblichen Saatgutsorten. Diese Vergünstigung wird im Laufe der Jahre abgebaut; sie liegt im zwölften Jahre nach der Einführung einer Sorte bei 5 v.H. Das Dekret vom 10. Juli 1953 geht sogar so

(224) Orden de 12 de marzo de 1958 sobre beneficios a nuevos cultivos, & 6. Orden de 28 de enero de 1959, & 1,2. über die verschiedenen Anbaupflanzen vgl. J. RUBIO GONZALEZ: "Leyes Agrarias", Madrid 1961, Bd. I, S. 595 - 848.

weit, die obligatorische Verwendung von Düngemitteln und solchem Saatgut anzuordnen, das die hierfür geltenden Bedingungen erfüllt. Der Servicio Nacional del Trigo bietet deshalb die notwendige Menge an Düngemitteln auf Kredit an. Die den Bauern auf diese Weise gewährten Kredite werden mit der Ablieferung der Weizenpflichtmenge an den Servicio abgerechnet. Bei den anderen landwirtschaftlichen Kulturen wird der Anbau von Saatgut mit ähnlichen Bestimmungen gefördert (225).

(225) Vgl. J. RUBIO GONZALEZ: "Leyes Agrarias". Bd. II, S. 851 - 881. Insbesondere: Orden de 30 de octubre de 1940: Art. 3, 10. Decreto de 10 de marzo de 1941 sobre normas para intensificar la producción de semillas: Art. 6. Decreto de 10 de julio de 1953: Art. 1, 2, 3. Vgl. E. LAMO DE ESPINOSA: "Aspectos de la agricultura española y su industrialización", in: REAS., núm. 7, 1954, S. 27.

Zum Abschluß dieses Kapitels über die Maßnahmen zur Förderung der Produktion möge es genügen, einige Angaben anzuführen, die, ohne erschöpfend zu sein, doch bezeichnend sind. Das Gesetz über "offensichtlich verbesserungsfähige Grundstücke" hat während seiner nur zweijährigen Geltungsdauer (1953 - 1955) 30.000 Hektar Bodenfläche erfaßt. Am Ende befanden sich auf Grundstücken, die von der Verbesserung betroffen sind, gut 5.000 Wohnungen sowie Unterkünfte für ungefähr 100.000 Stück Wollvieh im Bau (226).

Die Wiederaufforstung ist vielleicht der Teil, der die größten Erfolge unter allen Maßnahmen geerntet hat. Zwischen den Jahren 1939 und 1959 wurden vom Patrimonio Forestal del Estado 1.091.679 Hektar Bodenfläche aufgeforstet, 223.323 Hektar von anderen Forstbehörden und 84.614 Hektar von Privatpersonen. Das macht in 20 Jahren insgesamt 1.399.616 Hektar an wiederaufgeforsteter Fläche. Die Wiederaufforstungen wurden mit Arten von kurzem Turnus ausgeführt, das heißt mit reich belaubten Arten von 10 bis 20 bzw. 20 bis 30 Jahren Wachstum (227).

Als Beispiel der Förderung von Pflanzenkulturen genügt es hier, einige Zahlen über die Entwicklung des Reisanbaus zu zitieren. Die bebaute Fläche betrug im Jahre 1868 28.432 Hektar und lag 1912 bei 38.500 Hektar. 1935 hatte die bebaute Fläche eine Ausdehnung von 47.008 Hektar mit einer Jahresdurchschnittsproduktion von 293.035.700 Kilogramm. In den letzten fünf Jahren von 1955 bis einschließlich 1959, und zwar als Folge der Maßnahmen, die nach 1939 ergriffen wurden, beträgt die bebaute Fläche im Schnitt 67.563 Hektar und die Produktion 424.331.800 Kilogramm. Damit besteht eine Überproduktion in Bezug auf den Binnenmarkt, und es stellt sich das Problem, neue Märkte im Außenhandel zu erschließen (228). Das Anwachsen der Produktion bei anderen Pro-

(226) E. GOMEZ AYAU: "El momento actual de la economía agraria española", in: REAS., núm. 11, 1955, S. 136.

(227) I Congreso Sindical. Madrid 1961. Documentación Técnica, cuaderno núm. 4, S. 32.

(228) J. de A. y R.B., in: A.B.C. 2.12. 1960.

dukten kann in den Tabellen in gleicher Weise abgelesen werden.

Um einige kritische Beobachtungen über die Gesetzgebung in Bezug auf die Verbesserungen der Produktionselemente einzuleiten, könnten wir diese Worte zu den unsrigen machen: "Unsere gegenwärtige Agrarpolitik läuft in genauen und klaren Bahnen. Das Bestreben, eine Strukturbasis und eine Ordnung der Ausnutzung unserer Böden zu bekommen, die den natürlichen Erfordernissen angepaßt sind, und zwar in der Art, daß die notwendige Gleichgewichtsharmonie Acker-Wald-Weide besteht, macht den Ausgangspunkt aus. Der Boden hat sein festgesetztes Schicksal, das durch seine Beschaffenheit bestimmt ist, der sich entweder als geeignet herausstellt, bebaut zu werden, oder der verlangt, daß man ihn gemäß seinen Eigenarten dem Wald oder der Weide überläßt (229).

In diesem Bereich haben sich die landwirtschaftlichen gegenüber den juristischen Überlegungen durchgesetzt. Im allgemeinen handelt es sich um umfassendere Gesichtspunkte, wo die Privatinteressen weniger mit den Richtungslinien der Agrarpolitik zusammenstoßen. Es war notwendig, wieder ein Gleichgewicht zwischen Land- und Waldwirtschaft zu schaffen; in gleicher Weise war der Schutz des Waldes gegen das mißbräuchliche Weiden notwendig, der Schutz des Bodens gegen die Erosionerscheinungen und die Intensivierung von Kulturen auf Gelände, das durch seine Lage und seine Bodenqualität dem Privatinteresse keinen Anreiz bot. Und man kann sagen, daß es kein Problem der Strukturgrundlage von einiger Bedeutung gibt, das nicht schon in der einen oder anderen Weise in der angeführten Gesetzgebung eingeschlossen ist.

Auf der anderen Seite haben die Eingriffe des Staates der Privatinitiative freie Hand gelassen und sie sogar unterstützt. Das gilt auch für den Fall der "offensichtlich verbesserungsfähigen Grundstücke", wo der

(229) J.M. AREILZA: "España, pais agrario", in: REAS., núm.11, 1955, S. 115.

Staat allenfalls an Stelle des Eigentümers auftritt, wenn dieser sich der Pflicht entzieht, die Verbesserungen durchzuführen oder sich nach dem vorher festgesetzten Bebauungsplan zu richten. Sicherlich wäre es nicht notwendig gewesen, eine so lange Frist von fünf Jahren bis zur Enteignung zu gewähren. Hier enthüllt sich ein zu großer Respekt vor dem Privateigentum.

Der Anreiz, den die Vergünstigungen für Musterbetriebe ausüben, könnte die Nachahmung fördern. Aber es scheint so zu sein, daß die praktische Anwendung dieser Gesetzgebung sich darauf beschränkt hat, Grundstücke zu prämiieren, die wahre Latifundien sind und mindestens nicht allgemeines Ideal oder Modell sein können, da nur eine naturgemäß beschränkte Zahl von Betrieben mit ihnen gleichziehen könnte.

5. Institutionelle Einrichtungen

Es verwundert nicht, daß es gerade dieser Bereich ist, der durch den politischen Wechsel des neuen Regimes tangiert wurde. Das unorganische System der liberalen Politik der Republik ist durch ein "organisches" System ersetzt worden, das in gewisser Hinsicht dem italienischen Korporativismus vergangener Zeiten gleicht. Dieses System schließt die freie Vereinigung politisch Gleichgesinnter aus und besteht in der Integration aller Gruppierungen in einem vertikalen Organismus. Trotzdem wäre es falsch, diese Integration auch der wirtschaftlichen Gruppen als eine Diktatur nach italienischem oder deutschem Muster zu verstehen. Rein formal handelt es sich in Spanien um eine parlamentarische Demokratie mit präsidentieller Spitze, wobei die Parlamentsabgeordneten allerdings nicht nach ihrer Zugehörigkeit zu politischen Parteien - die es nicht gibt -, sondern zu ständischen Organisationen gewählt werden. Das schließt nicht aus, daß der Präsident in praxi einen beträchtlichen Einfluß auf die politische Willensbildung ausüben kann.

Unabhängig davon, ob das Regierungssystem in Spanien augenblicklich funktioniert oder nicht und unabhängig von den Vor- oder Nachteilen einer solchen politischen Konzeption, muß man es im Auge behalten, um den korporativen Charakter der Vereinigungen und ihre Funktion im Organismus des Staates zu verstehen. Der Begriff des "Politischen" will im gegenwärtigen Regime die Spiegelung von wirtschaftlichen und sozialen Interessen sein und nicht von "Denkweisen", obwohl diese letzteren notwendigerweise wirtschaftliche Programme einschließen. Deshalb haben die zunächst wirtschaftlichen Vereinigungen einen Charakter von "politischer" Repräsentation sobald sie mittels ihrer Delegierten in den Cortes bei den Regierungsgeschäften mitarbeiten. Außer dieser "politischen" Tendenz, die sich am staatlichen Organis-

mus orientiert, vertreten die landwirtschaftlichen Vereinigungen die Interessen der Mitglieder in wirtschaftlicher Hinsicht, die sich am Marktgeschehen orientieren. Und es ist genau der typische Charakter des landwirtschaftlichen Marktwesens, sowohl was den Verkauf von Produkten als auch den Einkauf von Betriebsmitteln und -stoffen angeht, der die Bildung von Genossenschaften nahelegt. Angebot und Nachfrage der spanischen Landwirte stoßen fast immer auf Monopole. Daher ist die Regulierung und Förderung der genossenschaftlichen Einrichtungen eine Maßnahme der Agrarpolitik.

Einen anderen Bereich, ebenfalls institutioneller Art, bilden die Organe, die die Lizenz zur Gewährung von Krediten haben. Die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft fordern ebenfalls, daß der Kreditumlauf sich der eigentümlichen Lage der Landwirtschaft fügt, die von der Industrie verschieden ist. Der Umlauf der landwirtschaftlichen Kredite ist so selbst ein wichtiges Kapitel der Agrarpolitik.

a) Das Genossenschaftswesen (230)

Der Bereich der Genossenschaften wurde von dem neuen Regime korporativer Verwaltung systematisch aufgebaut und mit Gesetzen geordnet. Typisches Merkmal der

- (230) In Spanien kann die Organisation auf dem Agrar-Sektor auf eine lange Tradition zurückblicken. Wenn wir die mittelalterlich genossenschaftlichen Organisationen unberücksichtigt lassen, gebührt doch den "Positos" Erwähnung, z.Z. Philips II. ca. 12.000; reglementiert wurden sie durch die Real Pragmática vom 15. Mai 1585 und später durch das Gesetz vom 23. Januar 1906. Im Jahre 1848 wurden in allen Provinzen "Juntas de Agricultura" errichtet, um die Agrarproduktion zu fördern. Die "Ley de Asociaciones" (Assoziationsgesetz) vom 30. Juni 1879 ruft die Landwirtschaftskammern (Cámaras Agrarias) ins Leben, um die Interessen der Landwirtschaft zu verteidigen und zu fördern (im Dekret vom 2. September 1919 wurden die Kompetenzen festgelegt). Die Erlasse vom 28. April und 3. Juni 1933 geben den Landwirtschaftskammern eine neue Organisation. Charakteristisch für die Organisation in der Landwirtschaft dieser Zeit ist die politische oder konfessionelle Färbung. Vgl. G. MARCOS CHACON: "Las Organizaciones agrícolas en España", in: REAS!? núm. 5, 1953, S. 65.

neuen Organisation ist die vertikale Integration aller Gewerkschaftsorganisationen in der Delegación Nacional de Sindicatos (Nationale Gewerkschaftskommission). Mitglied dieses Gebildes ist auch die Dachorganisation der landwirtschaftlichen Verbände, die Unidad Sindical Agraria (Gewerkschaftliche Landwirtschaftsvereinigung), die sich ihrerseits wieder nach unten in Gewerkschaftliche Provinz-, Bezirks- und Ortsverbände (Hermandades Sindicales des Labradores y Ganaderos) aufzählet (231).

Der Ortsverband besitzt Funktionen sozialer, wirtschaftlicher, fürsorglicher und gemeinschaftlicher Art. Die Hauptfunktionen wirtschaftlicher Art sind:

- a) Sorge um die gerechte Vergütung für Landwirte und ihre Arbeitnehmer,
- b) Anregung und Koordination von Maßnahmen gegen die Schädlingsplage sowie für die Verbesserung und die Erhaltung des Bodens,
- c) Förderung der Ausbildung der in der Landwirtschaft sowie in der verarbeitenden Industrie Beschäftigten,
- d) Veranstaltung von Ausstellungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse bzw. weiterverarbeiteter Produkte mit dem Ziel, das Angebot transparenter zu machen,
- e) schließlich ganz allgemein die Förderung oder - wo es an Privatinitiative fehlt - die Einleitung aller Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die Ertragslage der Landwirtschaft zu verbessern (232).

Die Hermandades Sindicales vereinigen alle auf Ortsebene bestehenden Vereine oder Verbände mit wirtschaftlichem Charakter. Auch die landwirtschaft-

(231) Ley de 6 de diciembre de 1940. Decreto de Unidad Sindical de 17 de julio de 1944. Art. 1, 2, 3. Reglamento de dicho Decreto por Orden de 23 de marzo de 1945. Art. 2 ff. Vgl. Discurso del Ministro de Agricultura en la Asamblea Nacional de Cooperativas del Campo, in: REAS., núm. 32, 1960, S. 90 - 92.

(232) Orden de 23 de marzo de 1945, Art. 21 ff.

lichen Genossenschaften sind eingegliedert, wobei sie jedoch ihr eigenes Vermögen, ihre autonome Verwaltung und ihre eigene juristische Persönlichkeit behalten. Sie sind ihrerseits auch wieder vertikal organisiert, d.h. die örtlichen, bezirklichen und provinziellen Genossenschaften haben in der Unión Nacional de Cooperativas (Genossenschaftsunion) ihre Spitze (233). Die Tätigkeit dieser Union erstreckt sich im wesentlichen auf die Wahrnehmung der genossenschaftlichen Belange in der Gewerkschaft sowie auf die Beratung und Förderung ihrer Untergliederungen.

Die Landgenossenschaften haben sich den gemeinsamen Einkauf von Saatgut, Geräten, Dünger etc., den gemeinsamen Verkauf der Erzeugnisse, Hilfestellung bei Urbarmachung und Sanierung von Böden ihrer Mitglieder, die Kreditvermittlung, Abschluß von Versicherungen und sonstige Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse zur Aufgabe gemacht (234).

Die ländlichen Genossenschaften sind mit einer Reihe von Vorrechten ausgestattet. Dazu gehören insbesondere die folgenden:

- 33) Vgl. G. MARCOS CHACON, aaO. S. 75 ff. Die Schaffung von "Hermandades" folgt einem Verfahren, das den volkstümlichen und spontanen Charakter voll auf wahrt. Die versammelten Einwohner des Dorfes beschließen ihre Konstituierung und wählen den Vorstand oder "Cabildo". Die Statuten werden entworfen, wobei die allgemeinen Richtlinien der Organización Sindical befolgt werden; mit der Eintragung im Madrider Zentralregister hat sich die "Hermandad" konstituiert. Die unmittelbare Folge der Einschreibung ist ihre Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechtes mit allen Privilegien und Befugnissen, die das Recht ihr zubilligt: die Fähigkeit, Vermögen zu besitzen, Regalien zu empfangen und in jeder Form die Geschäfte in voller Vertretung für die Gesamtheit der Bauern, die zu ihrem Bezirk gehören, zu führen. Alle drei Jahre wird der Vorstand neu gewählt.
- 34) Ley de 2 de enero de 1942 sobre Cooperativas: Art. 46 ff. Reglamento, fijado por Decreto de 11 de noviembre de 1943: Art. 48 ff.

1. Die Landgenossenschaftsunion kann auf eine bestimmte Menge von landwirtschaftlichen Erzeugnissen lautende Schuldscheine ausgeben. Diese "warrants" werden von den Bankinstituten als Kreditsicherung angenommen und zu 60 - 80 v.H. ihres Nominalwertes beliehen (235).
2. Die Landgenossenschaften und ihre Vereinigungen können die Bezeichnung "Entidad Colaboradora del Ministerio de Agricultura" (Verein für die Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium) führen. Das bedeutet noch größere Vorteile bei der Bewilligung von Maschinen und sonstigem Material sowie bei der Gewährung von Subventionen und Krediten (236).
3. Die Mitglieder der Ortsgenossenschaften, deren gesamter Reinertrag maximal zu 25 v.H. aus Betrieben mit einem Jahresreinertrag von über 30.000 Peseten stammt, sind von der Landwirtschaftssteuer befreit. (237). Damit ist gleichzeitig die Befreiung von gemeindlichen und provinziellen Zuschlägen zu Staatssteuern verbunden (238).

(235) Orden de 9 de julio de 1948, Art. 1, 2, 3, 4.

(236) Orden de 9 de febrero de 1950: Concesión del título de Entidad Colaboradora del Ministerio de Agricultura: Art. 1-3

(237) Beispiel: die Mitglieder einer Genossenschaft haben insgesamt einen Jahres-Reinertrag von 400.000 Peseten.
 Davon hat Mitglied A 40.000 "
 Mitglied B 60.000 "

Der Rest von 300.000 Peseten verteilt sich auf die Mitglieder C - Z, wobei von diesen keiner mehr als 30.000 Peseten Reinertrag hat.

Der Reinertrag von A und B - jeweils mehr als 30.000 Peseten - macht nicht mehr als 25 v.H. des gesamten Reinertrages aus. Folglich sind alle Mitglieder von der Landwirtschaftssteuer befreit.

(238) Orden de 27 de enero de 1948, Art. 1.

Spanien verzeichnet ein bemerkenswertes Anwachsen der Genossenschaftsbewegung, besonders auf dem Agrarsektor. Am 31. Dezember 1959 gibt es 8.270 Genossenschaften aller Arten; allein die Landgenossenschaften bilden 70 v.H. (239).

b) Die Agrarkreditinstitute

Es gibt verschiedene Kreditinstitute, die sich durch die Art ihrer Tätigkeit für die Landwirtschaft sowie durch ihre Bedingungen zum Teil erheblich voneinander unterscheiden.

1. Die Banco Hipotecario de España (Spanische Hypothekbank) ist eine private Unternehmung, die vom Staat kontrolliert wird und deren Tätigkeit sich auf die Gewährung von Darlehen mit Hypothekengarantie richtet, und zwar sowohl für ländliche als auch für städtische Grundstücke. Eigentlich erfüllen diese Darlehen nicht die Funktion des Agrarkredites, obwohl sie mit langen Fristen zurückbezahlt werden können, da der Gebrauch des Kredites nicht kontrolliert wird und der Zinsfuß angesichts der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe verhältnismäßig hoch ist.

239) Aufstellung der genossenschaftlichen Bewegung vom 31.12.1959

Union Nacional	1
Cooperativas Nacionales	3
Uniones Territoriales	47
Cooperativas interregionales	14
Cooperativas provinciales	107
Cooperativas comarcales	164
Cooperativas locales	5.590

Zur Entwicklung des Genossenschaftswesens:

Jahr 1950	4.536	Genossenschaften mit	897.000	Familien
Jahr 1955	5.232	Genossenschaften mit	1.139.000	Familien
Jahr 1959	5.926	Genossenschaften mit	1.223.000	Familien

Vgl. R. ROMERO MONTERO: "Las cooperativas del campo en España", in: REAS., núm. 23, 1958, S. 126 ff.

2. Der Servicio Nacional del Crédito Agrícola wurde durch Gesetzerlaß vom 24.3.1925 geschaffen und später durch die Erlasse vom 13.9. und 19.12.1934 umorganisiert. Durch das Gesetz vom 17.7.1946 wurde er mit einem Eigenkapital von 1.000.000.000 Peseten ausgestattet. Der Erlaß vom 16.6.1954 bestimmte die endgültige Form und Tätigkeit des Institutes.

- a) Sein Ziel ist es, den spanischen Landwirten Darlehen zu gewähren zur Schaffung, Erhaltung und Verbesserung des land-, forst- und viehwirtschaftlichen Vermögens, insbesondere zum Erwerb und zur Verbesserung von Böden, zur Aufstockung und Modernisierung des Maschinenparks, zur Vergrößerung und Veredelung von Viehherden, zu Flurbereinigungs- und Sanierungsvorhaben, zum Schutz des kleinbäuerlichen Eigentums, schließlich zur Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Nebenbetriebe (240).
- b) Nun zu den Geldquellen. Die spanischen Privatbanken und Sparkassen sind verpflichtet, der Regierung bis zu 2,5 Mrd. Peseten zu einem Zinsfuß von 2 v.H. zur Verfügung zu stellen. Der Staat betrachtet sich als direkten Schuldner der Kreditinstitute, obwohl die Federführung in Händen des Banco de España (Spanische Bank) in Madrid liegt. Der Servicio Nacional del Crédito Agrícola vermittelt dieses Geld an die Kreditnehmer, wobei er sich der privaten Bankorganisationen, der öffentlichen Sparkassen, der Versicherungsinstitute und der Gewerkschaften als örtlichen Agenturen bedient (241).

(240) Decreto de 16 de junio de 1954: Texto definitivo de las Leyes sobre Crédito Agrícola, Art. 1,2.

(241) Ebda., Art. 8, 9, 10.

- c) Die Darlehen können einzeln oder kollektiv mit persönlicher, hypothekarischer, verpfändbarer oder gemischter Garantie unter den folgenden Bedingungen gegeben werden (242):
- aa) Darlehen an landwirtschaftliche Vereine oder Gemeinschaften sollen 30 v.H. des liquiden Vermögens der Kreditnehmer insgesamt nicht überschreiten.
 - bb) Bei hypothekarischer Sicherung des Darlehens beläuft sich dieses auf höchstens 60 v.H. des Wertes, der für das belastete Grundstück oder Gebäude veranschlagt wird.
 - cc) Werden Agrarerzeugnisse verpfändet, so beträgt die Darlehenssumme bei lagernden Waren höchstens 60 v.H., bei reifendem Gut höchstens 30 v.H. des geschätzten Warenwertes. Letztere Bestimmung wird sinngemäß auch auf Früchte angewandt, die bis zur Verkaufsreife einer Weiterverarbeitung bedürfen (z.B. Wein).
 - dd) Darlehen an Einzelpersonen werden ohne besondere Sicherung bis zu einer Höhe von 100.000 Peseten, mit Warenverpfändung bis zu 150.000 Peseten, gegen Gestellung einer Hypothek bis zu 500.000 Peseten vergeben. Letzteres gilt auch für Darlehen zur Anschaffung von Vieh und/oder Maschinen, jedoch nur bis zur Höchstsumme von 70 v.H. des Anschaffungswertes (243).
 - ee) Allgemein gelten für ungesicherte Darlehen eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren und für Hypothekenkredite eine Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren. Die Laufzeiten von Warenpfandkrediten werden auf die

(242) Ebda., Art. 3.

(243) Ebda., Art. 4, 5, 11.

Fristen bis zum voraussichtlichen Verkauf abgestimmt (244).

3. Das Instituto Nacional de Colonización (Nationales Siedlungsinstitut) hat zwar nicht die Funktion eines Kreditinstitutes, vermittelt aber Darlehen, Vorschüsse und Subventionen für Siedlungsvorhaben (245).
4. Die Landwirtschaftsgenossenschaften. Der Servicio Nacional del Crédito Agrícola leitet Kredite an ländliche Genossenschaften über ländliche Kassen, die den deutschen Raiffeisenkassen ähnlich sind. In der Regel haften die Mitglieder einer Genossenschaft gesamtschuldnerisch und unbegrenzt (246).
5. Der Servicio Nacional del Trigo (Nationaler Weizendienst). Er erleichtert Anleihen ohne Hypothekengarantie für Scheunen, Dunggruben, Trockenträume sowie für den Kauf von Düngemitteln und Saatgut (247).
6. Der Servicio Nacional de Cultivo y Fermentación del Tabaco (Nationaldienst für Anbau und Gärung von Tabak) vermittelt wirtschaftliche Hilfen für Tabaktrockenträume (248).
7. Der Patrimonio Forestal del Estado vermittelt jede Art von wirtschaftlicher Hilfe für die Wiederaufforstung und die Verbesserung der Weiden im Rahmen der bestehenden Vorschriften (249).

(244) Ebda., Art. 6.

(245) Vgl. Decreto de 23 de junio de 1953 sobre la nueva estructura orgánica del Instituto Nacional de Colonización, cap. IV. Régimen económico: Art. 24 ff.

(246) Ley de 2 de mayo de 1942: Art. 44.

(247) Decreto Ley de 23 de agosto de 1937: Art. 14. Decreto-Ley de 6 de octubre de 1937 sobre el Reglamento, cap. XIV: Régimen económico.

(248) Decreto de 2 de julio de 1944. Normas reguladoras del Tabaco, cap. III.

(249) Ley de Montes de 8 de junio de 1957, Art. 43 - 49.

Die Kreditstätigkeit belief sich im Jahre 1959 auf 1.426 Millionen Peseten. Von den 211 in dem bezeichneten Jahr durch den Servicio Nacional del Crédito Agrícola gewährten Anleihen wurde der größte Teil für die Einrichtung von landwirtschaftlichen Hilfs- und weiterzuverarbeitenden Betrieben verwendet: Weinkeller, Ölmühlen, Molkereien usw.

Die Zahl der ländlichen Kassen belief sich auf 1.548 mit einem Eigenkapital (einschließlich Rücklagen) von insgesamt 142 Millionen Peseten und Einlagen von 1.517 Millionen Peseten (250).

Zum Abschluß könnten wir die Worte von J. Rubio Gonzalez zitieren: "... das Problem des Landes ist in seiner Anfangs- und Umwandlungsphase ein Problem des Geldes. Die spanische Gesetzgebung versteht es so, aber die enttäuschende Wirklichkeit sieht so aus, daß die Organe, die die Kredite, Prämien und Hilfen gewähren, kümmerliche Haushalte haben und daß ihre Hilfen nicht zu den Tausenden von Landwirten kommen, die sich mit Recht und guten Glaubens auf der Suche nach Hilfe einstellen, mit denen sie ihre wirtschaftlichen Mittel aufbessern können" (251).

6. Produktions- und Absatzregulierungen

Wie im ersten Teil schon bemerkt wurde, zwangen die besondere Situation Spaniens nach dem Bürgerkrieg und die politische und wirtschaftliche Isolierung, die dem Weltkrieg folgte, das Land zu einer Politik der Selbstversorgung. Da die nationale Produktion nicht ausreichend und die Möglichkeiten der Einfuhr sehr begrenzt waren, war es notwendig, Angebot und Nachfrage zu regu-

(250) R. ROMERO MONTERO: "Información y documentación", in: REAS., núm. 27, 1959, S. 83.

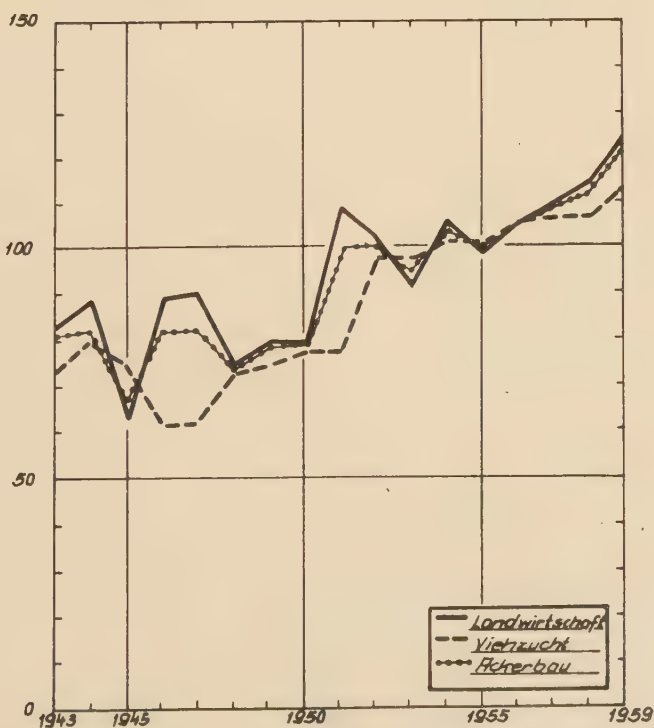
(251) J. RUBIO GONZALEZ: "Leyes Agrarias". Madrid 1961, Bd. II, S. 1341.

lieren. Das erforderte verständlicherweise auch eine vollständige Intervention bei den Preisen, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung der Kauffähigkeit ärmerer Bevölkerungskreise.

Die Maßnahmen des Staates zielten darauf ab, die Preise zu stabilisieren, aber mit reinen Zwangsmaßnahmen und ohne wirtschaftlich-rationale Grundlage. Wie sich vermuten läßt, wurde die Rationierung von der Praxis eines schwarzen Marktes umgangen, der außergewöhnliche Ausmaße erreichte. Nicht einmal die brutale Tätigkeit der Fiscalía de Tasas (Staatsanwaltschaft für Preisbrecher), die 1940 geschaffen wurde, um die Erfüllung der Gesetze auf dem Gebiet der Preise zu erzwingen, hatte einen durchschlagenden Erfolg. Das Gesetz vom 6. November 1941 schuf die Junta Superior de Precios (Oberster Preisrat), die beauftragt wurde, die offiziellen Maßnahmen auf diesem Gebiet zu koordinieren. Diese Einrichtung scheiterte gleichfalls an ihrer Aufgabe. Und um die Verwirrung noch zu erhöhen, überließ man die Festsetzung der Preise verschiedenen Zentren. Was die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, der Düngemittel und Landwirtschaftsmaschinen angeht, so setzte das Landwirtschaftsministerium die Preise fest, aber nur der Inlandsprodukte (252). Die Festsetzung der Preise für Einfuhrprodukte übertrug man der Comisería General de Abastecimientos y Transportes (Generalkommissariat für Versorgung und Transportwesen).

-
- (252) "El precio de los productos agrícolas -- hat J.M. AREILZA gesagt -- no se reguló por la producción de las tierras marginales, cosa por otro lado imposible cuando los cultivos marginales se refieren a tierras de muy baja calidad, so pena de producir unos aumentos de la renta de la tierra incompatibles con el bien común... Sin embargo, tampoco se hizo la regulación, y esto ya tiene más interés, partiendo de un determinado nivel de precios de los productos agrícolas que, tomado como base, sirviera para orientar las sucesivas variaciones, acomodándose a las exigencias económicas del campo. En resumen: no existió política alguna en relación con el precio de los productos agrícolas y, por tanto, mal pudieron comprenderse en ella los problemas que, en este aspecto, se plantearon de autofinanciación agraria". "España, país agrario", in: REAS., núm. 11, 1955, S. 109. R. TAMAMES, aaO., S. 600.

INDEX DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN NETTOPRODUKTION



Quelle: Ministerio de Agricultura

Ab 1951 ändert sich die Lage bemerkenswert mit der Aufhebung der Rationierung und einer Politik der Preisfreiheit, ohne daß die staatliche Preisüberwachung ganz aufgegeben wurde. Dies war möglich infolge der Normalisierung der Einfuhren und einer Vergrößerung der nationalen Landwirtschaftsproduktion. Zwischen den Jahren 1951 und 1955 erreichte man eine gewisse Preisstabilität: die bessere Versorgung des Marktes glich die steigende Nachfrage aus. Ab 1956 setzte ein neuer Inflationsprozess ein, was 1959 zu einem Stabilisierungsprogramm zwang. Heute unterliegen nur noch die folgenden Erzeugnisse staatlichen Regulierungen (253).

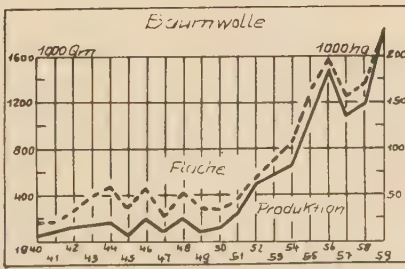
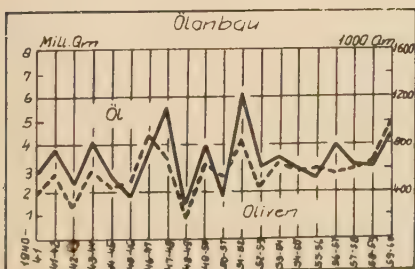
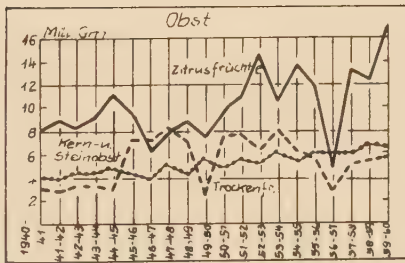
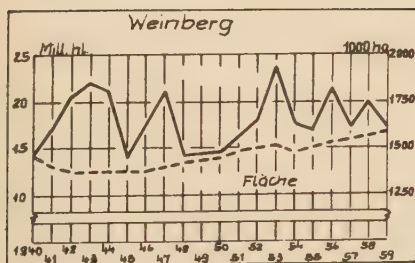
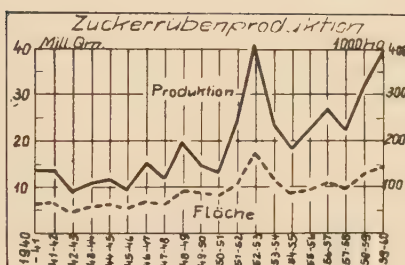
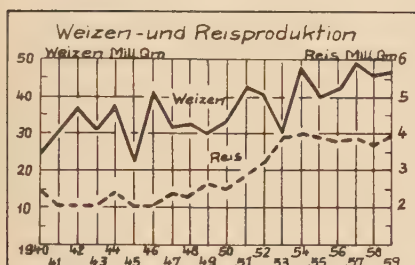
a) Brotgetreide

Der Weizen wurde wegen seiner Bedeutung für den nationalen Verbrauch vom ersten Augenblick an als "ein politisches Produkt" betrachtet. Durch Gesetzeserlaß vom 23. August 1937 und seine entsprechende Ausführungsbestimmung vom 6. Oktober 1937 wird der Weizenhandel gesetzlich geregelt. Die letzten Bestimmungen sind in dem Dekret vom 31. Mai 1961 enthalten.

- 1) Die Produktion und Verteilung des Weizens und seiner hauptsächlichlichen Derivate werden geordnet und sein Kauf, Transport und Preis reguliert. Das erlegt den Landwirten die Pflicht auf, eine bestimmte Fläche mit Weizen zu bebauen, die durch das Departamento de Agricultura (Landwirtschafts-
abteilung) bestimmt wird, und eine Erklärung über die jährliche Weizenanbaufläche und -produktion abzugeben (254).
- 2) Der Weizenanbau wird zu einer Maßnahme von nationalem Interesse erklärt. Deshalb wird festgesetzt:

(253) R. TAMAMES, aaO., S. 601.

(254) Decreto-Ley de 23 de agosto de 1937: Art. 1, 4, 5.



Quelle: Anuario Estadístico de Producción Agrícola

- a) Die zwangsweise mit Weizen bebauten Bodenflächen sollen jeweils die ertragreichsten sein. Weniger ergiebige Böden können anderen Kulturen überlassen bleiben.
- b) Der Ankauf, die Lagerung und die Finanzierung des Weizens wird reguliert.
- c) Es werden Preise für die verschiedenen Weizenklassen, und zwar differenziert in Preise für die Ertragswertermittlung von Böden und Preise für den Verkauf, festgesetzt (255).
- d) Die Verwendung von Weizen als dem grundlegenden Brotgetreide wird für die Fütterung von Tieren verboten, ausgenommen die Typen IV und V oder die verdorbenen Mengen der anderen Klassen mit Genehmigung des Servicio Nacional del Trigo.

(255) Decreto de 31 de mayo de 1961 en que se regula la campaña de cereales 1961 - 1962: Art. 2 ff; ds. cap. IV: Precios. Art. 10 ff. Der Preis liegt weit über dem Weltmarktpreis. Das erhellt schon aus dem Importzoll für Weizen mit einem Satz von 45 v.H. ad valorem. Man rechtfertigt diese Preise mit folgenden Angaben:

- 1) 91,9 v.H. der Getreideanbauer verdienten im Jahre 1955 mit ihrer Arbeit nicht den Tagessatz, der den gesetzlichen Bestimmungen für die Landwirtschaft entspricht. Das sind 1.368.590 Betriebe, die mit ihren Familien 6.842.950 Einwohner ausmachen. Für diese wäre ein verhältnismäßig niedriger Weizenpreis ein großer wirtschaftlicher Nachteil. Ihr Lebensunterhalt würde gefährdet sein, und eine große Zahl würde sich gezwungen sehen, in die Städte und Industriezentren abzuwandern.
- 2) 7,6 v.H. der Getreideanbauer, das sind 113.688 Betriebe mit 568.440 Personen, bearbeiten den Boden mit Zugtieren und erzielen in normalen Jahren ein mäßiges Einkommen, das ihnen eine auskömmliche Lebensführung gestattet, wenn auch stets sehr bescheiden und gelegentlich gar voller Opfer.
- 3) 0,5 v.H. der Getreideanbauer, d.h. 6.840 Betriebe und 34.000 Personen insgesamt, können damit rechnen, daß sie in normalen Jahren bei dem jeweils geltenden Preis einen bescheidenen Gewinn erhalten. Vgl. R. TAMAMES, aaO., S. 64. Vgl. Tabellen XXIV, XXV, XXVI.

- e) In gleicher Weise werden der Prozentsatz zulässiger Unreinheit und der für die verschiedenen Klassen zulässige Feuchtigkeitsgrad festgesetzt. Als Anreiz zur Qualitätssteigerung werden Vergünstigungen oder Preisabschläge eingeführt, je nachdem ob der zum Kauf angebotene Weizen die festgesetzten Bedingungen erfüllt oder nicht. Auch die Produzenten von Weizensaatgut müssen den Weizen vor dem 15. September in handelsfähigem Zustand botanischer Reinheit und Keimfähigkeit übergeben.
 - f) Die Hülsenfrüchte, der Roggen und andere Getreidearten für den menschlichen Verbrauch haben weiterhin Freiheit im Handel, Verbrauch und Preis, können aber auch vom Servicio Nacional del Trigo erfaßt werden (256).
- 3) Die Behörde, die mit der Regulierung des Weizenmarktes beauftragt wurde, ist der Servicio Nacional del Trigo, eine Behörde mit vollständiger juristischer Persönlichkeit.
- 4) Für die bessere Lagerung des Weizens wurde durch Dekret vom 12. Juli 1946 der Servicio Nacional del Trigo mit dem Studium, der Errichtung und Ausnutzung des nationalen Silonetzes verschiedener Klassen beauftragt: Aufnahmesilos in den Produktionszonen, Übergangssilos in den hauptsächlichsten Verkehrsknotenpunkten und Silos, die speziell zur Lagerung und Erhaltung von Saatgut für die Aussaat bestimmt sind. Die Beschlagnahme von notwendigen Grundstücken und Gebäuden wird als Angelegenheit "öffentlichen Interesses" erklärt; das bedeutet das Recht zur Enteignung, wenn der Fall es erfordert. Der Servicio Nacional del Trigo kann für die Errichtung von Silos und Scheunen Sub-

ventionen bis zu 40 v.H. der Voranschlagssumme gewähren (257).

b) Reis

Durch Gesetz vom 17. März 1945 und Dekret vom 23. Mai 1945 werden die Flächen des bebaubaren Landes festgesetzt. Schon vorher, durch das Dekret vom 14. Dezember 1940 wird das Instituto Nacional de Colonizacion ermächtigt, Reiskulturen auf den sumpfigen oder für andere Bebauungen ungeeigneten Böden anzulegen. Der Handel mit geschältem Reis ist frei, der mit ungeschältem wird von der Ordnungskommission für den Reismarkt überwacht bzw. gelenkt. Dabei hat diese Kommission den Reisbauern und Händlern gegenüber im wesentlichen eine beratende Funktion; außerdem gehört die Koordination von Binnen- und Außenmarkt zu ihren Aufgaben (258).

- (257) Decreto de 12 de julio de 1946 en que se encomienda al S.N.T. el estudio, construcción y explotación de la Red Nacional de Silos. Decreto de 19 de octubre de 1951. Arts. 1 - 9.

Das Silo-Netz

Art der Silos oder Getreidespeicher	Zahl	Kapazität in 1000 Tonnen
Silos für langfristige Lagerung	587	1046,4
Durchgang-Silos	16	188,0
Hafensilos	5	60,0
Gesamt:	608	1294,4
Getreidespeicher oder Silos auf dem Land	1044	722,0
Lagerhäuser in Häfen	9	84,0
	1661	2100,4

Quelle: S.N.T.

- (258) Ley de 17 de marzo de 1945. Arts. 1,2. Decreto de 23 de mayo de 1945, Art. 1 ff. Vgl. R. TAMAMES, aaO., S. 72.

Soweit der Reis für die Brotherstellung verwendet wird, geht er durch die Hände des Servicio Nacional del Trigo (259).

c) Zucker
.....

In der Verordnung vom 22. November 1952 werden die kultivierbaren Flächen festgesetzt. Die Zuckerfabrikanten können Zuckerrüben nur von den zugelassenen Flächen kaufen (260). Der Verkauf von Zucker, der industriell produziert wurde, wird durch den normalen Handel getätigt (Groß- und Kleinhandel). Die Regierung setzt die Verkaufspreise ab Fabrik für die verschiedenen Zuckerklassen fest, ebenso wie den Handelsspielraum und den öffentlichen Verkaufspreis. Die Zuckereinfuhr ist ebenfalls Sache des staatlichen Handels (261).

d) Tabak
.....

Der Servicio Nacional de Cultivo y Fermentación del Tabaco, der durch die Verordnungen vom 30. November 1944 und 2. November 1951 organisiert wurde, kontrolliert sowohl die Produktion als auch die Kommerzialisierung des Tabaks. Jährlich werden von der Verwaltung die anzuwendenden Normen bestimmt. Die Bestellung 1962/63 ist in der Weisung vom 10. Juli 1961 geregelt worden. Darin werden die verschiedenen Klassen des anzubauenden Tabaks, die Ausdehnung in den verschiedenen Zonen und die Preise für die verschiedenen Tabaksorten bestimmt (262).

(259) Decreto de 14 de diciembre de 1940, Art. 3.

(260) Orden de 22 de noviembre de 1952, Art. 1 - 4. Orden de 21 de febrero de 1953. Vgl. Tabelle XXVII.

(261) I Congreso Sindical, aaO., S. 75 - 76. R. TAMAMES, aaO., S. 126.

(262) Decreto de 2 de junio de 1944, Art. 2: "La intervención del Estado en la producción y distribución del tabaco obedece a fines fiscales. El tabaco es uno de los bienes típicos de consumo susceptible de soportar mayores gravámenes indirectos. Para conseguir un mayor provecho a la tributación, el Estado creó el Monopolio de Tabacos y Cerillas". Vgl. Tabelle XXIX, XXX.

Die Verarbeitung des Tabaks aus nationaler Produktion, der Kauf des Importtabaks und die Verteilung des ganzen kontrollierten Tabaks der einen oder anderen Herkunft, obliegt einzig und allein der Compañía Arrendataria de Tabacos, S.A. (Pachtgesellschaft für Tabak, AG), an der die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist (263).

e) Baumwolle
.....

Das Ministerium muß nach der von ihm selbst hergestellten Mapa Agronómico Textil (Textillandwirtschaftliche Karte) die für den Baumwollanbau geeigneten Landstriche festsetzen (264). Das Instituto de Fomento para la producción de Fibras Textiles (Förderungsinstitut für die Produktion von Textilfasern) delegiert Vollmachten an örtliche oder bezirkliche Konzessionsgesellschaften, die ihrerseits die in Frage kommenden Landwirte verpflichten, bestimmte Flächen mit Baumwolle zu bebauen, und - soweit sie über die notwendigen Einrichtungen verfügen - die Ernte der einzelnen Landwirte weiterzuarbeiten. Das Landwirtschaftsministerium schreibt den Konzessionsgesellschaften die Einkaufspreise

(263) Ordenes de 30 de noviembre de 1944 y de 2 de noviembre de 1951, sobre la organización del Servicio Nacional del Cultivo y Fermentación del Tabaco. Orden de 14 de julio de 1945, sobre el Reglamento de concesiones para el cultivo del tabaco. Vgl. R. TAMAMES, aaO., S. 139.

(264) Die Diktatur Primo de Riveras (11. Okt. 1923) verlieh dem Baumwollanbau durch die staatliche Baumwoll-Kommission (Comisaría Algodonera del Estado) starke Impulse. Dieser Körperschaft wurde ein Etat von 2 Mill. Peseten zuerkannt (während eines Zeitraumes von 5 Jahren), um den Baumwollanbauern Kredite gewähren zu können. Während der Republik (22. Mai 1932) wurde ein Plan aufgestellt, der den Anbau von 100.000 ha in 5 Jahren vorsah. Zur Durchführung dieses Planes wurde das Instituto del Fomento del Cultivo Algodonero geschaffen, das die Befugnis hatte, die Preise für Fasern und Nebenprodukte festzulegen. Nach dem Bürgerkrieg und infolge der Schwierigkeiten in der Beschaffung aus dem Ausland wurde der Baumwollanbau immer stärker forciert. Das Gesetz vom 13. August 1940 rief das Instituto para el Fomento de la Producción de Fibras Textiles ins Leben, und das Dekret vom 5. November 1940 genehmigte die Schaffung der sociedades industriales concesionarias mit Monopolcharakter. Vgl. Tabelle XXXI.

für Rohbaumwolle wie auch die Preise für den Verkauf des verarbeiteten Produkts an das Förderungsinstitut vor. Dieses überläßt die Baumwolle dann dem Nationalen Baumwollzentrum zu Preisen, die ebenfalls fixiert werden (265). Das Nationale Baumwollzentrum zentralisiert den ganzen nationalen Baumwolleinkauf, den Import und die Baumwollzuteilung an die Industrie (266).

f) Hopfen

Der Anbau und die Kommerzialisierung wurde zuerst der Sección del Fomento del Cultivo del Lúpulo (Sektion zur Förderung des Anbaus von Hopfen) übertragen, die sich später Servicio de Fomento del Lúpulo (Hopfenförderungsdienst) nannte. Gegenwärtig schließt die Sociedad Anónima Española de Fomento del Lúpulo (Spanische Aktiengesellschaft zur Hopfenförderung) die Verträge mit den Anbauern auf der Basis von Preisen durch, die von der Regierung festgelegt wurden. Außerhalb dieser Verträge darf bei Strafandrohung kein Hopfen angebaut werden (267).

Rückblickend kann man sagen, daß die Interventionspolitik des Staates auf dem Agrarmarkt große Nachteile verursacht hat. "Im allgemeinen" - so sagt der I. Gewerkschaftskongress - "und mit Ausnahme weniger Erzeugnisse hat die Intervention auf dem herrschenden Markt in den letzten Jahren eine Isolierung der Produktion vom Marktgeschehen verursacht, so daß dieses dem Landwirt für gewöhnlich wenig transparent ist. Dieser Umstand und die mangelhafte Organisation der Erzeuger hinsichtlich der Beherrschung des Marktes bringen es mit sich,

265) R. TAMAMES, aaO., S. 133.

266) Über die Gesetzgebung vgl. J. RUBIO GONZALES: "Leyes Agrarias", Madrid 1961, Bd. I, S. 626 - 642. Ds. R. TAMAMES, aaO., S. 134. I Congreso Sindical, cuaderno núm. 2, S. 81.

267) Vgl. J. RUBIO GONZALES, aaO., S. 724 - 729.

daß er, anstatt einen Einfluß auf ihn auszuüben, sich gezwungen sieht, in einem weiten Arbeitsfeld als ein passives Element zu wirken, das den Einflüssen und Entscheidungen der Kaufleute unterliegt, die den Markt in Wirklichkeit beherrschen" (268).

Die Erfahrung lehrt, daß die unmittelbare Einflußnahme auf die Produktion und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht frei von großen Gefahren ist. Es ist weit besser, wie es heutzutage immer mehr geschieht, die Produktion und den Verbrauch der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mittelbar in die gewünschten Bahnen zu lenken (etwa durch Prämien), und dem Mechanismus von Angebot und Nachfrage die eigentlichen wirtschaftlichen Funktionen zu überlassen. Abgesehen davon, daß eine unmittelbare Intervention die private Initiative außerordentlich begrenzt und die Genossenschaften sich nicht verpflichtet fühlen, die Interessen der Landwirte wahrzunehmen, sollten mit der Zeit die Einrichtungen monopolistischen Charakters abgeschafft werden.

Man muß jedoch anerkennen, daß die eigentümliche Lage der spanischen Landwirtschaft und die große Zahl an kleinem Eigentum und landwirtschaftlichen Unternehmen, die sich in einer freien Wettbewerbswirtschaft nicht oder kaum rentieren würden, aus sozialpolitischen Gründen für eine gewisse Zeit eines besonderen Schutzes bedürfen. Ein sehr langfristiger Schutz von seiten des Staates jedoch führt zur Gleichgültigkeit und tötet jeglichen Fortschrittsdrang.

7. Sicherung des Lebensniveaus

Die Reform der Strukturmängel der Landwirtschaft - mögen diese sich auf die natürlichen Bedingungen der Produktion oder auf die Verteilung des Grundbesitzes beziehen - ist in sich kein Ziel. Man muß sie eher als

ein Mittel ansehen, womit ein besserer Lebensstandard sämtlicher Volkskreise einschließlich der Landbevölkerung erzielt wird. Die wirtschaftliche Sicherheit weiterer Kreise der Landbevölkerung erfordert trotz allem eine Regelung der Arbeitsbedingungen. Die gegenwärtige Regierungsform hat in die Arbeitsverträge weitgehend eingegriffen, indem sie die Löhne wie auch die sonstigen Arbeitsbedingungen auf dem Lande festsetzte. Diese direkte Intervention wird immer mehr durch die Vertragschließung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ersetzt, die allerdings den Rahmen der kollektiven Tarifverträge nicht sprengen darf.

Die wirtschaftliche Sicherheit großer Kreise der Bevölkerung befindet sich dauernd in Gefahr. Tod, Krankheit und andere Lebensunfälle beeinflussen den normalen eigenen Lebensweg und die Existenzmöglichkeiten der Familie. Es wäre auch ein Sozialversicherungsgesetz vonnöten, das die wirtschaftliche Sicherheit in unvorhergesehenen Fällen gewährleistet. Die Bedeutung der Sozialversicherung der Landbevölkerung hängt nicht nur von der Zahl der Landarbeiter ab, sondern vor allem von dem wirtschaftlichen Standard dieses Bevölkerungskreises, der "von seinem täglichen Brot lebt". Nach den Tatsachen zu schätzen, muß man jedoch anerkennen, daß trotz der schwierigen Probleme, denen sich die Sozialversicherung auf dem Lande gegenüber sieht, doch manches auf diesem Gebiet geleistet wurde.

Die Erhöhung des Lebensniveaus kann kein Ziel von absolutem Wert sein. Der wirtschaftliche Standard ist eine Voraussetzung für die Erhöhung des kulturellen Standards, und letzterer ist wiederum eine Bedingung "sine qua non" für die Besserung von ersterem. Zwischen dem wirtschaftlichen und kulturellen Niveau bestehen Wechselbeziehungen, beide sind Bestimmungsfaktoren für die Qualität des Produktionsfaktors Arbeit. Eine Agrarpolitik darf deshalb diesen Gesichtspunkt nicht außer acht

lassen. Die Maßregeln, die einen höheren kulturellen Standard fördern, werden durch die bessere Berufsausbildung des Landwirts auch in einer Besserung des Lebens zum Ausdruck kommen. Man möchte eine Agrargesetzgebung wünschen, deren unmittelbares Ziel der Lebensstandard auf dem Lande ist - Zweck jeder Agrarpolitik.

a) Arbeitsvertragsregelung

Die erste Arbeitsvertragsregelung erfolgte durch das Gesetz vom 21. November 1931.

Die neue Regierung behielt sich die Festsetzung der Löhne und der Arbeitsbedingungen vor, gestützt auf den 3. Paragraphen des "Fuero del Trabajo": "Es kommt dem Staat zu, die Grundlagen festzusetzen, die die Arbeitsbeziehungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern regulieren". Die Anwendung dieses allgemeinen Prinzips auf die Landarbeit wird in dem 5. Paragraphen festgelegt: "Die Arbeitsnormen des landwirtschaftlichen Betriebes sollen sich den besonderen Charakteristiken und den durch die Natur verursachten jahreszeitlichen Veränderungen anpassen" (269). Das Arbeitsministerium wandelte diese dogmatischen Prinzipien in gesetzliche Verfügungen um und setzte im Jahre 1940 zum erstenmal einen Mindestlohn für die Landarbeiten genereller Art fest. Um die Kaufkraft der Löhne zu sichern, nimmt man den Preis vom Getreide und von anderen Agrarprodukten als Berechnungsbasis. Nach diesem Kriterium wurden auch die Mindestlöhne in der Landwirtschaft in der späteren Gesetzgebung reguliert.

Die Provinzialordnungen vom Jahre 1947 setzen die Arbeitsbedingungen für die verschiedenen Provinzen fest. Ihre Geltung erstreckt sich auf den Umkreis der Provinz. In jeder Provinz unterscheidet man zwei oder drei Typen von Mindestlöhnen, je nach dem

(269) Consejo Social de la Organización Sindical Española, Campo (2), S. 184.

Lebensstandard der Bevölkerung und der technischen Entwicklung der Landwirtschaft. Die Gewerkschaft hat aber wiederholt den Wunsch nach einer Einheitlichkeit der Mindestlöhne wie nach einer Erhöhung zum Ausdruck gebracht.

Die Landarbeitsordnungen verfolgen im wesentlichen, das Prinzip des Gesetzes "über die maximale tägliche Arbeitszeit" von 1931. Die normale Arbeitszeit auf dem Lande beträgt acht Stunden. Bei den von ständigen und zeitweise beschäftigten Arbeitern ausgeführten Arbeiten, bei denen es manchmal vonnöten ist, die normale Arbeitszeit zu überschreiten, können die Überstunden an späteren Tagen innerhalb der gleichen Arbeitssaison in Abzug gebracht werden. Wenn dieser Ausgleich nicht möglich ist, sollen sie mit den gesetzlichen Zuschlägen bezahlt werden" (270).

Dieser gesetzliche Zuschlag beträgt für Männer 25 v.H. für die zwei ersten Überstunden, 40 v.H. für die übrigen und für Frauen generell 50 v.H.

Über Sonntagsruhe, Ferien, und Urlaub bestimmt der Paragraph 2 des "Fuero del Trabajo", daß der Staat die Sonntagsruhe als unantastbare Bedingung der Arbeitsleistung aufrecht erhält. Dieses Postulat wird im Gesetz vom 13. Juli 1940 weitgehend erfüllt. Was die Landarbeit anbetrifft, so wurde das Verbot der Sonntagsarbeit durch folgende Ausnahmen beschränkt: Viehversorgung, Ernte und Saat, Transport und Aufspeicherung von verderblichen Produkten, Bewässerung und Schädlingsbekämpfung, kurz: generell alle Tätigkeiten, die unaufschiebbar sind, wenn man große Schäden vermeiden will (271).

(270) Ley de 1 de julio de 1931, cap. II und I. Art. 1: "No se estimará aumentada la jornada de trabajo por el tiempo que permanezca en el tajo el trabajador con ocasión de comidas o descansos establecidos por normas legales o por la costumbre". Die obersten Grenzen für Überstunden liegen bei 250 Überstunden im Jahr und bei 50 Überstunden im Monat (Art. 4 und 5). Die normale Arbeitszeit in der Landwirtschaft darf in den drei Wintermonaten täglich 7 Stunden, in den drei Sommermonaten 10 Stunden und in den übrigen Monaten 8 Stunden nicht überschreiten.

(271) Ley de 13 de julio de 1940: Art. 4. Reglamento: Art. 8,9.

Die ständigen Arbeiter bekommen einen Jahresurlaub von sieben Tagen, wenn der Arbeitsvertrag auf ein volles Jahr abgeschlossen ist. Ein eintägiger Urlaub wird gewährt aus Anlaß von Tod, Beerdigung und anderen Familienereignissen (272).

Neben dem normalen Lohn haben die Landarbeiter Anspruch auf Gratifikationen in Höhe von jeweils einem vollen Wochenlohn, und zwar einmal zu Weihnachten (Verordnung des Arbeitsministeriums vom 6. Dezember 1945) und dann zum Fest der Arbeit (Verordnung vom 17. Juli 1947). Gelegenheitsarbeiter erhalten entsprechende Zuwendungen, deren Höhe nach der Dauer ihres jeweiligen Arbeitsvertrages festgelegt wird (273)

Die Beteiligung an dem Betriebsgewinn wird ebenfalls im Fuero del Trabajo festgelegt. Die VI. Nationalversammlung von Bauern und Viehzüchtern im Mai 1957

(272) A. ESPINOSA POVEDA, aa0., S. 44 ff.

(273) Die Minimallöhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten immer sehr niedrig gewesen und unter den Minimal-löhnen ist der in der Landwirtschaft gezahlte Lohn am niedrigsten. Zur Verdeutlichung folgt ein Vergleich zwischen dem Jahreslohn für einen landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter und einen Bauhilfsarbeiter:

Hilfsarbeiter im Bausektor:

Mindestlohn (36 Pts. täglich)	13.140,00
Zuwendungen zu Weihnachten und zum 18. Juli	720,00
Anteil am Gewinn (6 v.H. des Grundlohnes) ..	788,40
Familien-Lohnzulage 20 v.H. vom Mindestlohn zuzügl. Zuwendungen	2.772,00
Obligatorische Sozial-Vers. (Unternehmerant.)	1.940,40
Mutualidad laboral (Unternehmeranteil)	831,60
Gesamt	20.192,40

Landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter:

Mindestlohn (30,50 Pts. täglich)	11.120,00
Zuwendungen zu Weihnachten und zum 18. Juli	427,00
Obligatorische Sozial-Vers. (Unternehmerant.)	577,30
Gesamt	12.124,30

Vgl. Consejo Social, Campo (2), S. 189.

Daraus folgert A. ESPINOSA POVEDA: "La motivación inmediata del éxodo rural encuentra aquí su más categorica respuesta. El potencial de trabajo más capacitado opta por su marcha a la ciudad, dejando en el campo a los más jóvenes o adultos de edad avanzada, en espera de su oportunidad".
"Los Convenios Colectivos de Trabajo", aa0., S. 47.

stimmte dieser Bestimmung zu und forderte außerdem die Ersetzung des Arbeitsvertrages durch eine Art Gesellschaftsvertrag, in dem dem Arbeitnehmer zwar keine Leitungsbefugnis, aber eine angemessene Ergebnisbeteiligung zuerkannt und so sein Interesse an der Betriebsleistung stimuliert würde (274). Unabhängig von dieser Forderung wurden aus Gewohnheit verschiedene Beteiligungssysteme eingeführt, wie das des "pejugal", "aniaga", "excusa" und "soldada" (275).

Die Provinzialordnungen stellten nur einen Übergang zu der angestrebten Regelung dar (276). Das letzte gesetzliche Stadium in der Festlegung der Arbeitsbedingungen waren die Kollektivverträge der Arbeitergewerkschaften, die unter dem Schutz des Gesetzes vom 24. April 1958 geschlossen wurden. Die Verschiedenartigkeit dieser Verträge ist sowohl in ihrer Form wie in ihrem Wesen höchst typisch, da es sich um Abkommen zwischen Arbeitgebern und Landarbeitern handelt, die sich den Orts- und Zeitverhältnissen

(274) Die Erhöhung der Mindestlöhne und ihre Angleichung an die der Industrie war einer der Vorschläge der Gewerkschaftsorganisation. Im September 1956 wurde von einer Gewerkschaftskommission unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums vorgeschlagen, die Löhne auf 40 und 50 Peseten für die fest angestellten Arbeiter (obreros fijos) und 51 bis 60 Peseten für die Gelegenheitsarbeiter (obreros eventuales) festzusetzen. Dieser Vorschlag wurde von den kompetenten Behörden nicht angenommen, obwohl diese Mindestlöhne in der Praxis schon weitgehend bezahlt wurden, mit Ausnahme vom Winter und ständig von gewissen Zonen in Adalusien und Extremadura, wo das Arbeitsangebot fast während des ganzen Jahres die tatsächliche Nachfrage übertrifft. Vgl. Consejo Social, (Campo (2), 1959. Madrid, S. 191 u. ff.

(275) Ebda., S. 193 ff.

(276) A. ESPINOSA POVEDA, aaO., S. 8.

anpassen (277). Trotzdem aber weisen sie, was die örtliche, berufliche und persönliche Sphäre anbetrifft, einige allgemeine Züge auf.

Die Kollektivverträge können einen lokalen, regionalen oder provinziellen Charakter haben (278).

Einerseits sind die Kollektivverträge in Bezug auf die örtlichen bzw. regionalen Besonderheiten sehr differenziert, andererseits regeln sie aber Bezahlung, Urlaubsgewährung, Leistungsanforderungen, Verhalten gegenüber den Arbeitskollegen usw. bis nahezu in alle Details (279).

Der Geltungsbereich eines solchen Vertrages kann sich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe einer bestimmten Region oder auch nur auf eine bestimmte Anzahl erstrecken. Es gibt sogar Fälle, wo ein Kollektivvertrag nur für einen einzigen Betrieb gültig ist (280). Im allgemeinen werden die Verträge nur für ein Jahr geschlossen; es gibt aber auch längere und kürzere Vertragszeiten (281).

Obgleich die Kollektivverträge eine Skala von Nuancen und Verschiedenartigkeiten enthalten, die es fast unmöglich machen, sie in ein System zu bringen, merkt man im allgemeinen doch, daß die Arbeitsbedingungen

(277) Ebda., S. 9

(278) Ebda., S. 10 - 11.

(279) Ebda., S. 13

(280) Ebda., S. 14. In den Convenios Colectivos, die bis 31. Dez. gegründet waren, übersteigt die Zahl der beteiligten Unternehmungen 43.000 und die der Arbeiter 230.000.

(281) <u>Zeitdauer des Arbeitsvertrages</u>	<u>Anzahl der Arbeitsverträge</u>
2 Jahre	15
18 Monate	2
15 bis 17 Monate	3
1 Jahr	68
7 bis 10 Monate	5
6 Monate und weniger	8
Gesamtzahl der Convenios	103

besser geregelt worden sind als in den Provinzialanordnungen. Löhne und sonstige Vergütungen, Sonntagsruhe und Urlaub und die sonstigen Klauseln sind für den Arbeiter besser geworden.

Die gerechtere Verteilung des Ertrages brachte auch weitgehend größere Leistungen. Eine große Zahl von Abkommen enthält Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität; sie setzen Mindestleistungen, Akkord- oder Tagewerkssätze fest (282).

Niemand wird heutzutage in Abrede stellen, daß die Regulierung der Arbeitsbedingungen von den staatlichen Behörden überwacht werden kann und überwacht werden muß. In vielen Punkten wenigstens wurde die liberale Denkart überwunden, die alles, was den Arbeitsvertrag anbetrifft, auf die private Sphäre beschränkt sehen möchte. Während der Interventionsbereich von seiten des Staates bei den demokratischen Regierungen sehr beschränkt ist, die die Festsetzung der Löhne dem Beschluß der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände überlassen, hat der spanische Staat die Mindestlöhne selbst festgesetzt, die auf Grund des übermäßigen Arbeitsangebotes in der Landwirtschaft selten überschritten wurden. Im allgemeinen darf man behaupten, daß die staatlichen Ein-

- (282) Die Unterschiede zwischen den gesetzlichen Mindestlöhnen und den Kollektiv-Abmachungen verdienen einige Beachtung. hier genügt als Beispiel das der Provinz Alicante:

	Gesetzliche Mindest- löhne je Tag	Löhne des Con- venio je Tag
Festangestellter Arbeiter für nicht spezifizierte Arbeiten	27,00 Pts	50,00 Pts.
Hirte	30,50 "	45,00 "

Im Tageslohn für einen Traktorfahrer besteht ebenfalls eine Differenz von 21 Pts. Vgl. A. ESPINOSA POVEDA, aaO., S. 48 ff.

griffe in die Lohnordnung nicht immer glücklich waren. Bekanntlich hängt die Höhe der Reallöhne u.a. von zwei Umständen ab: erstens von der Höhe der Nominallohne und zweitens von der Verteilung des monetären Volkseinkommens auf Kapital und Arbeit. Wenn eine Erhöhung der Nominallohnsätze nicht eine Umverteilung des monetären Einkommens zugunsten des Faktors Arbeit bedeutet, dann wird die Reallohnsteigerung zumindest nicht das erwünschte Ausmaß annehmen. Tatsächlich sind die Erhöhungen der Lohnsätze durch Preissteigerungen nahezu neutralisiert worden.

Die Festsetzung der Löhne auf Grund des in der verschiedenen Gegenden bestehenden Lebensstandards mußte zur Willkür führen. Es ist schwierig, den Lebensstandard einer Region quantitativ richtig zu erfassen und gegenüber den anderer Regionen abzugrenzen.

Die Gewerkschaftsorganisation hat diese Schwierigkeiten verhältnismäßig bald wahrgenommen und hat auf den verschiedenen Tagungen den Wunsch nach Abhilfe angemeldet. Diesen Bemühungen zufolge wurde das Gesetz über die Gewerkschaftskollektivabkommen erlassen. Damit wird eine ökonomisch vernünftige Lohnpolitik eingeleitet. Denn man kann jetzt schon sehen, daß bei diesen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Lohnerhöhungen im allgemeinen an Leistungssteigerungen gebunden sind. Damit wird die Gefahr einer der Lohnerhöhung nachfolgenden Preisbewegung nicht so stark sein, als wenn - wie es vorher der Fall war - die Löhne an außerökonomischen Maßstäben orientiert werden.

b) Soziale Sicherheit
.....

Obgleich die soziale Sicherheit in ihrem Wesen zur Sozialpolitik gehört, ist sie doch innig mit dem

wirtschaftlichen Lebensstandard großer Kreise der Landbevölkerung verbunden. Der allgemeine Inhalt der sozialen Sicherheit ist der Schutz vor wirtschaftlichem Elend und die Befreiung von Nöten (283).

Im einzelnen wird diese Sicherung erreicht durch Versicherung gegen Krankheit und Arbeitsunfälle sowie gegen Verdienstausschlag infolge Krankheit und Mutterschaft, Alters- und Invalidenrentenversicherung, Kindergeld, Witwenrente sowie Waisenunterstützung und Schulgeldbeihilfen, Sterbekassen (284).

Diese Leistungen kommen zwei Kategorien von Landarbeitern zugute. Das sind einmal die sogenannten selbständigen Arbeiter (*trabajadores autonomos*), d.h. Eigentümer, Pächter, *aparceros* und ihre auf dem Hofe ständig mitarbeitenden Familienmitglieder, soweit der grundsteuerpflichtige Reinertrag des Betriebes 5.000 Peseten im Jahr nicht übersteigt (285). Zum anderen handelt es sich um Fremdarbeiter (*trabajadores por cuenta ajena*); das sind solche Arbeitnehmer, die ihren Lebensunterhalt in fester oder gelegentlicher Anstellung in der Landwirtschaft verdienen und über vierzehn Jahre alt sind.

Die Bedeutung der Sozialversicherung auf dem Lande erhellen die Zahl der nutznießenden Arbeiter und die Zahl der Unfälle in der Landwirtschaft. Die Zählung vom Jahre 1958 ergab 2.881.583 Versicherte. Im Jahre 1959 stieg die Zahl auf 2.925.114 und für 1960 erwartete man, daß die drei Millionen überstiegen würden. An Unfällen auf dem Lande wurden 83.053 im Jahre

(283) C. GALA: "Visión panorámica de la Seguridad Social Agraria" (Situación actual y notas a su futuro), in: REAS., núm. 31, 1960, S. 90. Drs.: Consejo Social de la Organización Sindical Española". Campo (3). Madrid 1959, S. 281 und 333 ff. J. JIMÉNEZ-PIDAL Y DE MONTEB: "La seguridad social en el campo", in: REAS., núm. 12, 1955, S. 11 ff.

(284) Vgl. C. GALA, aaO., S. 90 ff. Drs.: Consejo Social de la Organización Sindical Española, Campo (3), S. 283.

(285) Vgl. Consejo Social, Campo (3), S. 297.

1948 und 83.417 im Jahre 1959 verzeichnet (286). Im Jahre 1958 betrugen die Versicherungsleistungen in der Landwirtschaft insgesamt 715.664.914,32 Peseten; im Jahre 1959 waren es 709.659.312,36 Peseten.

Die Verwirklichung der sozialen Sicherheit, was man auch im einzelnen darunter verstehen mag, wirft - wie C. GALA schon bemerkte - für die Politik der Vollbeschäftigung, die Lohnpolitik und die Gesundheitspolitik eine Reihe von Fragen auf, die Gala etwa folgendermaßen zusammenfaßt:

Warum hat man der Landwirtschaft eine eigene Sozialversicherung gegeben? Muß die Landwirtschaft darin von der Industrie getrennt sein? Können und müssen die sozialen Gruppen der Landarbeiter ihre soziale Sicherheit selbst finanzieren, oder soll das Prinzip der nationalen Solidarität und Brüderschaft aller Menschen und Länder Spaniens gelten? Sollen die Landarbeiter den Industriearbeitern gleichgestellt werden?

Können und sollen der festangestellte Arbeiter, der Gelegenheitsarbeiter und der selbständige Arbeiter, der Pächter, der Halbpächter, der kleine Unternehmer, der gleichzeitig arbeitet und persönlich seinen Boden bestellt, gleichgestellt werden? Kann die Mechanisierung in der Landwirtschaft eine Änderung in der Arbeitsweise des Landarbeiters herbeiführen? (287).

(286) C. GALA, aaO., S. 103. J. JIMENEZ-PIDAL, aaO., S. 90 ff. Tab. XXXVI.

(287) C. GALA, aaO., S. 92. J. JIMENEZ-PIDAL, aaO., S. 97.

Abgesehen von diesen Mängeln leidet die Sozialversicherung in Spanien an einer zu großen Bürokratie, die das ganze Projekt sehr verteuert. Dazu kommt noch der Umstand, daß der Betrag der Einnahmen den der Leistungen übersteigt. Es sieht so aus, als ob die Sozialversicherung zu einem Instrument des Zwangssparens geworden wäre. Damit wird ihre Funktion der Risikodeckung verfälscht.

c) Ausbildung und Beratung
.....

Eine bekannte Tatsache ist die enge Beziehung zwischen dem Grad der Berufsausbildung und der Produktivitätssteigerung. Die Berufsausbildung wurde als "bester wirtschaftlicher Multiplikator" angesehen. Das ist in Spanien besonders wichtig, wo das Niveau der landwirtschaftlichen Berufsausbildung sehr niedrig ist (288). Seit 1939 werden landwirtschaftliche Berufsausbildungskurse abgehalten, jedoch bis 1948 in sehr beschränkter Zahl. In diesem Jahr wird kraft Ministerialverordnung die Abhaltung von Kursen reorganisiert, und die Zahl der Kurse steigt im Jahre 1949 auf 107, 1950 auf 129. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Rhythmus beschleunigt, und zwar dank der Gründung der Generaldirektion der landwirtschaftlichen Koordinierung und Ausbildung, der die Aufgabe der Berufsausbildung im Landwirtschaftsministerium zufällt (289). Der Schritt von größtem Belang war vielleicht die Gründung des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes im Jahre 1955, dessen Beamte die Landwirte und ihre Familien persönlich beraten, und zwar in allen Fragen der Betriebsführung sowie in Rechtsschwierigkeiten. Weiterhin sollen sie mit Hilfe von Vorführungen, Vorträgen, Radio- und Film-sendungen den Horizont der Landwirte erweitern und

(288) E. GOMEZ AYAU: "Extensión agrícola en España", in: REAS., núm. 31, 1960, S. 67.

(289) I Congreso Sindical. Madrid 1961. Documentación Técnica, cuaderno núm 2, primera parte, S. 95. Drs. Congreso Social de la Organización Sindical, Madrid 1959, Campo (1), S. 123 - 156. Vgl. Tabelle XL.

in Form von Wettbewerben und Preisausschreiben Leistungsimpulse vermitteln. Schließlich stehen sie auch den Landwirtschaftskammern und Bauernverbänden für Fachberatungen zur Verfügung (290).

Mit der Verordnung vom 24. Oktober 1958 wird dieser Beratungsdienst reorganisiert; er erhält eigene Rechtspersönlichkeit. Das zeigt, daß man sein bisheriges Wirken für erfolgreich hält.

Die Berater werden in mehreren Kursen auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Vor der Ernennung zum Berater müssen sie zwei Jahre lang als Hilfsbeamte in der Praxis tätig sein. Nur das leitende Personal sind Studien im Ausland (vor allem in den USA und in Holland) vorgesehen. Auf der anderen Seite hat man sich auch ausländische Experten als Studienleiter ins Land geholt.

Wie sich zeigt, haben diese Bemühungen bemerkenswerte Früchte getragen (291).

(290) E. GOMEZ AYAU, aaO., S. 73 ff. Die genannte Organisation unterscheidet bei der Berufsausbildung zwei Typen: 1) Betriebsleiter-Lehrgänge (ciclos largos), 2) Kurzlehrgänge und Vorträge, die nach einem bestimmten Plan jährlich abgehalten werden. So fanden 1947 - 1948 511 Kurzlehrgänge statt, an denen ca. 200.000 Landwirte teilnahmen. Neben diesem vom Landwirtschaftsministerium durchgeführten Bildungsprogramm sind noch die Lehrgänge der Institutos Laborales de Enseñanza Media y Profesional und die Universidades Laborales zu erwähnen. Vgl. I Congreso Sindical. Documentación Técnica, cuaderno núm. 2, S. 96.

(291) Die Tätigkeit des Servicio de Extensión Agrícola läßt sich an folgender Aufstellung veranschaulichen:

	1957	1958	1959
Anzahl der Agenturen	22	44	60
Vorfürhrungen vor Landwirten	948	3.205	5.592
Zusammenkünfte mit Landwirten	1.147	2.581	3.933
Kontakte mit Landwirten	24.628	276.406	554.962
Beratungen	10.686	31.072	87.195
Besuchte landw. Betriebe	15.365	43.027	53.940

Vgl. I Congreso Sindical, aaO., S. 97

Es wäre ungerecht, die Bemühungen der gegenwärtigen Regierung um die Berufsausbildung auf dem Lande und die damit erzielten Erfolge nicht anerkennen zu wollen. Diese Erfolge gehen aber nicht über einen - wenn auch hoffnungsvollen - Anfang hinaus. Nicht nur ist die Zahl der Techniker offenbar unzureichend angesichts der Anforderungen, die die notwendige und im Prinzip auch mögliche wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt stellen; auch die Technik der Bewirtschaftung steht immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Das liegt eben an der aus seiner Traditionsgebundenheit erklärlichen Abneigung des spanischen Landwirts gegenüber Neuerungen, die eine wenn auch nur annähernde Erreichung der agrarpolitischen Ziele so schwierig macht. Man muß aber den Vorwurf erheben, daß diese Mängel auch zu einem großen Teil Folge eines Koordinierungsfehlers in den Lehrplänen sind. Es wurde erreicht, das Analphabetentum zu verringern, aber in dieser Beziehung gibt es kein anderes Ziel als seine vollständige Abschaffung. Dessenungeachtet ist der Schulunterricht sogar in bäuerlicher Umgebung sehr wenig am bäuerlichen Beruf ausgerichtet. Der Ausbildungsweg an den höheren Schulen ist einseitig "klassisch" ausgerichtet. Erst seit wenigen Jahren sind mancherorts mathematisch-naturwissenschaftliche Zweige eingerichtet. Wenn man bedenkt, daß weitaus die meisten Gymnasiasten mit dem Abitur ihre schulische Ausbildung beenden, so dürfte klar sein, daß von dieser Seite keine Impulse für die Landwirtschaft ausgehen können. Diese Aussage gilt sinngemäß auch für die relativ wenigen Hochschüler (jährlich erlangen etwa 500.000 Gymnasiasten die Hochschulreife; im Schuljahr 1958/59 hatte Spanien dagegen nur 72.599 Hochschulstudenten); diese widmen sich vornehmlich dem Studium der sogenannten klassischen Fächer, wobei Mathematik und Naturwissenschaft auch nur schwach vertreten sind; sehr wenige beziehen eine technische

Hochschule (die technischen Hochschulen Spaniens hatten 1958/59 insgesamt 7.908 Studenten). Es leuchtet ohne weiteres ein, daß hierbei für die Landwirtschaft nicht viel "abfallen" kann.

Der entscheidende Mangel ist indes der Umstand, daß in Spanien - sieht man einmal von wenigen Ansätzen ab - die sogenannte Mittelbildung völlig fehlt. Es gibt kein Äquivalent zu den deutschen Realschulen, zu den höheren technischen Lehranstalten, zu Landwirtschaftsschulen usw. Die Folge ist, daß es zwar eine Reihe von hochgebildeten Spezialisten gibt, daß diese aber bei ihrer Arbeit für die Landwirtschaft die verständnisvolle Mit-hilfe eines einsichtigen und mit Neuerungen leichter ansprechbaren "Mittelstandes" entbehren müssen.

Es lassen sich also im wesentlichen drei Forderungen ableiten:

- 1) Abstimmung und Bezugnahme des Grundschulunterrichts auf dem Lande auf das Landleben,
- 2) Schaffung eines breit gefächerten mittleren Bildungsweges,
- 3) Förderung der technischen (einschl. der agrarischen) Hochschulausbildung.

8) Die Agrarpolitik und die wirtschaftliche Entwicklung
in Spanien.....

Das Agrarproblem ist in Spanien mit der politischen Geschichte der Nation verbunden, besonders seit Beginn des 18. Jahrhunderts. Seit der Gesetzgebung der Cortes von Cadix hat die Agrarfrage eine nationale Resonanz erhalten. Dem Gesetzgebungswerk der Cortes folgt die Politik des Verkaufs der "Güter der toten Hand" und die soziale Unruhe der bäuerlichen Massen das ganze 19. Jahrhundert hindurch. Die Initiativen in der Agrarpolitik gehen nach zwei Richtungen. Einmal sind es die großen Vorhaben zur Bewässerung des Landes, eine Lösung, die schon von Jovellanos vorgeschlagen und am Ende des 19. Jahrhunderts von dem Theoretiker Joaquín Costa wiederum gefordert worden ist. Zum anderen ist das Ziel die Bildung von "behausten Gütern", das heißt die Parzellierung des Bodens in kleine Grundstücke um das Bauernhaus herum; diese Konzeption, die sich aus gewissen ländlich-romantischen Vorstellungen nährte, beseelte die Entscheidungen zur Agrarreform während der Republik (1931 - 1936).

Die erste Lösung betrachtete den Boden einfach unter einem technischen und wirtschaftlichen Aspekt. Ihre Vertreter brachten es fertig, eine Reihe von Maßnahmen anzufangen, auf denen später weiter aufgebaut werden konnte. Die zweite Richtung arbeitete mehr auf die Lösung von menschlich-sozialen Problemen hin; bei ihr wurde politischer Widerwille gegenüber dem großen Eigentum offenbar. Ihre Maßnahmen waren praktisch unwirksam; zum Teil erreichte man sogar das Gegenteil dessen, was man wünschte. Man hatte nämlich vergessen, daß die Zuweisung eines Stück Landes an eine beliebige Person noch nicht die Bildung eines lebensfähigen landwirtschaftlichen Betriebes bedeutet.

Die gegenwärtige Regierung fand sich vor einseitigen und eben deshalb unwirksamen Konzeptionen. Das Problem verschlimmerte sich durch außerwirtschaftlich begrün-

dete Ereignisse, wie etwa die Notwendigkeit des Wiederaufbaus in den Jahren nach dem spanischen Bürgerkrieg und die wirtschaftliche Blockade, der sich Spanien in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesetzt sah. Diese Lage herrschte praktisch bis zum Jahre 1950 und zwang zu einer Agrarpolitik mit kurzfristiger Zielsetzung: Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten. Es konnte also nicht um eine bessere Verteilung der Produktionsfaktoren auf die verschiedenen Wirtschaftszweige bei Berücksichtigung des Weltmarktes gehen, es war schlicht und einfach der Kampf um das nackte Leben. Die Wirtschaftspolitik bestand entsprechend aus einem ganzen Katalog von ad-hoc-Maßnahmen, die - im Lichte der späteren langfristigen Zielsetzungen gesehen - geradezu verderblich waren.

Die Agrarpolitik auf lange Sicht begann mit dem Jahre 1950, als die wirtschaftliche Integration auch Spaniens einsetzte. In dieser Arbeit haben wir ihre allgemeinen Linien erläutert und die wichtigsten Schwächen und Verdienste angedeutet.

Die Ergebnisse der Agrarpolitik der letzten zehn Jahre können als ein bescheidener Erfolg gewertet werden. Man hat bei nahezu allen Agrarprodukten die Selbstversorgung erreicht, und bei einigen von ihnen kam man sogar zu einem Überschuß, der die Zahlungsbilanz merklich entlastet hat.

Ein schlüssiges Urteil über die Agrarpolitik kann indessen nicht gefällt werden, wenn man die Verbindungslinien mit der gesamtwirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unberücksichtigt läßt. Rufen wir einige Tatsachen ins Gedächtnis zurück. Erstens zeigt Spanien die Merkmale eines Entwicklungslandes. Das Realeinkommen pro Kopf liegt trotz einer Steigerung von 40 v.H. im Laufe der Jahre 1950 - 1960 noch erheblich unterhalb dem der Industrie-Länder (292). Auch in sozialer Hin-

(292) 1960 betrug es 7 v.H. Pts. in Preisen von 1950 gegenüber 4.968 Pts. im Jahre 1950. Vgl. *Política Agraria* 1962, S. 111.

sicht zeigen sich typische Merkmale eines unterentwickelten Landes: ein sowohl wirtschaftlich wie kulturell sehr kleiner Mittelstand, spärliche und kaum differenzierte Möglichkeiten zur beruflichen Ausbildung, die Vorherrschaft des "Privilegs" über persönliche Leistungsfähigkeit sowohl in der sozialen als auch in der wirtschaftlichen Ordnung.

Zweitens ist die Unterlegenheit der Einkommen auf dem Lande im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen offenbar. Dies ist eine allgemeine Erscheinung in fast allen Ländern, aber in Spanien ist sie durch folgende Umstände bedingt.

Gemessen an der bebaubaren Fläche ist die Landbevölkerung zu groß; dazu kommt die Bindung weitaus der meisten Landbewohner an kleines und kleinstes Landeigentum, das - abgesehen von den wenigen Gebieten mit vorherrschender Latifundienwirtschaft - die spanische Landwirtschaft prägt. Da die Betriebe die Arbeitskraft der Eigentümer nicht absorbieren, ist der Faktor Arbeit auf dem Lande, wenn auch statistisch nicht genau quantifizierbar, so doch tatsächlich unterbeschäftigt. Die Großgrundbesitzer leben in der Stadt von den Einnahmen aus ihren Gütern, haben den persönlichen Konnex mit ihren Betrieben weitgehend verloren, übersehen auch nicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer intensiveren Bearbeitung und sind folglich an einer Übernahme der latenten Arbeitskapazität nicht interessiert.

Dazu trägt vor allem die Ausschaltung der Landwirte von der marktlichen Verwertung ihrer Erzeugnisse bei; die Marktvorgänge sind für den Erzeuger nicht transparent; er empfängt aus ihnen deshalb auch keine Leistungsimpulse. Das ist mit der Grund dafür, daß die Kleinbauern im wesentlichen kein anderes Ziel kennen, als mit ihrer Hände Arbeit ihren eigenen bescheidenen Bedarf gerade zu decken. So wird die produktivitätshemmende Bodenverteilung - auf der einen Seite nur die Existenz von

Lati- und Minifundien, auf der anderen Seite die breite Streulage der Parzellen - von den Landwirten selbst gar nicht als Mangel empfunden.

Aus dem gleichen Grunde und wegen der latenten Unterbeschäftigung des Arbeitspotentials erklärt sich auch die geringe Neigung, die Landarbeit zu rationalisieren und die dafür notwendigen Investitionen vorzunehmen.

Drittens macht sich im Zuge des immerhin schon eingetretenen Wachstums des Pro-Kopf-Einkommens eine Umschichtung der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen zugunsten der Produkte des höheren Konsums, insbesondere von Fleisch bemerkbar. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die der Landwirtschaft aus diesem Trend zu höherwertigen Konsumgütern erwachsen, müßten den Bauern deutlich gemacht werden, um sie zu intensiverer Bebauung anzuregen. Im Augenblick wird die Erhöhung der Bebauungsintensität von der öffentlichen Hand erzwungen. Die dabei durchgeführten Investitionen vergrößern die latente Arbeitslosigkeit auf dem Lande, die nur durch eine Expansion der Industrie und des Dienstleistungssektors beseitigt werden kann. Das Problem, das hierbei auftaucht, ist die optimale Allokation der Ressourcen. Bezogen auf den Faktor Arbeit ist sie dann realisiert, wenn das soziale Wertgrenzprodukt der letzten Arbeitseinheit in allen Verwendungsarten gleich ist. Das ist allerdings eine Leerformel, die sich auf die Praxis kaum anwenden läßt. Immerhin läßt sich sagen, daß die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen und nach Dienstleistungen erheblich größer ist als die nach Agrarerzeugnissen. Das hängt einmal damit zusammen, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten über einen gewissen Sättigungspunkt nicht hinausgeht, zum anderen damit, daß die Natur dem menschlichen Geist bei weitem nicht den Spielraum läßt, die Qualität der Produkte des Bodens zu variieren, ganz neue Güter zu erdenken und damit immer wieder neuartige

Bedürfnisse zu wecken, auf dem er sich im Bereich der Industriegüter und Dienstleistungen entfalten kann. Das heißt, daß am wachsenden Einkommen die Landwirtschaft nur mit einem geringen Teil partizipiert, daß also die nichtlandwirtschaftlichen Sektoren schneller wachsen müssen als die Landwirtschaft.

Eine Agrarpolitik, die den Lebensstandard auf dem Lande heben will, muß sich dieser Probleme bewußt sein: der Entwicklungsbedürftigkeit der ganzen spanischen Wirtschaft, der aus speziellen Gründen besonders gelagerten Schwierigkeiten der Landwirtschaft und der - im Vergleich mit anderen Sektoren - geringen Wachstumsfähigkeit der Landwirtschaft. Ein langfristiges Entwicklungsprogramm muß also auf zwei Ziele gerichtet sein: einmal auf Schaffung von Arbeitsplätzen für die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeiter und gleichzeitig auf die Bereitstellung der für eine intensivere Nutzung des Bodens notwendigen Investitionsgüter, beides durch eine umfassende Industrialisierung; zum anderen sollte es um eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft gehen, wobei auf Absatzseite ^{der} der good will, den Spanien in anderen - insbesondere hochentwickelten - Ländern als Lieferant von Gütern des verfeinerten Konsums genießt, genutzt werden, d.h. die Qualität der Agrarerzeugnisse gesteigert werden sollte. Soweit Schwierigkeiten im Hinblick auf die zeitliche Koordination zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Entwicklungsprogramm entstehen, müßte die Hilfe des Auslands in Anspruch genommen werden. Diese Hilfe könnte in zweifacher Weise gewährt werden. Die eine Möglichkeit besteht in der Übernahme von Arbeitslosen. In der heutigen Situation der europäischen Industrieländer - insbesondere der mitteleuropäischen - werden diese eine solche Hilfeleistung nicht als Opfer empfinden. Diese Art von Hilfe hätte zwar den Nachteil, daß eine Rückführung der Fremdarbeiter im Bedarfsfalle auf den Widerstand der Betroffenen stoßen könnte, sie

hat aber zweifelsohne die Vorteile, daß Friktionsverluste durch eine gegenwärtige Arbeitslosigkeit vermieden werden und daß die Arbeiter durch ihren Auslandsaufenthalt eine qualitative Aufwertung erfahren. Eine andere Möglichkeit besteht in der Gewährung von Kapitalhilfen. Es gibt keinen Zweifel, daß dies für die Kreditoren ein Opfer bedeuten kann. Indes, Spanien ist infolge der Blockade - also infolge eines ganz bestimmten Verhaltens anderer Länder - von der stürmischen Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkriege abgeschnitten gewesen. Wenn hier auch kein Urteil über die Motive dieses Verhaltens abgegeben werden kann, so darf doch darauf hingewiesen werden, daß eine Rückführung Spaniens in das Konzert weltweiter Arbeitsteilung auch anderen Ländern Vorteile gewährt. Die jüngere Geschichte zeigt, daß man sich solcher Umstände bewußt gewesen ist und ein Land, das bislang *natio non grata* war, eben aus diesem Grunde von einem allgemeinen Entwicklungsprogramm nicht ausgeschlossen hat. Im Prinzip kann es sich also nicht darum handeln, das Wachstum des Sektors "Landwirtschaft" anzukurbeln; das Ziel ist eine soziale Besserstellung der ländlichen Bevölkerung, und das Rezept lautet - in Anlehnung an die Entwicklungsgeschichte der heutigen Industrieländer - Intensivierung der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Industrialisierung (293).

Nun ergibt sich allerdings die Frage, ob man soviel Mühe auf die Landwirtschaft verwenden soll, anstatt lieber nur die Industrialisierung zu forcieren und den Agrarsektor mit der Zeit sterben zu lassen. Das dürfte aus verschiedenen Gründen nicht möglich sein. Eine junge Industrie, die, nicht auf inländische Nachfrage gestützt, sich sogleich dem scharfen Wettbewerb auf dem

(293) Andreas Fredöhl, Außenwirtschaft. Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik, Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 17, Göttingen 1949, S. 122 ff. und passim.

Drs., Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft. In: rowohlt deutsche enzyklopädie. Reinbeck bei Hamburg 1962, S. 98 f.

Weltmarkt ausgesetzt sieht, wird es sehr schwer haben, sich durchzusetzen - wenn sie nicht gar zum Aufgeben gezwungen wird. Hier würde eine in der Entwicklung befindliche Landwirtschaft eine nahezu sichere Anfangsnachfrage entfalten können. Außerdem würde sie für eine Reihe von Industriezweigen die Rohstoffversorgung sicherstellen. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß die im Zuge des Industrialisierungsprozesses sich einstellende Einkommenssteigerung sich in einer steigenden Nachfrage nach Agrarprodukten niederschlagen wird. Würde die Landwirtschaft mit der allgemeinen Entwicklung nicht Schritt halten, würde dies eine auf die Dauer untragbare Belastung der Zahlungsbilanz bedeuten. Schließlich aber nicht zuletzt stellt die ländliche Bevölkerung vorläufig immer noch einen Großteil der Gesamtbevölkerung dar. Gelingt es nicht, ihr Realeinkommen so zu steigern, daß sie von sich aus bereit ist, erheblichen Konsumverzichts zu leisten, so werden inflationäre Entwicklungen unvermeidbar sein.

Objekt dieser Arbeit ist zunächst die Agrarpolitik. Damit stellt sich die Frage, inwieweit es ihr gelungen ist, die Voraussetzungen zu schaffen, die es der Landwirtschaft ermöglichen, die ihr angemessene Rolle im Rahmen eines langfristig erfolgreichen Entwicklungsprogrammes zu spielen.

Die erste Voraussetzung für die intensivere Nutzung des Bodens ist die Verbesserung der Infrastruktur. Dazu gehören erstens das Siedlungswesen und die Flurbereinigung mit den ergänzenden Arbeiten sowie das Bewässerungsvorhaben, zweitens das Bildungswesen, drittens der Bau von Straßen, die Schaffung oder Modernisierung der Transportmittel und Lagereinrichtungen.

Der erste Punkt bezieht sich auf die Schaffung von solchen technischen Einheiten in der Landwirtschaft, die eine optimale Nutzung des Bodens gewährleisten. Das allein wird nichts nützen, wenn die Menschen, die ihre

Arbeitsleistung mit diesen Einheiten verbinden, nicht mit adäquater geistiger Kapazität ausgestattet sind. Deswegen kommt der Hebung des Bildungsniveaus eine so bedeutende Rolle zu. Schließlich ist ein optimales Verhältnis von Qualität der technischen Einrichtung einschließlich Betriebsgröße und Qualität des mit ihr sich kombinierenden Faktors Arbeit nur sinnvoll, wenn hinreichende Möglichkeiten zur Überwindung des räumlichen, zum Teil auch zeitlichen Auseinanderfallens von Angebot und Nachfrage und damit für eine optimale marktliche Verwertung der anfallenden Produkte vorhanden sind.

Ein kurzer Rückblick auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur läßt erkennen, daß die Leistungen alles in allem zufriedenstellend sind. Das Nationale Siedlungsinstitut hat die Agrarbedingungen in breiten Gebieten ganz und gar verändert. Es genügt hier der Hinweis auf die Pläne Badajoz, Jaén und Monegros, die sich auf ganze Provinzen beziehen. Auch das Institut für Flurbereinigung, zu dessen Aufgabenbereich ja auch die Sicherung von Elektrizitäts- und Wasserversorgung, der Bau von Schulen und anderer öffentlicher Einrichtungen gehört, hat in weiten Gebieten neue und günstigere Bedingungen für die Entfaltung des Agrarsektors geschaffen. Die Tätigkeit der beiden Institute leidet indessen unter den bescheidenen Mitteln, die jährlich zur Verfügung gestellt werden (294). Hier sollte die Auslandshilfe, die bis jetzt nur in kleinem Umfang zustatten kam, in größerem Ausmaß einsetzen.

Auch die Wiederaufforstung hat wirkliche Erfolge erzielt. Die kahlen Landschaften Spaniens bekommen allmählich ein neues Gesicht. Mangelhafter scheint die Tätigkeit auf anderen Bereichen gewesen zu sein, wie z.B. im Straßenbau und hinsichtlich der Verbesserung

(294) Vgl. "Informe del Banco Internacional de reconstrucción y fomento: El desarrollo económico de España". Madrid 1962, S. 56, 386.

der Transportmittel. Allerdings muß man berücksichtigen, daß gerade diese Arbeiten zum Teil durch die unebene Topographie Spaniens und die geringe Bevölkerungsdichte in breiten Gebieten des Inneren erschwert werden. Dagegen ist das Silonetz für Weizen auf einen sehr hohen Stand gebracht worden.

Was die Bodenstruktur angeht, so sind folgende Maßnahmen zu erwähnen: die Gesetzgebung über Familiengüter, die Musterbetriebe, die Festlegung der Mindestgröße, die Pflicht zur Durchführung der intensiven Bewirtschaftung in den Extensivbetrieben. Man kann zwar annehmen, daß soziale Überlegungen häufig mehr wogen als wirtschaftliche. Aber eine Agrarpolitik kann aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die Lage breiter Bevölkerungsschichten nicht außer acht lassen. Immerhin ist der Trend zu leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben nicht zu übersehen.

Auch hinsichtlich des Bildungsstandes kann man bemerkenswerte Erfolge buchen. Die Ausbildungsmöglichkeiten sowie die Beratung der Landwirte haben großes Ausmaß angenommen. Hier müßten die Bemühungen allerdings noch wesentlich verstärkt werden. Die Traditionsgebundenheit der Bauern und der wenig ausgeprägte Wirtschaftsgeist der Landbevölkerung machen eine "Mellioration der Köpfe" dringend notwendig.

Zweitens sollte die Agrarpolitik die Leistungsimpulse berücksichtigen, welche durch den Marktmechanismus ausgelöst werden. In dieser Beziehung genügt es nicht, daß die Versorgung mit Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen - etwas was in Spanien immer noch zu wünschen übrig läßt - reichlich ist. Die Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität müssen mit den Forderungen der Nachfrage, d.h. die Produktion sollte mit der Nachfragestruktur in Einklang gebracht werden. Diese Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die Nachfrage ist eine Funktion des Marktmechanismus.

Sicherlich ist der freie Wettbewerb im Agrarsektor noch weniger als in anderen Sektoren vorhanden. Die Wirtschafts- und Soziallage der Landwirtschaft hat in allen Ländern zu einer Intervention des Staates geführt. Aber grundsätzlich sollte man durch marktkonforme Maßnahmen die Bedingungen einer freien Marktwirtschaft herstellen, soweit es möglich ist (295). Gerade in dieser Hinsicht zeigt die spanische Agrarpolitik ihre größte Schwäche, nämlich das Vorhandensein von Nachfragemonopolen bei so wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Weizen, Reis, Zucker, Tabak, Textilfasern und anderen Produkten von geringerer Bedeutung sowie die mehr oder weniger starre Preisfixierung für diese und gelegentlich nach der Erntelage für andere Produkte, wie Wein, Kartoffeln und Öl. Diese Interventionspolitik entspringt zwar sozialen Motiven und kann sich auf Beispiele vieler anderer Nationen stützen. Man schätzt, daß in Spanien etwa 1 1/2 Millionen landwirtschaftliche Betriebe des Getreideanbaus keinerlei Gewinn erwirtschaften und daß der größte Teil von ihnen regelmäßig in die Verlustzone gerät. Diesen Motiven sozialen Charakters sind andere politischen Charakters hinzuzufügen, wie z.B. der Glaube, daß der landwirtschaftliche Teil - der gesunde Teil der spanischen Bevölkerung - der beste Träger traditioneller Werte ist (296). Aber in dem Maß wie es die soziale Stabilität und die besondere Lage der Landwirtschaft es erlauben, soll man die Monopole abbauen und dem Marktmechanismus freie Hand lassen. Eine Landwirtschaft, die im Binnen- und Außenhandel auf lange Sicht die Preise zur Deckung der Produktionskosten nicht erreicht, wird immer ein Hindernis für die volkswirtschaftliche Entwicklung des Landes sein, weil die sozialen Kosten größer sind als die sozialen Erträge. Deswegen sollte man die Marktinstitutionen umgestalten. Die Monopole sollten durch Genossenschaften ersetzt werden. Damit würde zweierlei erreicht; einmal

(295) Ebda., aaO., S. 419.

(296) R. TAMAMES, aaO., S. 65 ff.

würde. den Bauern als den Mitgliedern dieser Genossenschaften der Blick für die marktlichen Vorgänge geschärft werden; auf der anderen Seite würden sie in der Gemeinschaft eine solche Marktmacht darstellen, daß sie den Konkurrenzkampf überstehen könnten.

Wenn wir zusammenfassen, so kann man folgendes feststellen.

Hinsichtlich der Infrastruktur sind zwar die Planziele nicht in vollem Umfange erreicht worden, aber die Leistungen sind dennoch beachtlich und berechtigen zu größeren Hoffnungen, vor allem wenn es gelingt, das Interesse des Auslands in stärkerem Maße als bisher zu wecken. Die Privatinitiative der Bauern muß allerdings noch mehr angestachelt werden. Die starre Reglementierung des Absatzes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen mag bisher berechtigt gewesen sein aus dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung heraus. Eine vernünftige Agrarpolitik will aber mehr als Substanzerhaltung, sie muß als Ziel haben, daß die Landwirtschaft zur sozialen Wohlfahrt beiträgt. Sie wird also nicht umhin können, ein Milieu zu schaffen, das den unternehmerischen Menschen generiert. Dazu gehört eben nicht nur eine verbesserte Infrastruktur, dazu gehört vor allem, daß sich die Bauern der wirtschaftlichen Vorgänge bewußt werden können. Dazu gehört aber auch ein Steuersystem und eine Verteilung der öffentlichen Ausgaben, welche mögliche incentives der Bauern zumindest nicht wesentlich unterdrücken. Gerade auf diesem Gebiet liegt aber vieles im argen. Im Jahre 1935 machte die auf der Landwirtschaft liegende Steuerlast (Staats-, Provinz- und Gemeindesteuern) 10 v.H. des gesamten Reinertrages aus. Bis 1957 stieg der Anteil einschließlich der Abgaben für die in der Zwischenzeit eingeführten Sozial- und sonstigen Pflichtversicherungen auf 64 v.H. Absolut stiegen die Abgaben in dem gleichen Zeitraum auf das 14fache, die Nettoproduktion nur auf das 11fache der Beträge von 1935 an(297).

Das bedeutet eine erhebliche Progression der Besteuerung im long-run, die sicherlich die Investitionsfreudigkeit der Landwirte gehemmt hat. Die Steuerreform von 1957 brachte eher Nachteile. Sie stellte Betriebe mit einem jährlichen Reinertrag von höchstens 200 Pts. von jeder Besteuerung frei und setzte den Steuersatz für Landwirte mit einem Jahresreinertrag von mehr als 170.000 Pts. einheitlich etwas höher. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß noch sehr viele landwirtschaftliche Betriebe unterhalb - und zwar zu einem großen Teil unmittelbar unterhalb - der 200-Pesetas-Grenze liegen (298). Sowie sie diese Grenze überschreiten ist ihr marginaler Steuersatz sehr hoch. Das wird - insbesondere wenn man die noch herrschende Vorliebe des Spaniers für "paciencia" berücksichtigt - einen sehr starken Substitutionseffekt zugunsten der Muße auslösen, der sicherlich erheblich über dem Einkommenseffekt liegt. Auf der anderen Seite bringen in der Regel nur die Großgüter einen Reinertrag von mehr als 170.000 pts. im Jahr. Von dem erhöhten Steuersatz werden also vielfach die Großgrundbesitzer getroffen, die sich häufig kaum um ihren Besitz kümmern. Es ist zwar richtig, daß diese stärker belastet werden, aber die steuerliche Differenzierung ist noch zu gering. Richtig wäre eine Erhöhung der Freigrenze, eine dann sofort einsetzende sanfte Progression in der Besteuerung, die den Übergang von Steuerfreiheit zu Steuerpflicht weniger bemerkbar macht, eine Verschärfung der Progression für sehr hohe Einkommen, die gegebenenfalls mit einer Vermögenssteuer auf ererbtem Großgrundbesitz gekoppelt sein müßte. Das hätte den Vorteil, daß die kleinen und mittleren Bauern erheblich entlastet und zu Investitionen angeregt würden, während die Großgrundbesitzer, die erfahrungsgemäß keine erheblichen Investitionen vornehmen, die Hauptlast zu tragen hätten und, besonders wegen der Vermögensbesteuerung, eher geneigt wären, ihre Güter den staatlichen Siedlungsbehörden zur Verfügung zu

(298) Vgl. Tabelle XXVII

stellen.

Im Hinblick auf das gesamte Steuersystem muß man hier das starke Gewicht der indirekten Steuern erwähnen. Sie machen mehr als die Hälfte des gesamten staatlichen Steueraufkommens aus. Dadurch kommt eine degressive Komponente in das Steuersystem hinein, die die "Demokratisierung des Konsums" an Industrieprodukten behindert (299).

Wenden wir uns den öffentlichen Ausgaben zu. Es ist sicherlich schwierig, den Wert gewisser unteilbarer, von der öffentlichen Hand produzierter Güter (etwa innere und äußere Sicherheit) zu schätzen. Aber die Tatsache, daß im Jahre 1958 für Verteidigung und die öffentliche Ordnung 17,4 v.H. der gesamten öffentlichen Ausgaben ausgegeben wurden, während man für die Erziehung, Forschung und Kulturpolitik nur 7,7 v.H. der gesamten öffentlichen Ausgaben ansetzte, ist geradezu alarmierend. Denn einerseits werden durch Armee und Polizei der Wirtschaft Produktionsfaktoren entzogen; auf der anderen Seite wird aber von diesen Menschen Nachfrage nach Gütern entfaltet. Hier liegt also ein Inflationskeim, wenn man nicht dafür sorgt, daß das Real-einkommen erheblich wächst.

Die staatlichen Aktivitäten, die auf die Harmonisierung der verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren gerichtet waren, können unter verschiedenen Gesichtspunkten geprüft werden. Um das Feld zu begrenzen, wird hier nur auf das Programm zur Regelung der Investitionen eingegangen, das ab 1959 die Grundlage der Wirtschaftspolitik des Staates bildet. Das Ziel dieser Pläne ist die ausgeglichene Entwicklung der Wirtschaft "innerhalb einer homogenen und gesunden Struktur" (300). Andere Zwischenziele waren die Geldwertstabilität und die Ausdehnung des Außenhandels. Als Höchstbetrag für im Jahre 1959 vorzunehmende Investitionen werden 81.500 Millionen Peseten vorgesehen. Es sollte genügen, um eine Zuwachsrate des Volkseinkommens von jährlich 4,4 v.H. zu sichern, ein Zuwachs, der bereits

(299) J.G. KENNEDY: "Zur Dynamik der industriellen Gesellschaft", in: Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft. Dortmund 1952, S. 7.

(300) R. TAYLOR, aaO., S. 583, 613.

zwischen den Jahren 1951 und 1958 verwirklicht wurde. Für die Verteilung der Investitionen trennt man die folgenden Ziele: einmal Verbesserung der Zahlungsbilanz und zum anderen Entwicklung der grundlegenden und leistungsfähigsten Industrien. Der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtinvestitionen lag bei 14,4 v.H., 13,0 v.H. und 11,4 v.H. in den Jahren 1955, 1956 und 1957. Nach dem neuen Programm von 1959 steigerte sich dieser Anteil auf 19 v.H. aller geplanten Investitionen; er verringert sich im Investitionsplan von 1960 auf ungefähr 14 v.H. Auf dem industriellen Sektor wurden in den Jahren 1955 - 1957 40 v.H., 42,7 v.H. und 46,9 v.H. aller Investitionen durchgeführt. Die Anteile, die in den Investitionsplänen für 1959 und 1960 auf dem industriellen Sektor eingesetzt wurden, liegen bei ungefähr 35 v.H. und 34 v.H. (301). Außer gewissen allgemeinen Bedenken gegenüber jeder Programmierung, und überdies noch in Spanien, wo die staatliche Statistik erhebliche Mängel zeigt, ist es schwierig, über das Verhältnis der Investitionen in den verschiedenen Sektoren ein endgültiges Urteil zu fällen. Immerhin ist die Industrie richtigerweise begünstigt worden. Auf der anderen Seite muß man sagen, daß ein großer Teil der Investitionen in der Landwirtschaft von sozialen Überlegungen bestimmt waren und kein optimales wirtschaftliches Ergebnis hatten. Es wäre, wenn man dem Ziel einer möglichst schnellen wirtschaftlichen Entwicklung den Vorzug gibt, besser gewesen, wenn man diese Mittel dazu verwandt hätte, noch mehr Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen, um damit der Landbevölkerung, die nach wie vor unter einer erheblichen versteckten Arbeitslosigkeit leidet, noch mehr Anreiz zur Abwanderung in die Industrie zu geben.

Gleichzeitig wird eine andere Tatsache offenbar, nämlich daß die Totalmenge der Investitionen in Spanien zu niedrig ist, um die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich zu fördern und die Zuwachsrates des Sozialprodukts über die der Bevölkerung zu heben. Auf der anderen Seite erlaubt das

u.IV.

(301) Vgl. Tabelle III Drs. R. TAMAMES, aaO., S. 616.

nationale Spareinkommen keine sehr viel höhere Menge an staatlichen und privaten Investitionen. Ausländisches Kapital ist erfahrungsgemäß sehr abgeneigt, nach Spanien zu gehen. Man gibt dafür häufig politische Gründe an. Diese vermögen indessen nicht so recht zu überzeugen, wenn man bedenkt, daß andere Länder mit ähnlichen oder noch weniger demokratischen Regierungssystemen - z.B. in Afrika und Südamerika - sich erheblicher Hilfeleistungen aus der westlichen Welt erfreuen können. Wahrscheinlich geht es hier auch um politische Beweggründe, nämlich um östlichen Einflüssen vorzubeugen. Möglicherweise würde Spanien sich besser stellen, wenn es sich dem Osten öffnete.

Wenn man diese geringe Neigung des Auslands, Kapital in Spanien anzulegen, berücksichtigt, so muß man sagen, daß im großen ganzen das getan wurde, was möglich war. Die Hauptschwierigkeit der spanischen Entwicklungspolitik besteht darin, den Menschen wirtschaftliches Denken zu vermitteln. Auf diesem Gebiet bleibt noch sehr viel zu tun.

Zusammenfassung

Der erste Teil ist einer beschreibenden Darstellung des Agrarsektors in Spanien gewidmet: Seine Bedeutung in Verbindung mit der spanischen Wirtschaft und sein Gewicht in der Zahlungsbilanz; dabei waren auch die geographischen und klimatischen Bedingungen der Landwirtschaft, die verschiedenen Landbauzonen, die Struktur der landwirtschaftlichen Unternehmen nach ihrer Betriebsgröße und ihren Eigentumsverhältnissen sowie die Merkmale der Landbevölkerung darzustellen; das Bild wird mit der Kennzeichnung der hauptsächlichen Besonderheiten des landwirtschaftlichen Marktes vervollständigt. Aus dieser Darstellung ergeben sich einige offensichtliche Mängel, sowohl solche mit strukturellem als auch solche mit institutionellem Charakter, die die Agrarpolitik korrigieren muß.

Das Studium der Agrarpolitik in dieser Arbeit folgt einer systematischen Methode. Aber es war der Sache gemäß, zwei Epochen zu unterscheiden, die zwei unter sich ziemlich verschiedenen Regierungsformen entsprechen: die Republik und das gegenwärtige System.

Die Republik beginnt eine ziemlich ehrgeizige Agrarpolitik und ist gekennzeichnet von der Agrarreform, die als die Verteilung des großen Eigentums verstanden wurde. Auch die juristische Neuordnung des Eigentums, die sich den Schutz des Pächters besonders angelegen sein ließ, war Ziel der Agrarpolitik dieser Zeit.

Die gegenwärtige Regierung unternimmt, besonders ab 1950, eine Agrarpolitik, die den agrartechnischen Gesichtspunkt in den Vordergrund rückt. Das Kolonisationsprogramm bessert die Infrastruktur; der Großgrundbesitz wird bekämpft; die Gesetzgebung richtet sich auf die Bildung von Leistungsfähigen Familienunternehmen und auf die Steigerung der Produktivität; gleichzeitig werden die Mängel institutionellen Charakters angegangen, indem man das Genossenschaftswesen und das Kreditwesen ordnet. Die anomalen Umstände, eine Folge der Wiederaufbauperiode und der äußeren wirtschaftlichen Blockade zwangen zu breiter Intervention auf dem landwirtschaftlichen Markt, die sich in der Gegenwart auf einige wenige Produkte beschränkt. Und schließlich werden Maßnahmen mit politisch-sozialem und kulturellem Charakter ergriffen, die darauf zielen, das Niveau der Landbevölkerung, besonders der Arbeitermassen, zu halten und zu heben. So werden die Bedingungen des Arbeitsvertrages geordnet, besonders die Mindestlöhne, die Kollektivabmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gefördert, die soziale Sicherheit auf dem Lande und die Berufsausbildung des Landvolks gesetzlich geregelt.

Zum Schluß wird ein Urteil über die bisherige Agrarpolitik im Lichte der Entwicklung der gesamten Wirtschaft versucht.

Hierbei sind viele Fragen offen geblieben; das liegt im wesentlichen daran, daß die Dinge noch zu sehr in Fluß sind, um ein schlüssiges Urteil wagen zu können.

Tabelle I

Anteil des Agrarsektors am Volkseinkommen

(in Mill. Pesetas jährlich)

	Volkseinkommen	Einkommen der Landwirtschaft	Anteil in v.H. des Volkseink.
1950	138.466	46.311	33,5
1951	209.082	59.713	28,6
1952	220.856	60.273	26,4
1953	228.220	60.943	26,7
1954	258.397	67.525	26,2
1955	271.719	72.214	26,6
1956	310.548	86.032	27,7
1957	385.717	102.165	26,4
1958	440.210	121.620	27,6
1959	463.387	126.901	27,3
1960	469.118	131.088	27,9

Quelle: "Política agraria 1962" S. 254.

Tabelle II

Einkommen des landwirtschaftlichen Sektors
(in Mill. Pesetas 1959)

Sektoren	Gesamtproduktionswert zum Erzeugerpreis	Rohstoffe, Handelsgüter, Frachten, Steuern	Wertschöpfung und Tilgungen	fremder Arbeitslohn	Gewinn
Getreide und Hülsenfrüchte	35.619,48	13.787,38	21.832,10	13.037,92	8.794,18
Oliven	3.969,37	768,58	3.200,79	2.630,84	569,95
Wein	3.841,84	1.022,74	2.819,10	1.256,57	1.562,53
Früchte und andere Gartenprodukte	31.200,51	8.128,75	23.071,76	9.635,82	13.435,94
Forsten	5.307,53	961,82	4.345,71	1.492,28	2.853,43
tierische Produkte	37.736,96	25.983,45	11.753,51	4.472,69	7.280,82
Gesamt	117.675,69	50.652,72	67.022,97	32.526,12	34.496,85
Prozente		43 %		27,5 %	29,5 %

Quelle: I Congreso Sindical, cuaderno Nr. 2, segunda parte, S. 136/137.

Tabelle III

Investitionen nach Sektoren

(in v. H.)

Jahre	Land- wirtschaft	Industrie	Transport- wesen	Wohnungs- bau
1951	10,3	37,7	4,5	17,4
1952	15,4	33,4	7,4	14,3
1953	15,2	38,8	6,0	14,4
1954	16,2	40,1	6,6	13,0
1955	14,4	40,3	6,3	18,2
1956	13,0	42,7	6,1	17,0
1957	11,4	46,9	5,3	18,9

Quelle: H. París Eguilaz: "La formación de capital en España", en Anales de Economía, vol. XVII, núm. 64, S. 236 ff

Tabelle IV

Öffentliche und private Investitionen nach Sektoren,
geplant für das Jahr 1960 (in Mill. Pesetas)

<u>Sektoren</u>	<u>Investitionen</u>			
	öffent- liche	I.N.I.	private	Gesamt
Landwirtschaft und Fischerei	3.297,32	--	8.335,07	11.632,39
Industrie	425,20	9.014,90	18.127,21	27.567,31
Öffentliche Vor- haben, Transport- und Fernsprech- wesen	9.950,15	220,35	7.490,--	17.660,50
Wohnungs- und Städtebau	2.948,70	--	19.845,19	22.783,89
Fremdenverkehr und Film, Radio und Fernsehen	135,01	--	1.233,--	1.368,01
Unterricht, Sozial- hilfe und sonstiges	3.771,30	--	--	3.771,30
Gesamt	20.527,68	9.235,25	55.030,47	84.793,40

Tabelle V

Struktur des spanischen Außenhandels

(in Mill. Goldpesetas)

Warengruppen	1957	%	1958	%	1959	%
Einfuhr:						
Lebendvieh	1,8	0,1	2,2	0,1	1,7	0,1
Rohstoffe	1.096,3	41,5	1.261,4	47,2	112,0	46,0
Industrie- erzeugnisse	1.173,3	44,5	1.038,4	38,9	986,0	40,6
Nahrungs- mittel	367,8	13,9	368,5	13,8	320,3	12,3
Gesamt	2.639,2	100,0	2.670,5	100,0	2.432,0	100,0
Ausfuhr:						
Lebendvieh	1,1	0,1	1,5	0,1	1,6	0,1
Rohstoffe	318,5	21,8	204,9	14,4	244,0	15,9
Industrie- erzeugnisse	382,3	26,3	350,0	23,8	401,7	26,2
Nahrungs- mittel	754,6	51,8	917,8	61,7	882,5	57,8
Gesamt	1.456,5	100,0	1.484,2	100,0	1.529,8	100,0

Tabelle VI

Die wichtigsten Ausfuhrsgüter

(in Mill. Goldpesetas im Durchschnitt der Jahre 1957-59)

<u>Güter</u>	<u>Durchschnitt von 57-59</u>	<u>in v.H. der Gesamtausfuhr</u>
Apfelsinen und Mandarinen	166,2	11,14
Eisenerz (einschl. Pyrit)	120,4	8,07
Mineralöle (Benzin und Öl)	92,1	6,17
Tomaten	61,3	4,11
Markenwein	60,7	4,08
Almendras	58,3	3,91
Oliven	57,5	3,85
Olivenöl	56,0	3,75
Tafelwein	35,8	2,40
Bearbeiteter Kork	35,0	2,34
Gemüsekonserven	31,1	2,09
Bananen	31,3	2,09
Quecksilber	30,6	2,05
Fischkonserven	29,3	1,96
Weintrauben	26,8	1,79
Düngemittel	25,9	1,73
Spanische Literatur	24,3	1,62
Baumwollwaren	23,1	1,60
Reis	22,8	1,52
Kartoffeln	29,4	1,33

Tabelle VII

Kulturflächenverhältnis in Spanien 1958-59

	nicht bewässertes Land in tausend Hektar	bewässertes Land in tausend Hektar	Gesamt
<u>Ackerlandfläche</u>			
Getreidebau	15.003,1	1.453,4	16.456,5
Obstbau	424,5	146,9	571,4
Weinbau (a)	1.394,0	35,9	1.429,9
Olivenbau (b)	2.139,9	140,5	2.280,4
Gesamte Ackerlandfläche	18.961,5	1.776,7	20.738,2
<u>Grünland und Baumpflanzungen</u>			
Wiesen	1.300,7	--	1.300,7
Weiden ohne Baumbepflanzung	11.982,1	--	11.982,1
Weiden mit Baumbepflanzung	6.971,1	--	6.971,1
Baumpflanzungen	628,9	--	628,9
gesamte Fläche an Grünland und Baumpflanzungen	25.088,1	--	25.088,1
Ödland	4.634,4	--	4.634,4
Gesamt	48.684,0	1.776,7	50.460,7

a) bezeichnet nur die Fläche einer einzigen Anbauart

b) bezeichnet die Weinanbaufläche mit Olivenbau

Quelle: Anuario Estadístico de la Producción Agrícola. -
Ministerio de Agricultura

Tabelle VIII

Die Entwicklung der Bewässerungsflächen

Jahre	Hektar in Tausend	Index
1920	1.350,0	100
1950	1.450,0	106
1952	1.500,0	110
1954	1.630,0	120
1956	1.745,0	129
1958	1.776,0	131

Tabelle IX

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Valladolid,
als der typischen Provinz dieser Landschaft, entsprechen
(im Durchschnitt der Jahre 1926-1935)

	Tiefste Werte	Mittlere Werte	Höchste Werte
Höhe über NN	--	691 m	--
Temperaturen	-8,9	12,22	38,8
Frost	10-4	--	31-10
frostfreie Tage (1933)	--	191	--
Gesamte Sommer- temperatur	--,-	3.791,6	--
Regen	364,-	450,-	525,2

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vorkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Nutzungen</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	1.823.300	Weide	158.693
Bewässerungsland	109.900	Buschwerk	2.220.349
Brache	1.138.000	Eichen, Rot- buchen u. Kastanien- wälder	588.022
Weide u. Espartogras	162.255	Forst	1.146.198
Gesamt	3.233.455	Gesamt	4.113.262

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	876.300	Weizen	13.625
Gerste	227.550	Kartoffeln	18.035
Roggen	169.550	Rüben	19.875
Wein	167.595	Klee	7.480
Kichererbsen	38.925	Bohnen	6.523
Johannisbrot	79.620		
Erve	24.830		
Gesamt	1.584.370	Gesamt	65.538

Der Viehbesatz in dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	3.692.076
Rindvieh	241.617
Schweine	157.474
Ziegen	469.059

Tabelle X

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Toledo, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	--	548 m	--
Temperaturen	- 7,4	15	41,2
Frost	5-3	--	30-11
frostfreie Tage (1934)	--	268	--
gesamte Sommertemperatur (1934)	--	4.827,9	--
Regen	275,2	365,0	492,0

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	2.021.300	Weide	227.803
Bewässerungsland	102.000	Buschwerk	1.617.829
Brache	1.007.900	Eichen-, Rotbuchen- und Kastanienwälder	353.144
Weide und Espartogras	<u>205.835</u>	Forst	<u>259.737</u>
Gesamt	3.337.235	Gesamt	2.458.513

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	638.700	Weizen	18.800
Gerste	342.400	Gerste	10.900
Roggen	81.900	Kartoffeln	13.580
Wein	367.370	Klee	6.455
Oliven	237.370	Baumwolle und Tabak	5.991
Kichererbsen	39.850	Oliven	<u>5.763</u>
Johannisbrot	41.340	Gesamt	61.489
Erve	<u>23.310</u>		
Gesamt	1.772.240		

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	1.976.833
Rindvieh	131.798
Schweine	189.095

Die größte Kopfzahl an Wollvieh und die kleinste Kopfzahl an Rindvieh ist ein Zeichen von mangelnder Güte der Weiden. Die Weidefläche mit Espartogras beträgt 150.000 Hektar als Folge des Übergangs von einer kalten und feuchten Zone in eine trockenere, regenärmere.

Tabelle XI

Klimatische Bedingungen die der Provinz Valencia, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Höchste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN.	-	15,2	-
Temperaturen	3,3	17,3	38,2
Frost	15-1	-	30-12
frostfreie Tage (1935)	-	355	-
Gesamtsommertemperatur (1935)	-	6.276,8	-
Regen	205,7	389,1	800,6

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	682,900	Weide	162.102
Bewässerungsland	254.000	Buschwerk	459.259
Brache	160.300	Eichen, Rotbuchen u. Kastanienwälder	17.378
Espartogras	<u>3.500</u>	Forst	<u>590.969</u>
Gesamt	1.100.700	Gesamt	1.229.708

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	67.200	Weizen	31.100
Gerste	32.150	Reis	30.800
Wein	198.090	Mais	11.575
Olivien	124.850	Kartoffeln	12.710
Mandeln	42.595	Gemüse	25.565
Johannisbrot	<u>104.665</u>	Apfelsinen	<u>67.030</u>
Gesamt	569.550	Gesamt	178.780

Gegenüber der vorhergehenden Zone steigt hier die Zahl der Mandelbäume auf 8.673.165, die der Johannisbrotbäume auf 6.160.580 und die der Apfelsinenbäume auf 26.984.400.

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	325.562
Rindvieh	44.163
Schweine	57.653
Ziegen	212.839

Tabelle XII

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Almeria, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	-	9,8 m	-
Temperaturen	0,2	17,4	42,-
Frost	-	-	-
frostfreie Tage (1932)	-	365	-
Gesamtsommertemperatur	-	6.632,3	-
Regen	117,4	201,9	287,9

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	1.025.000	Weide	212.771
Bewässerungsland	223.000	Buschwerk	1.087.873
Brache	465.600	Eichen, Rotbuchen u. Kastanienwälder	35.520
Espartogras	449.130	Forst	491.763
Gesamt	2.162.730	Gesamt	1.827.927

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	230.290	Weizen	39.510
Gerste	187.550	Oliven	25.943
Wein	78.600	Gemüse	23.528
Oliven	164.297	Mais	11.705
Mandeln	54.255	Kartoffeln	13.600
		Wein	11.027
		Apfelsinen	9.707
Gesamt	714.992	Gesamt	135.020

In dieser Zone gibt es außerdem 10.638.050 Mandelbäume und 3.594.230 Apfelsinenbäume.

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	613.875
Rindvieh	65.775
Schweine	226.053
Ziegen	631.844

Tabelle XIII

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Zaragoza, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	-	199 m	-
Temperaturen	-7,6	14,6	40,7
Frost	15,2	-	20-12
frostfreie Tage (1931)	-	299	-
Gesamtsommertemperaturen (1931)	-	4.901,4	-
Regen	264,4	320,6	504,6

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Nutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	625.800	Weide	171.115
Bewässerungsland	199.700	Buschwerk	1.703.787
Brache	413.500	Eichen, Rotbuchen u. Kastanienwälder	133.128
Weide u. Espartogras	18.530	Forst	456.595
Gesamt	1.257.530	Gesamt	2.464.625

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	255.050	Weizen	35.850
Gerste	67.250	Erbsen	17.790
Wein	118.550	Klee	19.230
Olivens	44.085	Olivens	19.986
		Wein	14.544
Gesamt	484.935	Gesamt	107.400

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	1.749.089
Rindvieh	46.839
Schweine	66.587
Ziegen	241.667

Tabelle XIV

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Badajoz, als der p
typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre
1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste</u> <u>Werte</u>	<u>Mittlere</u> <u>Werte</u>	<u>Höchste</u> <u>Werte</u>
Höhe über NN	-	183,5 m	-
Temperaturen	-5,2	16,4	43,2
Frost	5-2	--	25-12
frostfreie Tage	-	303	-
Gesamtsommertemperatur	-	5.510,2	-
Regen	319,3	407,6	522

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und</u> <u>Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und</u> <u>Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	1.735.600	Weide	1.392.484
Bewässerungsland	52.400	Buschwerk	986.428
Brache	828.400	Eichen, Rotbuchen und	
		Kastanlienwälder	1.037.743
Hochweide u. Wiese	89.140	Forst	280.152
Gesamt	<u>2.705.540</u>	Gesamt	<u>3.696.807</u>

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	545.800	Weizen	1.850
Gerste	236.700	Baumwolle	10.650
Hafer	133.500	Tabak	7.513
Kichererbse	61.010	Kartoffeln	6.870
Wein	109.110		
Olive	<u>241.930</u>		
Gesamt	1.328.050	Gesamt	<u>26.883</u>

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	3.031.669
Rindvieh	279.018
Schweine	565.821
Ziegen	668.378

Tabelle XV

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Sevilla, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	-	10 m	-
Temperaturen	-4,6	18,2	43,2
Frost	15,1	-	25-12
frostfreie Tage	-	306	-
Gesamtsommertemperatur	-	5.695,1	-
Regen	389,7	554,7	688,8

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Nutzungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	2.018.800	Weide	821.120
Bewässerungsland	138.600	Buschwerk	971.700
Brache	308.100	Eichen, Rotbuchen und Kastanienwälder	182.890
Weide	2.680	Forst	416.616
Gesamt	2.468.180	Gesamt	2.392.326

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	469.950	Weizen	20.290
Gerste	212.925	Baumwolle	19.320
Mais	44.075	Mais	10.425
Baumwolle	45.415	Kartoffeln	13.137
Bohnen	45.435	Rüben	9.558
Kichererbsen	99.420	Äpfelsinen	5.260
Wein	33.950		
Oliven	873.460		
Gesamt	1.824.630	Gesamt	77.990

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	989.398
Rindvieh	226.336
Schweine	422.883
Ziegen	490.053

Tabelle XVI

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Burgos, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	-	856 m	-
Temperaturen	-14,8	9,6	36,2
Frost	25-4	--	1-11
frostfreie Tage	-	194	-
Gesamt sommertemperatur	-	2.701,8	-
Regen	480,6	567,4	687,9

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	847.400	Einöde u. Hügelland	1.392.696
Bewässerungsland	86.100	Stein- u. Korkeichen	33.776
Brache	510.900	Eichen, Rotbuchen u. Kastanienwälder	473.289
Wiesen	154.740	Forst	142.871
Gesamt	1.599.140	Gesamt	2.042.632

Unterscheidungsmerkmal dieser Zone im Vergleich mit den vorhergehenden ist das größere Vorkommen von Bergen mit Eichen und Rotbuchen sowie Kastanien.

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	425.200	Weizen	11.600
Gerste	91.000	Kartoffeln	13.220
Roggen	86.000	Rüben	12.900
Erve	36.340	Bohnen	8.715
Kartoffeln	27.500	Klee	4.170
Wein	77.190		
Gesamt	743.230	Gesamt	50.605

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	1.550.563
Rindvieh	274.014
Schweine	94.118
Ziegen	217.779

TabelleXVII

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Pamplona, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	-	449 m	-
Temperaturen	-13,0	12,0	38,0
Frost	10-4	--	10-11
frostfreie Tage	-	219	-
Gesamtsommertemperatur	-	3.494,9	-
Regen	712,0	1.112,9	1.469,8

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	657.800	Eichen	127.196
Bewässerungsland	291.800	Buschwerk	1.265.817
Bradhe	363.000	Eichen, Buchen u. Kastanienwälder	404.461
Wiesen	69.395	Forst	637.189
Gesamt	1.381.995	Gesamt	2.434.663

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	270.350	Weizen	60.050
Gerste	69.650	Klee	29.240
Mais	6.465	Mais	9.905
Kartoffeln	7.785	Kartoffeln	6.795
Wein	70.640	Rüben	8.260
Olivien	91.250	Olivien	40.665
		Wein	10.155
Gesamt	516.140	Gesamt	165.070

Der Viehbesatz in dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	1.136.752
Rindvieh	111.247
Schweine	102.306
Ziegen	152.109

Tabelle XVIII

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Barcelona, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	-	4 m	-
Temperaturen	-2,0	16,7	36,9
Frost	-	-	-
frostfreie Tage	-	365	-
Gesamtsommertemperatur	-	6.077,6	-
Regen	422,7	564,4	779,3

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	555.200	Stein- u. Korkeichen	222.609
Bewässerungsland	81.000	Eichen, Buchen u. Kastanienwälder	76.353
Brache	16.100	Hügelland u. Einöden	588.366
Wiesen	7.975	Forst	442.577
Gesamt	660.275	Gesamt	1.329.905

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	85.400	Reis	18.675
Gerste	22.300	Kartoffeln	11.780
Mais	17.850	Gemüse	11.727
Kartoffeln	6.290	Obst	13.100
Wein	157.655		
Olive	106.117		
Johannisbrot	44.080		
Mandeln	11.560		
Haselnüsse	23.300		
Gesamt	474.552	Gesamt	55.282

Der Viehbesatz in dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	246.524
Rindvieh	129.977
Schweine	70.874
Ziegen	118.171

Tabelle XIX

Klimatische Bedingungen, die der Provinz Santander, als der typischen Provinz dieser Landschaft, im Durchschnitt der Jahre 1926 - 1935 entsprechen.

	<u>Tiefste Werte</u>	<u>Mittlere Werte</u>	<u>Höchste Werte</u>
Höhe über NN	-	4 m	-
Temperaturen	-1,3	13,9	38,0
Frost	-	-	-
frostfreie Tage	-	365	-
Gesamtsommertemperatur	-	5.058,9	-
Regen	829,4	1.165,8	1.465,3

Verteilung der Wirtschaftsfläche:

<u>Vollkultur und Halbkultur</u>	<u>Hektar</u>	<u>Hutungen und Forsten</u>	<u>Hektar</u>
Trockenland	753.400	Viehweiden, Buschwerk	2.335.377
Bewässerungsland	49.500	Eichen, Buchen und Kastanien mit Vieh- weiden	668.272
Brache	300	Stein- und Korkeichen	27.581
Wiesen	<u>675.480</u>	Forst (ohne Wiesen)	<u>744.728</u>
Gesamt	1.478.680	Gesamt	3.775.958

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind:

	<u>Hektar</u>
Weizen	90.610
Roggen	130.993
Mais	219.026
Kartoffeln	136.150
Rüben	121.486
Wein	41.695
Äpfel	<u>4.795</u>
Gesamt	744.755

Der Viehbesatz dieser Zone setzt sich zusammen aus:

	<u>Stück</u>
Schafe	858.243
Rindvieh	1.485.507
Schweine	609.829
Ziegen	328.140

Tabelle XX

Die vorherrschenden Kulturen in dieser Zone sind im Trocken- und Bewässerungsland folgende:

<u>Trockenland</u>	<u>Hektar</u>	<u>Bewässerungsland</u>	<u>Hektar</u>
Weizen	51.400	Weizen	1.600
Gerste	40.500	Gerste	300
Kartoffeln	6.530	Kartoffeln	10.200
Wein	1.100	Wein	12.240
Hafer	10.200	Tomaten	10.740
		Gemüse	5.390
Gesamt	109.730	Gesamt	40.470

Tabelle XXI

Grad der Mechanisierung

Region	bearbeitete Fläche in ha	Schlepper- einheiten	Stärke in PS	bearbeitete Fläche der Schlepper	Schlepper- stärke in PS je 100ha
Norden	805.900	750	20.210	1.074,5	2,5
Mitte	10.718.000	22.546	747.859	475,4	7,0
Levante	2.960.300	9.879	290.744	299,6	9,8
Andalu- sien	6.073.000	10.614	412.038	572,2	6,8
Kanari- sche Ins.	181.000	148	4.562	1.223,0	2,5
Gesamt	20.738.200	43.937	1.475.413	472,0	7,1

Quelle: Anuario estadístico de la producción Agrícola 1958 - 59
Censo de Maquinaria Agrícola a 30-6-59.

Tabelle XXII

<u>Maschinenart</u>	<u>Einheiten</u>	<u>Stärke in PS</u>
Raupenschlepper	3.392	167.738
Radschlepper	40.545	1.307.675
Schlepper insgesamt:	43.937 =====	1.475.413 =====
Motorpflüge	1.386	9.954
vollautomatische Erntemaschinen	993	42.165
Erntemaschinen mit Motor	1.326	32.762
Erntemaschinen mit Antriebskraft	1.004	-
motorbetriebene Drehmaschinen	10.628	197.016
Drehmaschinen mit Antriebskraft	7.562	-
Berieselungsmotoren	100.965	659.834

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961, Documentación Técnica, cuaderno 2, primera parte, S. 21.

Tabelle XXIII

Schlepperbestand in folgenden Ländern (1958)

<u>Land</u>	<u>Zahl der Schlepper in Tsd.</u>
USA	4.750
Bundesrepublik Deutschland	699
Frankreich	559
Groß-Britannien	434
Italien	207
Schweden	142
Südafrikanische Union	106
Österreich	91
Dänemark	85
Argentinien	82

Quelle: Anuario Estadístico de la F.A.O. citado por I Congreso Sindical. Madrid 1961, Documentación Técnica, cuaderno Nr. 3, S. 39.

Tabelle XXIV

Verbrauch an Handels-Düngemitteln in kg. je Hektar der Land-
fläche

<u>Länder</u>	<u>P₂ O₅</u>	<u>N</u>	<u>K₂ O</u>
Westdeutschland	50,9	43,5	73,0
Belgien	48,3	52,3	85,9
Frankreich	29,1	16,8	22,9
Holland	48,9	91,8	66,1
Italien	22,8	21,1	6,6
Luxemburg	46,4	32,6	44,9
Österreich	28,2	15,6	29,6
Dänemark	37,9	39,9	57,1
Norwegen	47,3	48,1	44,5
Portugal	17,4	15,5	2,3
Großbritannien	35,7	33,6	34,5
Schweden	28,5	27,1	24,2
Schweiz	37,1	12,6	37,7
Griechenland	14,5	19,2	2,0
Irland	17,4	4,3	11,7
Türkei	0,4	0,3	-
Spanien	12,6	10,7	3,6

Quelle: O.E.C.E. - Comité de Productos Químicos. - Octubre 1960,
citado por I. Congreso Sindical, Madrid 1961, Documen-
tación Técnica, cuaderno Nr. 3, S. 16.

Tabelle XXV

Flurteilstücke nach Größen und Zonen nach dem Kataster vom 31. 12. 1959

Zone	Eigentümer mit einer Fläche von:													besteuerbare Fläche in ha
	weniger als 1/2 ha	von 1/2 bis 1 ha	von 1 bis 5 ha	von 5 bis 10 ha	von 10 bis 50 ha	von 50 bis 100 ha	von 100 bis 250 ha	von 250 bis 500 ha	von 500 bis 1000 ha	von 1000 bis 5000 ha	mehr als 5000 ha	Parzellen insgesamt		
I	11.314,461	1.846,602	773,108	66,981	40,793	8,018	4,529	1,081	308	107	2	14.055,990	7.027,891	
II	1.201,030	628,077	696,076	98,559	58,708	8,406	4,722	1,269	452	187	18	2.597,544	5,416,791	
III	1.630,975	482,006	251,174	34,445	18,484	2,665	1,853	388	104	22	3	2.393,269	2.232,882	
IV	860,339	430,486	874,207	93,046	43,996	6,426	3,324	932	320	164	7	1.813,303	3.851,392	
V	2.018,235	567,441	347,043	38,904	24,370	3,893	1,897	471	146	42	4	8.002,446	2.849,786	
VI	2.162,492	607,093	423,360	81,205	65,010	14,449	8,163	2.488	595	156	15	3.031,307	6,199,764	
VII	1.829,173	261,191	277,299	56,887	45,915	9,035	6,010	2.350	916	239	13	993,174	4.717,179	
VIII	6.123,569	727,196	183,701	16,116	12,883	4,830	1,759	517	136	32	1	7.070,740	3.012,909	
IX	259,291	162,594	173,468	30,731	14,383	1,342	415	137	38	15	2	642-416	1.148,358	
X	254,413	131,709	186,268	28,728	21,231	2,387	833	98	24	6	1	820,675	1.495,035	
XI	15,463,386	942,206	480,130	37,995	19,059	3,158	1,539	331	97	21	-	16,967,601	3.774,018	
XII	651,158	93,121	76,480	12,634	10,320	2,199	1,487	513	218	228	51	848,400	942,957	
Ges.	41.810,999	6.898,119	4.242,344	596,531	376,152	66,844	6,051	10,175	3,334	1,219	117	54.041,885	42.763,962	
Prozent	77,37	12,76	7,85	1,10	0,70	0,12	0,07	0,02	0,006	0,002	0,0002	100,00		

N.B. Zone IX außer Navarra; Zone XI außer Alaya

Tabelle XVI

Parzellierung des ländlichen Eigentums. Verteilung der Eigentümer nach der flächenmäßigen Ausdehnung ihres Eigentums
 Gem. dem Stand des Katasters vom 31. 12. 59.

Zone	weniger als 1/2 ha	1/2 bis unter 1 ha	1 bis unter 5 ha	5 ha bis unter 10 ha	10 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 250 ha	250 ha unter 500 ha	500 ha unter 1000 ha	1000 ha unter 5000 ha	5000 ha und mehr	Gesamt
I	277.648	183.021	285.527	256.577	86.361	8.880	3.641	1.677	1.108	656	48	947.369
II	109.167	85.112	175.657	59.423	47.366	6.522	3.985	1.823	972	555	45	440.627
III	414.489	143.427	187.137	39.216	20.301	2.095	1.163	369	317	107	13	660.656
IV	131.278	88.172	120.777	40.325	33.627	5.871	3.392	1.216	443	279	30	425.410
V	108.495	61.069	115.541	34.529	26.054	2.256	1.308	462	301	280	36	350.331
VI	150.694	87.451	138.790	43.467	38.929	6.626	9.182	2.823	1.407	633	45	475.441
VII	55.313	62.758	107.496	39.880	31.559	6.283	4.409	2.119	1.093	451	61	311.322
VIII	161.807	98.417	162.461	47.421	38.045	4.177	959	576	547	271	16	463.080
IX	18.695	16.186	42.409	17.640	12.728	2.006	791	296	201	100	10	111.057
X	46.855	35.698	84.409	20.678	16.336	3.060	1.874	448	90	30	1	209.479
XI	622.627	197.634	319.050	81.925	49.729	1.979	642	298	182	168	32	1.262.401
XII	105.702	43.659	65.758	12.971	9.276	1.608	1.232	468	238	176	57	241.145
Gesamt	2.054.592	1.074.361	1.805.012	552.655	401.922	49.812	27.972	12.570	6.641	3.706	394	5.989.637
Prozent:	34,30	17,94	30,14	9,23	6,71	0,83	0,47	0,21	0,11	0,062	0,0066	

N.B. Zone IX, außer Navarra, Zone XI außer Alava.

Tabelle XXVII

Parzellierung des ländlichen Eigentums. Absolute Verteilung der Eigentümer nach ihrem steuerbaren Reinertrag gem. den Angaben der Finanzverwaltung vom 31. 12. 59.

Zone	Zahl der Eigentümer mit einem steuerbaren Reinertrag von														
	5 bis als 5 pts.	10 bis unter 10 pt.	25 bis unter 25 pt.	50 bis unter 50 pt.	100 bis unter 100 pt.	200 bis unter 200 pt.	300 bis unter 300 pt.	500 bis unter 500 pt.	1000 bis unter 1000 pt.	2000 bis unter 2000 pt.	5000 bis unter 5000 pt.	10000 bis unter 10000 pt.	20000 bis unter 20000 pt.	30000 bis unter 30000 pt.	mehr als 50.000
I	62.326	61.975	103.248	113.515	125.514	126.804	75.738	84.269	90.093	60.105	33.497	8.760	3.357	1.051	1.530
II	13.111	15.030	33.097	46.298	62.932	71.787	47.172	55.229	59.789	40.823	27.375	9.200	4.341	1.454	2.189
III	13.208	16.186	30.243	45.451	69.234	87.143	66.601	83.822	112.294	73.385	50.168	14.741	5.649	1.377	1.154
IV	15.158	14.804	21.697	28.891	38.854	74.518	40.883	48.001	54.219	34.330	28.580	10.920	5.398	1.909	2.572
V	9.691	9.530	19.872	24.993	37.832	46.539	34.429	40.104	49.488	38.369	26.672	8.014	3.015	796	1.007
VI	25.355	17.875	26.694	34.524	44.186	55.379	46.029	51.977	61.318	46.579	35.261	14.214	7.148	2.904	5.998
VII	1.913	3.081	6.735	14.554	24.492	38.138	35.631	34.936	47.722	40.095	31.747	14.607	8.151	3.298	6.337
VIII	15.963	21.805	44.381	58.760	76.178	59.431	39.893	47.845	62.906	35.072	26.703	5.918	1.930	517	581
IX	1.454	1.103	2.399	3.337	5.324	9.693	8.771	13.042	19.867	19.891	16.734	5.880	2.119	530	753
X	3.773	2.456	6.237	8.818	14.539	25.106	20.065	28.182	36.704	28.191	21.199	7.645	4.081	1.306	1.197
XI	69.448	61.464	107.504	126.600	158.183	185.207	115.851	129.410	142.936	106.859	67.480	15.337	3.683	783	842
XII	6.454	3.758	9.069	14.801	22.805	31.554	21.433	26.800	33.663	25.474	17.859	4.983	1.880	657	729
Ges.	233.388	229.067	411.176	520.542	680.073	301.292	552.586	643.613	760.999	560.395	383.875	120.289	50.851	16.602	24.889

N.B. Zone IX außer Navarra; Zone XI, außer Alava.

Tabelle XXVIII

Angaben über die Bewirtschaftungsformen für ganz Spanien.

System der Bewirtschaftung	Fläche in ha	%	Unternehmer- zahl	%
unmittelbare Bewirtschaftung	13.411.150	63,6	2.102.950	56,2
Aparcería	2.972.050	14,1	460.400	12,3
protegierte Pachten	1.851.100	8,9	816.600	21,9
nicht-protegierte Pachten	2.841.250	13,4	359.200	9,6
Gesamt	21.075.550	100,00	3.739.150	100,00

Tabelle XXIX

Angaben über die Bewirtschaftungsformen, differenziert nach Zonen.

Region	P r o z e n t e				Gesamt
	unmittelbare Bewirtschaftung	Aparcería	Pacht proteg. nicht proteg.		
Norden	65,1	7,9	26,3	0,7	27,0
Mitte	68,2	8,6	9,8	13,4	23,2
Levante	52,1	37,3	7,0	3,6	10,6
Andalusien	61,3	13,0	5,7	20,0	25,7
Kanarische Inseln	66,2	24,0	3,4	6,4	9,8
Gesamt	63,6	14,1	8,8	13,5	22,3

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961.

Tabelle XXX

Entwicklung der spanischen Bevölkerung seit 1900.

Jahr	Einwohner	Wachstumsrate	Bevölkerungs- index	Einwohnerzahl je km ²
1900	18.594.405	0,72	120,3 (1)	36,83
1910	19.927.150	0,79	128,9	39,47
1920	21.303.162	0,69	137,8	42,19
1930	23.563.867	1,06	152,5	46,67
1940	25.877.971	0,98	167,4	51,25
1950	27.976.755	0,81	181,0	55,41
1960	30.116.721			

(1) Basisjahr, 1857 mit 15.454.514 Einwohnern = 100 %.

Quelle: Anuario Estadístico de España, 1961

Tabelle XXXI

Altersgruppen	Zensus des Jahres 1950		
	Gesamt	männlich	weiblich
Weniger als 1 Jahr	16	8	8
von 1 bis 10 Jahren	181	93	88
" 11 " 20 "	181	90	91
" 21 " 30 "	178	87	91
" 31 " 40 "	135	63	72
" 41 " 50 "	122	58	64
" 51 " 60	86	40	46
" 61 " 70	63	28	35
" 71 " 80	30	12	18
" 81 und mehr	8	3	5
Gesamt	1.000	482	518

Tabelle XXXII

Struktur der erwerbstätigen Bevölkerung im Jahre 1960

<u>Sektor</u>	<u>Umfang in Tausend</u>	<u>%</u>
Landwirtschaft (1)	4.700	41,59
Industrie	3.200	28,31
Dienstleistungen	3.400	30,10
Gesamt	11.300	100,00

(1) Ausschließlich der Frauen in der Landwirtschaft.

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961. Documentación técnica, cuaderno Nr. 1, S. 13.

Tabelle XXXIII

Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung auf die Wirtschaftssektoren von 1900 - 1950.

S e k t o r e n								
Erster			Zweiter		Dritter		erwerbs- erwerbstätig tätige Be- Bevölkerung völk.insg.zur Gesamtbev	
Jahr	Umfang	%	Umfang	%	Umfang	%	Umfang	%
1900	4.318,0	66	1.061,7	16	1.172,0	18	6.551,7	35
1910	4.616,0	65	1.137,9	16	1.324,3	19	7.079,1	35
1920	4.364,6	57	1.572,8	21	1.661,9	22	7.599,3	36
1930	3.857,4	46	2.246,2	27	2.339,6	28	8.443,2	36
1940	4.584,9	51	2.024,9	22	2.444,1	27	9.053,9	35
1950	5.052,7	48	2.803,5	26	2.755,3	26	10.611,5	38
1960	4.700	42	3.200	28	3.400	30	11.300	38

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961. Documentación técnica, cuaderno Nr. 3, S. 33

Tabelle XXXIV

Anteil der erwerbstätigen Personen an der Gesamtbevölkerung der folgenden Länder.

<u>Länder</u>	<u>männlich</u>	<u>weiblich</u>
Westdeutschland	63,2	31,4
Österreich	67,3	35,0
Belgien	63,3	19,0
Dänemark	64,5	32,2
Spanien	67,4	11,8
Frankreich	62,0	35,6
Holland	61,0	19,5
Italien	64,0	26,8
Norwegen	65,2	19,8
Portugal	62,8	16,8
Großbritannien	64,9	26,5
Schweden	65,2	23,2
Schweiz	66,7	26,2

Quelle: I Congreso Sindical, Documentación técnica, cuaderno
Nr. 1, S. 8

Tabelle XXXV

Ziffern der Berufsgruppen (Jahr 1950)

<u>Sektor Landwirtschaft</u>	<u>männlich</u>	<u>weiblich</u>	<u>gesamt</u>
1. Fischerei u. Jagd	141.719		141.719
2. Forst- u. Landwirtschaft	4.911.007		4.911.007
Gesamt	5.052.726		5.052.726

Sektor Industrie

3. Bergbau, Steinbruch u. Salinen	178.041	3.308	181.349
4. Nahrungsmittelindustrie	222.666	44.045	266.711
5. chem. Industrie	107.721	27.193	135.497
6. Graphik	49.515	8.561	58.076
7. Textilindustrie	138.042	186.983	325.025
8. Konfektion	50.215	85.008	135.223
9. Gerberei u. Lederverarbeitung	126.335	29.016	155.974
10. Holzindustrie	226.153	6.090	232.243
11. Metallverhüttung	102.336	5.947	108.283
12. metallverarb. Industrie	422.436	18.638	441.074
13. Bauwesen	692.377	12.695	705.072
14. sonstige Industrie	57.122	1.827	58.949
Gesamt	2.372.959	430.517	2.803.476

Sektor Dienstleistungen

15. Transport- u. Fernsprechwesen	422.537	19.171	441.708
16. Handel	823.554	153.936	977.490
17. Öffentliche Sicherheit	207.153	438	207.591
18. Verwaltung	157.625	26.382	184.531
19. Freiberufe	183.804	114.724	298.528
20. Kult und Klerus	69.556	36.406	105.962
21. Hauspersonal	29.391	510.151	539.542
Gesamt	1.893.620	861.732	2.755.352
Erwerbstätige insgesamt	9.319.305	1.292.249	10.611.554

Entnommen aus den Angaben der Volkszählung 1950 mit den vom Ersten Gewerkschaftskongreß Madrid 1961 vorgenommenen Berichtigungen.

Quelle: I Congreso Sindical Madrid 1961. Documentación técnica,
cuaderno Nr. 2, S. 21.

Tabelle XXXVI

Einkommen pro Kopf der tätigen Bevölkerung in Beziehung zum Anteil der landwirtschaftlich Tätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, differenziert nach Regionen, dem. den Feststellungen des Ersten Gewerkschaftskongresses.

Region	Volkseinkommen (Pts.)	% der tätigen Landbevölkerung
Kantabrien	23.312	23,79
Nordwest	21.107	15,68
Mitte	18.772	31,37
Oberebro	18.669	46,73
Mittelebro	15.070	51,11
Levante	13.170	48,86
Duero	13.019	54,50
Kanarische Inseln	11.540	63,20
Galicien	11.094	66,74
Andalusien	10.801	58,33
Südwest	10.286	59,98
Extremadura	9.786	72,14

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961.

Tabelle XXXVII

Gegenwärtige Unterbeschäftigung in Spanien nach verschiedenen Autoren

Quelle	Zahl der Unterbeschäftigten in Tausend
R. Cavestany	1.275
A. Robert	1.150
Instituto Español de emigración	1.013
Prados Arrarte	1.216
Instituto de Cultura Hispánica	750 (1) nur männlich
Consejo Social	800 (1) nur männlich
Plaza Prieto	1.059

Quelle: Revista de "De Economía" Nr. 64, citado por I Congreso Sindical, Madrid 1961. Documentación técnica, cuaderno Nr. 3, S. 40.

Tabelle XXXVIII

Die verdienende Bevölkerung

Schätzung durch die Dirección General de Empleo. (1958 - 59)

	1958	1959
Gesamtbevölkerung	29.865.883	30.100.604
männliche Bevölkerung	14.434.796	14.547.137
zivile Arbeitskräfte	11.746.941	11.837.060
männliche Arbeitskräfte	9.891.565	10.001.848
beschäftigte Personen	11.677.210	11.769.161
a) Lohnarbeiter	7.562.258	7.627.938
b) Unternehmer	2.753.415	2.776.547
c) ungebundene Arbeiter und Hausarbeit	1.361.537	1.364.676

Nach diesen Zahlen stellen die Lohnarbeiter 65 % der tätigen Bevölkerung dar.

Quelle: I Congreso Sindical, Documentación técnica, cuaderno Nr. 1 S. 10.

Tabelle XXXIX

Struktur der verdienenden Bevölkerung in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen.

Gegen Entgelt engagiert in	1958	1959
Land-, Forst- u. Fischereiwirtschaft	2.699.432	2.722.877
Bergbau	182.010	183.591
Industrielle Fertigung u. Veredelung	1.683.648	1.698.271
Bauwesen	576.348	561.354
Elektrizität, Gas und Wasser	58.301	58.807
Handel, Banken und Versicherungen	396.209	399.650
Transportwesen	409.339	413.096
Dienstleistungen	1.441.212	1.453.729
Nichtklassifizierte	115.559	116.563
Gesamt (ausgenommen Wehrmacht)	7.562.258	7.627.938

Quelle: I Congreso Sindical, aa0., S. 11

Tabelle XL

Auswanderung nach Übersee (1951 - 1957)

<u>Jahre</u>	<u>Umfang der Auswanderung</u>
1951	56.907
1952	56.684
1953	44.572
1954	52.418
1955	62.237
1956	53.237
1957	57.900
Gesamt	383.955

Quelle: Instituto Español de Emigración.

Tabelle XLI

Auswanderungszahlen

<u>Gruppen</u>	<u>1946 - 50</u>	<u>1951 - 55</u>
<u>Einwohner</u>		
Spanien	27.976.755	28.980.378
kleine Gemeinden	9.376.775	9.322.231
große Gemeinden	18.599.980	19.658.147
<u>Auswanderer</u>		
Spanien	317.682	1.167.019
kleine Gemeinden	328.127	572.959
große Gemeinden	489.555	594.060
<u>Prozente</u>		
Spanien	2,92	4,03
kleine Gemeinden	3,50	6,15
große Gemeinden	2,63	3,02

Die Jahresdurchschnittszahl der Auswanderung aus Spanien beträgt im Zeitraum von 1946 - 50 200.000 Personen. In den vorangehenden 5 Jahren betrug diese Zahl sogar 250.000 Personen im Jahresmittel

Tabelle XLIII

Arbeitslosigkeitsstatistik vom Mai 1955

Provinz	Einwohner	Landarbeiter	Arbeitslosigkeit im Mai 1955		
			Landwirt- schaft	Industrie	Gesamt
Alava	118.012	2.612	-	22	22
Albacete	397.100	44.265	10.220	1.252	11.472
Alicante	634.065	52.674	8.629	4.515	13.144
Almeria	357.401	15.161	12.382	2.834	15.216
Avila	251.030	21.401	702	55	757
Badajoz	815.780	107.274	10.382	1.202	11.584
Baleares	422.089	24.615	554	262	816
Barcelona	2.232.119	18.634	42	6.563	6.605
Burgos	347.305	8.191	130	121	251
Cáceres	549.077	76.540	19.793	927	20.720
Cádiz	700.396	55.195	11.126	5.824	16.950
Castellón	325.091	24.617	798	702	1.500
Ciudad Real	567.027	82.451	1.929	4.011	2.330
Córdoba	781.908	146.648	8.433	3.132	11.565
La Coruña	955.772	28.877	642	2.860	3.502
Cuenca	335.719	35.819	3.109	142	3.251
Gerona	327.321	8.959	166	686	852
Granada	782.953	92.210	11.216	950	12.131
Guadalajara	203.278	9.762	1.608	203	1.811
Guipúzcoa	374.040	930	-	127	127
Huelva	368.013	32.877	4.225	1.493	5.178
Huesca	236.232	10.527	141	75	216
Jaén	765.697	129.544	24.294	1.405	25.699
León	544.779	12.436	320	284	604
Lérida	324.062	15.656	-	67	67
Logrono	229.791	12.839	1.040	413	1.453
Lugo	508.916	12.813	421	196	617
Madrid	1.926.311	35.849	1.011	11.666	12.677
Málaga	750.115	71.329	9.957	7.635	17.592
Murcia	756.721	84.903	3.740	2.340	6.080
Navarra	382.932	18.455	331	41	372
Orense	467.903	17.548	1.290	207	1.497
Oviedo	888.149	12.557	116	415	531
Palencia	233.290	12.540	1.312	160	1.472
Las Palmas	375.227	50.008	706	1.455	2.161
Pontevedra	671.609	28.361	1.567	1.128	2.695
Salamanca	411.963	29.177	3.751	1.236	4.987
Santander	404.921	38.022	61	257	318
S.C.de Tenerife	418.101	8.041	2.648	1.201	3.849
Segovia	201.433	6.630	42	64	106
Sevilla	1.099.374	138.269	27.254	4.989	32.243
Soria	161.182	3.646	38	64	102
Tarragona	356.811	23.890	212	242	454
Teruel	236.002	9.759	356	190	546
Toledo	527.474	83.898	7.878	267	8.145
Valencia	1.347.912	118.081	856	3.356	4.212
Valladolid	347.768	34.909	2.048	554	2.602
Vizcaya	569.188	1.709	32	97	129
Zamora	315.885	15.985	1.709	111	1.820
Zaragoza	621.768	41.327	5.832	603	6.435
Gesamt	27.614.598	1.968.432	205.049	74.956	280.005

Quelle: Servicio Nacional de E. y Colocación.

Tabelle XLIII

Preisindex 1960 (1953 = 100)

Weizen	130
Öl	189
Zuckerrüben	148
Baumwolle	121
Kichererbsen	184
Bohnen	238
Gerste	107
Mais	126
Heu	111
Milch	163
Eier	146
frischer Speck	139
Kuh	194
Kalb	199
Schaf	188
Lamm	185
Mastschwein	157

Tabelle XLIV

Index der Erzeugerpreise

Jahr	allgemeiner Index d. land- wirtschaftl. Nahrungsmittel	allgemeiner Index für Viehfutter	allgemeiner Viehpreisindex	allgemeiner Index
1953	100,00	100,00	100,00	100,00
1954	95,59	79,65	102,27	94,22
1955	103,12	71,00	110,75	98,54
1956	112,82	102,53	125,70	113,77
1957	131,94	111,20	142,17	129,74
1958	165,76	114,30	160,18	152,88
1959	153,13	113,64	166,34	148,42

Tabelle XLV

Preise der landwirtschaftlichen Produkte (Pts./Zentner)

Jahr	Weizen	Öl	Wein	Zucker- rüben	Baumwolle (brutto)	Kichererbsen	Bohnen	Linsen	Kartoffeln	Mais
1953	391	1.135	12,17	67	1.312	5,48	5,13	4,82	1,40	377
1954	393	1.166	9,81	66	1.265	5,75	3,33	6,54	1,27	342
1955	413	1.208	14,70	65	1.259	6,04	7,24	6,85	1,31	351
1956	419	1.516	16,63	65	1.246	7,44	7,71	7,03	1,66	443
1957	494	1.700	18,59	78	1.239	8,83	7,85	7,13	1,50	454
1958	508	2.067	32,27	99	1.595	9,78	9,17	7,36	2,74	564
1959-60	510	2.152	24,93	99	1.592	10,06	12,22	8,44	1,92	492

Preise der Viehprodukte

Schlachtviehpreise

Jahr	Kuh- milch	Eier	frischer Speck	Kuh	Kalb	Schaf	Lamm	Mastschwein
1953	2,87	18,61	21,06	9,66	14,36	7,88	10,96	15,96
1954	2,88	19,21	19,84	9,52	15,14	7,76	10,52	15,90
1955	2,86	20,27	21,87	11,17	16,22	9,11	12,05	18,83
1956	3,10	21,62	24,45	13,55	20,86	10,83	14,51	21,11
1957	3,59	24,81	26,41	15,94	23,69	12,89	17,72	21,54
1958	4,09	27,16	27,86	17,48	26,80	14,60	20,52	25,70
1959	4,70	27,15	29,18	18,70	28,59	14,29	20,28	25,09

Tabelle XLVI

Preisindex der Düngemittel

Jahr	Stickstoff- dünger	Phosphor	Kali	allgemein gewichteter Index
1953	100,00	100,00	100,00	100,00
1954	98,7	96,9	64,0	98,4
1955	99,7	115,2	92,0	106,3
1956	101,3	116,8	92,0	107,7
1957	100,0	137,9	140,1	118,8
1958	108,0	104,0	94,0	107,0
1959	118,0	124,0	122,0	122,0
1960	119,0	119,0	126,0	121,0

Tabelle XLVII

Preisindex für Treibstoffe

Jahr	Auto benzin	Petroleum	G a s ö l f.d. Landwirt- schaftsge- brauch	nicht f.d. Landwirt- schaftsge- brauch	allg.gewichteter Index f.i.d. Land- wirtschaft ge- brauchte Treib- stoffe
1953	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1954	100,00	109,7	100,00	100,00	71,7
1955	100,00	109,7	100,00	100,00	94,3
1956	100,00	109,7	100,00	100,00	94,0
1957	109,1	112,4	100,00	100,00	100,00
1958	109,1	112,4	110,00	125,00	122,5
1959	109,1	112,4	110,00	125,00	126,5
1960	181,8	187,3	170,00	163,00	143,2

Tabelle XLVIII

Preisindex für in Spanien hergestellte Landmaschinen

Jahr	Mähmaschinen (1,50 m Mähbreite)	Mähbinder (1,50 m Mähbreite)	Dresch- maschinen	Traktoren
1955	100	100	100	100
1956	103	105	103	124
1957	113	118	115	142
1958	137	134	146	145
1959	148	147	148	158
1960	138	195	174	158

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961. Documentación técnica, cuaderno Nr. 2, primera parte, S. 40 - 45.

Tabelle XLIX

Lohnindex der Landarbeiter in feststehenden Arbeitsverhältnissen sowie allgemeiner Preis- und Lebenshaltungskostenindex.

Jahr	berichtigt auf Jahresbasis	nicht berichtigt auf Jahresbasis	allgemeiner Preisindex	Lebenshaltungs-kostenindex
1935	100,0 (a)	100,0 (b)	100,0	100,0 (c)
1942	229,2	201,5	224,5	247,4
1945	275,4	242,1	299,1	274,8
1948	387,5	340,6	450,9	453,0
1952	520,0	457,1	737,6	567,7
1954	585,4	514,6	799,1	584,0
1956	643,0	577,6	877,6	643,1
	= 30,34 pt.	= 31,53 pt.		

(a) mit Lohn der republikanischen Regierung: 4,80 pts.

(b) mit Lohn des Instituto Nacional de I.A.: mittlerer Lohn: 5,46 pts.

(c) 1936 = 100.

Quelle: Instituto Nacional de Investigaciones Agrónomicas.

Tabelle L

Jährlich verfügbare Lebensmittel in kg/Kopf der Bevölkerung

	1952/53	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Gesamtgetreide	129,7	115,9	116,1	113,0	121,7	111,7	110,6	117,3
Brotgetreide	122,0	107,2	107,2	106,2	113,8	105,0	102,0	108,0
anderes Getreide	1,1	1,4	1,1	1,1	1,2	1,3	1,3	1,5
Reis	6,6	7,3	8,1	5,7	6,7	5,4	7,3	7,8
Kartoffeln	105,5	103,4	109,0	111,1	118,3	105,5	119,4	123,7
Hülsenfrüchte	8,8	6,8	7,6	8,3	8,3	9,0	8,6	9,4
Zucker	11,7	9,4	12,4	12,6	15,5	15,2	15,7	15,3
Frischgemüse	100,5	103,6	101,2	102,9	103,0	105,0	117,2	121,2
Trockenobst	50,9	53,2	50,3	50,6	56,7	54,9	62,9	61,4
Zitrusfrüchte	15,2	5,0	13,4	16,6	5,8	15,9	14,2	16,7
Fleisch	15,0	13,2	14,1	14,0	14,6	15,5	15,4	15,6
Eier	4,7	4,7	4,8	5,4	5,3	5,0	5,1	5,3
Milch	55,4	53,2	61,0	58,4	62,5	64,0	61,0	56,6
Käse	-	3,0	1,9	1,9	1,6	1,8	1,4	1,4
Butter	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Fett u. Öl	15,2	15,4	15,6	15,7	16,4	16,9	17,3	19,4
(außer Butter)								
Fisch (Löschgewicht)	19,9	19,7	17,8	23,0	22,5	21,7	22,6	23,1

Quelle: Servicio de Estadística de la Secretaría General del Ministerio de Agricultura. 1960.

Tabelle LI

Anteile der Eigenproduktion des Imports, des Exports und der Vorratsveränderungen an den im Inland verfügbaren Lebensmitteln für den Berechnungszeitraum 1959/60. (in %)

Produkte	Produktion	Einfuhr	Ausfuhr	Vorrats- änderun- gen (a)	für den Konsum in Spanien ver- fügbare Lebensm.
Weizen	99,61	0,70	2,96	-1,63	100,00
Roggen	100,00	-	-	-	100,00
ungeschälter Reis	111,76	-	11,76	-	100,00
Kartoffeln	101,84	0,55	2,39	-	100,00
Zucker	108,46	6,94	-	+15,40	100,00
Hülsenfrüchte	98,32	2,80	1,12	-	100,00
Gemüse	106,33	-	6,33	-	100,00
Frischobst	150,69	-	50,69	-	100,00
Ölfrüchte	119,34	-	19,34	-	100,00
Öl	96,72	44,63	8,53	+32,82	100,00
Wein	108,07	-	8,07	-	100,00
Fleisch	97,25	2,75	-	-	100,00
Eier	95,60	4,40	-	-	100,00
Milch	100,00	-	-	-	100,00

(a) Bei Produkten ohne Angaben sind Warenbestandsveränderungen vorweg zu den verfügbaren Mengen gezählt worden.

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961, Documentación técnica, cuaderno Nr. 3, S. 29.

Tabelle LIII

Gesamthandelsspanne für die landwirtschaftlich erzeugten Nahrungsmittel. (1958)

	Mill. pts.	% des Volks- einkommens
Volkseinkommen	440.210	100,00
Ausgaben der Verbraucher für Güter und Dienstleistungen	390.378	88,68
Ausgaben der Verbraucher für landwirt- schaftliche Nahrungsmittel	197.933	44,68
Wert dieser Nahrungsmittel zu Erzeuger- preisen	109.593	24,90
Gesamthandelsspanne der landwirt- schaftlichen Nahrungsmittel	88.340	20,06

Quelle: I Congreso Sindical, Madrid 1961, Documentación técnica, cuaderno Nr. 3, S. 29.

Tabelle LIII I.N.C.

Hauptinvestitionen von 1961 und Vergleich mit den Vorjahren

Gesamtinvestitionen		Mill. Ptas	Index
Jahr	1951	352	100
"	1952	477	135
"	1953	655	186
"	1954	1.174	333
"	1955	1.854	527
"	1956	2.327	661
"	1957	3.133	890
"	1958	3.556	1.010
"	1959	3.236	919
"	1960	2.655	754
"	1961	2.730	776

Tabelle LIV I.N.C.

Ausgeführte Arbeiten		Mill. Ptas	Index
Jahr	1951	91	100
"	1952	123	135
"	1953	175	192
"	1954	437	480
"	1955	703	772
"	1956	735	807
"	1957	1.258	1.382
"	1958	1.499	1.647
"	1959	1.189	1.307
"	1960	1.177	1.293
"	1961	1.189	1.307
Gesamt		8.576	

Tabelle LV I.N.C.

Erwerb von Grundstücken		Mill. Ptas	Index
Jahr	1951	68	100
"	1952	57	84
"	1953	79	116
"	1954	101	148
"	1955	152	223
"	1956	209	307
"	1957	315	463
"	1958	253	372
"	1959	170	250
"	1960	73	107
"	1961	212	312
Gesamt		1.689	

Tabelle LVI I.N.C.

Vorschüsse an Siedler für Einrichtung und Umlaufkapital		Mill. Ptas	Index
Jahr	1951	31	100
"	1952	42	135
"	1953	53	171
"	1954	61	197
"	1955	79	255
"	1956	135	435
"	1957	154	497
"	1958	196	632
"	1959	258	832
"	1960	250	806
"	1961	268	865

1.527

Tabelle LVII I.N.C.

Bewässerte Flächen	Ausdehnung des Bewässerungsnetzes des I.N.C. in Hektar	praktisch bewässerbare Flächen in Hektar
bis 31. Dezember 1951	9.886	9.707
Jahr 1952	8.011	6.397
" 1953	12.203	8.481
" 1954	29.965	21.231
" 1955	29.032	24.157
" 1956	32.765	12.033
" 1957	41.198	13.144
" 1958	35.742	15.535
" 1959	12.244	30.910
" 1960	9.534	28.358
" 1961	19.708	34.817
Gesamt	240.288	204.770
Vorschau für 1962	58.863	35.737
im Bau am 1.1.62	174.049	-

Tabelle LVIII I.N.C.

Neubau von Siedlerwohnungen	Zahl	Index
Bis 31. Dezember 1951	1.494	-
Jahr 1952	226	100
" 1953	383	169
" 1954	848	375
" 1955	2.604	1.152
" 1956	2.498	1.105
" 1957	1.602	709
" 1958	2.073	917
" 1959	1.634	724
" 1960	1.868	827
" 1961	2.489	1.100
Gesamt	17.719	-
Prognose für 1962	3.208	-
im Bau am 1.1.62	6.984	-

Tabelle LIX I.N.C.

Vergebene Besitzrechte	Zahl der Bauernhöfe	Bewässerungsfähiges Land in ha	Trockenland	Gesamt
Bis 31. Dezember 1951	327	27.689	171.406	199.095
Jahr 1952	21	2.955	9.395	12.350
" 1953	61	6.383	15.019	21.402
" 1954	336	10.336	1.685	12.021
" 1955	205	33.283	10.540	43.823
" 1956	198	14.897	5.395	20.292
" 1957	235	34.483	6.814	41.297
" 1958	110	13.295	1.461	14.756
" 1959	146	10.988	1.535	12.523
" 1960	178	13.141	127	13.268
" 1961	149	11.642	452	12.094
Gesamt	1.966	179.092	223.829	402.921

Tabelle LX I.N.C.

Vergebene Besitzrechte	freiwilliges Angebot	Enteignung im sozialen Interesse	Überzähliges Land	Gesamt
Bis 31. Dezember 1951	165.125	33.970	-	199.095
Jahr 1952	1.516	10.174	660	12.350
" 1953	3.120	13.789	4.493	21.402
" 1954	1.589	1.983	8.449	12.021
" 1955	24.513	6.010	13.300	43.823
" 1956	7.201	9.713	3.378	20.292
" 1957	4.306	12.452	24.539	41.297
" 1958	1.928	315	12.513	14.756
" 1959	1.697	437	10.389	12.523
" 1960	200	32	13.036	13.268
" 1961	4.103	506	7.485	12.094
Gesamt	215.298	89.381	98.242	402.921

Tabelle LXI

Angesiedelte Familien

Jahre	Siedler des I.N.C.		Siedler auf den für die Großgrund- besitzer reservier- ten Grundstücken	Kleinere Eigen- tümer im Bewäs- serungsland	Gesamtzahl der angesiedelten Familien
	Trockenland in ha.	Bewässerungsland in ha.			
bis 31. Dez. 1950	25.334	667	26.021	-	26.021
1951	690	787	1.477	580	2.492
1952	90	864	954	604	2.011
1953	68	1.052	1.120	892	2.831
1954	83	1.304	1.387	2.500	5.762
1955	103	1.830	1.933	1.928	5.307
1956	199	2.299	2.498	372	3.149
1957	259	1.831	2.090	784	3.462
1958	187	1.744	1.931	1.140	3.926
1959	367	1.372	1.739	3.613	8.062
1960	14	1.099	1.113	3.428	7.112
1961	130	1.524	1.654	4.100	8.829
Gesamt	27.524	16.393	43.917 (1)	19.941	78.964

(1) Von den 43.917 Siedlern des I.N.C. sind 6.888 Eigentümer der zugeteilten Parzellen geworden.

Tabelle LXII I.N.C.

Enteignung von Land- gütern im sozialen Interesse		Zahl	bewässerungs- fähiges Land in ha	Trockenland in ha
Bis 31. Dezember 1950		69	9.648	31.414
Jahr	1951	15	1.360	8.920
"	1952	14	2.313	678
"	1953	13	750	15.957
"	1954	36	1.281	223
"	1955	42	246	4.962
"	1956	92	12.800	4.123
"	1957	39	6.403	746
"	1958	8	331	-
"	1959	9	420	17
"	1960	3	17	15
"	1961	9	4	930
Gesamt		349	35.573	67.985

Tabelle LXIII I.N.C.

Umwandlung in Bewässerungsland	Hektar	Index
bis 31. Dezember 1950	58.626	-
1951	16.506	100
1952	12.784	77
1953	20.519	124
1954	28.083	170
1955	28.120	170
1956	30.593	185
1957	24.307	147
1958	6.591	40
1959	2.006	12
1960	14.705	89
1961	27.583	167
Gesamt	270.423	-

Tabelle LXIV

Unfreiwillige Arbeitslosigkeit in der Provinz Badajoz im Jahre 1949.

Monate	Zahl der arbeits- losen Feldarbeiter	Monate	Zahl der arbeits- losen Feldarbeiter
Januar	25.553	Juli	9.005
Februar	18.292	August	53.236
März	3.136	September	69.740
April	64.888	Oktober	54.272
Mai	51.974	November	30.239
Juni	18.634	Dezember	12.577

Quelle: Plan para la ordenación Económico-Social 1949.

Tabelle LXV

Einkommen in Ptas/Tag	Durchschnittseinkommen pro Tag	Personenzahl
1,50 - 4,50	3,00	260.000
4,50 - 6,00	5,25	225.000
5,00 - 10,00	8,00	155.000
10,00 - 15,00	12,50	60.000
15,00 - 20,00	17,50	30.000
20,00 - 25,00	22,50	25.000
25,00 - 30,00	27,50	20.000
30,00 - 50,00	40,00	10.000
50,00 - 70,00	60,00	7.250
70,00 - 90,00	80,00	5.000
90,00 - 120,00	105,00	2.000
120,00 - 220,00	185,00	500
251 und mehr	500,00	250

Tabelle LXVI

- 257 -

Erträge der verschiedenen Kulturen in Zentner/Hektar im Jahre 1956.

Kultur	Badajoz	ganz Spanien
Weizen	7,69	9,75
Gerste	7,90	9,85
Roggen	7,40	8,41
Hafer	8,00	7,32
Kichererbsen	5,10	5,34
Baumwolle	6,99	7,41
Oliven (1955)	4,02	6,34

Quelle: Instituto Nacional de Estadística, citado por R. Tamames, aaO., S. 634 - 635.

Tabelle LXVII

Die Wiederaufforstung von 1939 bis 1959.

Jahr	durch den Patrimonio Forestal del Estado	durch andere Organisationen	durch Eigentümer	Gesamt
1939 - 40	792	-	40.980	
1941	7.486	3.000	40.980	
1942	16.718	3.300	40.980	
1943	26.341	4.500	40.980	
1944	30.714	6.700	40.980	
1945	43.683	5.151	40.980	
1946	47.852	4.572	40.980	
1947	33.601	5.588	40.980	
1948	33.373	10.812	40.980	
1949	34.150	9.841	40.980	
1950	30.061	8.043	40.980	
1951	34.763	11.062	40.980	
1952	62.066	9.267	40.980	
1953	99.835	12.053	40.980	
1954	85.225	23.581	40.980	
1955	115.118	16.957	9.509	
1956	103.305	27.811	14.215	
1957	110.820	26.008	17.974	
1958	67.537	22.756	1.936	
1959	108.239	12.321	(1)	
Gesamt:	1.091.679	223.323	84.614	1.399.616

(1) Für dieses Jahr fehlen die Daten.

Quelle: Estadística Forestal de España, zitiert durch I. Congreso Sindical, Madrid 1961, Documentación Técnica, cuaderno Nr. 4, S. 32.

Tabelle LXVIII

Preisindex

Jahr	Weizen	sonstige landwirt- schaftl. Nahrungs- mittel	Gewogener Gesamtindex
1940	100	100	100
1947	218,0	243	243,8
1950	437,3	337,6	329,7
1952	599,3	370,7	427,1
1954	529,0	423,9	459,8
1956	564,3	501,1	521,3
1958	677,9	611,8	668,2

Quelle: I.N.E. citado por R. Tamames, aa0., S. 63

Tabelle LXIX

Entwicklung der bebauten Fläche und Getreideernte.

Jahr	Fläche in 1000 ha	Produktion in 1000 to	Ertrag Zentner/Hektar
1931 - 35	4.025	3.581,9	8,89
1941 - 50	3.893	3.289,4	8,06
1951 - 55	4.255	4.030,1	9,48
1956	4.395	4.196,3	9,53
1957	4.378	4.899,8	11,19
1958	4.365	4.540,3	10,40

Quelle: Ministerio de Agricultura, citado por R. Tamames, S. 64.

Tabelle LXX

Anbaufläche von Rüben und Zuckerrohr sowie Erträge.

Jahre	R ü b e n		Z u c k e r r o h r	
	Fläche in ha	Produktion in 1000 Zentner	Fläche in ha	Produktion in 1000 Zentner
1931-32	88.700	21.505	3.300	2.121
35-36				
1941-42				
50-51	70.100	13.136	3.100	1.710
1951-52	117.900	26.359	4.900	3.700
56-57	102.145	22.850	5.110	3.642
1957-58				
1958-59				
	132.590	32.071	5.030	3.227

Quelle: Ministerio de Agricultura citado por R. Tamames, aa0., S.125

Tabelle LXXI

Ausdehnung der Tabakkulturen.

Jahre	Fläche in ha	Ertrag Zentner/Hektar	Produktion in Zentner
1931 - 35	4.000	17,75	71.000
1941 - 50	8.500	14,82	126.000
1951 - 56	19.400	15,35	298.200
1956	18.110	14,92	270.000
1957	17.175	14,5	249.600
1958	16.400	14,0	229.191

Quelle: Ministerio de Agricultura, citado por R. Tamames,
aaO., S. 138.

Tabelle LXXII

Ausdehnung der Baumwollkulturen.

Jahre	Hektar	Tonne/Hektar	Absolute Produktionszahlen	
			ungereinigte Baumwolle Tonne	Baumwollfaser Tonne
1931 - 35	11.300	0,381	4.340	4.231
1941 - 50	41.100	0,317	13.080	keine Angabe
1951 - 55	102.560	0,610	61.578	19.752
1956	200.000	0,740	148.160	50.333
1957	160.275	0,660	106.103	35.748
1958	168.890	0,710	120.677	41.814

Quelle: Ministerio de Agricultura, citado por R. Tamames, aaO.,
S. 132.

Tabelle LXXIII

Kurse für Landwirtschaft und Viehzucht der Hermandades Labradores.

Jahr	Zahl der Kurse	Gesamtdauer der Kurse in Tagen	Zahl der Kursus- teilnehmer
1947	79	853	12.224
1948	198	279	11.001
1949	217	2.258	18.581
1950	228	2.813	14.621
1951	350	3.577	22.166
1952	358	3.316	20.917
1953	373	3.619	23.537
1954	267	3.296	23.163
1955	284	3.025	26.948
1956	151	1.561	4.700
1957	165	1.754	7.310

Die Hauptgegenstände dieser Kurse sind Traktoren, Düngung Bewässerung, Landwirtschaftskunde, Pflanzenpathologie, Feldvermessung, Baumpflege, Aufforstung und Viehzucht. Die nachlassende Anzahl der Kurse beruht neben anderen Gründen auf der wachsenden Zahl von ständigen Ausbildungszentren. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß zahlreiche Landwirte an länger dauernden Kursen gar nicht teilnehmen können; insofern stimmt diese Entwicklung bedenklich.

Quelle: Gonzalez Galindo: "Disminuye el número de cursillos agropecuarios, como consecuencia de la intensificación de las enseñanzas profesionales agrícolas de ciclo largo", en Revista Sindical de Estadística, año XIII, núm. 50, 1958, S. 5 ff.

LITERATURVERZEICHNIS

A. Bücher

- Anuario Estadístico de la Producción Agrícola.
- Arraras, J., "Historia de la segunda República Española", Madrid 1956.
- Azorin, "Obras completas", Madrid 1947
- Carrion, P., "Los latifundios en España", Madrid 1932.
- Cavestany, R., "Una política agraria", Madrid 1958.
- I Congreso Sindical, Madrid 1961.
- Código Civil.
- Consejo Económico Sindical, Madrid 1957.
- Consejo Social de la Organización Sindical Española, Madrid 1959.
- Fernandez (de Encinas), J., "Principios de política española en Angel Ganivet", Murcia 1955.
- Heinrich, K., "Grundlagen, Aufbau und Wandlungen der spanischen Landwirtschaft", Heidelberg 1937.
- Hernandez-Pacheco, E., "El solar en la historia hispánica", Madrid 1943.
- Ganivet, A., "Obras completas", Madrid 1943.
- Informe del Banco Internacional de reconstrucción y fomento, "El desarrollo económico de España", Madrid 1962.
- Kriessmann, F., "Das spanische Agrarproblem und die Versuche seiner Lösung", Stuttgart 1934.
- Lopez Medel, J., "La concentración parcelaria como empresa política," Madrid 1961
- Ortega y Gasset, "Obras completas", Madrid.
- Maeztu, R., "La defensa de la Hispanidad", Valladolid 1938
- Machado, M. y A., "Obras completas", Madrid 1951.
- Munoz Perez, J. und Benito Arranz, "Guía bibliográfica para una geografía agraria de España", Madrid 1961.
- Pardo Canalis, S., "Fincas manifiestamente mejorables", Madrid 1954.
- Pernann, J.M., "Obras completas", Madrid 1947-49.
- Perpina Grau, R., "De estructura económica y de economía hispana", Madrid 1952.

Pinel Miguel, M., "La concentración parcelaria y el Registro de la Propiedad", Madrid 1961.

Politica Agraria, Madrid 1962.

Predöhl, A., "Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik. Grundriß der Sozialwissenschaft". Bd. 17, Göttingen 1949.

--- "Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft." In: rowohlts deutsche enzyklopädie. Reinbeck bei Hamburg 1962.

Robert, A., "La economía española y la integración europea", Madrid 1958.

Rubio Gonzalez, J., "Leyes Agrarias", Madrid 1961.

Sanz Jarque, J.J., "Concentración parcelaria, Registro y Catastro", Madrid 1961.

Senador Gomez, J., "Castilla en escombros. Las tierras. El trigo y el hombre", Valladolid 1915.

Tamames, R., "Estructura económica de España", Madrid 1960.

Unamuno, M. de, "Andanzas y visiones españolas", Madrid 1953.

--- "Ensayos", Madrid 1945.

B. Zeitschriften und Aufsätze

Areilza, J.M., "España, país agrario", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 11, 1955, S. 103 - 125.

Alumni, C.A., "La propiedad agraria y familiar y la estabilidad social", in: Boletín de la Facultad de Derecho y Ciencias Sociales de Córdoba (Argentina), núm. 3 - 4, 1953, S. 12 - 25.

Ballarin Marcial, A., "Introducción al estudio de la Ley de Concentración Parcelaria", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 4, 1953, S. 69 - 91.

Barbancho, A., "El binomio Agricultura-Industria ante el desarrollo económico español", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 20, 1957, S. 26 - 38.

--- "Los movimientos migratorios en España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 33, 1960, S. 7 - 84.

Barth, K.H., "Eine Steppe erwacht zu neuem Leben: Francos Bodenreform im Südsanien. Enteignung des Großgrundbesitzes "im sozialen Interesse", in: Der Tages-spiegel, 15.3.1961.

--- "Spaniens kahle Berge werden wieder grün", in: Der Tages-spiegel, 22. 1. 1961.

Camilleri Lapeyre, A., "La producción agrícola española en los últimos años", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 1, 1952, S. 63 - 70.

- Campos Normann, R., "Relaciones estructurales de los sectores hortofrutícola y de conservas vegetales con las restantes de la economía nacional", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 14, 1956, S. 42 - 46.
- Campos Normann, R., "Planificación económica-social de la Provincia de Badajoz", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 14, 1956, S. 69 - 112.
- Castro Rodríguez, L., "Importancia de la comercialización de los productos agrarios", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 36, 1961, S. 99 - 119.
- Cejudo Lleguet, A., "La redistribución de la propiedad rústica en el derecho positivo español", in: Agricultura, núm. 6, 1947, S. 2-7.
- Espinosa Poveda, A., "Notas sobre la ocupación permanente de trabajadores en fincas rústicas", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 11, 1955, S. 67 - 82.
- "Los Convenios Colectivos de Trabajo en el campo español", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 24, 1958, S. 7 - 71.
- Flores, X., "El problema agrario español", in: Ibérica núm. 7 - 8, 1960, S. 4 - 7.
- Fosar Benlloch, E., "Juicio crítico de la legislación de Mínimas Unidades de Cultivo", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 21, 1957, S. 39 - 55.
- Gala, C., "Visión panorámica de la Seguridad Social Agraria", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 31, 1960, S. 89 - 107.
- García Dardell, G., "La distribución de la propiedad agrícola de España en las diferentes categorías de fincas", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 30, 1960, S. 7-32.
- García Darbancho, A., "La población, la superficie y la producción agrícola como determinantes de las zonas de cultivo", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 9, 1954, S. 17 - 30.
- García de Oteyza, L., "Los regímenes de explotación del suelo nacional", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 1, 1952, S. 49 - 61.
- "El producto neto de la agricultura y la contribución territorial rústica", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 27, 1959, S. 7 - 17.
- Gómez Ayau, E., "El momento actual de la economía agraria española", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 11, 1955, S. 125 - 144.
- "Fases de la Colonización", in: Agricultura, núm. 1, 1944, S. 32 - 36.
- "Extensión agrícola en España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 31, 1960, S. 67 - 86.
- Hoffmann, W.G., "Zur Dynamik der industriellen Gesellschaft", in: Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft, Dortmund 1952, S. 7 - 17.

- Lamo de Espinosa, E., "Discurso pronunciado ante las Cortes sobre la Ley de Patrimonios Familiares y explotaciones agrarias", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 1, 1952, S. 76 - 84.
- "Fomento y defensa de la propiedad agrícola familiar", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 5, 1953, S. 7 - 20.
- "La expropiación forzosa de fincas rústicas por causa de interés social a través de la jurisprudencia", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 10, 1955, S. 7 - 63.
- "Aspectos de la agricultura española y su industrialización", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 7, 1954, S. 7 - 4.
- Leal, A., "La Ley de las Unidades Mínimas de Cultivo", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 11, 1955, S. 7 - 37.
- "Régimen administrativo de los nuevos pueblos del I.N.C.", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 10, 1955, S. 89 - 112.
- "Líneas generales de la Ley sobre permuta forzosa de fincas", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 27, 1959, S. 7 - 25.
- "Mejora forzosa de fincas rústicas", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 7, 1954, S. 45 - 75.
- Lopez Santamaria, P., "El Plan Badajoz: antecedentes, contenido y ensayo sobre sus efectos", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 6, 1954, S. 45 - 82.
- Manuel Pena, V., "Sobre la Ley de Concentración Parcelaria", in: Revista Anuario de Derecho Civil, Bd. VI, 1953.
- Marcos Chacon, G., "Las Organizaciones agrícolas en España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 5, 1953, S. 63 - 87.
- Martin Lobo, M., "Realidad y perspectiva de la planificación regional en España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 33, 1960, S. 91 - 126.
- Martinez Borque, A., "Planes generales de Colonización", in: Colonización, núm. 11, 1950, S. 5 - 8.
- Martinez de Bedoya, I., "Algo sobre las medidas conservatorias de la concentración parcelaria", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 13, 1955, S. 61 - 90.
- Martinez Hermosilla, P., "La repoblación forestal en España y su importancia para la agricultura y la economía pública", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 5, 1953, S. 37 - 43.
- Menendez-Pidal, J., "La seguridad social en el campo", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 12, 1955, S. 7 - 54.
- Montero G., de V., J., "La expropiación por causa de interés social en la agricultura", in: Anuario de Derecho Civil, Bd. V, 1952, S. 1329 - 1348.
- Moreno Torres, M., "La concentración parcelaria y el registro de la propiedad", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 16, 1956, S. 81 - 107.

- Neyra Govantes, G., "Régimen de las colonizaciones de interés local", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 12, 1955, S. 79 - 99.
- Pardo Canalis, S., "La importancia de la producción y la revalorización de los agrios", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 5, 1953, S. 49 - 61.
- Paris Equilaz, H., "Directrices de la política económica española", in: Arbor, núm. 151 - 152, S. 482 - 497.
- Redondo Gomez, J., "Las corrientes migratorias de los trabajadores agrícolas", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 14, 1956, S. 113 - 132.
- Respuestas a un cuestionario de la FAO sobre política agraria, in: Revista de Estudios Agro-Sociales, 3 Suplemento, 1953.
- Rodríguez Ruiz-Zorrilla, L., "Actualidad de los riegos en España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 31, 1960, S. 7 - 64.
- R.R.M., "Las Cooperativas del campo en España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 23, 1958, S. 123 - 130.
- Sanz Jarque, J.J., "Naturaleza y fines de la concentración parcelaria", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 34, 1961, S. 67 - 90.
- Servan Mur, V., "Los contratos agrarios en la realidad actual de España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 15, 1956, S. 93 - 156.
- Torrejón Montero, A., "Colonización de las Grandes Zonas Regables", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 5, 1953, S. 21 - 35.
- "La nueva legislación sobre colonización de interés local", in: Agricultura, núm. 6
- Vidal Frances, P., "La Concentración Parcelaria en el Régimen Jurídico español", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 17, 1959, S. 41 - 103.
- Zorrilla Montero, A., "Zonas agrícolas en España", in: Revista de Estudios Agro-Sociales, núm. 24, 1958, S. 7 - 83.

C. Gesetzliche Bestimmungen

Ley de 21 de septiembre de 1932, sobre la Reforma Agraria.

Ley de 15 de marzo de 1935, sobre Arrendamientos Rústicos.

Ley de 26 de diciembre de 1939, sobre Bases de Colonización.

Ley de 21 de abril de 1949, sobre Zonas Regables.

Ley de 17 de julio de 1958. Completa Ley reguladora de Colonización.

Ley de 27 de abril de 1946, sobre expropiación forzosa.

Decreto de 5 de julio de 1944: normas para la compra y parcelación de fincas por el Instituto Nacional de Colonización.

Ley de 23 de julio de 1942, modificando las leyes de 15 de marzo de 1935 y de 28 de junio de 1940 sobre Arrendamientos Rústicos.

Decreto de 29 de abril de 1959 y Reglamento sobre Arrendamientos Rústicos.

Ley de 15 de julio de 1954, sobre las prórrogas de los arrendamientos y acceso a la propiedad.

Ley de 15 de julio de 1952, sobre Patrimonios Familiares.

Orden de 27 de mayo de 1953: Normas reguladoras sobre los Patrimonios Familiares.

Ley de 15 de julio de 1954, sobre fijación de Unidades Mínimas de Cultivo.

Decreto de 25 de marzo de 1955 y de 22 de septiembre de 1955, aclaratorios sobre la Ley de Unidades Mínimas de Cultivo.

Decreto de 10 de agosto de 1955, aprobando el texto refundido de las Leyes de Concentración Parcelaria.

Decreto-Ley de 25 de febrero de 1960, adaptando la legislación sobre Concentración Parcelaria al texto regulador.

Ley de 11 de mayo de 1955, sobre Permuta Forzosa de fincas rústicas.

Ley de 27 de abril de 1946: auxilios técnicos y económicos a las obras de mejora local.

Decreto de 10 de enero de 1947, reglamentando la Ley de 27 de abril de 1946 sobre colonizaciones de interés local.

Ley de 30 de marzo de 1954, sobre colonizaciones de interés local.

- Decreto de 22 de octubre de 1954, sobre auxilios para mejoras de interés local.
- Decreto de 10 de enero de 1947, sobre concepto de Finca Modelo.
- Decreto de 27 de enero de 1957, sobre concesión del título de "Explotación agraria familiar protegida".
- Ley de 20 de julio de 1952, sobre Explotaciones Agrarias Ejemplares.
- Ley de 3 de diciembre de 1953, sobre Fincas Manifiestamente Mejorables.
- Ley de 20 de julio de 1955, sobre conservación mejora del suelo agrícola.
- Ley de 5 de noviembre de 1940, sobre intensificación de cultivos.
- Orden de 12 de marzo de 1958 y de 28 de enero de 1959, sobre beneficios a los nuevos cultivos.
- Ley de Montes de 8 de junio de 1957.
- Ley de 18 de octubre de 1941, sobre repoblación forestal.
- Decreto de 8 de noviembre de 1957, sobre repoblación forestal por la Organización Sindical.
- Ley de 20 de diciembre de 1952, sobre la defensa contra las plagas forestales.
- Orden de 1 de agosto de 1957, declarando zonas de peligro para los bosques.
- Ley de 5 de noviembre de 1955, sobre la realización de trabajos agrícolas complementarios.
- Decreto de 25 de marzo de 1955, sobre ocupación permanente de trabajadores en fincas rústicas.
- Decreto de 10 de marzo de 1941, sobre intensificación de producción de semillas selectas.
- Decreto de 10 de junio de 1959, sobre el empleo obligatorio de abonos y semillas seleccionadas en tierras de cereales.
-
- Decreto de 17 de julio de 1944, sobre Unidad Sindical Agraria.
- Orden de 13 de enero de 1945, reglamentado el Decreto de 17 de julio de 1944.
- Ley de 2 de enero de 1942, sobre Cooperativas.
- Orden de 9 de julio de 1948 y de 9 de febrero de 1950, concediendo a las cooperativas agrícolas el título de Entidad Colaboradora del Ministerio de Agricultura.
- Decreto de 16 de junio de 1954: texto definitivo de las Leyes sobre crédito agrícola.

- Decreto-Ley de 23 de agosto de 1937, creando el Servicio Nacional del Trigo.
- Decreto de 31 de mayo de 1961, regulando la campaña de cereales de 1961 - 1962.
- Decreto de 12 de julio de 1946, referente a la Red Nacional de Silos.
- Ley de 17 de marzo de 1945, sobre concesión de cotos arroceros.
- Orden de 17 de agosto de 1955: Comisión reguladora del mercado del arroz.
- Decreto de 27 de junio de 1952, sobre auxilios para la construcción de secaderos o silos de arroz.
- Orden del 21 de febrero de 1953, sobre el cultivo de la caña de azúcar.
- Orden de 22 de noviembre de 1952, fijando la superficie a sembrar remolacha azucarera.
- Decreto de 2 de junio de 1944, dictando normas reguladoras para el cultivo del tabaco.
- Ordenes de 30 de mayo de 1944 y de 2 de noviembre de 1951, organizando el Servicio Nacional de Cultivo y Fermentación del Tabaco.
- Ley de 13 de agosto de 1940, sobre el fomento de la producción de plantas textiles.
- Decreto de 5 de noviembre de 1940, sobre cultivo forzoso y conexiones algodoneras.
- Decreto de 23 de mayo de 1945, sobre el fomento del cultivo del lúpulo.
- Orden de 26 de junio de 1952, sobre creación de la Junta Mixta del Fomento del Lúpulo.
-
- Ley de 1 de julio de 1931, sobre la Jornada Máxima Legal.
- Ley de 13 de julio de 1940 y Reglamento sobre la misma materia.
- Ley de 24 de abril de 1958, sobre Convenios Colectivos Sindicales.
- Ley de 10 de febrero de 1943, sobre Seguros Sociales en la agricultura.
- Decreto de 29 de diciembre de 1948, estableciendo un régimen especial de seguros para el campo.
- Decreto de 24 de octubre de 1958 y Orden de 29 de octubre de 1958, reorganizando la Dirección General de Coordinación, Crédito y Capacitación Agraria.

Lebenslauf

Am 25.2.1926 wurde ich als achtes Kind des Landwirts Benito Fernández und seiner Ehefrau Domitila, geb. Minguez, in Encinas de Esgueva (Valladolid/Spanien) geboren. Meine Gymnasialstudien absolvierte ich 1937 - 1942 am Ordenskolleg der Kapuziner in Bilbao und El Pardo/Madrid.

1942 trat ich als Kleriker in das Noviziat des Kapuzinerordens der spanischen Ordenprovinz Kastilien ein. 1943 nahm ich an der Ordenshochschule León das Studium der Philosophie, 1946 das der Theologie auf. 1950 beschloß ich meine Studien in Spanien an der Universität Salamanca mit dem Baccalaureat. Im gleichen Jahre wurde ich zum Priester geweiht.

Ab Sommer 1950 studierte ich an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom, wo ich 1953 die Doktorwürde der philosophischen Fakultät erlangte.

Im Anschluß daran ließ ich mich an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster immatrikulieren. Hier erwarb ich im Sommersemester 1955 das Diplom des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften; im Wintersemester 1955/56 wurde ich von der katholischen-theologischen Fakultät zum Dr. theol. promoviert.

Mein im Sommersemester 1956 an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität zu Frankfurt/Main aufgenommenes Studium der Volkswirtschaftslehre erfuhr im Herbst 1956 durch die Übernahme einer Professur an unserer Ordenshochschule in Salamanca eine Unterbrechung. In diese Zeit fällt auch ein einsemestriger Studienaufenthalt in Oxford/England.

Ab Wintersemester 1959/60 setzte ich die wirtschaftswissenschaftlichen Studien in Münster fort.

